

KONZEPTIONEN VON JUGEND- UND FREIZEITZENTREN IM KANTON ZÜRICH

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von
HANS THALMANN
von Sirnach TG

Angenommen auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Leo Weber

P. Zimmermann Druckerei
Uster 1974

KONZEPTIONEN VON JUGEND- UND FREIZEITZENTREN IM KANTON ZÜRICH

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von
HANS THALMANN
von Sirmach TG

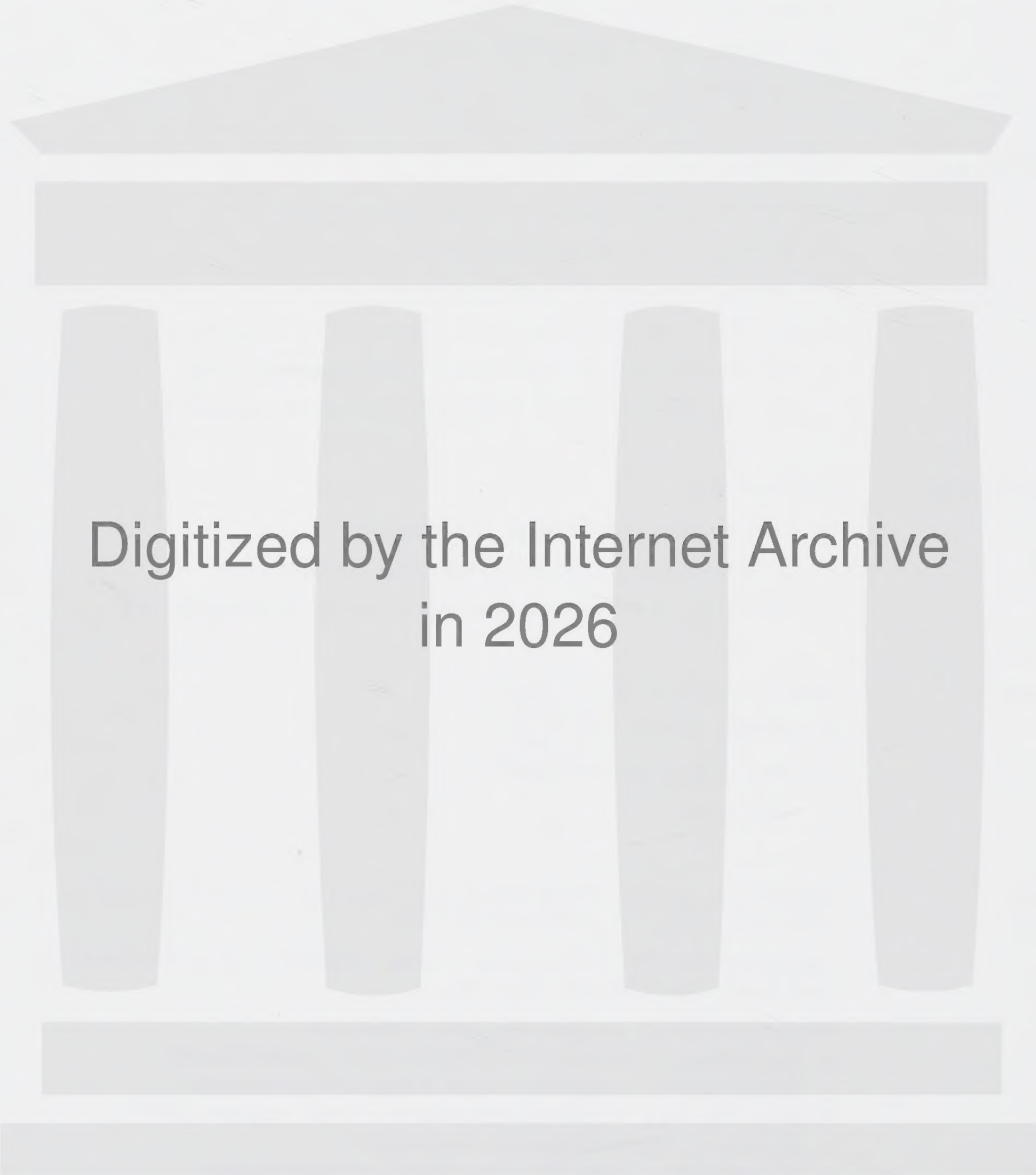
Angenommen auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Leo Weber

P. Zimmermann Druckerei
Uster 1974



I n h a l t s - U e b e r s i c h t

	Seite
Einleitung	1
I. Hauptteil	5
A. Absicht	5
B. Thema und Fragestellung	7
C. Vorgehen	11
II. Hauptteil	17
A. Suche nach gemeinsamen Merkmalen	17
B. Suche nach Besonderheiten	23
C. Versuch einer Typisierung	34
a) Verdeutlichung der typischen Merkmale	34
b) Wesentliche Konzeptionsunterschiede	35
c) Unwesentliche Konzeptionsunterschiede	41
III. Hauptteil	44
A. Die erzieherischen Grundzüge	45
B. Die pädagogischen Eigentümlichkeiten	48
C. Unterschiedliche erzieherische Standpunkte	56
Schluss	65
A. Rekapitulation	65
B. Unzulänglichkeiten	71
C. Gewinne	72
Anhang	75
Register aller untersuchten Jugend- und Freizeit-	75
zentren (Stand anfangs 1972)	
Geographische Uebersicht der Jugend- und Freizeit-	76
zentren im Kanton Zürich	
Beschreibung ausgewählter Zentren:	
- Adliswil, Freizeitzentrum und Jugendclub	77
- Dübendorf, Jugend- und Freizeitzentrum	80
- Kilchberg, Freizeitzentrum "Les caves 160"	82
- Kloten, Vereinigung Freizeit	85
- Küsnacht, Jugend- und Freizeitzentrum	87
- Opfikon-Glattbrugg, Freizeitaktion	90
- Uster, Jugend- und Freizeithaus	92
- Winterthur, Jugendhaus	96
- Zürich, Jugendhaus Drahtschmidli	100
- Zürich, Begegnungszentrum Lindenhof	109
- Zürich, Lehrlingsfoyer	126
- Zürich, Mittelschulfoyer	129
- Zürich, städtische Freizeitanlagen	132
- Struktur der beschriebenen Zentren	Faltgrafiken



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507208_0073

Einleitung

A N S T O E S S E Z U E I N E R U N T E R S U C H U N G

Erste Anstösse zu dieser Abhandlung über zürcherische Jugend- und Freizeitzentren gaben persönliche Erlebnisse in meiner Jugendzeit. Unsere kirchliche Jugendgruppe hatte um 1958 ein Aktions-Komitee gegründet, das sich in unserem vorstädtischen Wohnort Uster dem Problem der Neuzuzüger annehmen sollte. In diesem kleinen Kreis Jugendlicher schlug der Gedanke, für die "heimatlosen" jungen Bewohner den verlorengegangenen Dorfbrunnen durch eine Begegnungsstätte zu ersetzen, wie ein Blitz ein. Innert kurzer Zeit waren sauber gezeichnete Pläne samt anschaulichem Kartonmodell eines Jugendhaus-Neubaus erstellt, Kontakte mit den Behörden aufgenommen, eine Bedürfnis-Abklärung unter Jugendlichen durchgeführt und ein ausführlicher Bericht über die Notwendigkeit eines Jugendhauses verfasst. Dann allerdings erlahmte der Eifer: eine finanziell tragbare Lösung zeigte sich vorderhand nicht; einige der Initianten mussten in die Rekrutenschule einrücken; andere zogen von Uster weg. Jahre später entdeckte ich beim Wegzug aus meinem Elternhaus zuhinterst in einem Kasten ein kleines Kartonhaus. Es war so verstaubt, dass ich auf das schwarze Dach mit dem Finger "Jugendhaus" schreiben konnte ...

Eine andere Episode erlebte ich 1962 in einer Zürcher Freizeitanlage. Ich machte damals in einer selbständigen - heute würde man sagen "autonomen" - Jugendorganisation mit, die mehrere Orchester, Schlagersänger und Amateur-Cabarettisten umfasste und die in Spitälern, Strafanstalten und Sanatorien unentgeltliche Vorstellungen gab. Das Reisegeld beschaffte man sich aus eigener Kraft, indem man auf Strassen und Plätzen Zürichs mit Jazzbands aufspielte und Patientenarbeiten verkaufte. Diese Organisation - in Abhebung zum berüchtigten Halbstarkenlokal "Schwarzer Ring" nannte sie sich "Silberner Ring" - fand auf dem ausgedienten Zürichseedampfer "Helvetia" Unterschlupf, wo sie sich in Fronarbeit notdürftig ein Kleintheater einrichtete. Die Pläne für ein Kulturzentrum und für ein Clochard-Heim zerschlugen sich jedoch, als das baufällige Schiff, nach ergebnislosen Verhandlungen zwischen Behörden und Besitzer über die Standplatz- und Eigentumsfrage, kurzerhand in die Gewässer des Kantons Schwyz abgeschoben wurde - eine Affäre, die nicht nur auf dem Zürichsee Wellen warf. Als Ersatz für die romantische Heimstätte stellte der Zürcher Stadtrat dann dem Silbernen Ring einen Kellerraum in der neubauten Freizeitanlage Bachwiesen zur Verfügung. Dort entwickelte sich bald ein lebhafter Jazzclub-Betrieb mit öffentlichen Tanzveranstaltungen, und es wurden von dort aus auch weitere Tourneen in Anstalten gestartet. Die Leitung der Freizeitanlage verfolgte diese Aktivität mit gemischten Gefühlen: Einerseits musste sie die guten Absichten und die Unternehmungslust der Gruppe anerkennen, andererseits sah sie sich aber durch die Lärmreklamationen der Nachbarschaft und durch die vielen auswärtigen Besucher am Aufbau

eines Quartierzentrums gehindert. Das Dilemma löste sich erst, als der Silberne Ring wegen einer internen Führungskrise seine Tätigkeit einstellte und den Keller räumte. Die Bachwiesen-Konzerte erinnern noch heute an jene bewegte Zeit.

1967 kam ich unversehens wieder mit einem Jugendhaus in Berührung, eine Berührung, die sich diesmal freilich als dauerhafter herausstellen sollte. Ein Freund aus meiner Jugendgruppenzeit, der inzwischen die Idee eines Jugend- und Freizeithauses realisiert hatte, bat mich, nach Uster zurückzukehren, um dort das mit Anlaufschwierigkeiten kämpfende Werk nebenamtlich zu leiten. Ich ging auf den Vorschlag ein, weil mich die Aufgabe nach wie vor faszinierte, und weil mir eine praktische Tätigkeit neben dem Studium nicht unwillkommen war. Eine gewisse Ernüchterung liess allerdings nicht lange auf sich warten. Noch bevor ich mein Amt richtig angetreten hatte, wurde ich von der Arbeit überfahren: Freiwillige Mitarbeiter mussten gesucht, Programmideen ausgearbeitet, Kontakte gepflegt, die Inneneinrichtungen verbessert, die Werbung intensiviert und Konflikte mit der Nachbarschaft geschlichtet werden. Aus den ursprünglich geplanten 12-16 Arbeitsstunden wurden bald deren 40-50 pro Woche.

In dieser hektischen Betriebsamkeit begann mich immer mehr die Frage nach dem Sinn meines Treibens zu beschäftigen. Greifbare Erfolge waren ja kaum zu verzeichnen; höchstens einmal ein gutes Ergebnis einer Wohltätigkeitsaktion, eine wohlgesinnte Rezension über eine Veranstaltung, eine Handreichung eines Jugendlichen, von dem man sie zuletzt erwartet hätte ... Eher gab es Zeichen des Misserfolgs: unbegründetes Wegbleiben von freiwilligen Helfern, Latrinen-Kritik von Besuchern, heruntergerissene Plakate, Polizeirapporte wegen Nachtruhestörungen, Beschädigungen am Mobiliar, leerstehende Werkstätte ... Wie war da ein Arbeitsinsatz, der auf Kosten von Studium, Gesundheit und Privatleben ging, noch zu rechtfertigen? Allein, diese persönlichen Zweifel waren nicht Anlass genug, eine umfangreiche Untersuchung über Jugendzentren in Angriff zu nehmen. Die Zeit fehlte. Der Betrieb ging weiter und forderte täglich Entscheidungen.

Doch die Grundsatzdiskussion wurde von anderer Seite immer wieder vom Zaun gerissen: Einsatzfreudige Helfer beklagten sich über den Undank ihrer Kameraden und zweifelten am Sinn ihrer Arbeit. Andere Mitarbeiter kritisierten die bauliche Konzeption, die grundsätzlich falsch sei. Und erst die Diskussionen mit den Behörden? Ob man über das Lärmproblem oder über die Betriebsbeiträge verhandelte, man landete stets bei der Grundsatzfrage: Wozu überhaupt ein Jugendhaus?

Natürlich wusste man in all diesen Situationen irgendwie zu antworten, und war es auch nur mit der Gegenfrage: Wissen Sie eine bessere Lösung? Aber es waren wackelige Antworten. Man hatte selber ja auch keinen Ueberblick und lebte andauernd von der Hand in den Mund.

Im Sommer 1968 wurde die Jugendhaus-Frage unversehens zum Tagesgespräch. Die Presse berichtete von der Forderung junger Leute, das leergewordene Globus-Provisorium an der Bahnhofbrücke in Zürich sei als autonomes, das heisst selbständig

von Jugendlichen verwaltetes Jugendzentrum zu verwenden. Das bestehende, von vollamtlichen "Berufsjuvenilen" geführte Jugendhaus Drahtschmidli sei hoffnungslos überholt, es werde den Bedürfnissen der Jugend nicht mehr gerecht. Der Forderung wurde durch Warndemonstrationen und schliesslich durch eine von Kra- wallen begleitete Kundgebung Nachdruck verliehen.

In dieser Zeit reifte in mir der Plan, das Jugendhaus in irgendeiner Art zum Thema einer wissenschaftlichen Arbeit zu machen, denn ich gewann immer mehr den Eindruck, dass ich mit meinen Fragen und meiner Ratlosigkeit nicht allein da- stand. So meldete ich mich in den letzten Augusttagen des Jahres 1968 beim Pädagogischen Institut Zürich. Doch bevor ich mein Anliegen vorbringen konnte, wurde ich mit dem Vorschlag überrumpelt, ob ich nicht im Zusammenhang mit den Globus-Vorfällen das Problem der selbstverwalteten Freizeit bei Jugendlichen be- arbeiten wolle. Begreiflich, dass ich mir ein Ja nicht lange überlegen musste. Das Thema schien mir überschaubar und durch eine Gegenüberstellung von traditio- nellen und "autonomen" Jugendhäusern leicht abzuhandeln.

Als ich mir dann aber die Sache genauer überlegte, war sie nicht mehr so ein- fach. Die Frage nach der Mitwirkung von Jugendlichen in Jugendhäusern konnte doch erst sachgemäss behandelt werden, wenn einigermaßen klar war, worum es überhaupt bei Jugendzentren geht.

Deshalb nahm ich im Herbst 1968 in Zürich erste Kontakte mit dem Jugendhaus Drahtschmidli, mit den Freizeitanlagen und mit dem "Komitee für ein autonomes Jugendhaus" auf, um mir ein erstes Bild über ihre Tätigkeiten zu machen. Ich wurde mit offenen Armen empfangen: Man habe sich schon lange einmal Rechenschaft über sein Tun abgeben wollen, aber man komme einfach nicht dazu. Und man möchte eigentlich schon lange wissen, wie man es an anderen Orten mache.

Im Verlaufe meiner weiteren Vorabklärungen wurde das Bedürfnis nach Information noch deutlicher. Immer häufiger wurde ich von Behörden und Praktikern nach Aus- künften und Ratschlägen gefragt. Im Frühjahr 1969 forderte mich ein Redaktor der Neuen Zürcher Zeitung auf, über die Jugendhaus-Probleme einen ausführlichen Ar- tikel zu verfassen; ein halbes Jahr später wurde ich mit einem Referat über das- selbe Thema für eine Leiter-Fortbildungstagung der Zürcher Freizeitanlagen be- auftragt. Das überraschend grosse Echo, das diese Arbeiten auslösten, bewog mich, vornehmlich eine Untersuchung zuhanden von Praktikern und Politikern zu schrei- ben.

Nachdem im Herbst 1969 ein Nachfolger die inzwischen zum Vollamt ausgebaute Lei- tung des Jugend- und Freizeithauses Uster übernommen hatte, konnte ich mit der Bestandesaufnahme von Jugend- und Freizeitzentren beginnen. Ich beschränkte mich auf das Zürichbiet in der Hoffnung, den Bericht innert Jahresfrist fertigstellen zu können. Im Sommer 1970 aber hatte ich erst die Hälfte des Materials verarbei- tet. Die Zahl der vorhandenen Zentren war doppelt so hoch als angenommen, und das ausgewählte Aktenmaterial füllte zusammen mit den Gesprächsnotizen mehr als

10 Bundesordner. In dieser Situation schien es mir angebracht, die geplante Abhandlung über jugendliche Selbstverwaltung fallenzulassen und mich auf die Darstellung und Deutung des gesammelten Materials zu konzentrieren.

Damit kehrte ich aber wieder zurück zur Frage, die mich schon seit Beginn meiner Tätigkeit als Jugendhausleiter beschäftigte, nämlich zur Frage nach dem Sinn von Jugend- und Freizeitzentren. "Et l'on revient toujours à ses premiers amours ...". Es ist schwer auszumachen, ob ich die Frage oder die Frage mich nicht losgelassen hatte.

I. Hauptteil

A U F R I S S D E R U N T E R S U C H U N G

A. Absicht

Die vorliegende wissenschaftliche Schrift wendet sich an Leute, die im Alltag mit Jugend- und Freizeitzentren zu tun haben. Die Absicht ist also eine doppelte: Wissenschaftlichkeit und Praxisbezogenheit.

Zur Praxisbezogenheit: Die Praktiker, die angesprochen werden sollen, sind Leiter, Mitarbeiter und freiwillige Helfer, die sich laufend um den Betrieb von Jugend- und Freizeitzentren kümmern, ferner Vertreter von Behörden und anderen gemeinnützigen Institutionen, die bei grundlegenden Fragen - etwa bei der Gründung, Schliessung oder Erweiterung eines Zentrums - mitreden. In was für unterschiedlichen Bereichen diese Personen auch arbeiten, eines ist ihnen gemeinsam: Sie greifen in ein Geschehen ein, um ihm eine bestimmte Richtung zu geben; sie stellen Weichen. Sie entscheiden. Auf die Praxis bezogen heisst daher immer: auf Entscheidungen bezogen. Heisst das zugleich Entscheidungen abnehmen?

Beim Entscheiden wird aus mehreren Möglichkeiten jene ausgewählt, die einer Sache am angemessensten erscheint. Zwei Momente spielen demnach eine Rolle: einerseits die Sache, das Ziel, das unterschiedlich klar umrissen sein kann, andererseits die gegebenen Möglichkeiten, die Situation, die es zu beurteilen gilt, was planmässig oder unsystematisch geschehen kann. Je nachdem wie Zweck und Situation ins Spiel kommen, verändert sich der Charakter des Entscheides. Drei Arten können auseinander gehalten werden:

- 1) Der militärische Entschluss: Das Ziel ist in dem von oberer Kommandostelle gegebenen "Auftrag" enthalten und lässt wenig Spielraum für persönliche Interpretationen. Die Hauptarbeit des Entscheidens liegt in einer möglichst gründlichen "Beurteilung der Lage" und in der Wahl des Vorgehens.
- 2) Der Grundsatz-Entscheid: Hier lässt sich das Ziel nicht aus einem klar gefassten Auftrag ableiten. Es muss erst aus allgemeinen Vorstellungen und Weltanschauungen erarbeitet und festgelegt werden. Wege zur Realisierung stehen noch kaum zur Diskussion.
- 3) Der alltägliche Entscheid: Er steht zwischen den beiden oben beschriebenen Formen. Wie beim militärischen Entschluss sind die Zwecke bereits festgelegt, z.B. in Geschäftsaufträgen, in politischen Grundsätzen, in Forderungen des

Alltags. In die Entscheidung finden aber - wie beim Grundsatzentscheid - neue, bisher nirgends fixierte Ziele Eingang, zum Beispiel Wünsche, die eben erst durch die Beurteilung der gegebenen Situation wachgeworden sind. Man berücksichtigt bereits gesetzte Zwecke, revidiert sie aber zugleich in gewisser Weise. Man entscheidet über Ziel und Weg im gleichen.

Wenn nun eine wissenschaftliche Arbeit Entscheide, gleich welcher Art, abnehmen wollte, dann müsste sie alle denkbaren Zielsetzungen und Situationen voraussehen und zum vornherein gegeneinander abwägen - ein wahrlich prophetischer Anspruch.

Praxisbezogenheit heisst etwas anderes. Man spricht etwa von kurzsichtigen oder überstürzten Entscheiden. Kurzsichtig: Man hat gewisse entferntere Möglichkeiten übersehen. Ueberstürzt: Man hat wegen Zeitdruck das Wenn und das Aber zu wenig abgewogen. Genau dies haben wir im Auge, wenn wir praxisnah sein wollen. Indem wir mögliche Ziele und Wege von Jugend- und Freizeitzentren in ihrer Verflochtenheit verständlich darstellen und durchdenken, möchten wir verhindern, dass bei Entscheidungsprozessen wesentliche Aspekte übergangen werden. Wie im konkreten Fall dann entschieden wird, ist nach wie vor Sache der Praktiker, die für ihre Entscheide auch die Verantwortung tragen. Sich an die Praktiker wenden heisst also: Entscheidungshilfen anbieten.

Zur Wissenschaftlichkeit: Auf den ersten Blick scheinen Praxis und Wissenschaft zwei grundlegend verschiedene Dinge zu sein. Die Praxis entscheidet, greift in den Lauf der Dinge ein, verändert die Welt. Die Wissenschaft dagegen betrachtet die Welt nur und erfüllt sich in Theorie. Doch sehen wir genau hin. Die Wissenschaft versucht mit ihrer Theorie die Vielfalt von Gegebenem zu überschauen und zugleich die Hintergründe und Zusammenhänge von Sachverhalten zu durchschauen. Also zu erfassen, wie die Wirklichkeit ist und zu deuten, warum und wozu sie so ist. Was anderes ist das aber als eine "Lagebeurteilung", ein Aufbereiten von Entscheidungsgrundlagen? Der Unterschied zur Praxis besteht lediglich darin, dass die Wissenschaft das Beurteilen, das Forschen selber zum Gegenstand des Forschens macht. Sie entwickelt eine Theorie der Theorie: die Methode. Sie geht die Wirklichkeit mit Methode an. Warum betonen wir dann überhaupt noch die Praxisbezogenheit? Drei Entwicklungstendenzen der Wissenschaft geben dazu Anlass:

Erstens: Im wissenschaftlichen Forschen nimmt die naturwissenschaftliche Methode einen immer breiteren Raum ein. Sie sucht nach allgemein gültigen, mathematisch beweisbaren Zusammenhängen der Wirklichkeit, indem sie Hypothesen über gewisse Sachverhalte durch messbare Beobachtungen auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft. Dabei sucht sie möglichst alle Randbedingungen zu berücksichtigen oder sie im Experiment künstlich zu schaffen. Die Resultate solchen Forschens sind Techniken, wie man etwas anstellen muss, um zu einem bestimmten Resultat zu kommen. Wie brauchbar solche Wegleitungen für die Praxis sind, zeigt die Technisierung aller Lebensbereiche. Nun ist aber - wie oben dargelegt - der Entscheidungsprozess des Praktikers zumeist auch ein Ringen um den Sinn seines Handelns.

Wenn wir betonen, dass unsere wissenschaftliche Arbeit praxisbezogen sein soll, so meinen wir, dass in ihr nebst Wegen auch Ziele zur Sprache kommen sollen. Damit gehen wir weit über die Praxisbezogenheit naturwissenschaftlichen Forschens hinaus.

Zweitens: Die Wissenschaft hat heute einen derart hohen Stand erreicht, dass der einzelne Forscher oder das einzelne Forscherteam nur noch kleine und kleinste Wirklichkeitsausschnitte, ja nur noch einzelne Schritte des Forschungsganges bearbeitet: zum Beispiel nur noch Methoden entwickelt, oder nur noch Hypothesen aufstellt, oder nur noch Experimente durchführt. Die Ergebnisse solch spezialisierter Forschungsarbeiten sind für die Praxis kaum verwendbar, ausser sie werden zu einem Ganzen zusammengefasst. Wenden wir uns also an Praktiker, haben wir den Weg wissenschaftlichen Forschens von A bis Z zu gehen, von den methodischen Ueberlegungen über das Erfassen von Sachverhalten bis zur Deutung von Sinnzusammenhängen.

Drittens: Je weiter die Wissenschaft in Neuland vorstösst, um so mehr neue Begriffe und Wendungen benötigt sie. Ihre Terminologie wird für den Laien mehr und mehr zur Fremdsprache. Ist eine wissenschaftliche Arbeit für die Praxis gedacht, so muss sie allgemeinverständlich abgefasst sein. Wird aber Wissenschaft so nicht Populärwissenschaft?

Wir haben wissenschaftliches Arbeiten - im Vergleich zu alltäglichem Handeln - als ein methodisch begründetes Durchschauen und Ueberschauen der Wirklichkeit definiert. Methodisch begründet: Das Begreifen selber ist begriffen, ist im Griff. Man kann darlegen, wie man vorgeht, wie man zu einem Resultat gekommen ist. Der Forschungsgang kann von jedermann wiederholt werden. So wird Erkenntnis auch für andere nachvollziehbar, auch für andere gültig, allgemein gültig. Sich allgemein verständlich und nachvollziehbar auszudrücken ist also alles andere als ein populärwissenschaftlicher Anbiederungsversuch, sondern eine ureigenste wissenschaftliche Tugend. Dazu gehört nebst dem unmissverständlichen Definieren von Begriffen auch das Bemühen, Erkenntnisse in kurze, im Umfang zu bewältigende Axiome, Thesen und Maximen zu fassen. Um diesem letztgenannten Postulat der Knappheit zu genügen und nicht ins Uferlose zu geraten, müssen wir Thema und Fragestellung unserer Abhandlung sorgfältig abgrenzen.

B. Thema und Fragestellung

"Ziele und Wege von Jugend- und Freizeitzentren - heute", so etwa könnte aus dem bisher Gesagten das Thema unserer Abhandlung formuliert werden. Allein, was ist gemeint mit "heute"? Die allgemeine Zeitlage und die sich daraus ergebenden Wege und Ziele für ein Jugend- und Freizeitzentrum? In diesem Fall wären - zum Beispiel durch das Studium zeitgenössischer Literatur - die heutigen Probleme zu analysieren, um daraus ein mustergültiges Modell abzuleiten. Jedoch: Wie soll

ein Modell erarbeitet werden können, wenn nicht einmal in groben Zügen geklärt ist, was ein Jugend- und Freizeithaus leisten will und kann? Und würde eine solche Modell-Anlage beim Zielpublikum tatsächlich Anklang finden? Eine Abklärung der aktuellen Bedürfnislage scheint weit mehr Erfolg zu versprechen. Aus den Ergebnissen einer Publikumsumfrage wäre unschwer festzustellen, wie der Bau und der Betrieb eines Jugend- und Freizeithauses auszusehen hätten. Ob das tatsächlich so einfach wäre, sei im folgenden erörtert.

Als Bedürfnis bezeichnet die Psychologie einen Zustand des Mangels, der behoben sein will. Einen Mangel empfinden kann aber nur, wer irgendwie mit einem mangellosen Zustand vergleichen kann. Ein Bedürfnis ist also ein Spannungszustand zwischen einer gegebenen und einer möglichen Lage. Beispiel: Ich habe das Bedürfnis, ins Freie zu gehen. Zwischen dem Zuhausesein und der Möglichkeit, sich an der frischen Luft zu bewegen, besteht ein Gefälle, das mich drängt, den gegebenen Zustand zu verändern. Nun sagen wir aber auch: Ich habe das Bedürfnis, zuhause zu bleiben. In diesem Fall erscheint mit das mögliche Ausgehen als wenig verlockend. Ich möchte verharren. Bedürfnisse können also zur Veränderung oder zur Beibehaltung des status quo auffordern. Bei einer Uebersättigung kann sogar dasselbe Bedürfnis sein Gefälle wechseln, in seiner Spannung "umgepolt" werden, um einen Ausdruck aus der Elektrotechnik zu gebrauchen.

Wenn aber ein menschliches Bedürfnis ein Spannungszustand zwischen Gegebenem und Möglichem ist, dann heisst das, dass es sich nicht nur ändert, wenn sich der Ist-Zustand wandelt, sondern auch dann, wenn der erahnte mögliche Zustand in einem anderen Licht, einem anderen Horizont erscheint. Und dies kann sehr häufig eintreten, weil der Mensch ein weltoffenes Wesen ist, dem sich in jeder Situation wieder andere Horizonte erschliessen. Beispiel: Ich habe das Bedürfnis zu schlafen und lege mich hin. Da schreckt mich das Feuerhorn auf; ich entdecke am Nachthimmel einen Feuerschein. Mein Schlafbedürfnis ist wie verfliegen. Das Sensationsbedürfnis treibt mich zur Brandstätte.

Die Veränderung der menschlichen Bedürfnislage durch eine Veränderung im Horizont der Möglichkeiten sei Horizonteffekt genannt. Eine Bestandesaufnahme menschlicher Bedürfnisse, die mehr als nur momentan gültig sein möchte, müsste auch die künftige Entwicklung der äusseren Umstände mitsamt ihren möglichen Auswirkungen auf den Erwartungshorizont erfassen. Ein schwer zu bewältigendes Unterfangen! Es sei nur daran erinnert, dass bereits eine Befragung einen Horizonteffekt auslöst. Angenommen, eine begrenzt gültige Analyse der Bedürfnislage gelänge, was wäre mit den Ergebnissen anzufangen? Müsstest die unzweideutig nachgewiesenen Bedürfnisse befriedigt werden? Der allgemeine Sprachgebrauch des Wortes "bedürfen" legt diesen Schluss nahe. "Einer Sache bedürfen" heisst "etwas nötig haben", um überhaupt leben oder um menschenwürdig leben zu können. Auch die Physiologie und die Psychologie weisen nach, dass der Ausgleich von Mangelzuständen für die körperliche und seelische Gesunderhaltung des Menschen notwendig ist. Nun zeigen aber zahlreiche Beispiele, dass die Befriedigung mensch-

licher Bedürfnisse nicht immer lebenserhaltend sein muss. Wir denken an die Machtbedürfnisse, die oft auf Kosten von Menschenleben und Menschenwürde befriedigt werden. Wir denken aber auch an das Bedürfnis nach Genussmitteln, dessen Befriedigung die Gesundheit schädigen kann. Menschliche Bedürfnisse müssen offenbar, bevor sie befriedigt werden, auf ihre Lebensnotwendigkeit und Menschenwürdigkeit hin geprüft und bewertet werden.

Manchmal sagen wir, und sind überzeugt, objektiv zu urteilen: Die Werbung für Konsumprodukte weckt unechte Bedürfnisse. Heisst das, diese geweckten Bedürfnisse seien nur scheinbar, seien nicht real? Wohl kaum, sonst könnten nicht ganze Industrien davon leben! Oder meint man "künstlich geschaffen" im Gegensatz zu "natürlich entstanden"? Was aber heisst beim Menschen natürlich? Der Mensch besitzt in besonderem Mass die Fähigkeit, Möglichkeiten und Sinnzusammenhänge zu erkennen. Er registriert nicht nur das, was ist, er weiss auch von längst vergangenen Lebensformen, und er hofft auf zukünftige Ereignisse, oder fürchtet sich vor ihnen. So lebt er in einem andauernden Spannungszustand zwischen dem, was ist und dem, was sein könnte. Kaum ist eine erhoffte Möglichkeit erfüllt, melden sich dank seines Verstandes und seiner Phantasie neue Möglichkeiten und damit neue Bedürfnisse. Menschliche Bedürfnisse sind von Natur aus irgendwie künstlich, irgendwie vom Menschen selber geschaffen. Genauer wäre vielleicht zu unterscheiden zwischen "inneren" Bedürfnissen und solchen, die von aussen hervorgerufen werden. Doch werden nicht auch sogenannte "echte" Bedürfnisse von aussen her, durch die Kultur, durch den Mitmenschen, geweckt? Hätte der Mensch zum Beispiel überhaupt ein sexuelles Bedürfnis, wenn es auf der ganzen lieben Welt keine sexuellen Partner gäbe? Eine absurde Frage - aber sie zeigt, dass Bedürfnisse nicht einfach im Menschen drin stecken, sondern aus der Verflechtung des Menschen mit der Welt entstehen. Was aber kann denn mit unechten Bedürfnissen gemeint sein, wenn sowohl die Bedeutung von "unwirklich", wie die von "künstlich geschaffen" oder "durch andere hervorgerufen" nicht zutrifft? Der Begriff "echt" ist aus "recht, dem Recht entsprechend" entstanden. Echt ist, was man für richtig gesetzt hat. Entsprechend ist unecht, was nicht dem Recht-mässigen entspricht. Unechte Bedürfnisse passen nicht in das, was wir für richtig, für menschenwürdig erachten. Also auch die objektiv tönende Rede von den echten und unechten Bedürfnissen ist eine Wertung.

Gibt es verbindliche Massstäbe für diese Wertung? Ja, sofern man ein gesichertes Bild vom Menschen besitzt. Doch, so gewichtig die Resultate der Wissenschaft vom Wesen des Menschen sind, ein solches Bild ist noch längst nicht gefunden. Vielmehr verdichtet sich der Verdacht, dass es gerade das Wesen des Menschen ausmache, nie restlos Klarheit über sich selber gewinnen zu können und stets nach dem Sinn seines Lebens fragen zu müssen. Der Entscheid, welche Bedürfnisse als menschenwürdig zu betrachten seien, wird der Mensch also immer wieder neu aus seinem Selbstverständnis heraus treffen müssen. Die durch eine Umfrage festgestellten Bedürfnisse müssten also bewertet werden, und wahrscheinlich nur für einen Teil von ihnen könnte eine Befriedigungsmöglichkeit angeboten werden. Damit sähe aber die Bedürfnislage der Befragten bereits wieder anders aus; ihre

Auskünfte bezogen sich ja auf unbewertete Möglichkeiten. Beispiel: In einer Umfrage wird der Wunsch nach einem Ort der Begegnung festgestellt. Wird nun diese Stätte mit Abstrichen und Auflagen realisiert, so ist bei einem Teil der Leute der Wunsch darnach plötzlich verschwunden. Die Ablösung des Wunschbildes durch ein konkretes Angebot hat einen Horizonteﬀekt zur Folge. Oder ein noch einfacheres Beispiel: Die allgemeine Frage "Hast du Lust in die Ferien zu reisen?" wird nicht unbedingt gleich beantwortet wie die verbindliche Anfrage "Kommst du morgen mit nach Bern?".

Die methodischen Hindernisse sind nur dadurch zu überwinden, dass vor der Erhebung entschieden wird, welche Bedürfnisse auf welche Art gestillt werden sollen. So verfährt die Marktforschung. Für sie steht zum vornherein fest, dass allfällige ermittelte Bedürfnisse durch den Verkauf eines Produkts befriedigt werden sollen. Benötigt werden nur noch Hinweise, wie dieses Erzeugnis auszusehen hat. Auf unsere Problemstellung heisst das: Vor jeder Bedürfnisabklärung müssen wir wissen, welche Bedürfnisse ein Jugend- und Freizeithaus befriedigen kann und will. Damit sind wir aber wieder zurückverwiesen auf die Frage nach den Grundzügen von Jugend- und Freizeitzentren: Worum geht es überhaupt?

Es liegt nahe, die Antwort in bereits bestehenden wissenschaftlichen Studien zu suchen. Allein, in der Schweiz findet sich zu diesem Thema noch wenig Literatur. Einige Erhebungen über das Freizeitverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen, einige Diplomarbeiten zum Freizeitproblem; das ist alles. Und im Ausland? Wohl bestehen über Nachbarschaftsheime, Heime der offenen Tür und Centres de la jeunesse et de la culture sowie über Settlements zahlreiche Schriften - doch woher entnehmen wir, dass es sich um die gleichen Einrichtungen handelt wie bei unseren Jugend- und Freizeitzentren? Wir müssen zuerst die hiesigen Einrichtungen kennen lernen. Das kann allerdings nicht bedeuten, dass wir ihre Wirklichkeit schlechthin - vom alltäglich darin Gesprochenen, Gefühlten und Gehandelten bis zu seinen Auswirkungen im näheren und weiteren Umkreis - erfassen sollen. Das würde ins Uferlose führen und zudem gerade das voraussetzen, was wir erst zu gewinnen suchen. Es soll deshalb nur jener Ausschnitt der Wirklichkeit beleuchtet werden, der Aufschluss gibt über die Grundzüge von Jugend- und Freizeitzentren. Welcher Ausschnitt ist es?

Weil Jugend- und Freizeitzentren von Menschen geschaffene und betriebene Werke sind, müssen ihre Grundzüge in dem zu finden sein, was von menschlicher Hand und menschlichem Geist in sie hineingelegt worden ist. Dieses "von Menschen Hineingelegte" wollen wir die Konzeption nennen.

Der Begriff Konzeption wird heute in der Bedeutung von "Entwurf für ein Werk", "Plan", "gedankliche Vorwegnahme einer Tat", "Zusammenfassung", "Auffassung" und "Empfängnis" verwendet. Er ist vom lateinischen Concipere (= zusammenfassen, abfassen, erkennen, begreifen, sich vorstellen) abgeleitet. Für unsere Verwendung des Begriffs ist folgendes wichtig:

- Eine Konzeption ist ein Entwurf, der ins Werk umgesetzt werden will oder bereits umgesetzt worden ist. Die Konzeption ist kein Gedankenschloss fern von jeder Wirklichkeit.
- Die Konzeption eines Werkes ist nicht das in ihr wirkende Naturgesetz, sondern der von Menschen ersonnene Plan, wobei Sachzwänge durchaus berücksichtigt sein können.

Die Konzeption ist also das, was an Ideen und Auffassungen in ein Werk investiert worden ist und seine Gestalt und Weiterentwicklung bestimmt. Oder anders gesagt: Die Konzeption ist das Gesamt an menschlichen Entscheidungen, die in einer Tat oder in einem Werk wirksam werden.

Deshalb sind, wenn die Konzeption von Jugend- und Freizeitzentren in ihren Grundzügen verstanden werden soll, die drei Fragen zu stellen, die jeder Entscheidung zugrunde liegen, und die zu klären wir uns vorgenommen haben, um dem Praktiker Entscheidungsgrundlagen zu schaffen:

- 1) Welche Wege, welche Lösungen hat man gewählt? Das heisst: Wie sind die Werke angelegt?
- 2) Welche Ziele hat man anvisiert? Das heisst: Woraufhin sind die Werke angelegt?
- 3) Aus welcher Situation heraus sind sie entstanden? Das heisst: Warum sind die Werke so angelegt?

Damit ist das Thema und die Fragestellung der vorliegenden Studie umrissen. Nicht eine allgemeine Zeitbetrachtung oder eine Bedürfnisanalyse wollen wir vornehmen, um daraus ein Modell für ein Jugend- und Freizeithaus zu entwickeln. Vielmehr wollen wir die Konzeption bestehender Einrichtungen erhellen, um daraus die Wesenszüge von Jugend- und Freizeitzentren zu verstehen.

C. Vorgehen

"Worum geht es überhaupt bei Jugend- und Freizeitzentren?" - das ist die Leitfrage der vorliegenden Arbeit. Das "überhaupt" in der Frage bedeutet nicht nur "im Ganzen gesehen", es drückt auch das Erstaunen eines Neulings aus, der noch nicht mit Vorkenntnissen belastet ist. - Sind wir wirklich unbelastet? Wir sprechen von Jugend- und Freizeitzentren - offenbar ist uns der Begriff doch irgendwie geläufig. Wir schreiben eine ganze Abhandlung über Jugend- und Freizeitzentren - offenbar kennen wir doch das Thema. Die Vorgeschichte zu dieser Schrift gibt davon lebhaft Zeugnis. Von Neuland kann keine Rede sein! Wir wissen aus dem alltäglichen Umgang, was ein Jugend- und Freizeitzentrum ist. Aber eben, es ist nur ein alltägliches Verständnis, das für den Wissenschaftler noch nicht tragfähig genug ist. Für ihn ist der Begriff Jugend- und Freizeithaus noch nicht definiert. Er kann daher naiv fragen: Worum geht es überhaupt?

Allerdings ignorieren kann er das alltägliche Verständnis auch nicht. Erkenntnis ist nicht einfach aus dem Nichts zu stampfen. Sie muss auf Bekanntem aufbauen können, und wenn dieses wissenschaftlich nicht gegeben ist, muss eben das vorwissenschaftliche Wissen als Ausgangspunkt gewählt werden. So beginnen wir mit dem, was man gemeinhin unter einem Jugend- und Freizeitzentrum versteht und versuchen dann, dieses vorwissenschaftliche Verständnis in ein wissenschaftliches zu heben.

Das exakt berechnete Vorgehen nach naturwissenschaftlichem Vorbild scheint sich kaum zu empfehlen. Denn wir wollen ja nicht bereits bekannte Zusammenhänge in ihren Gesetzmässigkeiten logisch beweisen. Vielmehr geht es darum, Dimensionen erst aufzuweisen und Sinnhaftes, Einmaliges, Unlogisches, Schwerverstehbares zu beschreiben. Dazu eignet sich das sogenannte geisteswissenschaftliche Verfahren besser. Wir sagen mit Absicht "sogenannte", denn die Grenze zwischen berechnend-beweisender und beschreibend-aufweisender Methode verläuft heute nicht mehr zwischen Geistes- und Naturwissenschaften. Der Physiker, der Hypothesen entwickelt, arbeitet in dieser Phase genau so geisteswissenschaftlich wie der Psychologe naturwissenschaftlich vorgeht, wenn er empirische Messungen vornimmt.

Das beschreibend-aufweisende Vorgehen wird heute verschiedenerorts als weniger wissenschaftlich taxiert, was davon herrühren dürfte, dass das geschriebene oder gesprochene Wort mehrere und oft hintergründige Bedeutungen haben kann - im Gegensatz zur mathematischen Aussage, an der es nichts zu deuteln gibt. Etliche Geisteswissenschaftler sind daher dazu übergegangen, ihre Aussagen vermehrt mit logischen Kalküls, mit statistisch signifikanten Zahlen und mit unzähligen Literaturhinweisen zu untermauern. Wie wertvoll und klärend all diese Hinweise und Beweise auch sind, und wie sehr dem Postulat der Nachvollziehbarkeit auch Rechnung getragen wird: werden die Aussagen dadurch zuverlässiger? Wer findet Zeit, hunderte von Zitaten im Urtext nachzuprüfen? Wer kann den Gegenbeweis antreten, dass ein dichterisches Werk grundlegend falsch interpretiert worden ist? Wer merkt, wenn irgendwo eine unpassende statistische Zahl unterschlagen wird? Zum wissenschaftlichen Arbeiten gehört offenbar noch etwas, das wir bis jetzt nicht anführten: die Redlichkeit des Denkens und des Forschens. Das gilt übrigens auch für die Naturwissenschaftler. Wer könnte heute noch die Millionen Franken aufbringen, um gewisse Experimente zu wiederholen? Wo blieben die Fortschritte des Forschens, wenn nicht immer wieder die Forscher selber ehrlich die Zweifel an ihren Erkenntnissen weitergäben?

Wenn wir uns also entschliessen, "geisteswissenschaftlich" vorzugehen, so heisst das, dass wir methodisch diszipliniert, nachvollziehbar formulierend und redlich denkend Zusammenhänge in Worte zu fassen suchen. Dieses Vorgehen wollen wir keiner besonderen Schule zuordnen, weder der phänomenologischen, noch der strukturalistischen. Es ist ein laufend am Forschungsgegenstand sich orientierendes Verfahren. Sein Verlauf während der ersten Etappe der Untersuchung sei auf den nächsten Seiten im Rückblick geschildert.

Nachdem das Thema der Abhandlung - die Konzeption bestehender Jugend- und Freizeitzentren - feststand, waren drei Vorfragen zu beantworten.

Erstens: Was alles fällt im alltäglichen Verständnis unter den Begriff Jugend- und Freizeitzentrum? Sicher einmal all jene Einrichtungen, die sich selber so nennen, also Jugendhäuser, Jugendzentren, Freizeitanlagen. Schwieriger ist der Entscheid bei anders benannten Werken, die aber ebenso gut auch Jugend- und Freizeitzentrum heissen könnten. Hier haben wir all jene Einrichtungen mitgezählt, auf die eine andere eindeutige Bezeichnung wie "Vereinslokal", "Sportanlage", "Dancing", "Kirchgemeindehaus", "Gemeindesaal", "Bibliothek", "Gaststätte", "Spielsalon" oder "Freizeitwerkstatt" nicht richtig passen will.

Zweitens: Wieviele bestehende Jugend- und Freizeitzentren sollen in die Untersuchung miteinbezogen werden? Nur einige oder sämtliche Werke einer Region? Wir entschieden uns für die zweite Variante, aus der Ueberlegung heraus, dass ja eine Auswahl wieder von jenen Kriterien ausgehen müsste, die wir erst suchen. Als Region haben wir aus folgenden Gründen den Kanton Zürich gewählt:

- Im Vergleich zu anderen Kantonen bestehen auf kleinem Raum verhältnismässig viele Zentren.
- Für die Bestandesaufnahme entstehen kurze Fahrdistanzen, was einen persönlichen Augenschein in sämtlichen Zentren ermöglicht.
- Eine Uebersicht über die Lage im Kanton könnte den Behörden bei der Behandlung der eingereichten Postulate betreffend Subventionierung von Jugend- und Freizeitzentren nützlich sein.

Drittens: In welchen Bereichen eines Jugend- und Freizeitzentrums kommt die Konzeption zum Ausdruck? Aufgrund der eigenen Erfahrungen kamen wir auf folgenden Katalog, der sich im Verlauf der weiteren Untersuchung als vollständig erwies:

- Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte;
- Spielregeln, Normen, Arbeitsmethoden;
- Raumprogramm, bauliche Ausgestaltung, Inneneinrichtungen;
- Veranstaltungskalender, Programm;
- Besucherkreis;
- Organisation;
- Finanzierung;
- Zielsetzungen;
- Projekte, Pläne.

Nach Abklärung dieser Vorfragen ging es darum, über die Konzeption der bestehenden Jugend- und Freizeitzentren im Kanton Zürich Angaben zu sammeln. Wir wussten aus eigener Anschauung, dass die gewünschten Angaben nicht leicht zu beschaffen sein würden. Angesichts der Hektik und der rasch wechselnden Mitarbeiterkreise war kaum zu erwarten, dass die Zentren schriftliche Selbstdarstellungen auf Lager hätten. Man musste froh sein, eine nachgeführte Buchhaltung vor-

zufinden. Und die überlasteten Verantwortlichen zu bitten, eigens für unsere Untersuchung eine Dokumentation über ihr Zentrum auszuarbeiten, lag zum vornherein ausserhalb des Zumutbaren. In dieser Situation gab es keinen anderen Weg, als aus allen irgendwie zugänglichen Quellen eigenhändig Informationen zusammenzutragen.

Einen Vorgeschmack von der Schwierigkeit dieses Unterfangens erhielten wir bereits beim Eruiieren aller im Kanton vorhandenen Zentren. Wir wandten uns zunächst an die Gemeinderatskanzleien der grösseren Ortschaften, mit der Bitte, uns Kontaktadressen von Leuten anzugeben, die sich in ihrer Gemeinde mit der Frage eines Jugend- und Freizeitentrums befassen. Bei dieser Gelegenheit stellten wir auch die Frage, ob den Behörden ähnliche Bemühungen in Nachbarorten bekannt seien - jedoch niemand konnte uns einen Tip geben. Ueber den Leiterkreis der Jugend-, Freizeit- und Gemeinschaftszentren der Schweiz, über den Freizeitdienst der Pro Juventute, über die Jugendsekretariate, über einzelne Pfarrämter, über die kantonale Finanzdirektion, die uns eine Liste der erteilten alkohol-freien Wirtschaftspatente zur Verfügung stellte, erfuhren wir dann doch praktisch von allen Zentren, die landauf und landab in Vorbereitung oder in Betrieb sind.

Bei der Beschaffung von Nachrichten über die einzelnen Werke gingen wir so vor, dass wir zunächst alle greifbaren Unterlagen sammelten, wobei wir nicht nur bei den Zentren selber, sondern auch bei Behörden und Privatpersonen anklopften. Im Falle des Lindenhofbunkers gruben wir Dokumente im Estrich einer Kommune aus. Aus dem grossen Wust von Papier - pro Zentrum manchmal mehrere Kilogramme - suchten wir dann jene Blätter heraus, die uns beim erstmaligen Durchlesen in irgendeiner Hinsicht informativ erschienen, so zum Beispiel amtliche Verfügungen, Jahresberichte, Sitzungsprotokolle, Statuten, Exposés, Werbeschriften und Eingaben an Behörden. Dem gründlichen Aktenstudium und dem persönlichen Augenschein in den Zentren folgten dann Gespräche

- mit den direkt für den Betrieb Verantwortlichen (Leiter, Abwart, Vorsitzender des Betriebsausschusses);
- mit den Exponenten der übergeordneten Instanzen (Präsident des Trägervereins, Stadtrat, Gemeindepräsident);
- mit einzelnen Gründern.

Mit den Betriebsverantwortlichen sprachen wir in der Regel unter vier Augen und meist mehrere Stunden lang, wobei wir - beziehend auf die Akten - Punkt für Punkt der Konzeption, nach dem Frageschema Wie-Warum-Wozu, durchgingen. Manchmal stellten wir auch die Frage: Warum nicht anders? Die Fragen zum Punkt "Besucherkreis" lauteten zum Beispiel so: Welche Personen haben laut Hausordnung Zutritt zu Ihrem Zentrum? Wie wird diese Bestimmung praktisch gehandhabt? Wie ist man auf diese Regelung gekommen? Was verspricht man sich davon? Warum lässt man diese oder jene Gruppe nicht zu?

Die Gespräche mit den Gründern dauerten im allgemeinen etwas weniger lang und bezogen sich nur auf die Gründungszeit der Zentren; im Prinzip waren sie aber gleich aufgebaut.

Die Gemeindepräsidenten antworteten uns teils schriftlich, teils telefonisch, teils im persönlichen Gespräch; unsere Frage an sie war, wie die Behörden Sinn und Zukunft der Zentren beurteilen.

Die nächste Aufgabe bestand darin, das umfangreiche Material übersichtlich darzustellen. Dabei konnte es nicht einfach darum gehen, gleiche Aussagen nebeneinander zu reihen. Es musste der Sinnzusammenhang der Informationen je Zentrum bewahrt und zugleich ein Vergleich unter den Zentren ermöglicht werden. Der Katalog im Anhang dieser Schrift¹⁾ sucht diesen beiden Forderungen gerecht zu werden. Er hat bis zu seiner endgültigen Form etliche Stadien durchlaufen. Von den vielen Knacknüssen verursachte vor allem die Darstellung von Betrieb und Programm Kopfzerbrechen. Nach welchen Kriterien sollen Aktivitäten geordnet werden? Ein einfacher Gedanke erwies sich schliesslich als brauchbar: Für jede Aktivität bestehen speziell dafür eingerichtete Institutionen, nämlich:

- Gaststätten, Unterhaltungs-Etablissements und gesellige Vereine für Erfrischung, Verpflegung, geselliges Beisammensein, Rendez-vous, Spiel, Tanz und Zerstreuung aller Art, kurz: für GESELLIGKEIT UND SPIEL;
- Sportanlagen, Sportvereine, Erholungsgebiete für Tätigkeiten, die zur Erhaltung der körperlichen Leistungsfähigkeit und Gesundheit dienen, kurz: für SPORT UND ERHOLUNG;
- Schulen und Lehranstalten für planmässige Bemühungen auf Erziehungs- und Bildungsziele hin, kurz: für BILDUNG;
- Theater, Galerien und Opernhäuser für die Darbietung künstlerischer Leistungen, kurz: für KULTUR;
- Gemeinnützige Vereine, politische Parteien und Jugendorganisationen für die Erfüllung von Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit, kurz: für EINSÄTZE;
- Freizeitvereine und Clublokale für die Pflege spezieller Tätigkeiten und Interessen, kurz: für HOBBIES;
- Kirchen für GOTTESDIENSTE;
- Verkaufsgeschäfte für die Abwicklung des Warenaustausches, kurz: für HANDEL.

Daraus haben sich acht - oben mit GROSSBUCHSTABEN hervorgehobene - Rubriken ergeben. Welche Tätigkeiten im einzelnen darunter eingereiht sind, ist aus der Legende zu den graphischen Uebersichten zu entnehmen. Einzelne Aktivitäten haben sich nicht eindeutig einordnen lassen und sind unter verschiedenen Titeln aufgeführt (Ferienlager zum Beispiel sowohl unter "Erholung" wie unter "Bildung").

1) Beim Druck der Schrift sind aus Platzgründen Projekte, die zum Zeitpunkt der Untersuchung noch in einem Anfangsstadium standen, nicht in den Katalog aufgenommen worden. Eine vollständige Liste aller untersuchten Werke findet sich im Anhang auf Seite 75.

Ein weiteres Problem stellte das Aufzeichnen der Organisationsstruktur dar. Die herkömmlichen Schemata im Stile von Hierarchie-Bäumen, die nur schwer Vergleiche untereinander zulassen, mussten modifiziert werden. Wir gingen dabei davon aus, dass das Wesen von Organisation 1. in der hierarchischen Stufung von Entscheidungsgewalt und 2. in der Abgrenzung von Arbeitsgebieten liege. Nach mehreren zeichnerischen Experimenten entschieden wir uns für das vorliegende Schema, das die Entscheidungsgewalten von links nach rechts und die Arbeitsgebiete von oben nach unten darstellt. Bei der Ermittlung der Hierarchie half oft die Frage, wem in welchem Masse der "Schwarze Peter" zugeschoben wird, wenn das Zentrum in Schwierigkeiten gerät.

Am meisten Sorge bereitete uns der Umstand, dass die Informationssammlung von Ort zu Ort verschieden ergiebig ausgefallen war. Wie, wenn der Grund nicht in der unterschiedlichen Konzeption sondern in der unterschiedlichen Wortgewandtheit der Gewährsleute zu suchen war? Wie sind jahrelang zäh verfolgte Grundsätze mit nur rasch hingeworfenen Floskeln zu vergleichen? Das Dilemma suchten wir so zu lösen, dass wir die Angaben kritisch sichteten, das heisst Vages ausschieden, Weitschweifiges kürzten, Lückenhaftes und Widersprüchliches durch Rückfragen klärten. Zu den Punkten Programm, Besucherkreis und Finanzierung holten wir mittels einem nachträglich ausgearbeiteten Fragebogen Präzisierungen ein. So konnten wir die Zuverlässigkeit der Angaben auf ein vergleichbares Niveau bringen. - Schliesslich legten wir den entsprechenden Gewährsleuten die Graphiken und Texte ihres Zentrums zur Korrektur vor. Dieser letzte methodische Schritt erwies sich als ausserordentlich fruchtbar, wurden doch eine Reihe von Ungenauigkeiten zu Tage gefördert. Zum Teil mussten wir ganze Abschnitte neu bearbeiten und ein zweites Mal korrigieren lassen.

Was haben wir mit der Erarbeitung dieses Kataloges erreicht? Sind einfach einigermassen zuverlässige Informationen in gedrängter Form dargestellt worden? Verfolgt man genau, was während der Materialsammlung (zum Beispiel beim "Aussuchen informativer Schriftstücke"), oder bei der Darstellung (zum Beispiel beim "Kürzen von Weitschweifigkeiten") geschehen ist, dann wird klar, dass der Katalog bereits gewichtete und in ihren Zusammenhängen verstandene Angaben enthält. Unser Verständnis von Jugend- und Freizeitzentren ist nach aller ordnenden Inventur-Arbeit bereits kein vorwissenschaftliches mehr.

Ist aber auch schon unsere Frage - worum es bei Jugend- und Freizeitzentren überhaupt gehe - beantwortet? Ohne Zweifel gibt das Durchblättern des Anhangs und das Betrachten der graphischen Darstellungen mancherlei Einblicke in das Wie, Warum und Wozu der einzelnen Zentren. Allein, eine eigentliche Antwort ist noch nicht gegeben. Die Untersuchung ist noch weiter voranzutreiben. Wie wir vorzugehen gedenken, werden wir fortan laufend darlegen.

II. Hauptteil

A U S L E G E O R D N U N G

Das Bild ist jedem Schweizer vertraut: ein Platz vor einem Schulhaus oder in einem Zeughausareal. Soldaten in lockerer Zwei-Glied-Formation. Vor ihnen auf dem Boden, was während des Jahres zu Hause im Estrich versorgt oder während des Militärdienstes im Rucksack verstaut ist: die persönliche Ausrüstung. Säuberlich ausgebreitet liegt sie zur Inspektion, das heisst zur Kontrolle auf Vollständigkeit und Zustand, bereit. Von der entfetteten Waffe bis zu den gefetteten Ordonanzschuhen, von den Tragriemli bis zu den drei Nähnadeln. Das ist eine Auslegeordnung.

Der Begriff findet sich in keinem Wörterbuch. Er wird aber in der Schweiz häufig verwendet, auch ausserhalb des Militärischen. Immer dann spricht man von Auslegeordnung, wenn zwecks Gewinnung eines Ueberblicks Dinge, die sonst verstreut irgendwo ihren Platz haben, für einmal an einem einzigen Ort aufgereiht werden. Eine unübersichtliche Ordnung wird vorübergehend durch eine überschaubare ersetzt. So ist etwa auch das Sammeln und Ordnen von Meinungen und Vorschlägen zur Revision der Bundesverfassung als "Auslegeordnung" bezeichnet worden.

Auch wir wollen auf den nächsten Seiten eine Auslegeordnung machen. Aus dem Katalog der Jugend- und Freizeitzentren sollen verstreute Angaben hervorgeholt und in neuer Reihenfolge ausgelegt werden. Auslegen bedeutet aber nicht nur "ausbreiten, auffächern". Es meint auch "deuten, erklären". Diese zweite Bedeutung ist in unserer Auslegeordnung durchaus mitgemeint. Durch das Anders-Ordnen sollen zugleich weitere Zusammenhänge erhellt und damit das Verständnis, worum es bei Jugend- und Freizeitzentren überhaupt geht, vertieft werden.

A. Suche nach gemeinsamen Merkmalen

Zu Beginn die aktuelle Lage der Zentren. Den Uebersichtsskizzen und den Textabschnitten "Zum momentanen Stand" sind folgende Gemeinsamkeiten zu entnehmen:

- Alle Zentren besitzen eigens für sie hergerichtete Räume. Wo solche fehlen, sind Bauprojekte bereits weit gediehen.
- Die Zentren sind immer für mehrere Funktionen gebaut. Je nach Grösse konzentrieren sich diese auf einen einzigen Mehrzweckraum oder verteilen sich auf verschiedene Räume.

- Für folgende Funktionen ist in jedem Zentrum Platz vorgesehen:
 - a) für das gesellige Zusammensein von kleinen Gruppen (Café, Restaurant, Clubraum, Plaudernische),
 - b) für Zusammenkünfte von mindestens 50 Personen.

Die übrigen Zweckbestimmungen der Räume sind unterschiedlich.

- An der Trägerschaft ist nie nur ein einzelnes kommerzielles Unternehmen, sondern immer eine breitere Öffentlichkeit beteiligt (aus verschiedenen Kreisen zusammengesetzte Vereine, die politische Gemeinde, die Kirchgemeinde, die Schulgemeinde, gemeinnützige Institutionen).
- In allen Zentren sind neben Verantwortlichen für Wartung und Verwaltung auch Verantwortliche für Programm und Betrieb bestimmt.
- Überall helfen Benützer in der Organisation mit.
- Die Zentren befinden sich immer innerhalb jenes Gebietes (resp. der Region), für deren Bewohner sie gerechnet sind.
- Die Kosten für die Raumbenützung (Kapitalzins, Heizung, Licht) werden stets von einer öffentlichen Institution (politische Gemeinde, Kirche, Schule) übernommen.
- Die Existenz der Zentren wird in den behördlichen Stellungnahmen immer als "grundsätzlich positiv" und "im Interesse der Allgemeinheit stehend" bezeichnet.
- Programm und Betrieb setzen sich immer aus mehreren verschiedenartigen Tätigkeiten zusammen, auf jeden Fall gehören dazu:
 - a) Geselligkeit und Spiel (Tanzanlässe, Unterhaltungsabende),
 - b) Bildung (organisierte Lehrveranstaltungen),
 - c) Einsatz für die Allgemeinheit (Mithilfe in der Organisation, Wohltätigkeitsveranstaltungen, politische Aktionen).
- Nirgends anzutreffen ist das Herstellen von Waren auf kommerzieller Basis, selten der Handel mit Waren, Hotelbetrieb und kirchliche Veranstaltungen.
- Jede Tätigkeit, die in einem Jugend- und Freizeitzentrum ausgeübt wird, ist in andern Lebensbereichen und in andern Institutionen anzutreffen.
- Formal bestehen keine Zutrittsbedingungen. Einzig das Alter bildet in einzelnen Zentren eine Schranke. Überall zugelassen sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen (das heisst die ca. 15-25jährigen). Mit dem Zutritt sind ebenfalls keine formalen Verpflichtungen verbunden.
- Die Zentren werden im allgemeinen länger offen gehalten als Schul- und Kirchgemeindehäuser, jedoch nirgends über die örtlich geltende Polizeistunde hinaus (ausgenommen bei geschlossenen Veranstaltungen).
- Weil kein Zentrum das entsprechende Wirtschaftspatent besitzt, wird offiziell und öffentlich kein Alkohol ausgeschenkt (höchstens in Sonderfällen unter der Hand).

Die Entstehungsgeschichten der einzelnen Zentren zeichnen sich durch folgende gemeinsame Züge aus:

- Mit Ausnahme des Akademikerhauses¹⁾ sind alle Werke nach 1955 entstanden, nämlich fünf von 1955 - 1959, zehn zwischen 1960 und 1964 und zwanzig zwischen 1965 und 1969. Die Zahl der Jugend- und Freizeitzentren hat sich also in den letzten 15 Jahren alle fünf Jahre mehr als verdoppelt. Beim Abschluss dieser Untersuchung (Frühjahr 1972) ist noch keine Abschwächung des "Jugendhaus-Booms" zu erkennen. Im Gegenteil: Mit der vorgesehenen Subventionierung der Jugend- und Freizeitzentren durch den Kanton dürfte sich die Zunahme noch beschleunigen.

- Die äusseren Anstösse, die zur Schaffung eines Jugend- und Freizeitzentrums geführt haben, sind sehr verschieden, ja zum Teil geradezu entgegengesetzt. Genannt werden: Mangel an Clublokalen, zufälliges Leerwerden von Gebäuden oder Räumen; Krisen und Neuorientierung bestehender Organisationen (zum Beispiel Junge Kirchen, Freizeitwerkstätten); der Wunsch blühender Organisationen, den Aufgabenkreis zu erweitern; Sorgen von Behörden um das kulturelle Leben in der Gemeinde oder um die Entwicklung der Jugend; Initiative von Privatpersonen, für die in der Gemeinde "einfach einmal etwas laufen musste".

Immerhin scheinen drei Ueberlegungen überall angestellt worden zu sein:

1. Die offene, unverbindliche Form der Jugend- und Freizeitzentren verspricht, die Stagnation der geschlossenen Vereine zu überwinden. Schon 1925 hoffte man, durch die Gründung der Vereinigung Ferien und Freizeit in Zürich vermehrt "Unorganisierte" zu erreichen.
2. In der heutigen Zeit sind Räume so gefragt, dass man nicht für jede Gruppierung ein eigenes Lokal bereithalten kann. Die Vereinigung mehrerer Funktionen unter einem Dach verspricht eine bessere Raumausnützung.
3. Parallel laufende Aktivitäten können sich gegenseitig positiv beeinflussen und die Wirkung eines Jugend- und Freizeitzentrums verstärken.

- Auch die Ziele werden von den Gründern von Ort zu Ort anders formuliert. Eine gemeinsame Stossrichtung ist jedoch nicht zu übersehen: Man möchte der Freizeit, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit erheblich länger geworden ist, einen Inhalt geben. Der Begriff der Freizeitgestaltung taucht praktisch in sämtlichen Gründungsberichten auf, meist in Verbindung mit den Attributen "sinnvoll", "nutzbringend" oder "vernünftig".
- Gesellige Veranstaltungen, wie sie heute in sämtlichen Zentren anzutreffen sind, sind verschiedenerorts von den Gründern nicht vorgesehen worden, so in Kloten, Opfikon, Uster, beim Akademikerhaus, beim Lehrlingsfoyer, an der Voltastrasse sowie bei sämtlichen Freizeitanlagen.

1) Im folgenden werden die Zentren einfachheitshalber mit Kurznamen bezeichnet. Mit "Akademikerhaus" ist zum Beispiel das Katholische Akademikerhaus Zürich gemeint. Die vollständigen Bezeichnungen finden sich auf Seite 75.

- Bei einigen Zentren fehlt in der Anfangsphase eine verantwortliche Betriebsleitung, so in Rüti ZH, in Affoltern a.A., in Oberengstringen und an der Voltastrasse.

Die Entwicklung der einzelnen Zentren verläuft in folgenden Punkten gleich oder ähnlich:

- Die Mitbeteiligung der Benützer an der Organisation übertrifft nirgends die Erwartungen der Gründer. Meist bleibt sie erheblich dahinter zurück. Ueberall, auch in jenen Zentren, die anfänglich ohne Leitung auskommen wollten, bleibt die Arbeit stärker als erwartet bei den für den Betrieb Verantwortlichen hängen.
- Die Bedeutung der geselligen Veranstaltungen nimmt praktisch in allen Zentren zu, auch dort, wo man ursprünglich die Pflege der Geselligkeit nicht vorgesehen hatte.
- Solche und andere Wandlungen in der Konzeption können folgende Gründe haben:
 - a) ein personeller Wechsel in der Betriebsleitung;
 - b) die Gefährdung der Anziehungskraft oder des Rufs eines Zentrums;
 - c) Veränderungen in der Zusammensetzung des Benützerkreises. Zum Beispiel ist in all jenen Zentren, die von Zwanzigjährigen gegründet worden sind, das Durchschnittsalter der Besucher innert weniger Monate auf 16 bis 18 Jahre gesunken (so in Kilchberg, Wädenswil, Rüti ZH, Wetzikon, Winterthur, Rüschlikon und im Lindenhofbunker). Ferner wurden praktisch überall Werkkurse von 15-25jährigen schwächer besucht als erwartet.
- Folgende Umstände führten zur vorübergehenden oder gänzlichen Schliessung:
 - a) Nichteinhalten von Benützungsvereinbarungen (Meilen, Voltastrasse, Regensdorf, Lindenhofbunker);
 - b) Ablauf des Benützungsvertrages (Oberengstringen);
 - c) Rücktritt betriebsführender Organe (Rüti ZH, Wetzikon);
 - d) Verstoss gegen das Rauschmittelgesetz (Forum Dietikon).

Nirgends entscheidenden Einfluss haben - obwohl als ewiges Problem beklagt - fehlende Geldmittel.

- In der Startphase sind Konflikte mit der Nachbarschaft wegen Nachtruhestörung die Regel (besonders in Dübendorf, Kilchberg, Uster, Winterthur, Neuaffoltern, im Bunker, im Heuried, in der Bachwiesen und an der Voltastrasse), was an einigen Orten zu Betriebseinschränkungen, nirgends aber zu eigentlichen Kursänderungen führt.
- Die Trägerschaft löst sich im Verlauf der Jahre aus bestehenden herkömmlichen Institutionen (z.B. Jugendverbänden), weil sich die Aufgabe als zu neu- und andersartig erweist. Die Verselbständigung wird durch grosszügigere Subventionen der öffentlichen Hand ermöglicht.

Die Ziele stimmen anfangs 1972 in folgendem überein:

- neue zwischenmenschliche Kontakte und Begegnungen ermöglichen,
- Verwirklichung von eigenen Ideen ermöglichen,

- Übernahme von Verantwortung ermöglichen,
- den Besuchern - sowohl Einzelpersonen wie Gruppen - Erfahrungen und Impulse mitgeben, die über den momentanen Aufenthalt im Zentrum hinaus wirken. Man will allgemein zur Verbesserung des Lebens jedes Einzelnen wie des Zusammenlebens überhaupt beitragen.

Aus dieser Auslegeordnung gemeinsamer Züge sind erste Umriss zu erkennen. Im Kanton Zürich bestehen zur Zeit (1972) rund 40 Jugend- und Freizeitzentren. Sie sind im allgemeinen erst wenige Jahre alt und aus verschiedenen Motiven heraus entstanden, immer aber im Zusammenhang mit der Idee, dass die durch die Arbeitszeitverkürzung gewonnene Freizeit mit Sinn gefüllt werden müsse. In den Konzeptionen können drei gemeinsame Merkmale beobachtet werden:

1. Das Merkmal der Vielfalt zeigt sich

- in der Vielfalt der Zielsetzungen, die zumindest die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen, die Verwirklichung eigener Ideen und das Tragen von Verantwortung enthalten;
- im Nebeneinander verschiedener Tätigkeiten, wozu auf alle Fälle Geselligkeit, persönliche Weiterbildung und gemeinnütziges Tun im weitesten Sinne gehört.

2. Das Merkmal der Zielgerichtetheit findet sich

- im Bemühen um eine nachhaltige Wirkung auf das Leben des Einzelnen wie auf das Zusammenleben überhaupt;
- im Einsatz verantwortlicher Betriebsleitung;
- in eigens hergerichteten Räumen.

3. Das Merkmal des Offen- und Öffentlich-Seins

Die Offenheit kommt zum Ausdruck

- im Fehlen von Zutrittsbedingungen (ausgenommen Altersgrenzen);
- im Verzicht darauf, den Besucher formal zu verpflichten;
- im zentralen Standort und in den längeren Öffnungszeiten.

Zum Öffentlich-Sein gehört

- der Versuch, die Besucher am Betrieb zu beteiligen;
- die Verankerung der Trägerschaft in einer breiten Öffentlichkeit;
- die moralische und materielle Unterstützung durch öffentliche Institutionen.

Die Offenheit findet ihre Grenzen in der öffentlichen Ordnung (zum Beispiel in den Vorschriften betreffend Nachtruhestörung, Alkoholausschank, Drogen sowie in den Benützungsvereinbarungen).

Nach dieser ersten Charakterisierung können Jugend- und Freizeitzentren gegenüber einigen verwandten Einrichtungen abgegrenzt werden.

Abgrenzung gegenüber Gemeindesälen und Gemeindestuben: Als Beispiel sei der Saalbau im Oberstufenschulhaus "Looren" in Maur ZH angeführt. Die Räume sind - wie in einem gut ausgebauten Freizeitzentrum - auf vielfältige Aktivitäten hin angelegt: ein Saal mit Bühne, ein Foyer für kulturelle Veranstaltungen, daneben ein Ess- und Aufenthaltsraum für Kaffeestubenbetrieb, im Keller ein robust ausgebautes Tanzlokal (genannt "Polterkeller") mit Office und Küche. Die Räume gehören der Schulgemeinde und können von jedem ortsansässigen Verein benützt werden. Hauptunterschied zu einem Jugend- und Freizeitzentrum: Es gibt keine eigentlichen betriebsführenden Organe. Die für den Saalbau verantwortliche Schulpflege sorgt einzig für eine reibungslose Benützung, indem sie einmal im Jahr mit den am Saal interessierten Vereinigungen (Turnverein, Chöre, Musikgesellschaft, politische Parteien, Kirchenpflege, Frauenpodium und Kulturmission) einen Belegungsplan vereinbart. Inhaltlich wird der Veranstaltungskalender nicht beeinflusst. Dasselbe gilt von den alkoholfreien Gaststätten, die der Schweizerischen Stiftung für Gemeindestuben und Gemeindehäuser angeschlossen sind. Sie stellen für die verschiedensten Aktivitäten Räume zur Verfügung. Die Betriebsführung beschränkt sich aber auf gastronomische und verwaltungstechnische Aufgaben.

Abgrenzung gegenüber Jugendgruppen- und Clublokalen: Als Beispiel diene das "Pragma Winterthur". Gründer ist ein damaliger Primarlehrer, der durch die Betreuung eines unter Schutzaufsicht stehenden Jugendlichen Kontakt zu den Winterthurer Halbstarken-Gangs "Black Devils", "the Rockers" und "Golden-Stars" bekam. 1965 verhalf er diesen Gruppen zu einem eigenen Lokal, indem er einen Villenbesitzer dazu bewegen konnte, den Jugendlichen seine leerstehende Volière samt Gewächshaus zur Verfügung zu stellen. Schwerpunkt des Betriebs bildeten in den ersten 4 Jahren die Umbauarbeiten. Inzwischen wuchs aus dem Club ein Kader heran, das sich 1969 zu einem Clubvorstand konstituierte. Seither besteht ein festes Programm, das Tanzen, Basteln, sportliche Ausflüge und Happenings beinhaltet. Weiterhin wird aber auch dem handwerklichen Arbeiten (Innenausbau des Clublokals) grosse Bedeutung zugemessen. Inbezug auf Vielfalt und Gezieltheit entspricht das "Pragma" einem typischen Jugendzentrum, einzig das Charakteristikum der Offenheit und Öffentlichkeit fehlt. Das Zentrum wird nur in Ausnahmefällen für einzelne Veranstaltungen an Klassen oder Jugendgruppen vermietet. Die Exklusivität des Clubs wird durch einen hohen Jahresbeitrag, Probezeit für Neumitglieder, obligatorischer Besuch der Veranstaltungen und Beschränkung der Mitgliederzahl auf 60 unterstrichen. Um unabhängig zu bleiben, wurde auch auf öffentliche Beiträge (der Stadt Winterthur) verzichtet.

Abgrenzung gegenüber Jazz-Kellern, Dancings und Freizeitwerkstätten: Wir nehmen als Beispiel den Funky-Butt-Jazzclub in Richterswil. Er ist 1961 auf Initiative einer Jazzband entstanden, die auf der Suche nach einem Übungslokal den ehemaligen Weinkeller (Erbauungsjahr 1608, 80 m² gross) an der Dorfstrasse 9 entdeckte und zu einem Jazz-Lokal umbaute. Nach Auflösung des Gründerclubs entstand 1967 ein neuer Club, der sich zusätzlich zur Pflege des Jazz auch die Pflege des Kontakts zwischen alteingesessenen und neuzugezogenen Richterswilern zum Ziel setzte. Seither finden monatlich ein bis zwei öffentliche Konzerte statt; in der übrigen Zeit ist der Keller geschlossen. Der Funky-Butt-Club könnte als ein Jugend- und Freizeitzentrum eingestuft werden, wenn nicht in seinem Betrieb das Charakteristikum der Vielfalt fehlte.

Abgrenzung gegenüber Migros-Clubschule: Die Clubschule Migros - aus einer 1944 gegründeten Sprachschule für Erwachsene entstanden - besitzt in Zürich und Winterthur drei grosszügig ausgebaute Zentren, wo Jugendliche und Erwachsene sich in 12-15köpfigen Studiengemeinschaften weiterbilden und "ernsthafte Lernen mit fröhlichem gesellschaftlichem Kontakt" verbinden können. Das Kursprogramm umfasst mehr als 100 Fächer (Sprachen, kunstgewerbliches Gestalten, Werken, Autofahren, Photographieren, Kochen, Kartenspiel, Musik, Körperschulung, Geschäftsführung, Literatur, Film, Schönheitspflege etc.). Daneben finden auch Vorträge und kulturelle Veranstaltungen statt. Im "Klub der Aeltern" bestehen für Über-60jährige Möglichkeiten der Unterhaltung, der Begegnung und der verantwortlichen Mitarbeit. Der Unterschied zu Jugend- und Freizeitzentren - ja, worin besteht er eigentlich? Die Vielfalt der Aktivitäten ist weitgehend vorhanden, die gezielte Beeinflussung des Betriebs durch die Kursform sowieso gegeben. Einzig der öffentliche Charakter ist nicht ganz so ausgeprägt, indem das Werk von einem einzigen kommerziellen Unternehmen getragen wird und die Räume nicht einer öffentlichen Institution gehören. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Migros durch ihre genossenschaftliche Organisationsstruktur in breiten Kreisen verankert ist.

B. Suche nach Besonderheiten

Wenn wir im nächsten Arbeitsgang nach Konzeptionsunterschieden suchen, so haben wir laufend zu prüfen, ob wir tatsächlich auf Besonderheiten oder nur auf verschiedene Aspekte ein und desselben Merkmals stossen. Wir beginnen mit den Entstehungsgeschichten.

Die Kreise, die massgebend die Schaffung eines Jugend- und Freizeitzentrums vorangetrieben haben, lassen sich in vier Gruppen einteilen:

1. Jugendorganisationen oder einzelne ihrer Mitglieder

- Jugendverbände von regionaler Bedeutung im Falle des Drahtschmidlis (Vereinigung Ferien und Freizeit Zürich) und des Lindenhofbunkers (Neue Linke Zürich);

- lokale Jugendgruppen in Dübendorf, Egg ZH, Grüningen, Uster, Dietikon und Wetzikon.
- 2. Jugendliche und junge Erwachsene, die keiner Organisation angehören, in Affoltern, Kilchberg, Küsnacht, Meilen, Oberengstringen, Rüschlikon, Rüti ZH und Winterthur.
- 3. Erwachsenen-Institutionen oder einzelne ihrer Mitglieder
 - Schul- oder Gemeindebehörden in Adliswil, Horgen, Kloten, Küsnacht, Stäfa;
 - Pro Juventute in Uster, Meilen, in den Zürcher Freizeitanlagen;
 - katholische und reformierte Kirche im Falle des Akademikerhauses, des Lehrlingsfoyers, des Studentenfoyers Voltastrasse und des Mittelschulfoyers.
- 4. Erwachsene, die keiner Vereinigung angehören in Kloten und Opfikon.

Es fällt auf, dass die von Erwachsenen angeregten Zentren in der Regel ohne, die von Jugendlichen gewünschten Projekte allesamt mit Hilfe von Fronarbeit entstanden sind. Diese freiwillige Arbeit wurde zum Teil aus Tatendrang geleistet, zum Teil weil die Finanzen fehlten und man die Geldgeber wohlwollend stimmen wollte, zum Teil auch, um die zukünftigen Benützer schon zu Beginn am Zentrum zu beteiligen. Von den selbsterbauten Zentren wird übereinstimmend gesagt, dass sie schon während der Projektierungs- und Bauphase mindestens so gut ihren Sinn erfüllt hätten wie nach der Betriebsaufnahme.

Weiter fällt auf, dass aus sämtlichen von Jungen vorangetriebenen Projekten jugendorientierte Zentren für ungefähr 15-25jährige (fortan Jugendhäuser genannt) geworden sind, so in Affoltern a.A., Dietikon, Dübendorf, Egg, Grüningen, Kilchberg, Oberengstringen, Rüschlikon, Wädenswil, Wetzikon und Winterthur sowie beim Lindenhofbunker und Drahtschmidli. Wo dagegen Erwachsene bei der Schaffung mitgewirkt haben, sind meist Zentren für jung und alt (fortan Freizeitzentren genannt) entstanden; Ausnahmen bilden die Jugendhäuser in Rüti ZH, Horgen und Meilen, sowie das Lehrlingsfoyer und das Mittelschulfoyer. Bemerkenswert ist, dass die Entwicklung zum Jugendhaus resp. zum Freizeithaus im allgemeinen nicht aus einer grundsätzlichen Ablehnung der anderen Konzeption erfolgte. Die Kontroverse zwischen dem Jugendhaus Drahtschmidli und den Zürcher Freizeitanlagen Ende der 50er Jahre ist Geschichte. Vor allem bei Jugendhäusern ist eine ausgesprochene Sympathie für die Konzeption des Freizeitzentrums zu beobachten; verschiedenerorts will man den Betrieb auf alle Altersstufen ausdehnen. Daraus einen Trend in Richtung Freizeitzentrum abzulesen, verbietet jedoch die Tatsache, dass in den letzten acht Jahren mehr als doppelt so viele Jugendhäuser als Freizeitzentren entstanden sind. Während 1964 das Zahlenverhältnis im Kanton 11:3 zugunsten der Freizeitzentren lautete, hat es sich bis 1972 auf 18:16 zugunsten der Jugendhäuser gekehrt. Als Gründe, warum man sich - trotz Befürwortung der Freizeitzentrum-Idee - auf ein Jugendhaus beschränkt, werden die fehlenden Räumlichkeiten und die Vordringlichkeit des Jugendproblems angegeben.

Inbezug auf den Standort waren die Gründer mehrheitlich der Meinung, dass das Zentrum inmitten eines lebhaft frequentierten Einkaufs- und Vergnügungsviertels liegen und die Passanten zum Besuch einladen müsse. Einer Minderheit genügte ein im Wohnquartier gelegenes Haus, das die Anwohner anzieht. In der Praxis durchgesetzt hat sich der letztgenannte Standort, weil sich in der Kernzone die Finanzfrage und das Lärmproblem nirgends befriedigend lösen liess. Ausnahmen bilden Winterthur, Schwamendingen (Projekt) und Neu-Affoltern (Projekt). Bei einzelnen Jugendhäusern ist übrigens wegen des Lärms auch ein Standort abseits der Wohngebiete erwogen, jedoch überall wieder verworfen worden, weil das Fehlen einer allgemeinen öffentlichen Kontrolle durch Nachbarn und Passanten Vandalenakte befürchten liess.

Ebenfalls zwei Ansichten sind von den Gründern in der Frage der Grösse vertreten worden, nämlich

1. von den Vertretern der Zürcher Freizeitanlagen die Idee des überschaubaren, für ein Quartier gerechneten Zentrums,
2. von Vertretern des autonomen Jugendzentrums die Idee eines grossen regionalen Werkes.

Beide Seiten glaubten, dass Standort und Grösse des Gebäudes die Frage des Einzugsgebietes weitgehend entscheide. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass die Art der Betriebsführung weit mehr ins Gewicht fällt. So haben die für ihr Quartier konzipierten Anlagen Wollishofen und Bachwiesen in mancher Hinsicht regionale Bedeutung erhalten, während das für die Region geplante Lehrlingsfoyer stadtorientiert geblieben ist. An verschiedenen Orten, wo man mit wenig idealen Räumlichkeiten vorlieb nehmen musste, hat man mit einer ideenreichen Programmgestaltung das bauliche Handicap mehr als wettgemacht. Als Musterbeispiele seien das Drahtschmidli Zürich und die Vereinigung Freizeit Kloten erwähnt.

Wir gehen über zum momentanen Stand der Konzeptionen.

Bei der baulichen Ausgestaltung springen zunächst zwei Unterschiede zwischen Jugendhäusern und Freizeitzentren ins Auge:

- Alle Freizeitzentren besitzen gut ausgerüstete Holz- und Metallwerkstätten, während in den Jugendhäusern höchstens einfache Bastelräume anzutreffen sind. Grössere Bedeutung haben bei letzteren jedoch - analog zur Bauphase - die in gemeinnütziger Fronarbeit vorgenommenen Renovationen und Umbauten.
- Bei den Jugendhäusern fehlt im allgemeinen der Umschwung mit Grünfläche und Spielplätzen, während er bei Freizeitzentren einen festen Bestandteil bildet.

Räume und Einrichtungen können in folgende drei Funktionstypen eingeteilt werden:

1. Werkräume, Fotolabors, Bibliotheken, Lesezimmer, Arbeitsstudios, Erfrischungsmöglichkeiten, Wandzeitungen, Musikbox, TV-Apparat, Ruheplätze für Tätigkeiten, die man ohne weiteres als Einzelner ausüben kann;

2. Ping-Pong- und Billard-Tische, Bocciabahnen, Plaudernischen, Sport- und Spielplätze für Tätigkeiten, die zumindest eine flüchtige Kontaktnahme mit andern erfordern;
3. Probelokale für Orchester, Gruppen-Räume, Filmateliers, Bühnen, Bauspielplätze für Tätigkeiten, die einen Zusammenschluss mit andern voraussetzen.

Die drei Funktionen - wir wollen sie die persönlichkeitsbildende, die kontaktfördernde und die gruppenorganisierende nennen - sind in den Raumprogrammen sämtlicher Zentren vorhanden, wie sie auch in allen Zielsetzungen angetönt werden: im "Verwirklichen eigener Ideen" das persönlichkeitsbildende, in der "Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen" das kontaktfördernde und im "Tragen von Verantwortung" das gruppenorganisierende Moment. Besondere Schwerpunkte sind keine festzustellen.

Bestehen aber vielleicht in der Ambiance der Räume grundlegende Unterschiede? Unsere Unterlagen enthalten dazu wenig Angaben - mit Absicht, denn über die Atmosphäre eines Raumes lassen sich nicht viel mehr als persönliche Eindrücke mitteilen. Etwa dass die Ausschmückung des Lindenhofbunkers im Vergleich zu den Kilchberger "Caves 160" einfalls- und trostlos wirkte. Solche Aussagen sind jedoch so anfechtbar, dass man sie besser weglässt. Immerhin kann man unabhängig von jedem persönlichen Empfinden beobachten, dass die meisten Zentren die Ausgestaltung der Räume laufend den Ansprüchen des Publikums anpassen, was im allgemeinen wenig technischen und finanziellen Aufwand erfordert. So wird in den Jugendlokalen zur Zeit ein recht einheitlicher Pop-Stil gepflegt: gedämpftes, indirektes Licht, in verschiedenen Farben und Helligkeiten schaltbar; dunkel gestrichene Wände, zum Teil mit rohen Holzscharten verkleidet; unkonventionelle Sitzgelegenheiten wie Fässchen, Baumstrünke, Matratzen, Sofas aus Grossvaters Zeiten; als Wandschmuck Posters mit Pop-Stars oder Revolutionären. Wogegen die für jung und alt gedachten Säle und Erfrischungsräume zurückhaltend ausgestattet sind und dem Komfort anderer Gaststätten entsprechen. Der Wille, ein Abwandern wegen unzeitgemäss wirkender Räume zu verhindern und die Ambiance der Räume in den Dienst der Attraktivität zu stellen, ist unverkennbar.

Zur Rubrik "Schwerpunkte in Programm und Betrieb":

Der Anteil der Sektoren Geselligkeit, Bildung und Einsatz schwankt erheblich, nämlich zwischen dem zweituntersten Skalenwert "von eher untergeordneter Bedeutung" bis zum obersten "fällt weitaus am stärksten ins Gewicht". Wenn wir, analog zum Raumprogramm,

- Bildung und Hobbies zu den persönlichkeitsbildenden,
- Geselligkeit und Spiel zu den kontaktfördernden und
- Einsätze für die Allgemeinheit zu den gruppenorganisierenden Momenten der Konzeption rechnen, dann lassen sich die obenerwähnten Unterschiede auf folgenden Nenner bringen:
- in Affoltern, Dübendorf, Horgen, Oberengstringen, Winterthur, Wollishofen, an der Voltastrasse, im Lindenhofbunker und im Lehrlingsfoyer ein deutlicher Schwerpunkt auf Kontaktförderung;

- in Dietikon, Egg, Grüningen, Rüschlikon, Wetzikon und im Drahtschmidli - übrigens alles aus Jugendorganisationen hervorgegangene Zentren - ein Schwerpunkt auf der Gruppenbildung;
- bei den meisten Freizeitanlagen der Stadt Zürich ein undeutlicher Schwerpunkt auf individuellem Tun.

Diese Schwerpunktbildung kommt weitgehend auch in den offiziellen Zielsetzungen zum Ausdruck. So steht bei den Freizeitanlagen Zürich, in Dübendorf und im Lehrlingsfoyer die Gestaltung der persönlichen Sphäre und der unmittelbaren Beziehungen, das heisst Erholung, Zerstreuung, Erweiterung des geistigen Horizontes, schöpferisches Tun und Aufbau von Vertrauensbeziehungen im Vordergrund. In Kilchberg, Rüschlikon, Uster, Wetzikon, Winterthur, im Mittelschulfoyer und im Lindenhofbunker dagegen hat die Gestaltung eines öffentlichen Bereichs, das heisst die Mitarbeit in der Organisation, die Fronarbeit und der politische und soziale Einsatz Vorrang. Der Grund für diese Akzentverschiebung ist jedoch nicht - wie man zuerst annehmen möchte - in unterschiedlichen Zielen, sondern in unterschiedlichen methodischen Ueberlegungen zu suchen.

- In den Fällen mit Schwerpunkt auf individuellem Gestalten und auf Kontaktförderung (Zürcher Freizeitanlagen, Dübendorf und Lehrlingsfoyer) ist man der Ansicht, dass vor einem Engagement in der Gruppe oder in der weiteren Öffentlichkeit der Einzelne seine Persönlichkeit und seine Vertrauensbeziehungen aufbauen müsse.
- In den übrigen Fällen (Schwerpunkt auf Kontaktförderung und Gruppenbildung) glaubt man, dass gleichzeitig mit dem Mitmachen in einer weiteren Öffentlichkeit auch ein Gestalten des persönlichen Lebensbereiches einhergehe.

Die Programm-Inhalte, die vom Schneckenrennen bis zum Wettbewerb im Autoabbrechen, vom klassischen Kammerkonzert bis zum Pop-Festival, vom Aufgabenmachen bis zum Stelldichein reichen, scheinen auf weitere Konzeptions-Unterschiede hinzuweisen. Allein, auf die Frage, warum man dieses oder jenes ins Programm aufgenommen habe, erhält man die Antwort: "Weil es einfach einem Bedürfnis entsprach".

Man nimmt also, ähnlich wie mit der Ambiance der Räume, Rücksicht auf den Publikumsgeschmack, was umso eher möglich ist, als die Zentren sich inhaltlich noch wenig festgelegt haben. Die Zielsetzungen sind ausgesprochen formal abgefasst. Nirgends wird zum Beispiel in den Statuten von der Förderung des Wanderns, des Werkens oder sonst einer bestimmten Freizeitbeschäftigung gesprochen.

Eine Ausnahme bildet der Lindenhofbunker. Hier wird unmissverständlich gesagt, dass das angestrebte bessere Zusammenleben nur in einem grundsätzlich neuen Gesellschaftssystem möglich sei, weshalb man als erstes die bestehende Gesellschaftsordnung aus der Welt schaffen müsse. Das Ziel heisst Revolution, und dem Lindenhofbunker werden auf dem Weg zu diesem Ziel folgende Aufgaben zugewiesen:

1. Sammeln von Leuten, die der bestehenden Ordnung gegenüber ein Unbehagen haben;

2. Bewusstmachen dieses Unbehagens, Erkennenlassen von grundsätzlichen Mängeln am bestehenden System, Aufzeigen neuer Perspektiven;
3. Auslösen von Selbsthilfe-Aktionen gegen die bestehende Ordnung.

Aus dieser Zielsetzung ergibt sich, dass gewisse Programm-Inhalte keinen Platz mehr finden können: zum Beispiel die loyale Zusammenarbeit mit bestehenden Institutionen, die Pflege bürgerlicher Traditionen und ähnliches.

Sind in den Programm-Strukturen noch weitere Unterschiede zu erkennen? In der Diskussion um Konzeptionen von Jugend- und Freizeitzentren wird etwa der Spontan-Betrieb dem organisierten Programm gegenübergestellt. Dabei hat man nicht die Frage: Chaos oder Programmierung? vor Augen, sondern: Von wem soll die Initiative für die Gestaltung des Betriebs kommen, vom Besucher oder von der Betriebsleitung? Die Frage wird einmütig mit "Natürlich vom Besucher - sofern es geht" beantwortet. Dass man für die Fälle, wo's nicht geht, eine verantwortliche Betriebsleitung einsetzen muss, wird in der offiziellen Zielsetzung übereinstimmend als nur vorläufiger Zustand betrachtet. So wird etwa vom "Ueberwinden der Konsumentenhaltung" gesprochen; das bloße Verbrauchen soll einem Selber-Gestalten Platz machen. Sehr häufig taucht die Wendung des "Aktivierens" auf. Aus unseren Gesprächen mit den Verantwortlichen ging eindeutig hervor, dass man damit nicht ein Anspornen zur Geschäftigkeit meint, sondern ein Anregen zu einem mitverantwortlichen, stellungnehmenden, aus eigenem Antrieb entspringenden Verhalten. Der Gegenbegriff dazu ist die Passivität, das Sich-treiben-lassen, das ziellose Zeitvertrödeln. Ziel ist aber nicht nur eine momentane Aktivität, sondern eine eigentliche aktive Haltung, die auch über das Zentrum hinaus in anderen Lebensbereichen zum Zug kommen soll (im Falle des Lindenhofbunkers zum Beispiel die Entschlossenheit zum allgemeinen Kampf gegen die bestehende Ordnung). Hinter den unverbindlich tönenden Verlautbarungen, man wolle die Verwirklichung eigener Ideen, die Begegnung mit andern und die Uebernahme von Verantwortung ermöglichen, steckt bei allen Zentren der Anspruch oder zumindest die Hoffnung, dass das Ergreifen dieser Möglichkeiten die aktive Haltung fördere.

Eine Unterscheidung von "spontanen" und "organisierten" Programmteilen kann demnach höchstens angeben, welche Stufe diese aktive Haltung der Besucher erreicht habe. An dieser Stelle interessiert jedoch nicht eine Erfolgsquote, sondern die Frage, ob in den Programm-Strukturen ein unterschiedlicher Wille, den Besucher zu aktivieren, zum Ausdruck kommt. Geht man davon aus, dass Diskussionen, Teach-ins, Aktionen und Werkkurse die aktive Haltung mehr fördern als Vorträge und gesellige Anlässe, dann sind sicher von Ort zu Ort Konzeptionsunterschiede festzustellen. Allein, hält man sich vor Augen, dass ein Vortrag unter Umständen einen Zuhörer mehr zur Stellungnahme herausfordern kann als eine zerfahrene Diskussion, dass ein Bursche sich an einem Tanzabend, an dem er ein Mädchen umwirbt, mehr engagiert als an einer politischen Demonstration, an welcher er nur mitläuft, dass ein Teilnehmer an einem Bastelkurs nur nachahmen und "konsumieren" oder aber eigene Ideen entwickeln kann - hält man sich dies alles vor Augen, dann wird eine Einstufung von Programmteilen nach

ihrem "Aktivierungswert" mehr als fraglich. Wollte man dies einigermaßen zuverlässig beurteilen, so müsste man von jedem Geschehen im Zentrum das Konzept des jeweilig Verantwortlichen - zum Beispiel des Café-Betreuers oder des Kursleiters - eruieren. Diese Angaben besitzen wir aber nicht.

Zur Rubrik "Trägerschaft und betriebsführende Organe":

Eine Beteiligung der Benutzer an der Organisation sucht man auf mehreren Wegen zu erreichen:

1. praktisch in allen Zentren durch Schaffung von Organisationslücken, sodass Teile des Betriebs nur dann funktionieren, wenn Besucher sich ihrer annehmen. Beispiel: Ein Billardtisch wird erst dann dem Betrieb übergeben, wenn sich freiwillige Betreuer dafür gefunden haben;
2. durch Aussetzen von kleineren Geldprämien für freiwillige Mitarbeit; am ausgeprägtesten im Drahtschmidli Zürich zu beobachten;
3. in allen vollamtlich geleiteten Zentren: durch Berufung von Leiterpersönlichkeiten, welche bei den Benützern Initiativen zu wecken und lebendig zu erhalten imstande sind. Eine Vorstufe dazu kann auch der Kontaktmann (vgl. S.30) sein;
4. durch die Institutionalisierung mitbestimmender Organe, in denen jeder Benutzer über Fragen der Betriebsführung und der Programmgestaltung mitberaten und mitentscheiden kann (zum Beispiel Vollversammlungen, öffentliche Mitarbeiter-Sitzungen). Diese Form findet sich in der Mehrzahl der Jugendhäuser, aber praktisch in keinem Freizeitzentrum.

Nicht zum Ausdruck kommt in den Organisations-Schemen die Mitentscheidungsgehalt der Abseitsstehenden. Der Verzicht auf jede formale Verpflichtung erlaubt dem Besucher, von Mal zu Mal neu über sein Mitwirken im Zentrum zu entscheiden (im Gegensatz zum Vereinsmitglied, das den Entscheid mitzumachen weitgehend mit der Beitrittserklärung fällt - wenn auch nicht endgültig, denn es kann einzelne Veranstaltungen nicht besuchen oder aus dem Verein austreten). Dieses Prinzip der erweiterten Freiwilligkeit, wie wir es nennen wollen, wirkt sich unmittelbar auf die Gestaltung des Betriebs aus. Keine von den Besuchern ignorierte Veranstaltung kann sich im Programm halten, Beschluss einer Benützerversammlung oder eines Leitergremiums hin oder her. Das Nein der Abseitsstehenden kann, ungeachtet der gewählten Organisationsform, nicht übergangen werden.

Die Frage, wie weit die Benutzer in der Trägerschaft vertreten sein sollen, wird auf drei Arten gelöst:

1. Die Trägerschaft wird ausschliesslich von Benützern gebildet. Beispiele: Dietikon, Kilchberg, Kloten, Opfikon, Lindenhofbunker.
2. Die Benutzer bilden zusammen mit andern Kreisen den Träger. Beispiele: Affoltern a.A., Dübendorf, Egg, Grüningen, Männedorf, Rüschlikon, Uster, Voltastrasse.

3. Völlige Trennung von Benützerschaft und Trägerschaft. Beispiele: Adliswil, Horgen, Rüti, Wädenswil, Wetzikon, Winterthur, Akademikerhaus, Zürcher Freizeitanlagen, Lehrlingsfoyer, Mittelschulfoyer.

So unterschiedlich die Lösungen sind, sie entspringen derselben Absicht: Man will einen Träger, auf den man sich verlassen kann und der einem zugleich genügend Bewegungsfreiheit lässt. Die Lage wird jedoch sehr verschieden eingeschätzt: Der von Benützern gebildete Träger, den man in Lösung 1 wegen seiner Standfestigkeit Dritten gegenüber wählt, wird in Lösung 3 wegen seiner (durch den raschen Mitgliederwechsel verursachten) Sprunghaftigkeit abgelehnt.

Das Verhältnis zwischen Trägerschaft und betriebsführenden Organen wird auf folgende Weisen geregelt:

- nur mittels mündlichen oder schriftlichen Vereinbarungen zwischen Träger und Betriebsführung; keine personellen Verbindungen. Diese Lösung findet sich in drei Zentren, die von kirchlichen Kreisen getragen werden: im Akademikerhaus, im Mittelschulfoyer und an der Voltastrasse;
- durch einen Kontaktmann, der weder die Seite der Träger noch die der Betriebsführung offiziell vertritt. Seine Funktion wird mit "begleitend" umschrieben; je nach persönlicher Neigung kann er mehr beratend, anregend, beaufsichtigend oder mithelfend tätig sein. Diese Lösung findet man in vier kleinen Zentren ausserhalb der Stadt: in Horgen, Oberengstringen, Rüti und Wädenswil;
- durch offizielle Vertreter der Träger in den betriebsführenden Organen. Beispiele: Winterthur und Freizeitanlagen Zürich;
- indem der Träger die Betriebsleitung wählt. In Dietikon, Kilchberg, Kloten, Opfikon, Rüschlikon und im Lindenhofbunker Zürich, wo der Träger identisch ist mit der Benützerschaft, fungiert die gewählte Betriebsführung ehrenamtlich. In Dübendorf, Küsnacht, Meilen, Uster, im Drahtschmidli und im Lehrlingsfoyer, wo die Trägerschaft sich nicht nur aus Benützern zusammensetzt, wird eine vollamtliche Leitung gewählt.

Mit all diesen Lösungen versucht man, die Interessen der Benutzer mit denjenigen des Trägers in Einklang zu bringen. Dies gilt auch dort, wo der Träger dem Zentrum scheinbar einen vollamtlichen Leiter "aufzwingt". Denn auch dort kann die Wahl - soll der Leiter seine Funktion als "Animator" und Berater erfüllen - nur im Sinne der Benutzer erfolgen. Ein Leiter, der von den Besuchern abgelehnt wird, kann sich niemals über längere Zeit halten. Das Nein der Abseitsstehenden hat mehr Gewicht als der Entscheid des Wahlgremiums. In der Diskussion um ein "autonomes Jugendzentrum" wurde verschiedentlich die These verfochten, man setze vollamtliche Leiter nur ein, um die Jugend besser beeinflussen zu können; es ginge auch ohne. Die These wird durch die vorliegenden Angaben in keiner Weise bestätigt. Der Grund für die Anstellung von vollamtlichen Leitern muss in der Grösse der Zentren gesucht werden. Sobald der Betrieb einen bestimmten Umfang erreicht hat, finden sich keine Freiwilligen mehr, die über das für die

Betriebsführung nötige Format und zugleich über die nötige Zeit verfügen; diese Erfahrungen wurden vor allem in Adliswil, Kloten, Küsnacht, Opfikon und Uster gemacht. Die Grenze liegt etwa dort, wo ein Zentrum mehrmals in der Woche geöffnet und für mehrere Altersgruppen bestimmt ist. Das grösste ehrenamtlich geführte Werk ist zur Zeit das Jugendzentrum "Caves 160" in Kilchberg.

Die drei Aufgabenbereiche Verwaltung, Programm und Betrieb werden auf folgende Arten aufgeteilt:

- keine Aufgabenteilung. Dieselbe Körperschaft bewältigt sowohl Verwaltung wie auch Betrieb und Programm. Beispiele: Kilchberg, Kloten.
- Die Verwaltung wird von einer andern Institution, zum Beispiel von der Stadtverwaltung besorgt, wie dies bei den Freizeitanlagen und beim Jugendhaus Winterthur der Fall ist. Die Gründe sind rein organisatorischer Natur: Verbilligung und Vereinfachung der Betriebsführung.
- Das Zentrum wird in Zonen aufgeteilt, das heisst Teile des Gebäudes werden selbständigen Gremien sowohl zur Verwaltung wie zur Betriebsführung und Programmgestaltung abgetreten. Am konsequentesten ist diese Lösung in Adliswil und Uster durchgeführt, wo die Zoneneinteilung zugleich die Jugendlichen von den übrigen Altersgruppen trennt. In Adliswil haben Differenzen in der Leitung zur Abtrennung des Jugendclubs von der Freizeitwerkstätte geführt. Da sich beide Zweige im Alleingang gut entwickelten, behielt man diese Lösung bei. In Uster überliess man 1968 im Sog der Globusvorfälle den Jugendkeller einem Team von Jugendlichen aufgrund eines schriftlichen Vertrags zur Selbstverwaltung. Bei personellen Wechsels wird jeweils ein neuer Vertrag ausgearbeitet. Zur Zeit der Untersuchung war die 6. "Generation" am Werk, soeben den dritten Umbau des Kellers seit 1968 beendend.

Zur Rubrik "Finanzen": All jene Zentren, die regelmässig öffentliche Gelder beziehen, werden von vollamtlichen Leitern geführt. Oder umgekehrt: Sobald ein Betrieb so stark angewachsen ist, dass er auf vollamtliches Personal angewiesen ist, werden öffentliche Gelder benötigt. Die Subventionen decken in den meisten Fällen ungefähr die Aufwendungen für Saläre; einzig in Küsnacht, bei den Freizeitanlagen, beim Lehrlingsfoyer und beim Mittelschulfoyer reichen sie auch noch zur teilweisen Finanzierung von Programm und Betrieb aus. Die Beiträge der öffentlichen Hand sind nirgends mit konkreten Auflagen verknüpft, höchstens mit dem Wunsch, man möge den übrigen Betrieb selbsttragend gestalten. Mit den Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten und Getränken können im allgemeinen Gagen, die Werbung und das Büromaterial, in Kilchberg und im Drahtschmidli darüber hinaus noch einige Anschaffungen bezahlt werden. Bei der Festlegung von Eintrittspreisen wird in erster Linie die Wirkung auf die Besucher abgewogen: Uster und Drahtschmidli glauben, dass durch die Erhebung von Eintrittsgebühren ein Zentrum eher attraktiver wird, wogegen der Lindenhofbunker ein Fernbleiben weniger bemittelter Kreise befürchtet. Weiter wird die Erfahrung berücksichtigt, dass private wie öffentliche Gelder leichter zu bekommen sind, wenn eine Eigenleistung vorgewiesen werden kann. Erst in letzter Linie wird die aktuelle

Finanzlage des Zentrums in Betracht gezogen. Bei den Freizeitanlagen kommt zudem noch eine ideelle Bewertung ins Spiel, indem man bei einer kulturellen Veranstaltung eher ein Defizit in Kauf nimmt als bei einer unterhaltenden.

Zum Schluss unserer Jagd nach Konzeptionsunterschieden wenden wir uns der Rubrik "Besucherkreis" zu. Offiziell beschränken einzig einige Jugendhäuser den Zutritt durch Altersvorschriften. Begründet wird diese Massnahme damit, dass man nicht gleichzeitig verschiedenen Altersgruppen gerecht werden könne. Uebrigens ist nur die untere Altersgrenze von Bedeutung. Die Erfahrung lehrt, dass jüngere Besucher die älteren "vertreiben", das heisst, dass sich Erwachsene wegen Jugendlichen und Jugendliche sich wegen Sekundarschülern zurückziehen und die jüngere Gruppe rasch Oberhand gewinnt. Die obere Grenze ergibt sich von selbst, und zwar auch dann, wenn man sie ausdrücklich aufheben möchte wie zum Beispiel in jenen stark von Jugendlichen besuchten Freizeitanlagen, die nur mit grösster Mühe ein erwachsenes Publikum finden.

Sonst bestehen nirgends offizielle Zutrittsbedingungen. Im Gegenteil: Man sucht, mit einer ganzen Reihe von Massnahmen die Anziehungskraft¹⁾ zu steigern und den Besuchern den Einstieg ins Zentrum möglichst zu erleichtern. Dieses Prinzip des leichten Einstiegs, wie wir es nennen wollen, wird jedoch nicht ohne Absicht angewandt. So kann zum Beispiel den Methoden und Grundsätzen des Drahtschmidli entnommen werden, dass man vor allem ganzen Gruppen den Einstieg leicht machen will, indem man Clubräume zu günstigen Bedingungen (niedrige Mieten, verlängerte Öffnungszeiten, Alkoholerlaubnis) und organisatorische Hilfen zur Verfügung stellt. Bei einigen Freizeitanlagen wird deutlich, dass man die Geselligkeit nur dem leichten Einstieg zuliebe pflegt und - im Gegensatz zu den Jugendhäusern - darin keinen tieferen Sinn sieht. Ferner bestehen grosse Unterschiede in der Frage, wie weit man schwierige, gefährdete oder sozial auffällige Jugendliche ansprechen soll. In den Konzeptionen kommen drei Haltungen zum Ausdruck:

1. im Lehrlingsfoyer: starke Ausrichtung auf Gefährdete. Sogenannt "Gesunde" spielen eine untergeordnete Rolle;
2. in Dübendorf, Wollishofen, Wipkingen und im Lindenhofbunker: Ausrichtung sowohl auf Gefährdete wie "Gesunde";
3. in allen übrigen Zentren: starke Ausrichtung auf "Gesunde", keine besonderen Massnahmen für Gefährdete.

An einigen Orten wird sogar ausdrücklich die Bemerkung gemacht, dass man auf die Zusammensetzung des Publikums achte. Man wolle zwar nicht eine bestimmte

1) Vgl. Seite 26 (Ambiance der Räume), Seite 27f (Programm-Inhalte) und Seite 29 (Mitentscheidungsgewalt der Abseitsstehenden).

Altersgruppe oder Bevölkerungsschicht völlig ausschliessen, jedoch deren Anteil so halten, dass sich der Betrieb günstig entwickeln könne. Erreichen will man dies durch Massnahmen, die die Attraktivität des Zentrums in bestimmter Weise verändern. Dazu gehören praktisch alle bisher erwähnten Konzeptionselemente, die man nun aber nicht nur auf ihre direkte, sondern auch auf ihre indirekte Wirkung hin beurteilt: Ein Alkoholverbot zum Beispiel hindert nicht nur die Besucher am Trinken, es hält auch gewisse trinkfreudige Naturen vom Besuch des Zentrums ab. Das Prinzip der Besucherauswahl macht zudem Dinge in der Konzeption bedeutungsvoll, die wir bisher nicht berücksichtigt haben, wie Werbung, Ruf, Herkunft, "geistiger Background". Ein bestimmter Leitertyp wirkt auf einen Teil der Besucher sympathischer als auf den andern, er gewinnt eine gewisse Art von Leuten leichter zur Mitarbeit, und diese wiederum kommen mit den einen Besuchern besser aus als mit den andern. Für jeden Discjockey ist es - um ein letztes Beispiel zu nennen - ein offenes Geheimnis, dass er durch die Auswahl der Platten, ja lediglich durch das Verändern der Lautstärke ein anderes Publikum anspricht.

All diese Momente der Konzeption, die auf die Zusammensetzung des Publikums zielen, wollen wir die Ausstrahlung des Zentrums nennen. Einige Zentren haben definiert, wie sie sich ihr Publikum vorstellen:

- Beim Lindenhofbunker ist von allem Anfang an davon die Rede, dass man Leute, die der bestehenden Ordnung gegenüber ein Unbehagen haben, sammeln wolle. Eine zeitlang wurde diese oppositionell eingestellte Gruppe mit "Jugend" bezeichnet. Später wurde dafür auch der Begriff der "Randgruppe" verwendet, wobei man auch die ausgesprochen gefährdeten Jugendlichen (die sogenannten "Verlausten") mitmeinte. Daraus versteht sich, warum man durchgehende Öffnungszeiten und large Handhabung des Rauschgift- und Minderjährigengesetzes anstrebte. Dadurch wurde der Bunker für die anvisierte Gruppe erheblich attraktiver.
- Die Freizeitanlagen, die ein gemischtes Publikum jeden Alters, jeder Herkunft und jeder Weltanschauung unter einem Dach vereinen wollen, sind - damit das Nebeneinander funktioniert - auf möglichst tolerante Besucher angewiesen. Dies versucht man zum Beispiel dadurch zu erreichen, dass man keiner Gruppe einen Raum zur alleinigen Benützung überlässt und somit Exklusiv-Clubs wenig Anreiz gibt, sich in der Anlage einzunisten.
- Alle Zentren, die die gruppenorganisierende Funktion betonen, wollen genügend Leute mit Führungsqualitäten erreichen, weil ohne ein minimales Mass an Initiative und Teamfähigkeit keine Gruppe entstehen kann. Deshalb nehmen in dieser Konzeption anspruchsvolle Programmteile einen breiten Raum ein, während auf Gefährdete ausgerichtete Massnahmen kaum zu finden sind.

C. Versuch einer Typisierung

Die Suche nach Konzeptionsunterschieden hat trotz allem Streben nach Uebersichtlichkeit verwirrende Ergebnisse gebracht, weshalb wir noch weiter zu gliedern versuchen. Zunächst wenden wir uns jenen Aspekten zu, welche die früher herausgearbeiteten typischen Merkmale von Jugend- und Freizeitzentren und die Abgrenzung gegenüber verwandten Institutionen verdeutlichen. Dann überlegen wir uns, welche Konzeptionsunterschiede für wesentlich zu halten sind und eine Typisierung gestatten. Schliesslich gehen wir einigen unwesentlichen Abweichungen nach.

a) Verdeutlichung der typischen Merkmale

Zwar haben die Zielsetzungen der Zentren allgemein einen formalen, offenen und in gewissem Sinne unverbindlichen Charakter; es wird nirgends offiziell festgelegt, was inhaltlich unter Kontaktpflege, Verwirklichung eigener Ideen und Tragen von Verantwortung zu verstehen sei. Auf einen Nenner gebracht, geht es den Zentren einfach darum, dem Einzelnen wie auch ganzen Gruppen ein aktives, das will heissen ein stellungnehmendes, mitverantwortliches und eigenständiges Verhalten zu ermöglichen. Dahinter steht aber durchwegs der weitergehende Anspruch oder zumindest die ferne Hoffnung, durch den Betrieb eines Zentrums solches Verhalten hervorzurufen und so einzuüben, dass es sich auch in andern persönlichen Lebensbereichen wie in einer weiteren Oeffentlichkeit auswirke.

Vor dieser Zielsetzung erhält das Merkmal des Offen- und Oeffentlich-Seins ein anderes Gesicht. Wohl verfolgt man das Prinzip der erweiterten Freiwilligkeit, das den Besuchern erlaubt, von Mal zu Mal neu über ihr Mitwirken im Zentrum zu entscheiden. Aber man möchte eigentlich, dass dieser Entscheid möglichst oft positiv ausfällt, was man auf zwei Arten zu fördern versucht:

1. durch die Erhaltung und Steigerung der Attraktivität, indem man die Ambiance der Räume, die Programminhalte, die Eintrittspreise und die Art der Betriebsführung den Wünschen des Publikums anpasst;
2. durch die Verwirklichung des Prinzips des leichten Einstiegs, indem man durch einen günstigen Standort, durch ein vielfältiges Angebot an Aktivitätsmöglichkeiten sowie durch den Verzicht auf Formalitäten ein Engagement leicht macht.

Diese Bemühungen finden ihre Grenze im Prinzip der Publikumsauswahl, wonach man den Ruf, das Image, den Charakter, oder wie wir sagen möchten: die Ausstrahlung des Zentrums so gestaltet, dass sich eine für den Betrieb günstige Zusammensetzung der Besucherschaft ergibt.

Damit ist auch schon das Merkmal der Vielfalt gedeutet. Es ergibt sich aus dem Prinzip des leichten Einstiegs und der inhaltlich offen gelassenen Zielsetzung. Darüber hinaus scheinen die vielen Tätigkeitsbereiche, die persönlichkeits-

bildenden, kontaktfördernden und gruppenorganisierenden Funktionen, ja alle Teile der Konzeption in den methodischen Grundplan eines Sinnganzen zu gehören, in welchem die verantwortliche Betriebsleitung eine zentrale Stellung einnimmt.

Nach dieser Verdeutlichung der typischen Merkmale lassen sich Jugend- und Freizeitzentren weiter gegenüber verwandten Einrichtungen abgrenzen.

- Bei Gemeindesälen, Clublokalen und Jugendgruppenhäusern müssen sich die meisten Benützer zu einer Gruppe konstituieren - ausgenommen es handle sich um eine für jedermann zugängliche Veranstaltung. Es fehlt also weitgehend die Möglichkeit, als Einzelner für sich etwas zu tun.
- Bei Dancings, Bibliotheken und Freizeitwerkstätten dagegen fehlen die gruppenorganisierenden Momente. Wohl bahnen diese Institutionen unter den Besuchern Kontakte an, aber sie fördern keine Gruppenzusammenschlüsse durch das Angebot von Gruppenräumen und Organisationshilfen.
- Bei Erwachsenenbildungsheimen (Beispiel: Evangelisches Studienzentrum Boldern ob Männedorf) und bei den Volkshochschulen fehlt weitgehend das Prinzip des leichten Einstiegs. Die Anmeldepflicht oder auch der abseitige Standort erschweren das unverbindliche Hineinschauen.

Skizze Nr. 1 enthält eine Zusammenstellung der typischen Konzeptionsmerkmale von Jugend- und Freizeitzentren und zeigt die Abweichungen verwandter Institutionen. Aus der Aufstellung ist auch ersichtlich, welche Werke, die in unserer Bestandesaufnahme aufgeführt sind, nur noch am Rande, welche überhaupt nicht mehr zu den Jugend- und Freizeitzentren zu zählen sind.

b) Wesentliche Konzeptionsunterschiede

Welche Konzeptionsunterschiede sollen wir für wesentlich, welche für unwesentlich halten? Wir besitzen nicht wie der Statistiker mathematische Massstäbe, mit welchen sich Signifikanzen ausmachen lassen. Wir suchen ja erst die Massstäbe. Dieses Suchen ist wie ein Vorantasten in einem weitverzweigten Höhlensystem: Einige Gänge erweisen sich als Sackgassen, andere verzweigen sich weiter. Mit letzteren wollen wir jene Konzeptionsunterschiede vergleichen, die wir als wesentlich bezeichnen. Sie betreffen nicht nur einige wenige Aspekte, sondern umfassen eine ganze Reihe von Momenten. Dazu sind folgende Unterschiede zu zählen:

Unterschiede in der Gestaltung des Verhältnisses Jugendliche zu übrigen Altersgruppen

Hier können drei Konzeptionstypen auseinandergehalten werden:

1. Das Jugendhaus: Altersgrenze nach unten ausdrücklich festgelegt (meist bei 15/16 Jahren), nach oben selten reglementiert, aber faktisch zwischen 20 und 25. Keine Werkräume für Hobel- und Metallarbeiten, höchstens Bastelräume,

T y p i s c h e K o n z e p t i o n s m e r k m a l e

ZIELGERICHTET

VIELFAELTIG

OFFEN UND
OEFFENTLICH

eigens hergerichtete
Räume

verantwortliche
Betriebsleitung

übergreifende
Zielsetzung

individuelles Tun

Kontakte

Gruppenbildung

Attraktivität
leichter Einstieg
erweiterte Freiwilligkeit

Ziele inhaltlich
festgelegt

Beteiligung einer
weiteren Oeffentlichkeit

TYPISCHE JUGEND- UND FREIZEITZENTREN

Freizeitanlagen Zürich	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Drahtschmidli Zürich	■	■	■	■	■	■	■	■	■
"Caves 160" Kilchberg	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Jugend- und Frei- zeithaus Uster	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Freizeitaktion Opfikon	■	■	■	■	■	▣	▣	▣	■
Lindenhofbunker Zürich	■	■	■	■	■	■	■	▣	■

VERWANDTE EINRICHTUNGEN

Migros-Clubschule	■	■	■	■	■	■	▣	■	□
Volksbildungsheim	■	■	■	■	■	■	□	■	■
Volkshochschule	□	■	■	■	■	□	□	■	■
Jugendgruppenraum	■	■	■	▣	■	■	□	■	▣
Vereinslikal	■	■	■	▣	■	■	□	▣	▣
Gemeindestube	■	□	□	■	■	■	■	■	■
Freizeitwerkstatt	■	■	■	■	■	▣	■	□	■
Bibliothek	■	■	■	■	■	▣	■	□	■
Dancing	■	■	□	■	■	□	■	□	□
Gemeindesaal	■	□	□	▣	■	■	□	■	■
Sportanlage	■	□	□	■	■	■	■	□	■

Legende: Merkmal deutlich ■ , undeutlich ▣ , nicht feststellbar □ .

Skizze Nr. 1: ABGRENZUNG VON JUGEND- UND FREIZEITZENTREN GEGENUEBER VERWANDTEN EINRICHTUNGEN

Fotolabors und Musikstudios. Wenig Umschwung. Oft mitbestimmende Organe. Anstösse zur Gründung meist von Jugendverbänden oder Jugendgruppen ausgelöst. Grosse Bedeutung der Bauphase, in der Regel freiwillige Mitarbeit bei der Erstellung (Fronarbeit). Zugrundeliegende Auffassung: Jugendliche haben ihre besonderen Eigenheiten und können sich schlecht mit Andersaltrigen vertragen. Man kann es in einem Zentrum schwerlich allen Altersgruppen zugleich recht machen.

2. Das Freizeitzentrum: Keine Altersgrenzen. Gut eingerichtete Werkräume. Meist Umschwung mit Spielplätzen und Erholungsanlagen. Programmteile für alle Altersgruppen ohne Bevorzugung der einen oder andern. Keine Räume für nur eine Gruppe. Ausstrahlung auf ein verträgliches, tolerantes Publikum. Initiative zur Schaffung des Zentrums nicht aus Kreisen der Jugendlichen. In der Regel Erstellung ohne Hilfe Freiwilliger.

Zugrundeliegende Auffassung: Trotz praktischer Schwierigkeiten ist immer wieder eine Vermischung der Generationen anzustreben und keiner Altersgruppe eine Sonderstellung einzuräumen.

3. Das Jugend- und Freizeitzentrum: Zutritt für alle Altersgruppen. Einrichtungen wie Freizeitzentrum, aber gesonderter Bezirk für Jugendliche mit den Merkmalen eines Jugendhauses, das heisst mit mitbestimmenden Organen und mit Räumen, die auf Anregung und unter Mithilfe von Jugendlichen hergerichtet worden sind.

Zugrundeliegende Auffassung: gleich wie Jugendhaus. Man glaubt aber, dass verschiedene Altersgruppen nebeneinander zu ihrem Recht kommen können.

Unterschiede in der Grösse

Bei der Grösse eines Zentrums berücksichtigen wir Anzahl und Fläche der Räume, Umfang des Programms, Umfang der Organisation und Oeffnungsdauer. Es lassen sich drei Grössen beschreiben:

1. Der (Jugend- resp. Freizeit-) Raum: Begrenzte Platzverhältnisse (1-2 Räume), die nur eine Veranstaltung aufs Mal zulassen. Im Durchschnitt höchstens alle 3 Tage geöffnet. Kein Umschwung. Betrieb wird von Freiwilligen bestritten (ev. ausgenommen Reinigung). Organisation höchstens aus zwei Gremien bestehend (zum Beispiel Benützerversammlung und Betriebskommission), Gönnerbeiträge unter Fr. 1'000.- pro Jahr.
2. Das (Jugend- resp. Freizeit-) Haus: Mindestens zwei Räume, die zwei parallele Veranstaltungen zulassen. Im Durchschnitt mehr als jeden zweiten Tag geöffnet. Organisation aus mindestens zwei Gremien und mehreren Untergruppen bestehend. Honorierung oder nebenamtliche Anstellung von Mitarbeitern. Gönnerbeiträge zwischen Fr. 1'000.- und Fr. 10'000.- pro Jahr. Keine regelmässigen öffentlichen Subventionen.
3. Das (Jugend- resp. Freizeit-) Zentrum: Der Betrieb hat einen solchen Umfang erreicht, dass er nicht mehr nur von ehren- und nebenamtlichem Personal bewältigt werden kann. Halb- und vollamtlich angestellte Fachkräfte. Praktisch täglich geöffnet. Jährliche Betriebsbeiträge über Fr. 10'000.-. Wiederkehrende Subventionen von Gemeinde oder Kirche.

Unterschiede in der Zielsetzung

In den Konzeptionen lassen sich zwei grundlegend verschiedene Einstellungen zur bestehenden Gesellschaftsordnung feststellen.

- Die neutralen Zentren lassen die Frage, wie weit das angestrebte bessere Zusammenleben sich vom heutigen Gesellschaftssystem abheben müsse, offen. Für sie gelten - weil sie sich hier und jetzt in den Dienst der Allgemeinheit stellen wollen - die je von dieser Allgemeinheit anerkannten gesetzlichen Vorschriften und Behördenentscheide. Auch das Programm richtet sich nach der Allgemeinheit als ganzer und reicht von konservativ-caritativen bis zu progressiv-anarchistischen Veranstaltungen. Grundsätzlich wird keine Aktivität ausgeklammert, ausgenommen sie verstosse gegen die geltenden Gesetze oder gefährde in einer breiten Öffentlichkeit den Ruf des Zentrums.
- Für die weltanschaulich gebundenen Zentren dagegen steht fest, ob der momentane gesellschaftliche Zustand zu erhalten oder zu verändern ist. Der Lindenhofbunker, das einzige weltanschaulich gebundene Zentrum im Kanton, zum Beispiel verstand sich nicht mehr als Teil der geltenden sondern als Vorposten einer noch zu schaffenden Gesellschaftsordnung.

Unterschiede in der Herkunft

Es scheint zunächst abwegig, Unterschiede in der Herkunft als wesentlich zu betrachten, werden doch die Konzeptionen stark vom Gegenwärtigen - zum Beispiel vom jeweiligen Geschmack der Besucher oder von der je geltenden Ordnung - bestimmt. Ein Blick auf die Entwicklungsgeschichten der einzelnen Zentren zeigt jedoch, wie beharrlich sich Ideen aus der Anfangszeit behaupten. Dies scheint auf folgendes zurückzuführen zu sein:

- In der Gründerphase können sich Zentren - dem Reiz des Neuen ist es zu verdanken - in der Öffentlichkeit ein Gehör verschaffen, wie in späteren Phasen kaum mehr. Die publizistischen Möglichkeiten werden denn auch meistens weidlich ausgenützt. Ueber die in dieser Zeit geweckten Hoffnungen können sich nachfolgende Betriebsverantwortliche nicht einfach hinwegsetzen.
- In Krisensituationen, und diese sind nicht allzu selten, greifen die Zentren gerne auf Rat und Tat bewährter Ehemaliger zurück.
- Die Gründer gehören meist der Trägerorganisation an und vertreten dort den ursprünglichen "Sinn und Geist".

Wir können inbezug auf die Herkunft zwei Gruppen unterscheiden:

1. Zentren mit kurzlebiger Vergangenheit. Sie sind von lokalen, oft spontan entstandenen Gruppierungen ins Leben gerufen worden. Ihre Geschichte reicht nicht viel weiter als bis zur Gründungszeit zurück.
2. Zentren mit geschichtlichem Erbe. An ihrer Gründung haben sich grössere Organisationen - zum Beispiel die Vereinigung Ferien und Freizeit Zürich, die Stiftung Pro Juventute oder die Neue Linke - beteiligt. Ihre Vergangenheit reicht über die Gründerzeit hinaus.

Unterschiede in den gemeinschaftsbildenden Funktionen

In den Konzeptionen zeigen sich drei voneinander abweichende Wege, wie man die Besucher zu einer aktiven Haltung bringen will.

1. Man geht vom Einzelnen aus, dessen persönlichen Horizont man zu erweitern sucht, woraus dann ein Engagement in andern Lebensbereichen entstehen soll. Der Akzent wird auf individuelles, persönlichkeitsbildendes Tun gelegt, indem Kurse, Vorträge, Erholungseinrichtungen (Parks), Werkräume, Arbeitsstudios, Bibliothek und Zerstreuungsmöglichkeiten (Musicbox und TV-Apparat) angeboten werden. Treffpunkt, gesellige Veranstaltungen, Vermietung von Gruppenräumen und Mitarbeit in der Organisation spielen eine untergeordnete Rolle. Die Ausstrahlung soll Leute anziehen, die die andern nicht stören.
2. Man geht davon aus, dass der Einzelne zunächst seine mitmenschlichen Beziehungen erweitern müsse und erst im Anschluss daran eine aktive Haltung erwachse. Der Schwerpunkt wird auf Kontaktförderung gelegt, indem gesellige und sportliche Veranstaltungen (Tanz, Ferienlager) sowie Spiel- und Gesprächsmöglichkeiten (Diskussionszirkel, Billard, Ping-Pong, Plaudernischen, Spielplätze) angeboten und das Zentrum abends lange offen gehalten wird. Die Mitarbeit in der Organisation ist von untergeordneter Bedeutung. Die Ausstrahlung zielt auf Leute, die eine Begegnung wünschen; in Jugendzentren strebt man im allgemeinen ein zahlenmässiges Gleichgewicht zwischen Burschen und Mädchen an.
3. Man setzt die organisierte Gruppe an den Anfang, weil man glaubt, dass aus dem Engagement in der Gruppe sich auch eine Wirkung auf den persönlichen und auf den öffentlichen Lebensbereich ergebe. Man setzt deshalb einen Schwerpunkt auf gruppenorganisierende Momente, indem man Gruppenräume und Organisationshilfen zur Verfügung stellt sowie Mannschaftssport, soziale Einsätze und politische Aktionen unterstützt. Die Mitarbeit im Zentrum spielt eine hervorragende Rolle, zum Teil werden freiwillige Mitarbeiter oder Mitarbeitergruppen sogar vertraglich verpflichtet oder mit Prämien belohnt. Die Ausstrahlung zielt auf ein teamfähiges Publikum, in welchem vor allem auch führende Köpfe vorhanden sind.

Aufgrund dieser wesentlichen Unterscheidungsmerkmale lassen sich die Jugend- und Freizeitzentren in die Typen einteilen, wie sie in Skizze Nr. 2 aufgeführt sind.

Stellung der Jugend- lichen	Grösse	S c h w e r p u n k t			
		auf individuel- lem Tun	auf Kontakt- förderung	auf Gruppen- bildung	kein Schwerpunkt
Jugend-	-Raum		Rüti ZH (PJ) Oberengstrin- gen (Jgr)	Grüningen (Jgr)	Affoltern aA Dietikon (Jgr)
	-Haus		Kilchberg (Jgr) Wädenswil (Jgr) Bunker (NL)	Egg (Jgr) Rüschlikon (Jgr)	Horgen (Beh.)
	-Zentrum		Dübendorf (Beh.) Lehrlings- foyer (Ref.-Kath.)	Drahtschmid- li (VFF) Mittelschul- foyer (Kath.)	Meilen (VFF) Winterthur (Jgr)
	-Haus	Opfikon (Beh.)		Altstadt (PJ)	
	-Zentrum	Lochergut (PJ) Kloten (Beh.)	Akademiker- haus (Kath.)		Bachwiesen (PJ) Buchegg (PJ) Riesbach (PJ)
	-Zentrum	Leimbach (PJ)	Adliswil (Beh.)		Küsnacht (Beh.) Uster (PJ) Heerenschürli (PJ) Heuried (PJ) Seebach (PJ) Wipkingen (PJ) Wollishofen (PJ)

In Klammern: massgeblich an der Gründung beteiligte Kreise.

Legende: PJ = Stiftung Pro Juventute
 Beh. = Behörden (Politische Gemeinde, Schulgemeinde)
 Kath. = Katholische Kirche
 Ref. = Reformierte Kirche
 Jgr = lokale Jugendgruppe
 VFF = Vereinigung Ferien und Freizeit
 NL = Neue Linke

Skizze Nr. 2: JUGEND- UND FREIZEITZENTREN DES KT. ZUERICH,
NACH TYPEN GEORDNET (Stand anfangs 1972).

c) Unwesentliche Konzeptionsunterschiede

Als unwesentlich bezeichnen wir all jene Unterschiede, welche die übrige Konzeption weiter nicht berühren oder schon in den vorher dargelegten wesentlichen Unterschieden mitberücksichtigt sind. Zur letzteren Gruppe gehören zum Beispiel Abweichungen in den Programminhalten, in der Raumausstattung und in der Hausordnung. Im Folgenden sei auf einige Unterschiede eingegangen, die auf den ersten Blick als wesentlich erscheinen, aber bei genauerer Ueberprüfung als unwesentlich taxiert werden müssen.

Unterschiede im Standort

Ein Standort etwas ausserhalb statt inmitten des Passantenstroms verringert zwar die Attraktivität eines Zentrums und erschwert den Betrieb eines Cafés. Die Frage: regionale oder lokale Bedeutung? ist aber damit noch lange nicht entschieden. Die Entscheidung darüber fällt erst mit der Art der Betriebsführung - ähnlich wie bei einer Gaststätte, deren Ruhm mehr vom Koch denn vom Standort abhängt. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Frage der unmittelbaren Nachbarschaft, weil das Lärmproblem den Betrieb spürbar erschweren kann, ohne jedoch die Konzeption feststellbar zu verändern.

Unterschiede inbezug auf mitbestimmende Benützerorgane

Ungefähr die Hälfte der Zentren besitzen Gremien (Vollversammlungen, öffentliche Mitarbeitersitzungen und ähnliches), in welchen die Benützer in Fragen der Betriebsgestaltung mitberaten und mitentscheiden können. Die andere Hälfte der Zentren kennt keine solchen Einrichtungen. Daraus einen wesentlichen Konzeptionsunterschied abzuleiten, verbietet sich jedoch aus drei Gründen:

1. Die Mitbeteiligung des Besuchers am Geschehen ist das Hauptanliegen aller Zentren. Darauf sind auch die meisten Momente der Konzeption ausgerichtet, von der Raumausstattung über die Werbung, den Veranstaltungskalender, die Anstellung von Fachkräften und die Honorare für freiwillige Mitarbeiter bis zum Offenlassen von Organisationslücken. Die Institutionalisierung der Mitbestimmung bildet nur eine unter vielen Massnahmen zur Aktivierung der Besucher.
2. Die mitbestimmenden Benützerorgane haben, um dem Prinzip der erweiterten Freiwilligkeit gerecht zu werden, einen recht unverbindlichen Charakter. Wahlen und Abstimmungen haben mehr die Bedeutung eines Popularitätstests als die einer verpflichtenden Mandatierung.

Anders liegt der Fall, wenn die Benützer in eine Trägerorganisation eintreten, wo ihre Mitentscheidungen rechtlich binden. Da aber der Eintritt in die Trägerorganisation jedem Besucher freisteht, bestimmt nicht die Benützerschaft schlechthin mit, sondern nur derjenige Teil, der sich organisieren lässt.

3. Das Nein der Abseitsstehenden, das heisst der Umstand, dass jedermann dank des Prinzips der erweiterten Freiwilligkeit jederzeit aus dem Zentrum aussteigen kann, relativiert auch die Entscheide von Mitbestimmungsorganen. Immerhin kann aus der öffentlichen Diskussion eine bessere Uebereinstimmung zwischen Benützerschaft und Betriebsleitung entstehen, indem Wünsche und Kritik rechtzeitig erkannt, aber auch ein Interesse an Vorhaben geweckt werden kann. Uebrigens schon allein die Tatsache, dass eine Benützerversammlung besteht, kann die Skepsis Aussenstehender abbauen. Diese Bedeutung kommt aber auch einer ganzen Reihe anderer Konzeptionselemente zu, die die Ausstrahlung des Zentrums bestimmen.

Unterschiede im Verhältnis Trägerschaft zu Betriebsleitung

Das Verhältnis des Trägers zur Betriebsleitung ist von Ort zu Ort verschieden geregelt. Zum Teil bestehen keine personellen, sondern nur vertragliche Verbindungen, zum Teil verbindet ein Kontaktmann die beiden Gremien, zum Teil wählt und beaufsichtigt der Träger direkt die Betriebsleitung. Bei einigen Zentren sind nur Benutzer, in andern überhaupt keine Benutzer in der Trägerorganisation vertreten. All diese Lösungen entpuppen sich als organisatorische Varianten ein- und desselben Anliegens, nämlich einen Träger zu bilden, der rechtliche, moralische und auch finanzielle Rückendeckung gibt und dennoch genügend Spielraum freilässt, damit das Zentrum auf die Interessen der Besucher eingehen kann. Man kann sich aber fragen, ob nicht in gewissen Organisationsstrukturen ein hierarchischer Zug zum Ausdruck kommt. (Hierarchie: ein System klarer Kompetenzstufen, in welchem das "Unten" von "Oben" die Weisungen erhält und nur noch im Sinne von militärischen Entschlüssen¹⁾ entscheiden kann.) Die Frage muss verneint werden, weil in jeder Organisationsform der Träger das Prinzip der erweiterten Freiwilligkeit zu beachten hat. Einzig eine Schliessung kann von oben "befohlen" werden. Alle andern Massnahmen, die auf einen gedeihlichen Aufbau des Betriebs abzielen, werden nur dann wirksam, wenn die Besucher damit einverstanden sind oder - noch besser - sogar selber den Vorschlag dazu gebracht haben, wenn also zwischen "oben" und "unten" ein partnerschaftliches Verhältnis besteht (partnerschaftlich: jede Seite nimmt Rücksicht auf die andere und steuert ihren Anteil bei). Ausdruck dieser Partnerschaft ist es zum Beispiel, dass praktisch alle Geldgeber den Zentren in der Verwendung der Gelder weitgehend freie Hand lassen. Auch aus den Aeusserungen der Gemeinde- und Stadtpräsidenten geht klar hervor, dass die Behörden die Jugend- und Freizeitzentren nicht als ihren langen Arm, sondern als selbständige Partner betrachten.

1) Vgl. Seite 5.

Unterschiede inbezug auf vollamtliche Leiter

Kommt aber nicht mit der Anstellung vollamtlicher Leiter ein hierarchischer Zug in die Konzeption? Dagegen spricht das Prinzip der erweiterten Freiwilligkeit, welches zwischen Leiter und Besuchern nur ein partnerschaftliches Verhältnis zulässt, sowie der Auftrag an den Leiter, Initiativen der Besucher zu wecken und zu fördern. Dafür spricht der Umstand, dass eine besoldete und zudem fachlich kompetente Persönlichkeit ungewollt in der Organisation mehr Gewicht erhält und dem Besucher Verantwortung abnimmt. Diese Tendenz kann durch einen zielbewussten Führungsstil oder auch durch die Einstellung der Besucher, "der Leiter solle für seinen Lohn auch etwas arbeiten" verstärkt werden. Es ist also möglich, dass eine vollamtliche Leitung im Vergleich zu einer ehrenamtlichen mehr zur Hierarchie neigt. Doch was vergleichen wir? Die Alternative vollamtlich-ehrenamtlich stellt sich in Wirklichkeit gar nicht. Vielmehr lautet die Frage: ein grösseres Werk, das auf vollamtliches Personal angewiesen ist oder ein kleines Zentrum, das noch von ehrenamtlichen Kräften betrieben werden kann? Die Frage betrifft also in erster Linie die Grösse¹⁾ und nicht die Führungsprinzipien eines Zentrums.

1) Vgl. Seite 37 "Unterschiede in der Grösse"

III. Hauptteil

I N S P E K T I O N

Wo stehen wir in unserm Gedankengang?

Blicken wir zurück. Wir sind ausgezogen, die Frage zu beantworten, worum es bei Jugend- und Freizeitzentren überhaupt gehe. Eine Antwort trugen wir schon zu Beginn irgendwie in uns herum; wir beschäftigten uns ja täglich mit Jugend- und Freizeitzentren. Es galt deshalb lediglich, dieses vorwissenschaftliche Irgendwie-Wissen in ein wissenschaftliches, das heisst in ein diszipliniert erarbeitetes Verständnis zu heben.

In einer ersten Etappe haben wir einen Katalog der Jugend- und Freizeitzentren im Kanton Zürich erstellt. Die darin enthaltenen Angaben geben ein anschauliches Bild der einzelnen Konzeptionen und vertiefen unser alltägliches Verständnis. Unsere Leitfrage bleibt allerdings noch unbeantwortet. Deshalb haben wir in einer zweiten Etappe mit den Angaben über die einzelnen Zentren eine "Auslegeordnung" im doppelten Sinn des Wortes veranstaltet:

1. auslegen im Sinne von Gleiches Gleichem beziehungsweise Ungleiches Ungleichem zuordnen,
2. auslegen im Sinne von "deuten", erhellen von Sinnzusammenhängen.

Dabei sind wir auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede gestossen, aufgrund derer wir die Jugend- und Freizeitzentren in Typen einteilen konnten. Unser Verständnishorizont hat sich dadurch nochmals erheblich erweitert. Das Sinnganze, das sich in den Konzeptionsmerkmalen der Gezieltheit, der Vielfalt und der Offenheit ankündigt, haben wir bis dahin jedoch noch nicht fassen können.

Dies sei in einem dritten und letzten Schritt versucht, in welchem wir die bisherigen Resultate in ihrer Ganzheit mustern. Wir spielen also - um beim militärischen Vergleich zu bleiben - den Inspizienten, der die Auslegeordnung überblickt und zugleich durchschaut (inspicere = hineinschauen). Daher die Ueberschrift "Inspektion".

Das erste Abschreiten der Auslegeordnung lässt die Vermutung aufkommen, dass jenes angedeutete Sinnganze das Erzieherische sein könnte. Allein: Wie kann ein von einem pädagogischen Institut Beauftragter anders, als pädagogische Aspekte für die wichtigsten zu halten? Die Vermutung ist zu begründen. Wir gehen dabei so vor, dass wir zuerst die erzieherischen Wesenszüge der Jugend- und Freizeitzentren aufzeigen. Dann arbeiten wir das Besondere an dieser Erziehung heraus. Zuletzt führen wir die wesentlichen Konzeptionsunterschiede auf unterschiedliche pädagogische Standpunkte zurück.

A. Die erzieherischen Grundzüge

Zuvor ist aber zu klären, was wir unter Erziehung verstehen wollen. Am Beispiel der Familienerziehung sei versucht, das alltägliche, und dennoch gar nicht leicht zu beschreibende Phänomen in Worte zu fassen.

Zunächst ist zu vermerken, dass sich die Erziehung in der Familie zwischen Menschen - nämlich zwischen Eltern und Kindern - abspielt und zwar in ausserordentlich vielschichtiger und vielfältiger Weise. Sie kann unmittelbar und auffällig geschehen: Die Eltern ermahnen, beraten, ermuntern, befehlen; das Kind gehorcht, gibt klein bei, begehrt auf, trotzt. Das Kind stellt Fragen, die Eltern antworten. Die Eltern machen vor, das Kind ahmt nach. Aber auch unauffällige und nur mittelbare Bezüge stellen sich ein: Die Eltern lassen gewähren, sie schweigen, sie sorgen sich insgeheim; das Kind fühlt sich wohl, ängstigt sich, ergötzt sich an Spielzeugen, die es von den Eltern erhalten hat, lebt in den Märchen, die ihm die Mutter vermittelt. Weiter fällt die Wechselseitigkeit des erzieherischen Geschehens auf: Die Eltern freuen sich an den Fortschritten ihres Sprösslings, das Kind fühlt sich dadurch angespornt, die Eltern haben dadurch erst recht Grund zur Freude. Es scheint ein gegenseitiges Geben und Nehmen zu sein, das zwar nicht frei von Spannungen, Auseinandersetzungen und Krisen ist, das aber im ganzen gesehen ein Verhältnis des Vertrauens und der Partnerschaft ist. Keine Seite macht die andere zu ihrem Spielball, zu ihrem Objekt.

Die Beteiligten spielen jedoch verschiedene Rollen: Die Eltern sind diejenigen, die erziehen. Ihnen ist Erziehung aufgegeben. Die Kinder sind diejenigen, die erzogen werden müssen. Sie sind auf Erziehung angewiesen. Der Säugling kann ohne die Fürsorge Erwachsener nicht überleben; das Kleinkind lernt ohne Vorbild nicht sprechen. Der Mensch entwickelt sich, nur auf sich allein gestellt, nicht zu dem, was wir uns unter einem menschlichen Wesen vorstellen. Erziehung fördert Entwicklungsprozesse, die ohne fremde Hilfe nicht oder nur verkümmert vorankämen. Dadurch erhält das vielschichtige, partnerschaftliche Verhältnis ein eindeutiges Gefälle: Die Eltern haben eine Aufgabe zu lösen, sie haben zu einem Ziel zu kommen. Erziehung ist auf ein Ziel ausgerichtet, ist beabsichtigt. Worin besteht dieses Ziel? In der Umgangssprache sagt man etwa: Die Eltern haben dafür zu sorgen, dass aus ihren Kindern etwas wird. Die Redewendung enthält sehr viel. "Für etwas sorgen": sich bis zum guten Ende für etwas einsetzen und dafür die Verantwortung übernehmen. "Jemand wird etwas": Er entwickelt sich, stellt seinen Mann, findet sein Ziel. Die Eltern zeichnen also dafür verantwortlich, dass das Ziel des Kindes - und nicht das der Eltern - erreicht wird.

Schliesslich kann in der Familiensituation auch ein Auslaufen der Erziehung beobachtet werden. Die Kinder bedürfen immer weniger erzieherischer Hilfe, bis sie schliesslich ganz dem Elternhaus entwachsen sind. Ob damit die Entwicklung schon abgeschlossen ist? Keineswegs. Der Wandel der Person, der Wandel ihrer Beziehungen zur Welt geht weiter. Neue Ziele erscheinen am Horizont. Menschsein

ist ein dauerndes Unterwegssein. Erziehung visiert keinen fixen Endpunkt sondern eine Stufe an, die Stufe nämlich, auf welcher der Mensch selbständig seinen Weg gehen und sich selbständig fortentwickeln kann.

Die deutsche Sprache besitzt für diese Stufe den Begriff der "Mündigkeit", der auf das althochdeutsche "munt" (= ursprünglich "schützend über jemand gehaltene Hand" - vergleiche das lateinische manus, später kurzum "Macht, Schutz") zurückgeht. In der heutigen Rechtssprechung gilt für mündig, wer volljährig ist und über die volle rechtliche "Macht" verfügt, wer also a) eine Stufe der Entwicklung und b) eine Stufe der Machtfülle, der Eigenverantwortlichkeit erlangt hat.

Wenn aber letztlich die Kinder ihre eigenen Wege in eigener Verantwortung gehen sollen, kann es da dem Erzieher nicht gleichgültig sein, was die Kinder tun und lassen? Wir sagten: Der Erzieher greift in eine Entwicklung ein, die sich noch nicht völlig in eigener Regie vollziehen kann. Zwar ist das Eingreifen nur vorläufig, nur einspringend, aber es nimmt doch die Zukunft des Kindes vorweg. Damit übernimmt der Erzieher stellvertretend Verantwortung. Und weil die Entwicklung des Kindes sich nicht in einer abstrakten Sphäre, sondern im gelebten Leben vollzieht, hat diese Stellvertretung sehr handgreiflichen Charakter. Der Erzieher muss in der je konkreten Situation über Verhaltensweisen, über Lehrstoffe, über Lebensziele entscheiden, und zwar so entscheiden, dass sich das Kind dereinst diese Entscheidungen zu eigen machen kann.

Soweit die an der Familiensituation erarbeitete Charakterisierung von Erziehung. Sie deckt sich mit dem, was Paul Häberlin sagt: "Erziehen ist ein Verhalten, durch welches einer, der zu leben versteht, einem andern dazu verhelfen will, dass er auch verstehen lerne zu leben."¹⁾ Auch hier - im Wort "verhelfen" - das Partnerschaftliche mit verteilten Rollen. Auch hier - im Wort "wollen" - das Absichtliche. Auch hier - im letzten Teil des Zitats - das Ziel, den Menschen zur selbständigen Lebensbewältigung zu bringen. Und auch hier - im "verhelfen will, dass er ... lerne" - die Idee der Lernhilfe, der "Entwicklungshilfe", wie O. Kroh sich ausdrückt.

Weitgehend stimmt dies auch mit einer Definition von Wolfgang Brezinka überein: "Als Erziehung werden Handlungen bezeichnet, durch die Menschen versuchen, die Persönlichkeit anderer Menschen mit psychischen und (oder) sozial-kulturellen Mitteln in irgendeiner Hinsicht zu fördern."²⁾ Besonders betont wird hier die Vielschichtigkeit der Erziehung, die direkt ("mit psychischen Mitteln") oder indirekt ("mit sozial-kulturellen Mitteln") in jedem Alter von Mensch zu Mensch

1) zitiert nach Heinrich Roth: Pädagogische Anthropologie Bd.1, Hannover 1968, 2. Aufl., S.74.

2) Wolfgang Brezinka: Ueber Erziehungsbegriffe, in Zeitschrift für Pädagogik Jahrg. 17, Nr.5, Weinheim, Oktober 1971, Seite 613.

geschieht. "Versuchen" heisst bei Brezinka sowohl offensichtliches Wollen wie auch die im einzelnen Verhalten nicht ohne weiteres sichtbare "Einstellung" haben. Zugleich wird auch das Moment der Absichtlichkeit ausgedrückt. Mit "die Persönlichkeit fördern" meint Brezinka das dauerhafte Verbessern einer psychischen Disposition, also auch hier wird ein ohne Erziehung auskommender "mündiger" Zustand angestrebt. Immerhin ist eine erhebliche Differenz festzustellen: Das Moment der Partnerschaft und der Stellvertretung fehlt in Brezinkas Definition. Damit fällt jede, gleichgültig in wessen Interessen stehende Absicht, den Mitmenschen nachhaltig zu beeinflussen, unter den Begriff der Erziehung. Wir hingegen möchten nur jenes Einfluss-nehmen-wollen, das die Interessen des Zubeinflussenden zu wahren sucht, Erziehung nennen. Für uns enthält Erziehung immer die dornenvolle Aufgabe, die einmalige Zukunft des andern zu errahnen und zu berücksichtigen.

Fassen wir die Merkmale unseres Erziehungsbegriffs zusammen:

1. Erziehung ist ein vielschichtiges, mittelbares oder unmittelbares, beobachtbares oder auch kaum wahrnehmbares zwischenmenschliches Geschehen auf jeder Altersstufe.
2. Das Geschehen ist wechselseitig und hat partnerschaftliche Züge. Die Rollen sind allerdings ungleich verteilt. Der eine Partner ist darauf angewiesen, in seiner Weiterentwicklung vom andern erzieherisch gestützt zu werden.
3. Derjenige, der diese erzieherische Hilfe leistet, weiss in irgendeiner Weise um seine Aufgabe. Erziehung geschieht immer irgendwie beabsichtigt.
4. Erziehung ist nur Hilfe auf Zeit. Sie springt stellvertretend ein und will sich tunlichst überflüssig machen. Letztlich soll der Zu-Erziehende mündig werden, das heisst sein Fortkommen selber an die Hand nehmen können. Der Erzieher hat in sachwalterischer Weise in je konkreten Situationen über die Ziele seines Partners zu entscheiden. Da aber Mensch-sein ein ewiges Unterwegs-sein ist, sind diese Ziele nie restlos greifbar, weshalb Erziehung dauernd nach ihrem Ziel zu suchen hat.

Jetzt also: Wo sind bei Jugend- und Freizeitzentren erzieherische Grundzüge zu beobachten? Am augenfälligsten treten sie beim Konzeptionsmerkmal der Zielgerichtetheit hervor. Die Zentren sind von einem offenkundigen oder heimlichen erzieherischen Wollen getragen. Die für die Betriebsführung verantwortlichen Organe möchten anregen, Impulse geben, beraten, helfen, animieren; und zwar auf eine Zukunft hin, die ohne dieses Anspornen auskommen soll. Man will sowohl Einzelne wie ganze Gruppen zu einem stellungsnehmenden, mitverantwortlichen, eigenständigen, kurzum: mündigen Verhalten bringen. Das Erzieherische ist aber auch im Merkmal der Offenheit erkennbar. Die erweiterte Freiwilligkeit und der leichte Einstieg sowie die offene Zielsetzung erlauben ein partnerschaftliches, stellvertretendes Eingehen auf die Wünsche und Ziele der Besucher.

Schliesslich kann auch das Konzeptionsmerkmal der Vielfalt als Ausdruck des

Erzieherischen verstanden werden: Die mannigfachen Tätigkeitsbereiche und Funktionen begünstigen ein umfassendes, vielschichtiges erzieherisches Geschehen.

So durchzieht das Pädagogische die Konzeption wie ein roter Faden. Es ist das, worum es überhaupt geht. Erziehung ist das Wesen von Jugend- und Freizeitzentren. Macht aber das Erzieherische den Kern der Sache aus, dann können Einrichtungen, denen dieses Erzieherische fehlt, auf keinen Fall Jugend- und Freizeitzentren sein. Dies ist tatsächlich bei einem Teil der verwandten Institutionen der Fall:

- Bei Sportplätzen, Parkanlagen und Gemeindesälen fehlen die erzieherische Massnahmen treffenden Organe. Die Installationen werden nur verwaltet und gewartet.
- Bei Gaststätten, Dancings und Spielsalons ist zwar eine Betriebsführung, die sich der Gäste annimmt, vorhanden. Diese Etablissements verfolgen aber nicht das erzieherische Ziel, sich selber überflüssig zu machen und den Besucher zu einer mündigen Haltung zu führen. Im Gegenteil: Man möchte die Kundschaft möglichst bei der Stange halten.

B. Die pädagogischen Eigentümlichkeiten

Die Erziehung in den Jugend- und Freizeitzentren geschieht freilich nicht an den gewohnten Orten wie Familie, Schule oder Arbeitsplatz. Zumeist wird gesagt, ihr Bereich sei die Freizeit. Allein der Begriff der Freizeit ist vieldeutig.

Im Mittelalter wurde die Marktfriedenszeit, das heisst die Zeit, in welcher man den Marktfahrern auf der Hin- und Rückreise sicheres Geleit gewährte, die "freyzeyt" genannt; frei hat hier noch die altgermanische Bedeutung von "persönlich geschützt, geschont". In der Neuzeit ist der Begriff - soweit sich das bis jetzt feststellen lässt - erstmals um 1808 im Erziehungsinstitut Iferten von J.H. Pestalozzi und seinen Mitarbeitern Johann Andreas Schneller und Friedrich Fröbel verwendet worden. Freizeit hiessen jene Stunden ausserhalb des Unterrichts, wo die Zöglinge sich nach persönlichen Bedürfnissen frei beschäftigen, erholen oder austummeln konnten. Diese Verwendung des Begriffs Freizeit hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in der Schulpädagogik mehr und mehr eingebürgert. Er lehnt sich an die Bedeutung von "Musse" an: Das Innehalten in einer Arbeit; die Ruhe, wo man sich ungestört eigenen Interessen zuwenden kann, das Sich-Zumessen von Zeit für ein eigenes Tun. Musse - messen - müssen sind etymologisch verwandt. Freizeit im engeren Sinn von "Erholung von der Berufsarbeit" ist erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgekommen, als die christlich-soziale Bewegung um eine Besserstellung der Arbeiterschaft kämpfte. Um 1913 wurden dann von evangelischen Jugendverbänden "Freizeiten" und "Rüstzeiten" durchgeführt, Gemeinschaftsanlässe, bei denen man sang, wanderte oder biblische Themen erarbeitete. Ihre Vorläufer finden sich schon anfangs des 18. Jahrhunderts in den "Gemeintagen", "Stundengebeten" und "Singstunden" der Herrenhuter Brüdergemeine.¹⁾

1) Vgl. Horst W. Opaschowski: Freizeitpädagogik, Regensburg 1970, Seiten 20ff.

Eine neuere Definition von Freizeit stammt von Joffre Dumazedier: "Die Freizeit ist die Gesamtheit der Beschäftigungen, denen sich der Einzelne aus eigenem Antrieb widmen kann, sei es um sich zu erholen, zu unterhalten, sei es um nach der Erledigung der beruflichen, sozialen und familiären Pflichten seinen Horizont zu erweitern, sich zweckfrei zu bilden oder sich freiwillig sozial zu betätigen."¹⁾ Dumazedier knüpft damit erstens an den Begriff der *Musse* an. Er stellt das zweckfreie, spontane Tun den aus der Berufswelt, Familie und übrigen Mitwelt erwachsenden Pflichten gegenüber. Zweitens ist der Sinn der pietistischen "Rüstzeit" mitenthalten, indem der Freizeit eine persönlichkeitsbildende, horizonterweiternde und soziale Funktion zugesprochen wird. Drittens ist mit dem Hinweis auf Erholung und Zerstreuung ausserhalb des Berufs auch der sozialpolitische Freizeitbegriff in die Definition aufgenommen.

In der heutigen Umgangssprache stellt man sich unter Freizeit zuweilen eine lebenswichtige Funktion vor: die Funktion der Erholung, der Zerstreuung und der Bildung; manchmal auch eine Gefahr: die Gefahr des Zeitvertrödelns. Zumeist jedoch verwendet man das Wort in der Bedeutung von arbeitsfreier Zeit, wobei man allerdings nicht nur einen Lebensbereich, sondern zugleich auch ein Lebensgefühl meint: das Gefühl, nach Lust und Laune sich dem widmen zu können, was einem Spass macht. Oft schwingt die Hoffnung mit, mit Freizeit sei etwas für die menschliche Freiheit gewonnen. So ist in einer kürzlich erschienenen Studie über Jugendprobleme Freizeit als die Zeit definiert worden, die "vom Zwang der Arbeit, des Studiums, der gesellschaftlichen Verpflichtungen aller Art frei" ist.²⁾ Freizeit wird hier der Unfreiheit gegenübergestellt.

Angesichts der Vieldeutigkeit ist es angezeigt, auf den Begriff Freizeit zu verzichten und in anderer Weise das erzieherische Tätigkeitsgebiet der Jugend- und Freizeitzentren abzustecken.

Wir sagten: Der Ort der Erziehung in Jugend- und Freizeitzentren ist nicht die Familie, nicht die engere private Sphäre. Es ist ein öffentlicher Bereich. Jugend- und Freizeitzentren werden materiell und moralisch von einer breiteren Öffentlichkeit unterstützt, sie sind für jedermann zugänglich; das Öffentlichsein ist ein Hauptmerkmal ihrer Konzeption. Dieser öffentliche Bereich liegt jedoch auch ausserhalb der Schule, ausserhalb der Kirche, ausserhalb der Produktionsbetriebe, ausserhalb der Verkaufsgeschäfte, ausserhalb der öffentlichen Verwaltung, ausserhalb der politischen Organe, ja überhaupt irgendwie ausserhalb jeder Organisation. Er wird noch von keiner Institution für sich allein in Anspruch genommen, ist noch wenig verwaltet, wenig strukturiert. In ihm sind

1) J. Dumazedier: *Vers une civilisation des loisir ?* Paris 1962, Seite 29.

2) Pierre Arnold / Michel Bassaud / Bernard Crettaz / Jean Kellerhals: *Jugend und Gesellschaft*, Zürich 1971, Seite 167.

die Rollen noch nicht verbindlich verteilt, sind noch keine Pflichtenhefte aufgestellt. Einzig die öffentlichen Gesetze und die gelebten Normen gelten. Noch manches ist offen (im Sinne von "noch nicht entschieden"), weshalb dieser Bereich die Offene Oeffentlichkeit genannt sei. Gegenbegriffe dazu wären

1. die organisierte Oeffentlichkeit: der Bereich, der von Unternehmungen, Organisationen und Institutionen verwaltet wird und in welchem die Zuständigkeiten klar festgelegt sind;
2. die Privatsphäre: der nur einem vertrauten Kreis zugängliche Bereich, der vorwiegend durch persönliche Bindungen bestimmt ist.

Bevorzugte Orte und Zeiten der Offenen Oeffentlichkeit sind etwa das Treppenhaus, die Strasse, das Gasthaus, die Kaffeepause oder die Zeit nach Arbeitschluss. Doch die Grenzen sind fliessend, denn das Wesen der Offenen Oeffentlichkeit ist gerade das Ausserhalb, das Dazwischen, das Noch-nicht-Festgelegte. Wenn in einem Industriebetrieb zwei Mitarbeiter über Dinge sprechen, die nichts mit ihrer Firma zu tun haben, dann befindet sich die Offene Oeffentlichkeit mitten in der Organisation. Wie umgekehrt, wenn ein Lehrer ausserhalb des Schulhausareals einen Schüler zurechtweist, die Institution mitten in der Offenen Oeffentlichkeit wirkt. Wollte man die Offene Oeffentlichkeit in einem Bild darstellen, so müsste man das verschieden eng geknüpfte Netz heranziehen: Sie liegt dort, wo die Maschen weit werden.

Nun: Wie kommt man dazu, mehr und mehr in diesem Bereich erzieherisch zu wirken? Während noch 1958 im Kanton Zürich pro Jahr keine hunderttausend Franken für Jugend- und Freizeitzentren ausgegeben wurden, waren es 1972 schon mehr als drei Millionen. Um diese Bewandnis verstehen zu können, müssen wir nach dem Sinn der Offenen Oeffentlichkeit fragen. Dazu folgendes Gedankenexperiment: Wir versuchen uns vorzustellen, unser Leben wäre gänzlich durchorganisiert, all unser Verhalten reglementiert, es gäbe kein Geschehen mehr ausser Programm, keine spontanen Kontakte, keine unerwarteten Gespräche, keine freiwilligen Handreichungen, keine überraschende Missgunst, keine eigene Initiative, kurz: keine Offene Oeffentlichkeit mehr. Wir können uns einen solchen Zustand kaum vorstellen. Er kommt uns unmenschlich und unhaltbar vor. Unmenschlich: Der Mensch könnte einen seiner Wesenszüge, nämlich seinen Sinn für das Ausser-Ordentliche nicht mehr verwirklichen. Unhaltbar: Unser Zusammenleben würde kaum mehr funktionieren. Der Schweizerische Bundesstaat von 1848 gründet auf dem liberalen Gedanken, dass der Gemeinschaft wie ihren einzelnen Gliedern am besten gedient ist, wenn der Bürger sich selber hilft und möglichst viele Lebensbereiche - vor allem die wirtschaftlichen Belange - in eigener Regie meistert. Die Idee war damals im Gegenzug gegen den absolutistischen Staat entstanden, dessen masslose Uebergriffe in umso düsterem Lichte erschienen, je mehr der Glaube an den selbstverantwortlichen, leistungsfähigen Bürger wuchs. Der Staat soll, wie J. Burckhardt sagt, nur ein "Notinstitut" sein, und nur wo Not an den Mann kommt eingreifen. Dieser Grundsatz der schweizerischen Demokratie hat sich bis heute erhalten. Zeugnis davon geben die vielen Vereine und Clubs - in jeder grösseren

Ortschaft der Schweiz finden sich deren 100 bis 200 -, die zahllosen privatwirtschaftlichen Unternehmungen, die Vorliebe für vertragliche Regelungen anstelle gesetzlicher Vorschriften, das im politischen, militärischen und fürsorgerischen Bereich bestehende Miliz-System wie die föderalistische Staatsstruktur überhaupt. Möglichst viele Befugnisse sollen direkt dem Bürger übertragen bleiben. In dieser liberalen Konzeption kommen der Offenen Öffentlichkeit zwei Funktionen zu:

1. die erneuernde, belebende Funktion: Kontakte unter den Bürgern, Meinungsbildung, Zusammenschluss zu Interessengruppen, Anbahnen von Umgruppierungen, Impulse zu Aktionen;
2. eine regulierende Funktion: Beginn des Kräftespiels zwischen Gruppen, Ausmarchen von Konflikten unter der Hand, Abbau von Meinungsgegensätzen und Vorurteilen durch direkte zwischenmenschliche Begegnung.

Die Offene Öffentlichkeit hat demnach einen doppelten Sinn. Sie kommt einerseits dem menschlichen Wesenszug der Offenheit entgegen und andererseits stützt sie das Funktionieren unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Sie ist lebenswichtiges Medium zwischen Individuum und Demokratie.

Diesem Medium sind im Laufe der Zeit von zwei Seiten her Gefahren erwachsen. Auf der einen Seite zeigt die liberale Leitidee immer mehr ihre Kehrseite: Im freien Spiel der Kräfte haben wirtschaftliche Gruppen deutlich Oberhand gewonnen und den von staatlichen Eingriffen frei gehaltenen Spielraum weitgehend erobert, sei es, dass durch Werbung und Marktforschung die Offene Öffentlichkeit unmerklich gesteuert wird, sei es, dass durch Betriebsausflüge, Betriebssportgruppen oder durch kulturelle Programme in Shopping-Centers Funktionen der Offenen Öffentlichkeit direkt in den Wirtschaftsapparat eingebaut werden. Auf der anderen Seite haben sich aus der Entwicklung der Technik Probleme ergeben. Nicht sehr schwer wiegt, dass mit dem Aufkommen des Autos die Strasse als Ort der Begegnung und Meinungsbildung verloren gegangen ist, denn dieser Verlust wird mindestens zum Teil durch das Auto selber, aber auch durch das Telefon aufgewogen, welche eine rasche Kontaktaufnahme über Distanzen ermöglicht. Gewichtiger sind drei andere Folgen der Technisierung:

1. der raschere Lebensrhythmus, wie er sich in rationalisierten Arbeitsabläufen, schnelleren Verkehrsmitteln und kurzlebigen Wegwerfartikeln, in Quicklunches und Direktreportagen, im häufigen Wechsel der Mode, in technischen Neuerungen, im Anschwellen der Informationsflut, sowie im beschleunigten Veralten von Wissen zeigt.

Der Mensch ist in Trab gesetzt worden obwohl er zur Arbeit sitzen kann. Er lebt intensiver, ist mehr Eindrücken ausgesetzt und muss mehr umlernen als früher.

2. Die stärkere Organisiertheit des Lebens. Parallel zum Fortschritt der Technik ist ein starkes Bevölkerungswachstum einhergegangen. In der Schweiz hat sich in den ersten 70 Jahren dieses Jahrhunderts die Einwohnerzahl genau verdoppelt. Der Lebensraum pro Kopf der Bevölkerung ist also rechnerisch betrachtet

auf die Hälfte reduziert worden. Zugleich hat aber die Technisierung und die wirtschaftliche Prosperität den Aktionsradius des Einzelnen erheblich erweitert. Man kann weiter reisen, mehr konsumieren, sich mehr leisten. So leben heute mehr Leute grosszügiger auf demselben Landstrich, was eine ausgeklügelte Organisation des Zusammenlebens erfordert. Zum Teil sind die Organisationsprobleme so komplex geworden - wir denken an Fragen der Raumplanung, des Strassenverkehrs und des Umweltschutzes - dass sie nur noch auf nationaler und internationaler Ebene gelöst werden können.

3. Die Mobilität. Der Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie hat eine mit früheren Völkerwanderungen vergleichbare Bevölkerungsbewegung ausgelöst. In der Regel wechselt ein Arbeitnehmer mehrmals im Leben seinen Wohnort (geographische Mobilität), um seine berufliche wie gesellschaftliche Position zu verbessern (soziale Mobilität). Die mitmenschlichen Beziehungen müssen also mehrmals abgebrochen und wieder aufgebaut werden, was dem Einzelnen oft ausserordentlich schwer fällt. Die Folge ist ein Rückzug in die eigenen vier Wände, die Stagnation des öffentlichen Lebens und die Entstehung von Schlafgemeinden.

Wohinaus laufen all diese Gefährdungen? Man möchte von einer Tendenz zur Eingenung der Offenen Oeffentlichkeit durch Wirtschaftsunternehmungen und staatliche Verwaltung sprechen, die dem Bürger manche Probleme des Zusammenlebens abgenommen haben. Zwar hat die Einmischung in die Offene Oeffentlichkeit vielfach nur Angebotscharakter. Es steht dem Einzelnen frei, das Angebot von Sozialdiensten und Freizeitindustrien anzunehmen oder es abzulehnen. Doch was soll man mühsam selber erarbeiten, was "pfannenfertig" angeboten wird? So möchte man eher von einer Tendenz des Ueberflüssigwerdens der Offenen Oeffentlichkeit sprechen. Man kann sich leiten, "manipulieren" lassen, von dem was der Arbeitgeber verlangt, was der Staat vorschreibt, was die Partei empfiehlt, was das Heiratsinstitut anrät, was die Werbung anpreist, was das Reisebüro vorschlägt. Man braucht nicht selber Stellung zu nehmen, ja man muss nicht einmal mehr Kontakt mit dem Nächsten pflegen. Der Billettautomat, der Selbstbedienungsladen, der Fernsehapparat, das Fernstudium ermöglicht ein Leben ohne den andern.

Umgekehrt scheint sich aber der Bereich der Offenen Oeffentlichkeit auch auszuweiten und zu entstalten. Der Grund dafür ist weniger in der Arbeitszeitverkürzung, als vielmehr im Funktionsverlust der Kleinfamilie und des Freundeskreises, in der veränderten Einstellung zur Arbeit und im Wandel des sozialen Verantwortungsbewusstseins sowie in der Abneigung gegenüber Organisationen zu suchen.

Schliesslich möchte man angesichts der Desorientiertheit und Resignation des Einzelnen auch von einer Tendenz zur Ueberforderung des Menschen in der Offenen Oeffentlichkeit sprechen. Das liberale Bild vom initiativen Menschen hat sich zum Teil als zu optimistisch erwiesen. Der Mensch hat auch Züge des Verharrens, der Trägheit, der Verschlossenheit, und er geht gerne den Weg des geringsten Widerstandes.

Mit der beschleunigten wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in der Nachkriegszeit sind all diese Gefährdungen offenkundiger geworden. Sie haben Bestrebungen auf den Plan gerufen, die Offene Öffentlichkeit in ihrer für die Gesellschaft wie für den Einzelnen so lebenswichtigen erneuernden und regulierenden Funktion zu erhalten; Bestrebungen, die man politisch nennen kann, sofern man darunter "die Allgemeinheit betreffend", "aktiv an der Erhaltung des Gemeinwesens teilnehmend" versteht. Da jedoch der Begriff politisch meist auf die Führung des Staates und auf den Kampf um Macht bezogen wird, dürfte das altväterische "gemeinnützig" unmissverständlicher sein: man will dem Gemeinwohl nützen, nicht nur Sonderinteressen.

Je nachdem, welcher Tendenz man grössere Bedeutung zumisst, sucht man der Gefährdung der Offenen Öffentlichkeit anders zu begegnen. Sieht man die Gefahr in einer ausgeweiteten, entstalteten Offenen Öffentlichkeit, wird man mehr das Vereins- und Familienleben sowie die Freude an der Arbeit zu fördern suchen. Sieht man das Problem mehr in der Einengung des freien Spielraums und in der Bevormundung des Einzelnen, wird man einen Abbau des Institutionalisierten anstreben, zum Beispiel durch Aufhebung des Abtreibungsverbotes und der Filmzensur, durch Arbeitszeitverkürzungen oder - wie es anarchistische Gruppen fordern - durch das Zerschlagen aller bestehenden Institutionen wie Familie, Staat und Wirtschaft. Sieht man das Problem mehr in der Wohlstands- und Konsumgesellschaft, die den Einzelnen unsichtbar steuert und den offenen Spielraum überflüssig macht, konzentriert man sich eher auf die Schaffung von Schonräumen, wie das im Ausscheiden von Erholungsgebieten, in der Hippiebewegung oder im Rückzug in den gesellschaftlichen Underground geschieht. Sieht man das Problem mehr in der Ueberforderung des Menschen, wird man sich bemühen, den Einzelnen durch staatsbürgerlichen Unterricht und durch Erziehung zur Kritikfähigkeit und Teamarbeit besser zu wappnen und ihn mittels angemessener Auswahlverfahren und Führungsprinzipien am richtigen Ort einzusetzen.

Die Jugend- und Freizeitzentren stehen mitten in diesen politisch-gemeinnützigen Anstrengungen um die Erhaltung der Offenen Öffentlichkeit. Sie gehen jedoch nicht - wie man auf den ersten Blick meinen möchte - einfach von der Ueberforderung des einzelnen Menschen aus. Vielmehr betrachten sie alle Tendenzen der Gefährdung als gleich bedeutungsvoll und als miteinander verknüpft. Dahinter steht eine bestimmte Auffassung vom Wesen menschlicher Freiheit, die sich etwa so formulieren lässt:

Menschliche Freiheit ist nicht einfach ein Zustand, in welchem der Mensch an nichts mehr gebunden ist. Ohne die Bedingungen der Natur und der Umwelt wäre ja gar kein Leben möglich. Die Freiheit besteht vielmehr darin, dass der Mensch durch alle biologischen, zeitlichen, physikalischen, psychischen und sozialen Abhängigkeiten hindurch seine Möglichkeiten ergreifen und seinen je individuellen Weg gehen kann. Er macht sich das Gegebene zu eigen und gestaltet es. Freiheit ist also nicht ein Zustand, sondern ein Vollzug, ein Vollzug durch den Menschen selber. Ohne diesen Vollzug durch den Menschen findet keine Freiheit statt.

Ob menschliche Freiheit realisiert wird, liegt letztlich nicht bei der Umwelt, sondern beim Menschen selber. Nun gibt es aber äussere Umstände, die den Vollzug der Freiheit fördern oder hemmen. In gewissen Zwangssituationen gibt der Mensch klein bei, in anderen fühlt er sich zum freien Handeln geradezu provoziert. Gewisse Kontakte mit anderen wirken anspornend, andere lähmend. Gewisse Freiheitserlebnisse rufen nach Wiederholung, andere nach Vermeidung.

Von dieser Anschauung her erscheint mit dem Abbau des Institutionalisierten oder mit der Bildung des Einzelnen oder mit dem Aussparen von Schonräumen allein der Offenen Oeffentlichkeit wenig geholfen. Was nützt die Schaffung von freien Spielräumen, wenn sie niemand benützen will? Was, wenn gut trainierte Leute heranwachsen, aber die Umwelt nicht zur Anwendung des Gelernten reizt? Die Massnahmen müssen Hand in Hand gehen. Wenn die Offene Oeffentlichkeit ihre Funktion erfüllen soll, so müssen sowohl der Reiz der äusseren Umstände wie der Ansporn des Einzelnen vorhanden sein. Deshalb wollen die Jugend- und Freizeitzentren nicht nur den Einzelnen schulen und in ihm "psychische Dispositionen" bilden. Im gleichen sollen durch den Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen, durch die Unterstützung von Gruppierungen und durch das Bereitstellen von Beteiligungsmöglichkeiten in der Offenen Oeffentlichkeit selber günstige Bedingungen geschaffen werden, damit die Bewohner die Offene Oeffentlichkeit überhaupt wahrnehmen und sie zu gestalten beginnen. Es geht also darum, in der Offenen Oeffentlichkeit selber zur mündigen Gestaltung dieser Offenen Oeffentlichkeit zu erziehen.

Mit dieser besonderen erzieherischen Aufgabenstellung geraten aber die Jugend- und Freizeitzentren in ein Dilemma grundsätzlicher Natur, das sie nur durch ein unübliches pädagogisches Vorgehen zu lösen vermögen. Das Dilemma: Wenn das Jugend- und Freizeitzentrum als Institution erzieherisch in die Offene Oeffentlichkeit eingreift, dann tut es eigentlich genau das, was es verhüten will: Es strukturiert jenen Bereich, der wesentlich nicht organisiert sein will und soll. Umgekehrt: Eine Erziehung, die nicht irgendwie organisiert, das will heissen planmässig und absichtlich gestaltet, ist keine Erziehung. Das Absichtliche gehört zum Wesen von Erziehung. Das Problem sucht man durch zwei Massnahmen zu lösen:

1. Durch die Betonung der Offenheit. Man will nicht nur eine offene erzieherische Haltung einnehmen, um in partnerschaftlicher Weise auf die Benützerschaft eingehen zu können. Man will überdies das Jugend- und Freizeitzentrum möglichst vom Omen des Institutionalisierten befreien und es der Eigenart der Offenen Oeffentlichkeit angleichen. Deshalb wird das Offen-sein zum Hauptmerkmal der Konzeption.
2. Durch das Einschalten von Mittelsleuten zwischen die Institution und die Besucherschaft. Diese Mittelsleute stehen - bildlich gesprochen - mit einem Bein in der Organisation des Jugend- und Freizeitzentrums, mit dem andern in der Offenen Oeffentlichkeit, wobei sie mehr der einen oder der anderen

Seite zuneigen können. Auf alle Fälle wird dadurch das erzieherische Verhältnis zweigeteilt in das Verhältnis Institution-Mittelsmann und in das Verhältnis Mittelsmann-übrige Benützerschaft. Deshalb wollen wir von einem gebrochenen erzieherischen Verhältnis sprechen, wie man heute den Weg zur Maturität via Sekundarschule-Mittelschule (statt nur via Gymnasium) den "gebrochenen Bildungsgang" nennt. Das Jugend- und Freizeitzentrum versucht durch persönliche Kontakte, durch das Angebot an Betätigungsmöglichkeiten, durch Beratung, durch stufenweises Ueberbinden von Verantwortung und gelegentlich auch durch Schulung einzelne Besucher soweit zu bringen, dass sie andere für die Gestaltung der Offenen Oeffentlichkeit zu gewinnen suchen.

Dieses Heranbilden von Kadern ist kein unsichtbares Führen, kein Manipulieren. Weil es auch hier um Erziehung - gleichsam um die Erziehung von Erziehern - geht, ist auf die Ziele, die die Mittelsleute als Vertreter der Offenen Oeffentlichkeit mit sich bringen, partnerschaftlich einzugehen. Selbst wie die Mittelsleute die Gestaltung des freien öffentlichen Spielraums anzupacken haben, kann nicht vom Jugend- und Freizeitzentrum bestimmt werden, sonst würde die Offene Oeffentlichkeit ja schon wieder organisiert. Die Jugend- und Freizeitzentren können einzig mithelfen, dass die Mittelsleute etwas unternehmen und durch Erfolg oder Irrtum selber lernen, wie man das Gestalten der Offenen Oeffentlichkeit am besten bewerkstelligt.

Anders die Mittelsleute, die selber Akteure in der Offenen Oeffentlichkeit sind. Sie können ihre eigenen Ziele verfolgen und die andern so erziehen, wie sie es für richtig halten, sei es mehr befehlend-autoritär oder mehr durch demokratische Zusammenarbeit. Aus dem gebrochenen erzieherischen Verhältnis ergeben sich zwei Ebenen pädagogischer Verantwortung:

1. Für die Jugend- und Freizeitzentren als Institution ist die Offene Oeffentlichkeit ein Gegenüber, das als Ganzes zum selbständigen, mündigen Funktionieren erzogen, aber zugleich in seiner Eigenart des Noch-nicht-festgelegt-Seins erhalten werden soll. Deshalb die Konzeptionsmerkmale der Vielfalt und des Offenseins. Das Jugend- und Freizeitzentrum kann so Sachwalter möglichst vieler Ziele sein.
2. Die Mittelsleute stehen mitten drin in der Offenen Oeffentlichkeit. Ihre Sorge ist nicht das Ganze, sondern die einzelne konkrete Funktion, das einzelne Interesse, für das es andere einzuspannen gilt.

Die beiden Ebenen sind in der Wirklichkeit nicht immer leicht auseinanderzuhalten. Denn auch in der oberen Ebene geschieht Erziehung stets in der konkreten Einzel-Situation. Erst auf die Dauer wird sich herausstellen, wer die Oeffentlichkeit als Ganzes im Auge hat, und wer sich als Teil der Offenen Oeffentlichkeit versteht und engagiert, - oder anders gesagt -, wer auf der Ebene der Institution stehend bei allem stellvertretenden Engagement Distanz und pädagogischen Takt bewahrt, um die Besucher in die Mündigkeit zu entlassen - oder wer auf der Ebene der Mittelsleute handelnd mit den Benützern gemeinsame Sache macht.

Soweit die Eigentümlichkeiten, die die Jugend- und Freizeitzentren in ihrer erzieherischen Aufgabenstellung auszeichnen und sie von verwandten Bildungseinrichtungen abheben.

- Die Volkshochschulen und Migros-Clubschulen bereiten ihre Kursteilnehmer wohl auf das Gestalten der Offenen Öffentlichkeit vor, sie schaffen aber in der Offenen Öffentlichkeit selber keine Möglichkeiten, das Gelernte anzuwenden.
- Bibliotheken, Theater, Galerien, Freizeitwerkstätten, Vereine und Jugendgruppen haben sich bereits für ein konkretes Ziel und für eine bestimmte Funktion in der Offenen Öffentlichkeit entschieden. Sie stehen auf der beschriebenen Ebene der Mittelsleute. Sie sind nicht auf die Offene Öffentlichkeit als Ganzes ausgerichtet, weshalb sie nicht in der Masse offen und öffentlich sind wie die Jugend- und Freizeitzentren.

C. Unterschiedliche erzieherische Standpunkte

Bei Jugend- und Freizeitzentren geht es um Erziehung, Erziehung in der Offenen Öffentlichkeit zur Offenen Öffentlichkeit. Wenn aber Erziehung das Wesen von Jugend- und Freizeitzentren ausmacht, müssen dann nicht die wesentlichen Konzeptionsunterschiede mit unterschiedlichen erzieherischen Auffassungen zusammenhängen? Im nachfolgenden letzten Pensum der Inspektion versuchen wir, solche Zusammenhänge herauszuarbeiten.

Zu Beginn die Unterschiede zwischen neutralen und weltanschaulich gebundenen Zentren. Neutrale Zentren haben sich inhaltlich noch keiner weltanschaulichen Richtung, noch keiner Gruppierung verschrieben. Sie sind - wie häufig in den Statuten formuliert wird - "politisch und konfessionell neutral". Sie entnehmen ihre Normen und Ziele der hier und jetzt bestehenden Öffentlichkeit als Ganzer. Deshalb finden in diesen Zentren alle möglichen Tätigkeiten Aufnahme, seien sie kultureller oder unterhaltender, sportlicher oder religiöser, revolutionärer oder konservativer Natur. Weltanschaulich gebundene Zentren dagegen haben bereits festgelegt, was mit der bestehenden Gesellschaftsordnung geschehen soll, und ihre Ziele in gewisser Hinsicht inhaltlich bereits bestimmt. Tätigkeiten, die der Veränderung beziehungsweise der Erhaltung des status quo dienen, werden ausgeklammert.

Der Unterschied hängt mit der Ebene pädagogischer Verantwortung zusammen. Die neutralen Zentren stehen auf der Stufe der Institution mit umfassender Verantwortung für das Ganze. Sie betrachten den Menschen und die menschliche Gesellschaft als geschichtlich geworden und als geschichtlich sich weiterentwickelnd. Erziehung hat daher am Geschichtlichen - zum Beispiel an den geschichtlich gewachsenen Normen - anzuknüpfen und immer neu nach den Zielen fragend den geschichtlichen Prozess zu begleiten, vielleicht auch einmal in einer revolutionären Phase. Die weltanschaulich gebundenen Zentren dagegen stehen auf der Stufe

der Mittelsleute und verfolgen ein konkretes Einzelziel. Ihre pädagogischen Auffassungen können völlig anders sein. Die Konzeption des Lindenhofbunkers zum Beispiel ging davon aus, dass der Mensch ein vorwiegend vernünftiges Wesen sei. Ihm wird die Fähigkeit zugeschrieben, weitgehend losgelöst von der Geschichte nach allgemein gültigen Einsichten handeln zu können. Erziehung hat hier die Aufgabe, das Bewusstsein auf diese letztgültigen Ideen hin zu bilden.

Das Beispiel des Lindenhofbunkers macht noch etwas anderes einsichtig: Auf der Stufe der Mittelsleute kann das Gestalten der Offenen Öffentlichkeit den allgemein geltenden Normen zuwiderlaufen. Den von der Allgemeinheit unterstützten Jugend- und Freizeitzentren können Gruppen entwachsen, die sich gegen ihre eigenen Förderer wenden. Die Öffentlichkeit sieht sich plötzlich Gegenspielern gegenüber. Diese Bumerang-Wirkung ist im Grunde ein Zeichen dafür, dass die Erziehung ihr Ziel, nämlich die Mündigkeit, erreicht hat: Die Leute beginnen aktiv in der Öffentlichkeit zu agieren und zu agitieren. Den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben ist nicht mehr eine pädagogische, sondern eine ordnungspolitische Aufgabe, die von politischen Instanzen wahrgenommen werden muss und nicht von Jugend- und Freizeitzentren, deren Wesen Erziehung ist.

JUGENDHAUS	FREIZEITZENTRUM	JUGEND- UND FREIZEITHAUS
Programm auf Jugendliche zugeschnitten	Programm für alle Altersstufen gedacht. Kein Sonderprogramm für Jugendliche	Programm auf alle Altersgruppen ausgerichtet. <u>Sonderbetrieb</u> für Jugendliche
Altersgrenzen meist ausdrücklich festgelegt	keine generellen Altersgrenzen, aber auffallendes Fernbleiben von Jugendlichen	keine generellen Altersgrenzen
Gründung häufig auf Anstoss Jugendlicher	Gründung nie auf Anstoss Jugendlicher	Gründung auf Anstoss Jugendlicher oder Erwachsener
mit Hilfe von Fronarbeit erbaut. " <u>Bauphase</u> "	im allgemeinen keine Fronarbeit	mindestens im Jugendteil freiwillige Fronarbeit
keine Holz- und Metallwerkstätten	im allgemeinen gut ausgebauten Werkstätten	Werkstätten wie im Freizeitzentrum
wenig Umschwung	im allgemeinen Spielwiesen und Parkanlagen	Umschwung verschieden gross
meist institutionalisierte Mitbestimmungsorgane	Mitwirkung nicht institutionalisiert	mindestens im Jugendteil Mitwirkung institutionalisiert

Skizze Nr. 3: UNTERSCHIEDE ZWISCHEN JUGENDHAEUSERN UND FREIZEITZENTREN

Wir wenden uns der in Skizze Nr. 3 resümierten Typisierung Jugendhaus/Freizeit-
haus/Jugend- und Freizeitzentrum zu.

Die Freizeithäuser gehen davon aus, dass sich das Jugendalter nicht wesentlich von der Kindheit oder vom Erwachsenensein unterscheide und keiner besonderen Berücksichtigung bedürfe. Die Jugendhäuser, respektive die Jugend- und Freizeithäuser dagegen sind der Ansicht, die Jugendphase habe ausgesprochene Eigenheiten, denen Rechnung zu tragen sei. Die Meinungsdivergenz dreht sich um die Frage, wie ein Zentrum den Jugendlichen gerecht werden könne, was eine jugendgemässe Erziehung zur Offenen Öffentlichkeit sei. Es geht also um die pädagogische Frage der Stufengemässheit. Wir gehen der Frage nach, indem wir aus dem Sinn, den unser Kulturkreis dem Jugendalter gibt, zu verstehen suchen, welche Rolle die Offene Öffentlichkeit in diesem Lebensabschnitt spielt.

Das Wort Jugend wird bei uns manchmal in den Zusammenhang mit einer vom Alter unabhängigen geistigen Einstellung gebracht, zum Beispiel in der scherzhaften Wendung vom "jugendlichen Sechziger". Während der Globus-Vorfälle in Zürich setzte die Neue Linke vorübergehend "Jugend" mit dem Oppositionellen schlechthin gleich. Zumeist und vor allem bezieht sich aber der Begriff "jugendlich" auf bestimmte Lebensjahre, wobei freilich die angegebenen Zahlen je nach Blickrichtung variieren. Der Mediziner meint eher das Stadium der Geschlechtsreife, der Psychologe eher die letzte Phase der Persönlichkeitsentwicklung, der Soziologe die Rolle des Nicht-mehr-Kind-und-doch-noch-nicht-erwachsen-Seins, der Jurist die Jahre unmittelbar vor der Erlangung der rechtlichen und politischen Mündigkeit, der Pädagoge die letzten eigentlichen Ausbildungsjahre, der Ökonom die Jahre vor dem Eintritt ins Erwerbsleben. Doch wird von allen das Jugendalter als eine Phase des Uebergangs verstanden, nämlich des Uebergangs von der Kindheit zum Erwachsen-Sein. Erwachsen: Das Präfix er- (= heraus, empor) bezeichnet hier das Erreichen eines Ziels. Erwachsen sein heisst, am Ende des Wachsens sein, und das Jugendalter ist demnach die letzte Etappe des Wachsens. Nun ist aber bekannt, dass die Entwicklung des Menschen nie abgeschlossen ist. Und sicher wussten auch die Generationen, die das Wort "erwachsen" prägten, davon: In Totentänzen ist der Wandel und die Vergänglichkeit menschlichen Lebens eindrücklich dargestellt. Mit Wachsen (ursprünglich: mehren, zunehmen) meint man ein spürbares Weiterkommen, mit Jugendalter ein letzter auffallender Entwicklungsschub, gegenüber dem die Entwicklung des Erwachsenen stillzustehen scheint.

Das Heranwachsen des Menschen, so haben wir früher festgestellt, vollzieht sich aber noch nicht selbständig. Es ist auf Erziehung angewiesen. Wenn man also in unseren Breitengraden von Jugendalter als der letzten grossen Entwicklungsetappe spricht, so schliesst man immer auch Bildungs- und Erziehungsaufgaben mit ein. Zur Hauptsache sind es folgende:

1. das Erlernen des Umgangs mit der Geschlechtlichkeit,
2. die Vorbereitung auf die politische und juristische Mündigkeit,
3. die Berufsausbildung.

Alle drei Aufgaben zielen in erster Linie auf eine neue Rolle im Zusammenleben ab und erst in zweiter Linie auf ein neues Verhältnis zur Kultur, zur Geschichte, zu Gott, zum eigenen Körper. Was ist das Neue an dieser gesellschaftlichen Rolle? Einmal ist es die Bereicherung und Ausweitung der mitmenschlichen Beziehungen: Nebst den Eltern, Geschwistern und Spielkameraden gehören nun auch andersgeschlechtliche Partner und später eigene Kinder zum vertrauten Kreis. Aber auch Leute, die man noch nie persönlich gesehen hat, treten in den Erlebnis-Horizont: Parteigenossen, Mitbürger, Konkurrenten, andere Völker, die Menschheit schlechthin. Damit einher geht eine Vergrösserung der Bewegungsfreiheit: Man löst sich vom Elternhaus, wird wirtschaftlich unabhängig, geniesst neue Rechte, hat einen weiteren geistigen Horizont. Neu ist schliesslich auch die Uebernahme von Pflichten und Verantwortung in der Gesellschaft: Verantwortung dem Partner, den Kindern, dem Beruf, dem Staat gegenüber. Auf der einen Seite geht es also um die Loslösung aus mitmenschlichen Bindungen, um Erlangung grösserer Aktionsfreiheit, um Aufbruch zu neuen Grenzen; auf der andern Seite geht es um das Eingehen neuer mitmenschlicher Bindungen, um Uebernahme von Verantwortung und Pflichten. Der Jugendliche steht also im Spannungsfeld zwischen Loslösung und Bindung, was sich auch in seinem Verhalten äussert: Er schwankt zwischen Angst und Ueberheblichkeit, zwischen kategorischer Verneinung und vorbehaltloser Bejahung, zwischen Flucht und Zuflucht.

Verschiedentlich wird heute die These vertreten, schuld an der Spannungssituation des Jugendlichen sei das Nebeneinander von Normen und der gestaffelte Eintritt in die Erwachsenenwelt. Wegen der körperlichen Akzeleration und der Verlängerung der Ausbildungszeiten liegen zwischen dem Eintritt in die Geschlechtlichkeit und dem Eintritt ins Berufsleben immerhin 6-12 Jahre. Ohne Zweifel sind dies Gründe für erhebliche Spannungszustände. Ihre tiefere Ursache ist aber in der offenen, pluralistischen Gesellschaft zu suchen, der das Bild vom selbständigen, selbstverantwortlichen und freien Menschen zugrunde liegt. Die Spannung entspringt dem Wesen menschlicher Freiheit, die sich, wie wir gesehen haben, zwischen Grenze und Möglichkeit, zwischen Bindung und Lösung vollzieht. Der Mensch ergreift durch alle biologische, zeitliche, physische, psychische und gesellschaftliche Gebundenheit hindurch seine eigenen Möglichkeiten. Das Jugendalter - so lässt sich zusammenfassend sagen - ist in unserer Kultur die Zeit, während der sich im sozialen Bereich die menschliche Freiheit um ein bedeutendes Stück weiterentwickelt. Der junge Mensch lernt, mit seinen Möglichkeiten und Grenzen, mit seinen Rechten und Pflichten im gesellschaftlichen Bereich umzugehen.

Nun wird einsichtig, welche Rolle im Jugendalter die Offene Oeffentlichkeit spielt. Der "Vorhof des Institutionalisierten", in welchem sich das Zusammenleben erst formt und formuliert, ist für den Jugendlichen eine Gelegenheit, erstmals ganz aus der Privatsphäre herauszutreten und in einem öffentlichen Bereich seine Möglichkeiten und Grenzen auszuloten, neue Kontakte aufzunehmen, sich ins Spiel der Kräfte einzuschalten. Vergleichen wir mit dem Erwachsenen: Er braucht

die Offene Oeffentlichkeit nicht, um im sozialen Bereich die menschliche Freiheit überhaupt erst einmal erfahren zu können. Der Erwachsene lebt bereits in dieser Freiheit, er hat seine Stellung in der Gesellschaft gefunden, hat die Loslösung vom Elternhaus vollzogen, ist neue Bindungen eingegangen, hat das Repertoire zwischenmenschlicher Bezüge erprobt. Die Offene Oeffentlichkeit ist für ihn lediglich eine Möglichkeit, das Zusammenleben auszugestalten.

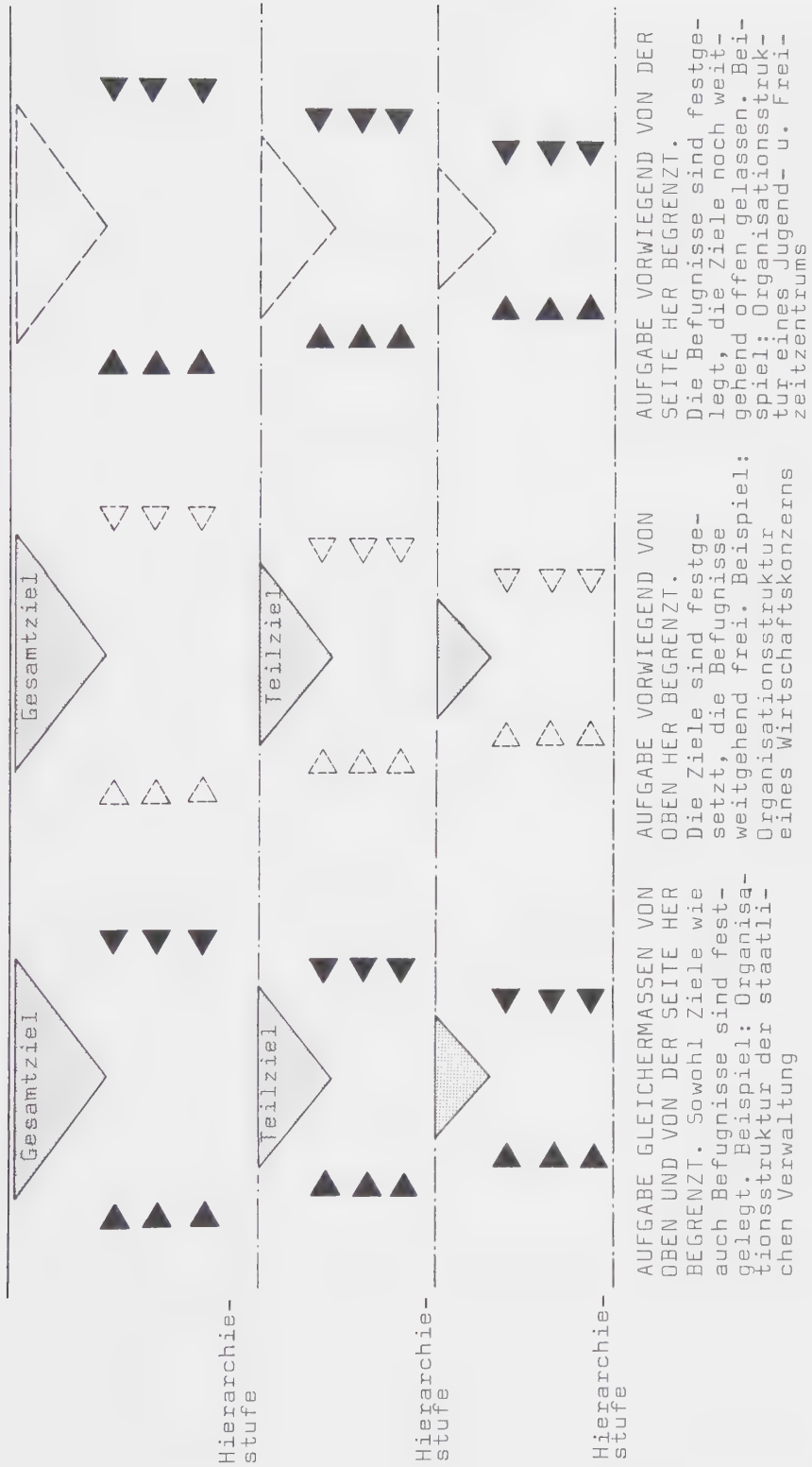
Nach diesen Erwägungen lässt sich beantworten, was jugendgemässe Erziehung in der Offenen Oeffentlichkeit zur Offenen Oeffentlichkeit sein könnte. Sie muss vor allem dem Jugendlichen ermöglichen,

1. sich überhaupt einmal öffentlich umzutun. Die Bauphase der Jugendhäuser ist zum Beispiel eine solche Möglichkeit. Man tritt zunächst mit einer Idee und dann mit einem Werk an die Oeffentlichkeit und "kommt vielleicht sogar im Fernsehen";
2. die Loslösung von allen bisherigen Bindungen zu erleben. Diese Möglichkeit bieten zum Beispiel Räume, in denen man einfach "sein" kann;
3. Pflichten und Verantwortung zu erfahren und neue Bindungen einzugehen. Diese Möglichkeiten bieten zum Beispiel Selbstverwaltungsorgane und Tanzveranstaltungen.

Jugend- und Freizeitzentren haben demnach eine Doppelaufgabe: 1. die Jugendlichen die Offene Oeffentlichkeit erst einmal erleben zu lassen, 2. sie zu lehren, diesen offenen Bereich zu gestalten. Diese Doppelaufgabe überfordert nicht selten die Beteiligten. Die jugendlichen Benützer zum Beispiel können von der Berufsausbildung, von der Auseinandersetzung mit den Eltern, von den Beziehungen zum anderen Geschlecht oder von persönlichen Fragen derart beansprucht sein, dass ihnen das Jugendhaus nur noch Zufluchtsort bedeutet. Die Bereitschaft, mit anderen in Kontakt zu treten oder sich für eine Kleinigkeit engagieren zu lassen, kann völlig fehlen. Das Zentrum erfüllt dann nicht einmal mehr die Funktion, die Offene Oeffentlichkeit erleben zu lassen.

Das Problem der Ueberforderung stellt sich auch bei den jugendlichen Mittelsleuten. Von ihnen, die noch selber erzogen werden, wird verlangt, andere zu erziehen, ein Geschäft, für das sie im Gegensatz zu den erwachsenen Besuchern noch wenig Erfahrung mitbringen. Dazu wird ihnen, die im Spannungsfeld zwischen Loslösung und Bindung stehen, ein Lernen durch Erfolg und Irrtum zugemutet. Die Irrtümer können derart schwerwiegend sein, dass daraus bleibende Schäden entstehen, zum Beispiel das Verwirken des öffentlichen Goodwill auf Jahre hinaus.

Ueberfordert können schliesslich auch die Träger und die für den Betrieb Verantwortlichen sein, die sich neben der erzieherischen Arbeit auch mit den persönlichen Problemen der jugendlichen Besucher, mit dem Mangel an Mittelsleuten und mit der Bereinigung von Fehlschlägen befassen müssen.



So sehen sich die Jugend- und Freizeitzentren mitten im Zeitalter der perfektionierten Curriculum-Forschung, wo pädagogische Probleme nur grundsätzlich und umfassend angegangen werden, vor die Notwendigkeit gestellt, mit ihren Kräften haushälterisch umzugehen und ihr erzieherisches Tätigkeitsfeld zu beschränken. Die ausgesprochen praxisnahe Frage pädagogischer Selbstbescheidung ist nicht nur unzeitgemäss, sondern auch unbequem. Denn Erziehung ist vielfältig und vielschichtig, ja sie ist überhaupt eine unteilbare Aufgabe, weil immer der ganze Mensch daran beteiligt ist. Der Erzieher, der an dieser Aufgabe Abstriche vornimmt, macht sich unweigerlich der Unterlassung schuldig. Er trägt mit einem Mal nicht nur die Verantwortung für das, was er tut, sondern auch für das, was er nicht tut. Er muss abwägen, ob sich der Einsatz zugunsten eines Problems auf Kosten eines andern verantworten lässt.

Wie lässt sich die erzieherische Aufgabe der Jugend- und Freizeitzentren eingrenzen?

Skizze Nr. 4 zeigt schematisch, wie man durch das Begrenzen von Ziel und Kompetenzen den Umfang einer Aufgabe verändern kann. Für Jugend- und Freizeitzentren, welche auf möglichst viele Ziele der Offenen Oeffentlichkeit eingehen wollen, kommt ein konkretes Vorschreiben von Zielen nicht in Frage. Es bleibt einzig das, was wir die seitliche Begrenzung der Aufgabe nennen, das heisst das Begrenzen des Aktionsradius¹ und der Kompetenzen durch eine entsprechende Beschränkung der Räumlichkeiten, der Finanzen, der Oeffnungszeiten, der Besucherzahl und des Programm-Umfangs, also durch eine Begrenzung all dessen, was wir zur Grösse eines Zentrums rechnen. Die Grössenunterschiede¹⁾ der Zentren können als unterschiedliche Antwort auf das Problem der pädagogischen Selbstbescheidung verstanden werden. Aber auch der Unterschied zwischen Jugendhaus und Freizeitzentrum hängt damit zusammen: Während die Jugendhäuser Kinder und Erwachsene ausklammern, gehen die Freizeithäuser praktisch nicht auf die Jugendlichen ein. Beides vereinfacht die pädagogische Aufgabe und dient der Oekonomie der Kräfte.

Jede pädagogische Selbstbescheidung, sagten wir, bringt die Erziehung in Zwiespälte. Drei dieser Zwiespälte, die in Jugend- und Freizeitzentren durch die seitliche Begrenzung der Aufgabe entstehen, seien skizziert. Der eine: Wer den Aktionsradius und die Kompetenzen beschneidet, vereitelt gewisse Unternehmen, verunmöglicht also gewisse Zielsetzungen, obwohl er doch gerade die Ziele offen lassen möchte. Auch die seitliche Eingrenzung entbindet die Jugend- und Freizeitzentren nicht von der ewigen Pflicht der Erziehung, sich mit der Zielfrage auseinanderzusetzen. Der andere: Die Lernpsychologie macht darauf aufmerksam, dass zu leichte Aufgaben die Lernmotivation verringern. Die Eingrenzung einer Aufgabe muss also das richtige Mass zwischen Ueberforderung und Unterforderung finden, ein Mass, das sich von Ort zu Ort, von Besucherschaft zu Besucherschaft ändert

1) Vgl. Skizze Nr. 5, Seite 64.

und immer wieder neu bestimmt werden muss. Der dritte: Bei Jugendlichen hat die Begrenzung der Aufgabe nicht einfach den Sinn, den Sturm und Drang zu bändigen und das Ueber-die-Schnur-Hauen in erträglichem Rahmen zu halten. Der Aufbruch zu neuen Grenzen, so haben wir gesehen, ist nur der eine Pol im jugendlichen Ringen um menschliche Freiheit. Der andere Pol ist das Eingehen neuer Bindungen, das Suchen eines Platzes in dieser Welt, der eigenen Mitte, der Identität. Daher das Sich-Anklammern an Ideologien, das Mitgehen mit der Mode, die Intoleranz andern Gruppen gegenüber, der Hang, innerhalb der jugendlichen Subkultur eine eigene Subkultur zu bilden. Diese Tendenz, sich ins Schneckenhaus zurückzuziehen, kommt auch im Jugendhaus zum Durchbruch, zum Beispiel im Phänomen, dass die vier selber hergerichteten Wände wichtiger sind als der Rasen ums Haus. Man wird hier an die kindlichen "geheimen Stellen"¹⁾ hinter dem Stubenvorhang, im Estrich, in der Baumhütte erinnert, wo sich vermutlich wichtige Vorgänge in der Identitätsentwicklung abspielen. Zur Schneckenhaus-Tendenz gehört auch das Entstehen von Cliques und exklusiven Clubs, wodurch die öffentliche in eine private Sphäre verwandelt wird. Die seitliche Abgrenzung hat daher auch den Sinn, ein Mindestmass an Oeffentlichkeit zu garantieren, den Aktionsradius zu erweitern: zum Beispiel durch die Vorschrift, dass die Veranstaltungen im Zentrum öffentlich sein müssten. So ist in Jugend- und Freizeitzentren nicht nur über das Mass der Einschränkung, sondern auch über das Mass der Erweiterung von Kompetenzen zu entscheiden.

Die Schwerpunkte auf persönlichkeitsbildende, kontaktfördernde oder gruppenorganisierende Funktionen scheinen ebenfalls zum Problemkreis pädagogischer Selbstbescheidung zu gehören. Wir haben jedoch schon früher festgestellt, dass diese Schwerpunkte methodischen Ueberlegungen zuzuordnen sind. Jetzt, nachdem wir Erziehung als das Wesen von Jugend- und Freizeitzentren herausgestellt haben, können wir verschiedene erzieherische Wege erkennen. Ihnen liegt ein bestimmtes, aus der geistigen und historischen Herkunft der Zentren stammendes Bild vom Menschen zugrunde.

- Bei Zentren mit Schwerpunkt auf Gruppenbildung (zum Beispiel Drahtschmidli Zürich) das in der Jugendbewegung lebendig gewordene Bild vom in Gefühlswerten und Intimgruppen verwurzelten Menschen. Daher Erziehung durch das Gemeinschafts-erlebnis.
- Bei den Zentren mit Schwerpunkt auf Persönlichkeitsbildung (zum Beispiel Zürcher Freizeitanlagen) das humanistische Bild vom Individuum, das sich die Bildung durch die Auseinandersetzung mit Kulturwerten erwirbt.
- Bei den Zentren mit Schwerpunkt auf Kontaktförderung (zum Beispiel Lehrlingsfoyer Zürich) die vom amerikanischen "social work" vertretene Auffassung, dass der Mensch vor allem ein soziales Beziehungswesen sei und dass eine Aenderung

1) Vgl. Martinus J. Langeveld: Die Schule als Weg des Kindes, Kp IV, Braunschweig 1963.

der mitmenschlichen Beziehungen auch sein Wesen ändere. Daher Erziehung durch Interaktion.

So steht hinter den Unterschieden hinsichtlich der gemeinschaftsbildenden Funktionen und der Herkunft die Frage: Was ist der Mensch? Wie wird der Mensch? Wie ist seine Stellung in der Gemeinschaft und in der Welt? Es ist die Frage nach dem Wesen des Menschen - die Grundfrage jeder Erziehung.

	ANZAHL RAEUME UMSCHWUNG	UMFANG DES BETRIEBS	UMFANG DER ORGANISATION	BETRIEBS- BEITRAEGE
Der (Jugend- resp. Freizeit-) RAUM	1-2 Räume kein Um- schwung	nur 1 Veran- staltung aufs Mal möglich 1-2 mal pro Woche geöffnet	höchstens 2 Orga- nisations-Gremien (z.B. Generalver- sammlung und Vor- stand) nur freiwillige Mitarbeiter	unter Fr.1000.- pro Jahr keine regel- mässigen öf- fentlichen Subventionen
Das (Jugend- resp. Freizeit-) HAUS	mindestens 2 Räume meist Um- schwung	2 Veranstal- tungen aufs Mal möglich mindestens 3 mal pro Wo- che geöffnet	2 und mehr Unter- gruppen und Gremien nebst freiwilli- gen auch neben- amtlich ange- stellte Mitarbei- ter	Fr.1000.- bis Fr.10'000.- pro Jahr keine regel- mässigen öf- fentlichen Subventionen
Das (Jugend- resp. Freizeit-) ZENTRUM	mindestens 2 Räume meist Um- schwung	2 und mehr Parallelveran- staltungen möglich praktisch täg- lich geöffnet	2 und mehr Gre- mien und Unter- gruppen Halb- und voll- amtlich ange- stellte Fach- kräfte	über Fr.10'000.- pro Jahr regelmässige öffentliche Subventionen

Skizze Nr. 5: UNTERSCHIEDE IN DER GROSSE BEI JUGEND- UND FREIZEITZENTREN

Schluss

M A N O E V E R K R I T I K

Blicken wir nochmals auf unsern Gedankengang zurück, indem wir die grossen Linien nachzeichnen, und versuchen wir dann zum Schluss, wesentliche Mängel und Einsichten hervorzuheben.

A. Rekapitulation

Worum geht es überhaupt bei Jugend- und Freizeitzentren? so lautet die Leitfrage der vorliegenden Untersuchung. "Ueberhaupt": Damit drückt ein Wissenschaftler, der erstmals an eine noch unerforschte Sache herantritt, sein Verwundern aus. Unbelastet ist er freilich nicht. Aus dem täglichen Umgang mit Jugend- und Freizeitzentren ist in ihm ein vorwissenschaftliches Verständnis und ein Interesse für den Gegenstand erwachsen. "Ueberhaupt" hat aber auch den Sinn von "im Ganzen gesehen". Die Frage zielt auf den Kern der Sache ab. Welches ist das Wesen von Jugend- und Freizeitzentren? Das laienhafte Wissen soll in ein wissenschaftliches Verständnis gehoben werden, in ein Verständnis, das auch dem Praktiker bei seinen Entscheidungen helfen kann.

Weil Jugend und Freizeitzentren menschliche Werke sind, muss ihr Wesen in dem gesucht werden, was von Menschen in sie hineingelegt worden ist, in der Konzeption. Die Konzeption, verstanden als der Inbegriff der in einem Werk wirksam werdenden Entscheide, enthält immer drei Momente: 1. die Situation, aus welcher Entscheide getroffen worden sind, das Warum; 2. die Ziele der Entscheide, das Wozu; 3. die gewählten Wege zu diesen Zielen, das Wie.

Die Antwort auf die Frage nach dem Wesen von Jugend- und Freizeitzentren wird nach einem beschreibend-aufweisenden Verfahren schrittweise erarbeitet. In einem ersten Schritt werden die aus Gesprächen mit Verantwortlichen und aus Akten gewonnenen Angaben über die Zentren im Kanton Zürich dargestellt (siehe Register und Graphiken im Anhang). Sie vermitteln ein Bild über das Wie, Warum und Wozu der einzelnen Werke.

In einem zweiten, mit "Auslegeordnung" überschriebenen Kapitel werden dann zwischen den verschiedenen Konzeptionen Querverbindungen hergestellt, indem Gleiches Gleichem und Ungleiches Ungleichem zugeordnet und auf seinen Sinn hin ausgelegt wird. Dabei kommen drei gemeinsame Konzeptionsmerkmale zum Vorschein:

1. Das Offen- und Öffentlich-Sein. Es zeigt sich in der materiellen und ideellen Unterstützung von Seiten öffentlicher Institutionen und in den Bemühungen, das Zentrum allgemein zugänglich zu halten. Dazu sind der zentrale Standort und die Erleichterung der Zutrittsbedingungen (Prinzip des leichten Einstiegs), die Anpassung der Öffnungszeiten, der Raum-Ambiance, der Programme und der Organisationsstruktur an die Wünsche der Besucher (Prinzip der Attraktivität), sowie der Verzicht auf verpflichtende Formalitäten (Prinzip der erweiterten Freiwilligkeit) zu zählen.
2. Das Merkmal der Zielgerichtetheit. Es kommt darin zum Ausdruck, dass stets formal klar umrissene Ziele und entsprechende Mittel zu ihrer Erreichung vorgesehen sind. Angestrebt wird, wie die Gründer der Zentren es meist formulieren, ein sinnvolles Gestalten der durch die Verkürzung der Arbeitszeit gewonnenen Freizeit, worunter man ein aktives Verhalten Einzelner wie auch ganzer Gruppen versteht. Aktiv: stellungnehmend, verantwortungstragend, eigenständig. Um diese Ziele zu verwirklichen, stellt man eigens hergerichtete Räume bereit und setzt Betriebsverantwortliche ein, die weit mehr als nur Aufsichts- und Wartungsaufgaben erfüllen. Sie haben unter anderem Kontakte mit den Besuchern zu pflegen, Anregungen zu vermitteln, den Benutzergruppen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen sowie die Ausstrahlung des Zentrums¹⁾ so zu gestalten, dass sich ein günstig vermischtes Publikum einfindet.
3. Das Merkmal der Vielfalt. Es zeigt sich in den Aktivitäten, die von Tanz über Sport bis zu politischen Aktionen gehen, wie auch in den Zielsetzungen, die immer persönlichkeitsentfaltende ("Verwirklichung eigener Ideen"), kontaktfördernde ("Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen") und gruppenorganisierende ("Tragen von Verantwortung") Momente enthalten. Der Kombination von Funktionen, die sonst von andern, eigens darauf ausgerichteten Institutionen wahrgenommen werden, liegen ökonomische (bessere Raumausnutzung) und methodische Überlegungen zugrunde.

Die wesentlichen Konzeptionsunterschiede, aufgrund derer Typen von Jugend- und Freizeitzentren auseinandergehalten werden können²⁾, betreffen:

- die Zielsetzung: Die neutralen Zentren lassen die Frage offen, inwieweit die bestehende Gesellschaftsordnung zu verändern oder zu bewahren sei. Massgebend für sie ist die Allgemeinheit als Ganzes mit den hier und jetzt anerkannten Normen. Die weltanschaulich gebundenen Zentren haben das Urteil über den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand bereits gefällt. Sie klammern Aktivitäten, die zur Wahrung, respektive zur Umwälzung des Bestehenden führen, weitgehend aus;
- die Stellung der Jugendlichen: Die nur auf ungefähr 15-25jährige ausgerichteten Jugendhäuser sind mit Hilfe Freiwilliger erstellt worden und weisen im

1) Vgl. Seite 33.

2) Vgl. Skizze Nr. 3, Seite 57.

allgemeinen keine Spielwiesen und Werkstätten auf. Die sich an alle Altersgruppen wendenden Freizeitzentren sind meist ohne Fronarbeit erbaut worden und verfügen über gut eingerichtete Werkräume und Spielplätze. Im Jugend- und Freizeithaus ist für Jugendliche ein baulich und organisatorisch vom übrigen Betrieb abgetrennter Bereich vorhanden;¹⁾

- die Grösse: Der (Jugend- respektive Freizeit-) Raum, der nur sporadisch geöffnet ist und nur eine Veranstaltung aufs Mal zulässt, und das Haus, das mehrmals wöchentlich offen steht und mindestens zwei parallel stattfindende Veranstaltungen aufnehmen kann, werden praktisch nur von Freiwilligen geführt, während das Zentrum, das in der Regel täglich geöffnet ist, auf halb- oder vollamtlich angestelltes Personal angewiesen ist;²⁾
- die Herkunft: Die massgebend an der Schaffung von Jugend- und Freizeitzentren beteiligten Personen stammen aus Jugendgruppen, aus Gemeindebehörden oder aus gemeinnützigen Kreisen. Der "Geist der Gründer" ist vor allem in den von überregionalen Bewegungen (Pro Juventute, Vereinigung Ferien und Freizeit, Neue Linke) geförderten Zentren spürbar;
- die gemeinschaftsbildenden Funktionen: Bildungskurse, Vorträge, Erholungsmöglichkeiten und Hobby-Einrichtungen zielen mehr auf die Entfaltung des Einzelnen, gesellige und sportliche Veranstaltungen, Spiel und Gesprächsmöglichkeiten mehr auf die Förderung des zwischenmenschlichen Kontakts, Vermietung von Gruppenlokalen, organisatorische Hilfen an Gruppen, soziale Einsätze, Mannschaftssport und Mitarbeit in der Organisation mehr auf den Zusammenschluss zu Gruppen. Die unterschiedlichen Schwerpunktbildungen sind auf die methodische Frage zurückzuführen, ob mehr vom Einzelnen oder mehr von der Gruppe ausgegangen werden soll.

In einer dritten und letzten Etappe werden die typischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf ihren Kern hin durchleuchtet. Bei dieser Musterung (daher die Kapitelüberschrift "Inspektion") wird die eigentliche Antwort auf die Leitfrage gefunden: Es geht bei Jugend- und Freizeitzentren darum, in der Offenen Oeffentlichkeit zur Gestaltung der Offenen Oeffentlichkeit zu erziehen.

Mit Offener Oeffentlichkeit ist jener allgemein zugängliche gesellschaftliche Bereich gemeint, in welchem Rollen und Zuständigkeiten noch kaum festgelegt sind, in welchem noch manches offen (im Sinne von "noch nicht entschieden") ist. Dieser wenig organisierte Vorhof des Institutionalisierten, der zwischen der Privatsphäre (Familie, Freundeskreis) und der organisierten Oeffentlichkeit (staatliche Verwaltung, politische Instanzen, Schule und Wirtschaft) liegt, kommt einerseits dem Individuum in seinem Hang zum Ausser-Ordentlichen entgegen. Auf der andern Seite erfüllt er in der schweizerischen Demokratie, in

1) Vgl. Skizze Nr. 3, Seite 57.

2) Vgl. Skizze Nr. 5, Seite 64.

welcher noch heute der liberale Grundsatz vom sich selber helfenden, direkte Verantwortung tragenden Bürger gilt, zwei entscheidende Funktionen:

1. eine belebende, erneuernde Funktion (Meinungsbildung, Sich-finden von Gleichgesinnten, Anbahnen von Umgruppierungen, Lautwerden von Kritik, Entstehen von Initiativen, Beginn des Kräftespiels zwischen Interessengruppen);
2. eine regulierende Funktion (Austausch von Informationen, Angleichung von Meinungen, informelle Begegnungen zwischen Vertretern von Interessengruppen, Austragen von Konflikten "unter der Hand").

Diese fruchtbare Lücke droht in der modernen Industrie- und Wohlstandsgesellschaft mehr und mehr ihren Sinn zu verlieren, zum Teil weil das hektische Leben auf engerem Raum stärker organisiert werden muss, zum Teil weil Marktangebote und soziale Einrichtungen dem Bürger vermehrt fertige Lösungen anbieten, zum Teil weil Wohnortswechsel und sozialer Aufstieg den Menschen in seiner Anpassungsfähigkeit überfordern.

Von verschiedener Seite sucht man die Offene Oeffentlichkeit zu erhalten, indem man das Institutionalisierte abbaut, manipulationsfreie Schonräume ausspart, oder den Menschen besser schult. Die Jugend- und Freizeitzentren, die mitten in diesen politisch-gemeinnützigen Bestrebungen stehen, wollen sowohl in der Umwelt wie beim Individuum bessere Voraussetzungen für ein Funktionieren der Offenen Oeffentlichkeit schaffen. Dahinter steht die Auffassung, dass das Vorhandensein eines freien Spielraums allein noch keine menschliche Freiheit ausmacht. Freiheit entsteht erst dann, wenn der Mensch seine Möglichkeiten in der Welt vollzieht.

Weil Erziehung immer beabsichtigt, immer in gewissem Sinne planmässig geschieht, geraten die Jugend- und Freizeitzentren in einen Konflikt grundsätzlicher Natur: Sie organisieren jenen Bereich, der in seinem Wesen gerade nicht organisiert sein will und soll, weshalb sie als Institutionen möglichst zurückzutreten und nur mittelbar über Mittelsleute auf die Offene Oeffentlichkeit einzuwirken suchen.

Durch das "gebrochene erzieherische Verhältnis" entstehen zwei Ebenen pädagogischer Verantwortung: 1. die Institution Jugend- und Freizeitzentrum, welche die ganze Offene Oeffentlichkeit im Blick hat und auf möglichst viele ihrer Ziele eingeht; 2. die Mittelsleute, die als Akteure der Offenen Oeffentlichkeit einzelne konkrete Ziele verfolgen.

Zeugnis vom erzieherischen Wesenszug der Jugend- und Freizeitzentren geben die Konzeptionsmerkmale der Gezieltheit, der Vielfalt und des Offen- und Oeffentlich-seins.

Die einzelnen Besucher wie ganze Gruppen zu einem stellungnehmenden, verantwortungsbewussten, eigenständigen Verhalten zu bringen, ist im Grunde nichts anderes

als Erziehung zur Mündigkeit, und die betriebsführenden Organe stellen nichts anderes als die für diese Erziehung verantwortliche Instanz dar. Anregungen zu geben, Auseinandersetzungen herauszufordern, Informationen zu vermitteln, Lernen durch Erfolg und Irrtum zu ermöglichen, die Ausstrahlung des Zentrums zu beeinflussen, Mittelsleuten Verantwortung zu überbinden, Kontakte zwischen den Besuchern herzustellen und Gruppenbildungen zu fördern, all die vielfältigen Wirkungsweisen des Jugend- und Freizeitzentrums sind Momente eines umfassenden erzieherischen Programms. Die Verankerung in einer breiten Öffentlichkeit, die Zugänglichkeit für jedermann und die inhaltlich noch offene, nur formal umrissene Zielsetzung unterstreichen die erzieherische partnerschaftliche Haltung, die auf die Offene Öffentlichkeit eingehen und sie in ihrem wesenhaften Nochwenig-organisiert-sein erhalten will. Verwandten Institutionen fehlen diese erzieherischen Grundzüge teilweise oder ganz.¹⁾

Unterschiede in der Konzeption der einzelnen Zentren sind Ausdruck abweichender erzieherischer Standpunkte. Der Unterschied zwischen neutralen und weltanschaulich gebundenen Zentren betrifft die Frage der Ebenen pädagogischer Verantwortung: Während weltanschaulich gebundene Zentren auf der Stufe der Mittelsleute stehen, die sich für einzelne Ziele engagieren können und sollen, suchen die neutralen Zentren Einseitigkeiten zu vermeiden.

Der Unterschied zwischen Freizeitzentren und Jugendhäusern geht weniger auf eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über das Wesen des Jugendalters zurück als vielmehr auf die Frage pädagogischer Selbstbeschränkung. Für den Jugendlichen stellt ein Zentrum zuerst und zumeist eine Möglichkeit dar, die Offene Öffentlichkeit überhaupt einmal zu erleben. Dies kann den Betrieb derart erschweren, dass Besucher wie Betriebsleitungen überfordert sind, und sich eine Beschränkung auf einzelne Altersgruppen aufdrängt.

Ebenfalls dem praxisnahen Problem pädagogischer Selbstbescheidung sind die Größenunterschiede zuzuordnen. Die "seitliche Begrenzung" ohne Vorwegnahme der Ziele wirft allerdings neue Probleme auf, kann doch die Einschränkung des Aktionsradius' gewisse Zielsetzungen verunmöglichen, die Besucher unterfordern und bei Jugendlichen die Tendenz zur Bildung von Exklusiv-Clubs verstärken.

Die unterschiedlichen Schwerpunkte auf persönlichkeitsbildenden, kontaktfördernden oder gruppenorganisierenden Funktionen weisen hingegen mehr auf verschiedene Theorien über den erzieherischen Weg hin, deren vage Umrisse sich zum Teil bis in die Gründerzeiten zurückverfolgen lassen. Dahinter steht die Grundfrage jeder Erziehung, die Frage nach dem Wesen des Menschen.

1) Vgl. Skizze Nr. 6, Seite 70.

	Instanz mit pädagogischer Absicht und Verantwortung (Betriebs- leitung)	Blick auf die <u>ganze</u> Offene Öffentlich- keit	Vorbereitung der Besucher auf die Ge- staltung der Offenen Öffentlich- keit	Möglichkeit, das Gelernte in der Offenen Öffentlich- keit anzu- wenden
Jugend- und Freizeitzentren				
Volkshochschule Migros-Clubschule Volksbildungsheime				
Bibliotheken Freizeitwerkstätten Vereine Jugendgruppen				
Dancings Spielsalons Gaststätten				
Sportanlagen Gemeindesäle Gemeindestuben				
<u>Legende:</u> Merkmal deutlich  , nur ansatzweise  , nicht feststellbar  .				

Skizze Nr. 6: MIT JUGEND- UND FREIZEITZENTREN VERWANDTE EINRICHTUNGEN
Vergleich der pädagogischen Merkmale

B. Unzulänglichkeiten

Soweit die knappe Rekapitulation unseres Gedankenganges. Drei schwache Punkte sind nicht zu übersehen:

1. Die in der Bestandesaufnahme enthaltenen Angaben über die einzelnen Zentren sind weder optimal zuverlässig noch optimal differenziert. Sie erlauben zum Beispiel nicht, über die Ambiance der Räume, über die Konzeption der einzelnen Veranstaltungen oder über das in den Zentren geltende Menschenbild genaueres auszusagen. Ein ganzes Forschungsteam hätte vermutlich noch erheblich mehr Material beibringen können, als es dem Einzelforscher im vorliegenden Fall möglich war. Immerhin ist nach Abschluss der Studie zu fragen, inwieweit eine perfektionierte Bestandesaufnahme zur Klärung von Problemen in Jugend- und Freizeitzentren beitragen kann. Denn Jugend- und Freizeitzentren haben durch ihre erzieherische Aufgabenstellung den Wandel der Offenen Oeffentlichkeit je und je mitzuvollziehen, weshalb Angaben über ihren Ist-Zustand nach kurzer Zeit überholt sind. Allein in der Zeit zwischen dem Januar 1971 und Juni 1972 sind im Kanton Zürich fünf Zentren aufgehoben, dafür sieben neue projektiert worden.
2. Die vorliegende Untersuchung hält sich, um ein Hinein-Interpretieren anderer Vorstellungen zu vermeiden, streng an das vorgefundene Material und sucht daraus und nur daraus Einsichten zu gewinnen. Dieses Vorgehen erklärt die manchmal eigenwilligen und unfertigen Aussagen über Zusammenhänge, die von anderer Seite auch schon - und vielleicht besser - dargelegt worden sind. Es ist offenkundig, dass mit der "Erziehung zur Offenen Oeffentlichkeit" Probleme der "Gemeinwesenarbeit", der "soziokulturellen Animation" und der "Freizeit-Pädagogik", der "education permanente" und der "Erwachsenenbildung" angeschnitten worden sind. Die Querverbindungen zu diesen pädagogischen Arbeitsfeldern, die sich teilweise im Umbruch befinden, sind nicht hergestellt worden. Eine Aufarbeitung der ausgedehnten Literatur hätte den Rahmen dieser Untersuchung gesprengt.
3. Unserer Analyse liegen Begriffe von "Erziehung" und "Jugend" zugrunde, die in der heutigen Erziehungswissenschaft nicht ungeteilte Zustimmung finden. Unter Erziehung verstehen wir nicht einfach jedes absichtliche Beeinflussen anderer Personen, nicht jedes gezielte Auslösen eines Lernvorganges. Wesentlich in diesem zwischenmenschlichen Prozess, der sich auf jeder Altersstufe und in vielfältiger Weise abspielen kann, ist für uns sein vorübergehender, stellvertretender Charakter. Vorübergehend: Ziel der Erziehung ist die Mündigkeit, die Erziehung überflüssig macht. Stellvertretend: Der Erzieher entscheidet interimistisch für sein Gegenüber auf dessen "Bestimmung" hin. Weil aber diese Ziele des Partners nie endgültig greifbar sind, die erzieherischen Entscheide aber hier und jetzt in der je konkreten Situation zu fällen sind, ist Erziehung ein stets um seine Zielsetzung und seine Verantwortung

ringendes Handeln, ein sich für den Partner verantwortlich wissender Akt. Dieses Erziehungsverständnis wird in unserem Gedankengang besonders dort deutlich, wo wir Ebenen pädagogischer Verantwortung unterscheiden und den Begriff des gebrochenen Erziehungsverhältnisses einführen.

Unter Jugendalter verstehen wir die letzte auffallende Entwicklungs- und Lernphase, in welcher der junge Mensch sich aus dem engen Lebensbereich der Kindheit löst und in die Erwachsenenwelt eintritt, die ihm mehr Aktionsfreiheit gewährt, aber zugleich mehr Pflichten auferlegt. Der Jugendliche erlebt im sozialen Bereich die volle menschliche Freiheit und sucht im Spannungsfeld zwischen Loslösung und Bindung, zwischen Ablehnung und Bejahung, zwischen Aufbruch zu neuen Grenzen und Rückzug Stand zu gewinnen. Deshalb deuten wir die Bauphase bei Jugendhäusern sowohl als ein Ins-öffentliche-Rampenlicht-treten wie auch als ein Schaffen geheimer Stellen.

Mit der Darlegung unseres Standpunktes - auch die einleitenden biographischen Notizen sind dazu zu zählen - entstehen zweifelsohne Angriffsflächen. Solcher Anfechtung darf sich aber ein nachvollziehbares, der Redlichkeit verpflichtetes Forschen nicht entziehen.

C. Gewinne

Allen Unzulänglichkeiten zum Trotz hat die Studie einige Fragen zu erhellen vermocht. Als gewichtigste sei die von Praktikern immer wieder diskutierte Frage herausgegriffen, ob dadurch, dass man bei einem Freizeitzentrum alle Altersstufen unter einem Dach zu vereinigen sucht, im Vergleich zum Jugendhaus ein neues Moment, nämlich das gemeinschaftsstiftende, in die Konzeption aufgenommen werde, und man deshalb besser von einem Gemeinschaftszentrum sprechen sollte.

Das Ergebnis unserer Analyse erlaubt nicht, Gemeinschaftszentren in irgendwelcher Art gegen Jugend- und Freizeitzentren auszuspielen. Denn: Erziehung zur Offenen Öffentlichkeit ist Erziehung zur Gemeinschaft. Man könnte höchstens zwischen Gemeinschaftszentren für Jugendliche und solchen für alle Altersstufen unterscheiden.

Gemeinschaftszentrum als Oberbegriff haben wir aber deshalb nicht gewählt, weil der Begriff Gemeinschaft immer mit der Vorstellung von Verbundenheit, Integriertheit und Harmonie verknüpft ist. Auch von einem Gemeinschaftszentrum erwartet man, dass es Generationenkonflikte löse ("den Graben zwischen den Generationen überbrücke"), nachbarliche Beziehungen vertiefe, Spannungen abbaue und Meinungen angleiche, Konflikte fruchtbar austragen lasse, dass es also die regulierenden Funktionen der Offenen Öffentlichkeit erfülle. Nun werden aber in der Offenen Öffentlichkeit nicht nur Konflikte unter der Hand geregelt, nicht nur

erbauende Beziehungen von Mensch zu Mensch gepflegt. Es brechen auch Feindschaften aus, Kritik wird laut, Gerüchte gehen um, Krisen schwellen. Eine Erziehung zur Offenen Öffentlichkeit kann ohne weiteres dazu führen, dass mündig gewordene Besucher von Jugend- und Freizeitzentren zu ernsthaften Rivalen, ja zu eigentlichen Widersachern ihrer eigenen Förderer werden, was wir als den Bumerang-Effekt beschrieben haben. Diese erneuernde, konfliktschaffende Funktion kommt im Begriff Gemeinschaft zu wenig zum Ausdruck. Schlüge sich diese sprachliche Einseitigkeit in den Konzeptionen nieder, so müsste man Gemeinschaftszentren unter die weltanschaulich gebundenen Zentren einreihen: In ihnen hätte nur das Platz, was versöhnt, was ausgleicht, was integriert, was ein "Gemeinschaftsgefühl" schafft, nicht aber das, was Unannehmlichkeiten, Unrast, Krisen verursacht.

Problematisch ist nach unserer Untersuchung auch, Phänomene rund um Jugend- und Freizeitzentren mit dem schillernden Begriff der Freizeit klären zu wollen. Freizeit verstanden als Zeit ausserhalb des Erwerbslebens lässt den Umstand unberücksichtigt, dass nebst der Präsenzzeit am Arbeitsplatz auch Hausarbeiten, berufliche Weiterbildung und Teilnahme am öffentlichen Leben zur Bestreitung des Lebensunterhaltes gehören können. Man definiert Freizeit heute deshalb mit Vorliebe als die von Verpflichtungen aller Art befreite Zeit, als freien Spielraum, als Ungebundenheit schlechthin. Ob jedoch diese Vorstellungen von einem Vakuum, das mit Sinn zu füllen ist, mit der Wirklichkeit der modernen Industriegesellschaft übereinstimmt? Durch die Verwaltung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche ist auch die sogenannte Freizeit bereits gestaltet und mit "Sinn gefüllt". Die Frage ist nur, ob dieser Sinn und diese Art der Gestaltung als lebenswert und menschenwürdig zu betrachten ist. Mit seltsamer Einmütigkeit wird darauf mit Nein geantwortet: Der Einzelne wie die Gesamtheit sind aufgerufen, der Freizeit einen anderen Sinn, eine andere Gestaltung zu geben. Damit aber wird Freizeit zur Aufgabe, zur Verpflichtung - also zum Gegenteil dessen, was man gemeinhin mit Freizeit meint.

Diese begrifflichen Komplikationen haben uns bewogen, "Freizeit" aus dem Spiel zu lassen. Durch den Abschied vom Begriff der Freizeit und das Zurückstellen des Begriffes der Gemeinschaft wurde es möglich, jene gemeinnützig-politisch ausgerichtete Erziehung, um die es bei Jugend- und Freizeitzentren geht, als Erziehung in der Offenen Öffentlichkeit zur Offenen Öffentlichkeit zu fassen.

Im Rückblick erfahren nun auch die Probleme des sogenannt autonomen Jugendhauses - es bildete einen Anstoss zu dieser Untersuchung - und das Problem der Bedürfnisabklärung eine teilweise Klärung.

Zur Autonomie-Frage: Meint man mit Autonomie ein Fernziel, nämlich das Ziel, dass jedes Glied der Gesellschaft nach eigenen moralischen Grundsätzen selbstverantwortlich seinen eigenen Interessen nachleben können soll, dann sind alle Jugend- und Freizeitzentren autonom. Erziehung zum mündigen Gestalten der Offenen Öffentlichkeit bedeutet soviel wie Erziehung zur Autonomie.

Versteht man dagegen unter Autonomie eine bereits erreichte Verfassung der menschlichen Person und der menschlichen Gesellschaft, dann verträgt sich der Begriff schwer mit einem Jugend- und Freizeitzentrum, dessen erzieherische Aufgabe sich ja gerade daraus ergibt, dass der Mensch noch nicht (oder nicht mehr) sein Fortkommen völlig in eigener Regie bewältigen kann und dass die Offene Öffentlichkeit nicht mehr (oder noch nicht) ohne weiteres Dazutun spielt. Ist die Autonomie erreicht, braucht es kein erzieherisch wirkendes Jugend- und Freizeitzentrum mehr. Dann genügen zum Beispiel Gemeindezentren und Sportanlagen, die nur verwaltet und gewartet werden.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, dass die Frage, ob ein Jugend- und Freizeitzentrum autonom oder nicht autonom sein soll, von der Sache her weitgehend entschieden ist. Es kann höchstens über die erzieherischen Wege zur Autonomie diskutiert werden. Hier sind jedoch Begriffe wie Stufengemässheit, Schwerpunktsbildung, Erziehungsstil fruchtbarer als die grobe Gegenüberstellung autonom - nicht autonom.

Zum Problem von Bedürfnis-Analysen: Jugend- und Freizeitzentren sind wesentlich erzieherische Einrichtungen. Das Bedürfnis, das sie befriedigen, ist demnach ein Bedürfnis nach Erziehung, das - wie auch die modernsten Forschungen bestätigen - im einzelnen Menschen nicht ohne weiteres nachzuweisen ist. Vielmehr ist es ja gerade Aufgabe der Erziehung, zum Lernen zu ermutigen, "Anregungsvariablen zu verstärken", das Bedürfnis nach Erziehung zu wecken. Deshalb hat am Anfang jeder Erziehung die Besinnung über die Aufgabe zu stehen. Ein Beitrag dazu stellt die vorliegende Bestandesaufnahme und Interpretation von Jugend- und Freizeitzentren dar. Erst wenn die pädagogische Aufgabe erkannt ist, kann abgeklärt werden, ob das Vorhaben der Eigenart und den Interessen des Partners entspricht, ob "es einem Bedürfnis entspricht". Solche Bedürfnisabklärungen sind dann aber bereits Teil einer pädagogischen Praxis: Die Befragung löst bei den Befragten Erwartungen, Horizontveränderungen, "Horizont-Effekte"¹⁾ aus. Die Ergebnisse verändern ihrerseits wieder die Pläne der erzieherischen Instanz, was nach einer erneuten Ueberprüfung der Situation ruft. So wird für eine Erziehung, die auf die Wirklichkeit des Partners eingehen will, die Bedürfnisabklärung zu einer dauernden Aufgabe. Wissenschaftliche Studien können dabei sehr dienlich sein. Ob sie allerdings über den raschen Wandel der Offenen Öffentlichkeit, über den Zusammenschluss und Zerfall von Gruppierungen, über die Umlagerung von Interessen mehr mitteilen können, als was die Verantwortlichen von Jugend- und Freizeitzentren tagtäglich aus erster Hand erfahren, das muss bezweifelt werden. Erfolgsversprechender scheint, wenn die Praktiker die Wirklichkeit selber analysieren, indem sie ihren Spürsinn für das Fällige offenhalten, Experimente anstellen, ihr Tun überdenken und regelmässig ihre Erfahrungen austauschen. Deshalb schliessen wir diesen Bericht mit der schlichten Aufforderung an die Praktiker, weiterhin risikofreudig und besonnen zugleich an ihre Aufgabe heranzugehen.

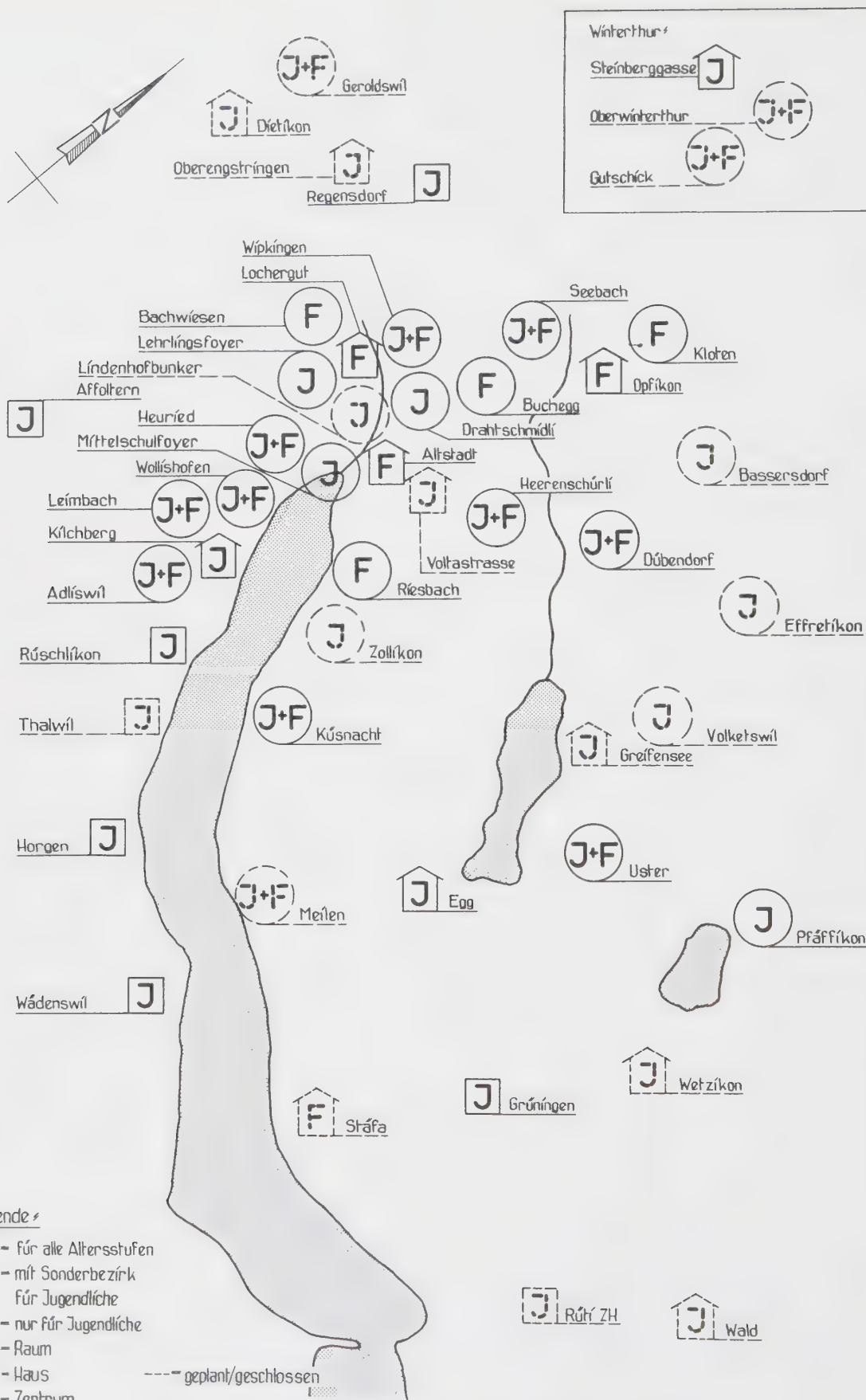
1) Vgl. Seite 8.

Register aller untersuchten Zentren (Stand anfangs 1972)

Freizeitzentrum und Jugendclub, Schulhaus Werd, 8134 Adliswil
Jugendzentrum, Kasino Dorfzentrum, 8910 Affoltern a.A.
Jugendforum, obere Reppischstrasse, 8953 Dietikon
Jugend- und Freizeitzentrum, Storchengasse 14, 8600 Dübendorf
Jugendzentrum, alte Mühle, 8133 Esslingen
Jugendhaus, Schlosskeller, 8627 Grüningen
Jugendzentrum, alte Landstr. 26, 8810 Horgen
Freizeitzentrum "Les caves 160", alte Landstr. 160, 8802 Kilchberg
Vereinigung Freizeit Kloten, Werkstatt und Webstube Weinbergstrasse,
Clubraum und Fotolabor Schwimbadstr. 8, 8302 Kloten
Jugend- und Freizeitzentrum, Schulhaus Heslibach, Mittelfeldstrasse, 8700 Küsnacht
Jugendbaracke, Aufdorf, Tobelstr. 8, 8708 Männedorf
"Quelle", Seestr. 595, 8706 Meilen
Jugendkeller, 1967-1969: Schulhaus Halde, 8102 Oberengstringen
Freizeitaktion, Dorfstr. 4, 8152 Opfikon-Glattbrugg
Jugendzentrum, Säumerstrasse, 8803 Rüschlikon
Jugendlokal, Ferrachstrasse, 8630 Rüti ZH (seit 1971 geschlossen)
Jugendgruppenhaus I Hochgrüt, II Welsikonerstrasse, 8472 Seuzach
Gemeinschaftssaal und Freizeitanlagen, Schulhaus "im Obstgarten", 8712 Stäfa
Jugend- und Freizeithaus, Zürichstr. 30, 8610 Uster
Jugendzentrum, Schulanlage Fuhr, Fuhrstrasse, 8820 Wädenswil
Jugendhaus, Schöneich, 8620 Wetzikon
Jugendhaus, Steinberggasse 31, 8400 Winterthur
"Pragma 2953", Wylandstr. 24/26, 8400 Winterthur
Katholisches Akademikerhaus, Hirschengraben 86, 8001 Zürich
Begegnungszentrum Lindenhof, genannt Bunker, 1971: unter Lindenhof, 8001 Zürich
(seit Januar 1971 geschlossen)
Jugendhaus Drahtschmidli, Wasserwerkstr. 17, 8006 Zürich
Lehrlingsfoyer, Ackerstr. 57, 8005 Zürich
Mittelschulfoyer, 1971: Augustinerhof 1, 8001 Zürich
Studentenfoyer, Voltastr. 58, 8044 Zürich (seit Sommer 1970 geschlossen)

Freizeitanlagen der Stadt Zürich:

Freizeitanlage Altstadt, Obmannamtsgasse, 8001 Zürich
Freizeitanlage Bachwiesen, Ampèrestr. 40, 8037 Zürich
Freizeitanlage Buchegg, Bucheggstr. 93, 8057 Zürich
Freizeitanlage Heerenschürli, Altwiesenstr. 379, 8051 Zürich
Freizeitanlage Heuried, Döltschiweg 130, 8055 Zürich
Freizeitanlage Leimbach, Rebenstr. 73, 8041 Zürich
Freizeitanlage Lochergut, Karl Bürklistr. 7, 8004 Zürich
Freizeitanlage Neu-Affoltern, Glaubtenstr. 27, 8046 Zürich (seit 1970 geschlossen)
Freizeitanlage Riesbach, Seefeldstr. 101, 8008 Zürich
Freizeitzentrum Seebach, Hertensteinstr. 20, 8052 Zürich
Freizeitanlage Wipkingen, Ampèrestr. 4, 8037 Zürich
Freizeitanlage Wollishofen, Bachstr. 7, 8038 Zürich



FREIZEITZENTRUM UND JUGENDCLUB ADLISWIL

=====

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Anfangs der Sechzigerjahre gelangten einige Lehrer mit der Anregung an die Schulpflege, in den Luftschutzkellern des geplanten Schulhauses Werd allge-meinzugängliche Freizeiträume vorzusehen. Um die Bedürfnisfrage abzuklären, führte die Schule 1962 Kasperli-, Marionetten- und Zeichenkurse für Erwach-sene durch, was auf überraschend grosses Interesse stiess.

Verwirklichung

Als 1963 die Sihltalbahn eine ausgediente Dampflokomotive als Tummelobjekt für die Kinder anbot, entschloss sich die Schulpflege, beim Schulhaus Werd Land für einen Spielplatz zu pachten. Gleichzeitig wurden für einen Jugend-club Zivilschutzräume und für eine Freizeitwerkstatt eine frühere Schulba-racke auf Zusehen hin zur Verfügung gestellt. Nach Monaten intensiver Fron-arbeit durch Jugendliche und Erwachsene konnten die Anlagen im Herbst 1964 in Betrieb genommen werden.

Konzeption zu Beginn

Angestrebt wurde ein Freizeitzentrum, wo jedermann jeden Alters seine Fanta-sie und Schaffenslust entfalten und Kontakte mit andern Dorfbewohnern finden kann. Mit der Gründung des Jugendclubs hoffte man, die Jugendlichen - vor al-lem auch jene, die ihre freie Zeit ziellos vertun - zu gemeinsamen Unterneh-mungen heranziehen zu können.

Die nebenamtliche Leitung der ganzen Anlage übertrug die Schulpflege einem Primarlehrer.

ZUR ENTWICKLUNG

Ueberblick

Das Unternehmen hat sich besser als erwartet entwickelt und das Stadium eines Provisoriums überwunden. Aus internen Gründen wurden Freizeitwerkstatt und Jugendclub nicht nur räumlich, sondern auch organisatorisch völlig voneinan-der getrennt, was keinerlei nachteilige Folgen nach sich zog.

Organisation

1966 erhielten - wegen der zu grossen Arbeitsbelastung für einen einzigen Leiter - Werkstattbetrieb und Jugendclub je eine Leitung. Den Jugendclub übernahm der frühere Gesamtleiter, der sein Amt 1969 einem Reallehrer über-gab. Die Clubstatuten blieben bis 1970 praktisch unverändert: Der Club soll Ort der Begegnung und der Auseinandersetzung sein. Der Vorstand muss sich aus Präsident, Manager, Kassier und Aktuar - wovon mindestens eine Dame - zusam-mensetzen und wird von der Generalversammlung auf ein Jahr gewählt. Die letz-te Verantwortung liegt beim Jugendclub-Leiter, der als Verbindungsmann zu den Behörden amtet. Die Clubmitglieder haben sich durch kritischen Geist, Initia-tive, Witz, Fröhlichkeit und Anständigkeit auszuzeichnen.

Die Freizeitwerkstätten übernahm eine verheiratete Frau, eine ehemalige Bau-führerin mit Erfahrungen in Freizeitkursen. Wegen der zunehmenden Besucher-zahl wurde 1970 ein vollamtlicher Leiter - ein früherer Lehrer und Berufsbe-rater - angestellt.

Die Oberaufsicht über Jugendclub und Werkstatt blieb bei den Schulbehörden.

Räumlichkeiten

Die Kellerräume baute der Jugendclub zweimal mit finanzieller Unterstützung der Schulgemeinde um. Der ursprünglich vorgesehene Sportraum wurde nicht ver-wirklicht. Die Werkstätten sind 1970 durch eine zweite Baracke erweitert wor-den.

Programm und Betrieb

Der Werkbetrieb - anfänglich nur für die Wintermonate vorgesehen - dehnte sich bald auf das ganze Jahr aus, wobei vor allem immer mehr Kinder teilnahmen. Die Kurse hatten nebst Weben, Keramikmalen, Schnitzen, Emaillieren und Stoffdruck auch Stereo-Anlagen und Seifenkisten zum Thema. Ein Marionettenkurs fand seinen Höhepunkt in mehreren Theater-Aufführungen.

Schwerpunkt des Jugendclub-Programms blieben über alle Jahre hinweg die geselligen Anlässe (pro Jahr 5-10 Tanzabende, zweimal wöchentlich freier Clubbetrieb, einzelne Kegelabende, Fondue-Höcks und Waldhüttenfeste). Weniger gefragt als in den Anfangsjahren sind in jüngster Zeit die sportlichen Unternehmungen wie Bergtouren, Kanufahrten und die Teilnahme an Fussballturnieren. Bemühungen um ein bildendes Programm führten nur vereinzelt zu Ergebnissen. Immer wieder kamen hingegen soziale Einsätze wie Operation Fensterläden, Sammlung für das Rote Kreuz und Teilnahme an Samariter-Übungen zustande. Während langer Zeit wurden die aktiven Mitglieder durch die Keller-Renovationen beansprucht.

Finanzierung

Seit 1966 wird eine Werkstattgebühr von Fr. -.50 erhoben. Gemeinde und Schule bezahlten bis 1969 jährlich Fr. 12'000.-- Betriebsbeiträge, wovon vier Fünftel für Leiterhonorare gebraucht wurden. Mit der Anstellung eines vollamtlichen Leiters wurden die Beiträge auf Fr. 40'000.-- erhöht.

Besucherkreis

Die Absicht, mit dem Jugendclub passive Jugendliche zu erfassen, wurde anfänglich verwirklicht. Als aber der Club zeitweise kaum mehr aktionsfähig war, richtete man sich wieder mehr an durchschnittliche Jugendliche.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

Freizeitwerkstätte

- Die Kinder zu schöpferischem Werken anregen. In einzelnen Fällen auch in persönlichen Schwierigkeiten helfen.
- Den Erwachsenen Gelegenheit geben, nach dem Alltag einmal etwas anderes, etwas Schöpferisches zu tun und mit andern Personen in Kontakt zu treten.

Jugendclub

- Einen zweckfreien, von der verwalteten Welt abgeschirmten Spielraum anbieten, wo die Jugendlichen zunächst einmal einfach sein können, dann aber beginnen sollten, sich mit sich selbst und der Welt auseinanderzusetzen, Initiative zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen.

Die Behörden gehen mit dieser Zielsetzung weitgehend einig.

Methoden und Grundsätze

- In den Werkstätten haben die Kurse kein festgelegtes Thema mehr. Jeder Teilnehmer soll unter Beratung der Leiter eigene Pläne verwirklichen können. Ein freier Betrieb, wo jedermann einfach ein- und ausgehen kann, ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich.
- Die Kinder sollen - als Ansporn - an den Bastelkursen auf ein Ziel hin arbeiten und eine fertige Arbeit nach Hause tragen können.
- Im Jugendclub soll die öffentliche Meinung eine untergeordnete Rolle spielen. Man soll so handeln, wie man es selber für richtig findet - allerdings unter strikter Einhaltung der öffentlichen Ordnung.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Zum Besucherkreis

Bei den angegebenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen handelt es sich um Besucher des Jugendclubs. Es sind fast ausschliesslich Lehrlinge und Berufstätige.

Zur Organisation

Die Freizeitkommission überwacht den Betrieb, entscheidet über untergeordnete Betriebsfragen und stellt der Schulpflege Anträge betreffend Budget, Reglemente und Leiter-Anstellungen.

Der Jugendclub hat die bisher geltenden Statuten durch eine Uebergangsregelung ersetzt. Darnach wird dem Jugendclub-Leiter die Kompetenz eingeräumt, nach eigenem Ermessen Organisationsformen zu erproben und bis spätestens 1971 dem Club einen neuen Statutenentwurf vorzulegen. Der Jugendclub-Leiter behält weiter die oberste Verantwortung und hat gegenüber der Freizeitkommission Rechenschaft abzulegen. In einem Benützungs-Vertrag werden Öffnungsdauer, Ueberwachung und Ordnungsdienst für den Keller festgelegt.

PLAENE

Die momentane Konzeption dürfte in absehbarer Zukunft keine Aenderung erfahren. Auf längere Sicht ist ein Neubau mit Werkstätten und Jugendräumen vorgesehen. Konkrete Pläne bestehen jedoch wegen anderer dringender Bauvorhaben der Schulgemeinde noch nicht. Ob mit der Zeit das Jugendleiter-Nebenamt in ein Halbamt umgewandelt wird, ist noch nicht entschieden.

1970 ist von der Reformierten Kirchgemeinde das "Projekt Sihlpark" bekannt geworden. Anstelle eines Kirchgemeindehauses soll "ein Ort der Erholung und sinnvollen Freizeitgestaltung, der menschlichen Begegnung und sachlichen Auseinandersetzung, der Information, Beratung und Schulung für Menschen aller Altersstufen" geschaffen werden. Anzeichen für eine Zusammenarbeit mit dem bestehenden Freizeitzentrum sind vorläufig keine zu beobachten.

QUELLEN

- A. Gürber, Adliswil. Leiter des Freizeitentrums 1964-1966, Leiter des Jugendclubs 1966-1969, Gespräch und Korrektur.
- Frau R. Pappa, Adliswil, Leiterin des Freizeitentrums 1966-1969, Gespräch.
- H. Fischli, Adliswil, Leiter des Freizeitentrums seit 1970, Gespr. + Korrektur.
- Jugendclub Adliswil: Jahresberichte 1964-1969.
- Frau R. Pappa: Bericht Freizeitanlage zuhanden des Gemeinderates Adliswil, März 1969.
- P. Gysel, Gemeindepräsident Adliswil: Brief vom 17.3.70 zu Fragen der Zielsetzung des Freizeitentrums Adliswil.
- "Das Freizeitzentrum wird eröffnet", Der Sihltaler, Adliswil, 25.9.1964.
- M. Hauser, Sekretär der Schulgemeinde Adliswil, Gespräch.

JUGEND- UND FREIZEITZENTRUM DUEBENDORF

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Da ihre Raumgesuche seit längerer Zeit pendent waren, wurde den Jugendorganisationen 1966 das gemeindeeigene Haus an der Storchengasse 14 überlassen, wo sich in den Zwanzigerjahren ein Entbindungsheim und später ein Altersheim befand. In der Zwischenzeit aber hatten sich die Pfadfinder selber ein Heim errichtet, und so erschien der Bedarf nach einem allgemeinzugänglichen Jugend- und Freizeitzentrum grösser zu sein als der nach Gruppenräumen. Im Haus sollte ein von den Jugendorganisationen und einzelnen Jugendlichen gesteuerter Betrieb geselligen und kulturellen Charakters aufgezogen werden; für die andern Altersgruppen waren Kurse, Kinderhütendienste und Altersnachmittage vorgesehen.

Verwirklichung

Noch im selben Jahr wurde der Verein "Aktion Jugend- und Freizeitzentrum Dübendorf" (AJFZ) gegründet, dem neben Leuten aus verschiedensten Kreisen zunächst etliche Vertreter von Jugendorganisationen angehörten, die sich dann aber bald zurückzogen. Nachdem das Gebäude notdürftig eingerichtet war, wurde im Sommer 1968 der provisorische Betrieb mit Tanzveranstaltungen, Diskothek, Diskussionen, Werk-, Turn- und Segelkursen aufgenommen. Obwohl die Finanzierung eines umfassenden Umbaus durch die öffentliche Hand grundsätzlich nie in Frage stand, konnte erst nach einem Vorstandswechsel im Jahre 1969 zwischen der Gemeinde und der AJFZ eine Einigung über ein Projekt erzielt werden. Im Sommer 1970 genehmigten die Stimmberechtigten einen Umbau-Kredit von Fr. 272'000.-- mit grossem Mehr.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

- Für jene Jugendlichen, die andernorts schwer Anschluss finden, Zufluchtsort sein, wo sie einfach sein können, sich wohl fühlen und zu Kameraden und reiferen, erwachsenen Leitern ein Vertrauensverhältnis aufbauen können.
- Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Anregungen zur Freizeitgestaltung geben. Ferner vereinzelte Dienstleistungen (Kinderhüten, Kleiderbörse) und gute Anlässe kultureller und geselliger Art anbieten.

Die Zielsetzung stimmt mit den Vorstellungen des Gemeinderates überein.

Grundsätze und Methoden

- Die Führung des Betriebes durch einen Leiter soll eine gewisse Kontinuität und eine sinngemässe Verwendung der öffentlichen Gelder garantieren.
- Den Jugendlichen werden aber keine fertigen Lösungen angeboten. Sie sollen sie in der Auseinandersetzung mit sich und den andern selber finden und sich dann dafür einsetzen können. Dabei dürfen auch Pannen entstehen.
- Der Betrieb soll - abgesehen von einzelnen Grossveranstaltungen - überschaubar und persönlich gestaltet sein. Die Räume wurden absichtlich nur für 20-30 Besucher geplant.
- Eine Konfrontation verschiedener Gruppen und Altersstufen wird durch räumliche und zeitliche Trennung zu vermeiden gesucht.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Zu "Räume und Einrichtungen"

- Zur Vermeidung von Lärm wird der fensterlose Keller mit ausgedehnten Schallisolationen und lärmfesten Doppeltüren versehen. Ferner wird ein Eingang gegen die unbewohnte Zone verlegt und in der Nähe ein öffentlicher Parkplatz errichtet.
- Im Hinblick auf eine grosse Beanspruchung werden dauerhafte, robuste Inneneinrichtungen gewählt.

Zur Organisation

Mitglied des Vereins wird, wer eine einmalige Einschreibgebühr von Fr. 5.-- bezahlt. Die Mitgliederkarte berechtigt zu Preisvergünstigungen bei AJFZ-Veranstaltungen.

Der im Vorstand vertretene Gemeinderat hat die Funktion des Kontaktmannes, der im Zentrum selber keine Aufgabe hat.

Der Vorstand überwacht die Tätigkeit des Betriebsvorstandes und mischt sich nur bei Schwierigkeiten und weittragenden Entscheidungen ein. Er befasst sich mit der Verwaltung des Gebäudes und langfristigen Plänen.

Der Betriebsvorstand wird vom Leiter zusammengestellt und geführt.

PLAENE

Nach Abschluss des gegenwärtigen Umbaus wird der Leiter, der bis dahin noch ehrenamtlich arbeitet, aus zusätzlichen Beiträgen der Gemeinde und der Pro Juventute besoldet.

QUELLEN

- Dr. M. Glauser, Dübendorf, Präsident der AJFZ Dübendorf 1966-1969: Gespräch.
- R. Güttinger, Dübendorf, Präsident der AJFZ Dübendorf seit 1969: Gespräch und Korrektur.
- Gemeindeverwaltung Dübendorf: Brief vom 10.4.1970 zu Fragen der Zielsetzung des Jugend- und Freizeitzentrums Dübendorf.
- AJFZ Dübendorf: Jahresbericht des Präsidenten pro 1968.
- Statuten des Vereins "Aktion Jugend- und Freizeitzentrum" vom November 1968 und Juli 1970.
- Gemeinderat Dübendorf: Bericht und Antrag an die Stimmberechtigten vom 27.4.1970 betreffend Kredit für den Umbau der Gemeindeligenschaft Storchengasse 14 in ein Jugend- und Freizeit-Zentrum.

FREIZEITZENTRUM "LES CAVES 160" KILCHBERG

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

1965 wurde an der Jungbürgerfeier in einer Diskussion zwischen neuen Gemeindebürgern und Behördemitgliedern festgestellt, dass die jungen Kilchberger, die auswärts eine Lehre oder eine Mittelschule absolvieren, in der Gemeinde keine Möglichkeit hätten, sich während der Freizeit mit den ehemaligen Schulkameraden zu treffen. In der Folge bildeten Jugendliche, die bisher keiner Jugendorganisation angehörten, und einige Erwachsene - darunter auch ein Gemeinderat - ein Komitee, das 1966 die Schaffung eines von den Jungen selbständig geführten Zentrums vorschlug.

Der Gemeinderat akzeptierte den Vorschlag aus folgenden Erwägungen heraus: Dem Bedürfnis der Jugendlichen nach Geselligkeit müsse man entgegenkommen. Angesichts der verstärkten Jugend-Rebellion seien Einrichtungen nötig, wo Jugendliche unter sich, mit Erwachsenen und mit Behörden ihre Probleme besprechen können. Allerdings hegte man Bedenken, ob ein selbständig geführtes Jugendhaus funktionieren könne, und entschied sich vorerst nur für ein Provisorium.

Verwirklichung

Als der Gemeinderat 1966 dem Initiativ-Komitee die Kellerräume eines Abbruchobjektes und einen Baumaterialienkredit von Fr. 6'000.-- zur Verfügung stellte, traten die erwachsenen Komiteemitglieder ins hintere Glied und überliessen die weiteren Geschicke den Jungen. Nach einem halben Jahr freiwilligen Arbeitseinsatzes konnte das Zentrum im Juni 1967 dem Betrieb übergeben werden.

Konzeption bei der Gründung

Das ursprüngliche Anliegen, die Kontakte unter den Jungen der Gemeinde zu fördern, schlug sich im Raumprogramm nieder, das einen Western-Saloon mit Café-Bar, einen Raum für Tanzveranstaltungen und eine Diskussionsecke umfasste. Deutlich kam aber auch der Wille zum Ausdruck, einen selbständigen, allgemein anerkannten Beitrag zum kulturellen Leben der Gemeinde zu leisten. Dies geschah, indem man die Räume gepflegt und originell ausstattete, eine gute Zusammenarbeit mit den übrigen Institutionen der Gemeinde anstrebte und eine eigene Theatergruppe sowie anspruchsvolle Bildungsveranstaltungen vorsah. Werkräume wurden absichtlich keine eingerichtet, da anderswo in der Gemeinde davon genügend vorhanden waren.

ZUR WEITEREN ENTWICKLUNG

Uebersicht

Die völlig selbständige Verwaltung bewährte sich im grossen ganzen; allerdings verkleinerte sich der Kreis einsatzfreudiger Verantwortlicher erheblich. Die kulturellen Ziele wurden nur zum Teil erreicht.

Organisation

Die Betriebsleitung wurde zunächst von einer aus dem Initiativ-Komitee herausgewachsenen Arbeitsgruppe übernommen, die 1968 den Verein Freizeitzentrum Kilchberg gründete. Seither ist der Vereinsvorstand für den Betrieb verantwortlich. Er setzt sich aus Lehrlingen, Berufstätigen, Mittelschülern und Studenten zusammen.

Räumlichkeiten

Die Räume blieben seit der Eröffnung im Prinzip unverändert; einzig für einen Flipperkasten wurde 1970 ein neuer Raum ausgebaut.

Besucherkreis

Zu den initiativen Leuten der Gründerzeit gesellten sich bald zahlreiche

Stammkunden, die sich aber für keine Arbeit engagieren lassen wollten. So gestaltete sich die Rekrutierung neuer Mitarbeiter erheblich schwieriger als man sich zu Beginn vorgestellt hatte.

Eine erste Blütezeit erlebte das Zentrum im Jahre 1968/69, wo an kulturellen Veranstaltungen durchschnittlich 50, an Tanzanlässen 100 und an Abenden ohne Programm 15 Besucher gezählt wurden. Momentan ist die Besucherfrequenz auf etwa die Hälfte gesunken. Das Durchschnittsalter liegt mit 16-18 Jahren etwa zwei Jahre unter demjenigen der Gründerzeit.

Programm und Betrieb

In den ersten Jahren hielten sich bildende Veranstaltungen (wie: Filmvorführungen, politische Diskussionen, Vorträge, Kunstausstellungen, Jazzkonzerte) und Unterhaltungsanlässe (Tanz, Fondue-Höck) die Waage. Nach der Ablösung der Gründer durch jüngere Vorstandsmitglieder verschob sich das Gewicht stärker auf Unterhaltung (mehr Tanzabende, Anschaffung eines Flipperkastens). 1968 und 1969 wurde die Grossveranstaltung "Grand Prix Kilchberg" durchgeführt: das eine Mal als Schneckenrennen, das andere Mal als Velo-Ralley. Eine kulturelle Tätigkeit im engeren Sinne, wie man sie anfänglich plante (z.B. Theaterspielen) entwickelte sich bis jetzt nicht.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

gemäss Statuten und Ansicht der Verantwortlichen:

- Das Freizeitzentrum soll dem Kontakt unter der Jugend dienen und den 16-25 Jährigen ermöglichen, in guter Gesellschaft ihre Freizeit zu verbringen, statt sich anonym in der Stadt zu vergnügen.
- Nebst Anlässen unterhaltender Art sollen auch kulturelle Veranstaltungen gepflegt werden, um den Jugendlichen die Kultur näher zu bringen und dem Gemeindeleben Impulse zu geben.

Der Gemeinderat geht mit dieser Zielsetzung einig. Er erhofft sich vor allem eine engere Beziehung der Jugend zur Wohngemeinde und dadurch ein stärkeres Engagement im öffentlichen Leben.

Grundsätze und Methoden

- Eine kulturelle Aktivität soll dadurch entstehen, dass man mit einem anspruchsvollen Programm einsatzfreudige Besucher gewinnt.
- Gefährdete Jugendliche will man nicht ausschliessen, sie sollen aber im Zentrum nicht tonangebend sein.
- Das Zentrum will die andern Vereine nicht konkurrenzieren. Es richtet sich vor allem an Jugendliche, die keiner Jugendgruppe angehören.
- Das Zentrum soll autonom sein, das heisst, die Jungen sollen es im Rahmen der geltenden Ordnung selbständig führen und aus eigenen Mitteln finanzieren.

Ergänzende Angaben zur graphischen Darstellung

Zur Hausordnung

Das Alkoholverbot soll zur Wahrung eines guten Niveaus beitragen.

Die Altersbegrenzung nach unten ergibt sich aus der Zielsetzung (Kontaktpflege unter Schulentlassenen). Eine obere Altersgrenze ist nicht festgelegt. Das Zentrum ist aber für 16-25 Jährige gerechnet. (Siehe Zielsetzung und Vereinsmitgliedschaft.)

Ein Hausverbot kann über denjenigen verhängt werden, der sich trotz Verwarungen ungebührlich aufführt. Diese Massnahme musste bis jetzt noch nie getroffen werden.

Zur Organisation

Das Verhältnis zu den Gemeindebehörden ist nirgends schriftlich geregelt. Es

beruht auf der Basis des Vertrauens. Die Vorstandsmitglieder orientieren den Gemeinderat von Zeit zu Zeit mündlich über das Geschehen im Zentrum, insbesondere über Wechsel in der Leitung.

Mitglied des Vereins kann jeder über 16-Jährige werden, der sich in der Präsenzliste des Zentrums einschreibt. Die Mitgliedschaft erlischt bei Vollendung des 25. Altersjahres. Von der Möglichkeit, Mitgliederbeiträge zu erheben, wurde bis jetzt nicht Gebrauch gemacht.

Die Generalversammlung des Vereins wählt den Vorstand, nimmt die Rechnung ab, behandelt Rekurse gegen Vorstandsbeschlüsse, macht Anregungen und beschliesst über (10 Tage zum voraus schriftlich eingereichte) Anträge. Wahlvorschläge können nur vom Vorstand gemacht werden.

Der Vorstand besteht aus 5-9 Mitgliedern und muss sich mehrheitlich aus Einwohnern von Kilchberg zusammensetzen. Er trägt gesamthaft die Verantwortung, einen Präsidenten gibt es offiziell nicht. Es können Berater beigezogen werden, um die Personen auf eine allfällige Eignung als Vorstandsmitglied zu prüfen.

Zur Finanzierung

Haupteinnahmen liefern die Tanzanlässe und der Getränkeverkauf.

PLAENE

Räumlichkeiten

Das Zentrum könnte noch einige Jahre an seinem provisorischen Standort bleiben, da bis jetzt noch nicht entschieden ist, was an Stelle des Abbruchobjektes gebaut werden soll. Wegen häufiger Lärmreklamationen wird aber von den Behörden eine Verlegung des Zentrums erwogen; ob in einen Zivilschutzbunker oder - wie eine Motion es verlangt - in das Herrschaftshaus Naville am See, ist noch nicht entschieden.

Programm und Betrieb

Um eine allgemeine Anerkennung in der Gemeinde zu finden, ist ein vermehrt auf Erwachsene zugeschnittenes Programm geplant. Abgesehen von den Schwankungen, die bei der Ablösung von Vorstandsmitgliedern entstehen, dürfte sich der Betrieb in absehbarer Zeit nicht ändern.

Organisation

Man will in Zukunft die Vorstandsmitglieder länger halten, um eine bessere Kontinuität in der Leitung zu erreichen. Die Anstellung eines Leiters steht nicht zur Diskussion.

QUELLEN

- J. Oberholzer, Kilchberg, Kontaktmann des Gemeinderats zum Jugendzentrum, Gespräch und Korrektur.
- V. Stadelmann, Kilchberg, Gründungsmitglied des Freizeitentrums. Vorstandsmitglied 1968-70, Gespräch.
- Brief des Gemeindepräsidenten B. Herzer vom 23.3.70 zu Fragen der Zielsetzung des Freizeitentrums.
- hwi: "Muster eines autonomen Jugendhauses", NZZ Zürich 14.7.68.
- Protokoll einer Aussprache vom 13.3.69 zwischen Vertretern der Behörden und Vertretern von Vereinen.
- Verein Freizeitzentrum Kilchberg: Statuten und Geschäftsreglement vom Juli 1968.

VEREINIGUNG FREIZEIT KLOTEN

=====

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Am 18.2.1965 lud der Gemeinderat die Bevölkerung zu einem Orientierungsabend über Freizeitprobleme ein (Referent: Dr. A. Ledermann, Stiftung Pro Juventute). Anlass dazu war eine Anregung des Gemeindepräsidenten und die zunehmende Einsicht, dass die vermehrte Freizeit für viele eine Gefährdung darstelle und die Einwohnergemeinde deshalb attraktiver zu gestalten sei.

Verwirklichung

Aus der Initiative entstand eine Kontaktnahme zwischen interessierten Leuten, die ein Jahr später vorschlugen, eine private Körperschaft zu gründen. Der Gemeinderat begrüßte den Vorschlag, da er bestrebt war, eine staatliche Lenkung der Freizeit zu vermeiden. Er übernahm das Patronat über die im Herbst 1966 gegründete "Vereinigung Freizeit Kloten" (VFK) und stellte zwei Werkräume zur Verfügung.

ZUR ENTWICKLUNG

Ueberblick

Das Unternehmen hat sich besser entwickelt als erwartet. Der Verein vergrößerte sich ständig und gehört heute zu den aktivsten der Gemeinde.

Organisation

Zunächst bewältigten freiwillige, unbezahlte Helfer alle Arbeit. 1970 wurde die Anstellung einer halbamtlichen Sekretärin nötig.

Räumlichkeiten

1970 konnten die beiden peripher gelegenen Werkräume durch ein Fotolabor und ein Clublokal im Zentrum ergänzt werden. Der grösste Teil des Programms wickelt sich aber weiterhin in nicht vereinseigenen, weit auseinanderliegenden Lokalen ab.

Programm

Das Programm für Erwachsene und Kinder konnte kontinuierlich ausgebaut werden: Zunächst kunsthandwerkliche Kurse (Flechten, Batik, Porzellan-Malen), dann Aufbau von Hobby-Gruppen (Schach, Philatelie) und Veranstaltungen kultureller und geselliger Art (Sternsingen, Seifenkisten-Rennen, Exkursionen, Konzerte); seit 1968 Erwachsenenbildung (Volkshochschule, Fortbildungskurse); 1970 Bau von Kinderspielplätzen. Das auf die Jugendlichen ausgerichtete Programm kam jedoch nicht über einzelne Beatabende und die Vermittlung von Uebungslokalen hinaus. Eine Zusammenarbeit mit Jugendgruppen scheiterte vorläufig.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

Gemäss Statuten

Die VFK will bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen den Freizeitgedanken fördern, d.h.

1. Anregungen für eine sinnvolle, menschlich wertvolle Gestaltung der Freizeit geben. Man strebt eine schöpferische, die Persönlichkeit bildende Tätigkeit an, anstelle des ungezielten Zeitvertrödelns.

2. Möglichkeiten der Begegnung schaffen. Indem die Dorfbewohner unter sich Kontakt finden, soll die Schlafgemeinde zur Wohngemeinde werden. Andererseits soll sich durch die Begegnung der verschiedenen Altersstufen der Generationenkonflikt entschärfen.

Die Gemeindebehörden stimmen mit dieser Zielsetzung überein.

Grundsätze und Methoden

- Mit den Kursen sollen vor allem die Eltern befähigt werden, ihre Kinder zu nützlicher Freizeitgestaltung anzuleiten.
- Einen schönen Teil des Ziels sieht man allein schon dadurch erreicht, dass Freizeiträume und Spielplätze bereitgestellt werden.
- Die VFK will die Freizeitbestrebungen bestehender Organisationen nicht konkurrenzieren, sondern unterstützen, z.B. durch Mitarbeit an Dorffesten. Sie soll lediglich Lücken im Gemeindeleben schliessen.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Uebersicht

Zur Organisation

Mit dem Patronat sind rechtlich keinerlei Pflichten oder Rechte verbunden. Trotzdem erwächst der Gemeinde daraus eine gewisse "moralische" Verpflichtung, die VFK nach Möglichkeit zu unterstützen.

PLAENE

Es wird zur Zeit ein Gemeindezentrum projektiert, das nebst Saalbau, Bibliothek, Hallenbad und Eisbahn auch Freizeiträume enthalten soll. Vorläufig sind vorgesehen: Metallwerkstatt, Holzwerkstatt, Webstube, Malstube, Club- und Leseraum, Jugendkeller mit Einbauküche, Reserveräume für den Ausbau durch Jugendliche. Realisierung nicht vor 1975. Voraussichtlich wird dann auch die Anstellung eines vollamtlichen Leiters fällig werden, wobei die Gemeinde im Sinne einer Dienstleistung für die Einwohnerschaft Beiträge an die Besoldungskosten leisten wird. Trägerin des Werks soll weiterhin die VFK bleiben. Eine Zusammenarbeit mit Jugendlichen will man erst dann ins Auge fassen, wenn sich ein geeigneter Jugendleiter gefunden hat. Dabei rechnet man damit - obwohl grundsätzlich gegen eine Trennung der Generationen eingestellt - dass ein Sonderprogramm (Jugendwanderungen, Tanzabende, Operation Fensterladen) und eine räumliche Trennung erwünscht sein wird.

QUELLEN

- P. Wuhrmann, Kloten, Präsident der Vereinigung Freizeit Kloten seit 1966 (Gespräch und Korrektur).
- H. Ruosch, Kloten, Gemeindepräsident (Brief vom 13.3.1970 und Korrektur).
- Protokoll der Gründungsversammlung der VFK vom 27.9.1966.
- Jahresberichte der VFK 1966-1970.
- Protokolle der VFK-Sitzungen 1966-1970.
- 8 mm-Film über die Tätigkeit der VFK, Kloten 1970.
- Statuten der VFK vom September 1966.

JUGEND- UND FREIZEITZENTRUM KUESNACHT (JFZK)

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Im Herbst 1960 warf der damalige Fürsorgevorstand in einer Abgeordneten-Versammlung der Orts-Vereine und kurz darauf auch im Gemeinderat erstmals die Frage auf, ob in Küsnacht nicht ein Ort zu schaffen sei, wo man sich treffen und seine Freizeit mit nützlichem Tun und fröhlichem Spielen verbringen könne. Diesem Bedürfnis lägen die folgenden Erscheinungen zugrunde: vermehrte Freizeit, Verlust des natürlichen Spielraumes, enge Wohnverhältnisse sowie der Sog der nahen Stadt.

Die Anregung fiel auf fruchtbaren Boden. Mitglieder der Jugendgruppen bildeten unverzüglich eine ad hoc-Kommission, und der Gemeinderat ordnete eine nähere Abklärung des Problems an. Bereits im Dezember 1960 legte der Fürsorgevorstand dem Gemeinderat ein Exposé vor, das auf Grund von Konsultationen mit dem Freizeitdienst Pro Juventute die Schaffung einer kombinierten Anlage für Jung und Alt empfahl.

Begründung:

- Eine weitere Trennung der sozialen Institutionen nach Altersstufen sei aus ökonomischen Gründen nicht mehr vertretbar. Zudem würden dadurch der Generationenkonflikt und die Auflösungserscheinungen der Familie verstärkt.
- Die Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren wünschten (im Gegensatz zur Wandervogelbewegung) nicht mehr unter sich, sondern vielmehr unter Erwachsenen zu sein.
- Die Bemühungen um eine sinnvolle Freizeitgestaltung müsse schon bei den Kindern und nicht erst bei den Schülertlassen ansetzen.

Als Raumprogramm wurde vorgeschlagen: Ein Saal (für Theater, Offenes Singen, Konzerte, Film und Tanz), zwei Clubräume (für Elternschule, Kleintheater und stille Spiele), drei Werkstätten, ein Fotolabor und eine Webstube.

Der jugendlichen ad hoc-Kommission schwebte zunächst mehr ein Jugendhaus mit Jugendherberge, Saal, Jugendcafé und Werkräumen vor. Diese Pläne wurden aber bald zugunsten eines Zentrums für Jung und Alt aufgegeben.

Verwirklichung

Im Frühjahr 1961 bestellte der Gemeinderat eine Patronatskommission. Die ad hoc-Kommission löste sich von den Jugendgruppen und wandelte sich in den Verein "Arbeitsausschuss für das Jugend- und Freizeitzentrum Küsnacht" um. Dieser setzte sich zum Ziel, zuhänden des Patronats Vorschläge für ein Zentrum auszuarbeiten und deren Ausführung zu leiten. In der Folge mussten aber mehrere Projekte wegen zu hoher Kosten oder wegen ungünstiger Standorte fallen gelassen werden. Mehr Erfolg hatte ein eigenes Veranstaltungsprogramm, das zwecks Werbung für das geplante Zentrum vom Stapel gelassen wurde. Eine Geldsammlung ist wieder abgebrochen worden, nachdem die Gemeinde finanzielle Zusicherungen gegeben hatte. Schliesslich - der Schwung des Arbeitsausschusses hatte bereits nachgelassen - fand sich 1963 doch noch eine Lösung: Das auf Werkstätte und Reserveräume reduzierte Freizeitzentrum konnte im Erweiterungsprojekt des Schulhauses Heslibach untergebracht werden.

Konzeption zu Beginn

Im gleichen Jahr genehmigte die Gemeindeversammlung den Baukredit und zwei Jahre später einen Beitrag an die Betriebskosten. Eine aus dem früheren Patronat gebildete Betriebskommission wurde mit der Oberaufsicht, ein nebenamtlich angestellter Leiter mit der Leitung des Betriebs und der Arbeitsausschuss mit der Durchführung des kulturellen Programms betraut. Mit dieser Organisation wollte man einen geordneten, kontinuierlichen Betrieb sicherstellen. Im Herbst 1965 konnte die Anlage eingeweiht und dem Betrieb übergeben werden.

ZUR ENTWICKLUNG

Ueberblick

Der Betrieb wird seit Beginn vom selben Leiter geführt und hat sich kontinuierlich entwickelt. Er nimmt heute einen festen Platz im Gemeindeleben ein.

Organisation

In der Organisation haben sich im Laufe der Jahre die Gewichte verschoben. Der Leiterposten - 1966 zum Halbamt und 1967 zum Vollamt ausgebaut - erhielt zentrale Bedeutung, während der Arbeitsausschuss mangels initiativen Nachwuchses zusehends an Einfluss verlor. 1970 kam es auf Anstoss des Leiters zur Gründung eines Jugendclubs, der anstelle des Arbeitsausschusses zum aktiven Teil des Zentrums wurde.

Räumlichkeiten

Zu den Werkstätten und Bastelräumen im Erdgeschoss kamen nach und nach ein Fotolabor, eine Webstube und ein Jugendclublokal im darunter liegenden Luftschutzkeller.

Betrieb und Programm

Dank des Leitervollamtes konnte das Bastelkursprogramm und der Werkstattbetrieb stark erweitert werden. Neu ins Programm aufgenommen wurden ferner: einzelne Arbeitseinsätze (Ausbau eines Spazierweges), Billardspiel, Zeichen- und Foto-Wettbewerbe, jährlich ein Behörden-Bocciamatch und das Seifenkistenrennen "Chaibeschluss". Aufgeben musste man hingegen mangels Organisatoren und Besuchern die Serenaden im Freien und die Podiumsgespräche. Die Zahl der Jugendtanzabende reduzierte sich wegen des Raumproblems vorübergehend, stieg aber seit der Gründung des Jugendclubs wieder an.

Seit 1966 wird vierteljährlich die JFZK-Zeitung "Riisnagel" in alle Küsnachter Haushaltungen verteilt.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

- Dem Einzelnen die Möglichkeit bieten, sich in aller Freiheit - als Ausgleich zum Beruf - einer erbaulichen und vielseitigen schöpferischen Freizeitbetätigung zuwenden zu können;
- die Fantasie bilden und den Wissenshorizont erweitern;
- den Familiensinn fördern und die Kluft zwischen den Generationen vermindern;
- den Gemeinschaftssinn wecken, das heisst, den Leuten die Mitverantwortung für den Nachbarn, für das Quartier und für die Gemeinde in Erinnerung rufen.

Grundsätze

- Das Zentrum soll andere kulturelle Bemühungen in der Gemeinde nicht konkurrieren, sondern lediglich Lücken im Dorfleben schliessen helfen.
- Es werden keine Räume an Gruppen vermietet, da für den eigenen Betrieb schon zu wenig Platz vorhanden ist.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Uebersicht

Zur Hausordnung

Der Betrieb wird aus Rücksicht auf die Arbeitszeit des Leiters und zur Vermeidung von Leerlauf um 22 Uhr geschlossen. Die Altersgrenze nach unten besteht aus Gründen der Unfallverhütung.

Zur Finanzierung

Das gesamte Rechnungswesen wird von der Gemeindeverwaltung geführt und überwacht. Für grössere Anschaffungen werden Zusatzkredite verlangt. Kleinere Anschaffungen werden via "Riisnagel"-Wunschzettel erbettelt.

Zur Organisation

Die Betriebskommission (BK) wird vom Gemeinderat gewählt. Sie überwacht die Arbeit des Leiters und beschliesst über Fragen der Betriebsführung, über das Programm und über den Text des "Riisnagel". Ferner beantragt sie dem Gemeinderat Betriebsbeiträge, Änderungen der Betriebskonzeption und die Anstellung von Leitern und Hilfsleitern.

Der Leiter ist der BK unterstellt und hat deren Anweisungen genau zu befolgen. Dem Leiter obliegt die Führung und Betreuung des Zentrums. Er hat für ein anständiges Benehmen der Besucher zu sorgen und kann sie - wenn eine freundliche Warnung oder ein ernster Verweis nichts nützt - wegschicken. Vom Leiter wird eine harmonische Zusammenarbeit mit der BK, dem Arbeitsausschuss und dem Abwart erwartet, was zur Zeit in hohem Masse erfüllt wird. Der jetzige Leiter war früher Möbelschreiner.

Der Arbeitsausschuss kann eigene Veranstaltungen organisieren und hilft im Zentrum mit. Momentan widmet er sich vor allem der Betreuung des Jugendclubs.

Der Jugendclub bestimmt weitgehend selbständig sein Programm, das aus Tanz, Reisen, Diskussionen, Plattenhören, Vorträgen und dem Weiterausbau des Clubraumes besteht. Die Finanzen verschafft er sich durch Autowaschen. Er hat das Recht, den Clubraum am Mittwoch und Freitag bis 22 Uhr, am Samstag bis 23 Uhr zu benützen. Wird Unfug getrieben, kann die Gemeinde den Keller sofort schliessen. Der Zentrumsleiter nimmt in der Stellung einer Vertrauensperson an den meisten Sitzungen und Anlässen des Clubs teil und sorgt dafür, dass der Club weder versandet noch überbordnet.

PLAENE

Für die Erwachsenen soll das Kursangebot noch etwas erweitert, für die Jugendlichen ein zweites Clublokal ausgebaut werden. Im übrigen bleibt die Betriebskonzeption bis auf weiteres unverändert.

Im Gespräch ist eine zweite Freizeitanlage in einem neugeplanten Quartier. Konkrete Pläne liegen aber noch keine vor.

QUELLEN

- E. Müller, Küsnacht, Mitglied des Arbeitsausschusses JFZK seit seiner Gründung 1961-1967: Gespräch.
- P. Gantenbein, Küsnacht, Leiter des JFZK seit 1965: Gespräch und Korrektur.
- Gemeinderat J. Jaggi, Küsnacht, Initiant des JFZK: Brief vom 21.3.1970 und Korrektur.
- Sitzungsprotokolle der Betriebskommission JFZK 1964-1970.
- Sitzungsprotokolle des Arbeitsausschusses JFZK 1961-1965.
- J. Jaggi: "Warum ein Jugend- und Freizeithaus in Küsnacht?", Küsnacht, Dezember 1960.
- Gemeinderat Küsnacht: Weisung vom 14.11.1963 betreffend Schaffung eines Jugend- und Freizeitzentrums.
- Einweihung des JFZK im Herbst 1965: Berichterstattung des Tages-Anzeigers und der Zürichsee-Zeitung.
- hwi: "Ein beispielhaftes Jugendzentrum in Küsnacht", NZZ, 1.3.1970.
- "Riisnagel" Hauszeitung des JFZK 1966-1970.
- Pflichtenheft des Leiters.
- Statuten des Arbeitsausschusses JFZK.

FREIZEITAKTION OPFIKON-GLATTBRUGG

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

1965 machte der Schulpräsident von Opfikon - angeregt durch Anfragen aus der Bevölkerung - den Vorschlag, die brachliegenden Kellerräume der neuen Schulanlage Mettlen als Freizeitwerkstätten zu verwenden.

Verwirklichung

Nach Beratungen mit dem Freizeitdienst Pro Juventute und mit einem Kreis von Interessenten wurde der private Verein "Freizeitaktion Opfikon-Glattbrugg" gegründet. Das Patronat übernahm die Schulgemeinde. In Fronarbeit, und mit namhaften Beiträgen unterstützt, wurden die Kellerräume in Werkstätten umgebaut und Ende 1966 dem Betrieb übergeben.

Konzeption zu Beginn

Die Räume sollten der Einwohnerschaft zum Werken und schöpferischen Tun zur Verfügung stehen und von privater Seite unterhalten werden.

ZUR ENTWICKLUNG

Ueberblick

Die Entwicklung des Unternehmens verlief im allgemeinen den Erwartungen entsprechend. Die Aufnahme eines Jugendclubs in den Verein hatte nur vorübergehenden Bestand.

Organisation

Der "Verein Freizeitaktion" vergrösserte sich im Laufe der Jahre langsam; die Vorstandsarbeit leisten aber nach wie vor die wenigen initiativen Gründungsmitglieder.

1968 begannen Jugendliche, die sich von einer kirchlichen Jugendgruppe abgespalten hatten, in einem Raum der Freizeitaktion mit dem Aufbau des Jugendclubs "Les Jeunes", der in der Folge als Untergruppe in den Verein aufgenommen wurde. Das Club-Programm wurde vom Club aufgestellt und durchgeführt, musste aber vom Vereinspräsidenten genehmigt werden. Der Clubraum durfte 1-2 mal wöchentlich benützt werden; jedoch nur an Abenden, an welchen die Werkstatt geöffnet war (Aufsicht durch Werkstattchef). 1970 räumte der Club den Keller, da er sich den Vorschriften des Vereins nicht mehr unterziehen wollte.

Betrieb und Programm

Schwerpunkte des Programms waren von Anfang an die Werkkurse, der freie Betrieb in den Werkstätten und das Herstellen von Arbeiten für Weihnachtsverkäufe zugunsten der Aktion. Später kamen Wanderungen und von 1968-1970 das Programm des Jugendclubs mit Tanz und einzelnen Diskussionen dazu.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

Die in der Gemeinde ansässigen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sollen in den Werkräumen ihre Freizeit sinnvoll und sittlicher Verantwortung verpflichtet - d.h. auf ein nützliches Ziel hin statt mit Ausschweifungen - verbringen können.

Mit dem Betrieb einer Freizeitwerkstätte soll eine Lücke im Gemeindeleben

geschlossen werden. Eine Ausdehnung der Tätigkeit in kultureller Richtung ist nicht beabsichtigt.

Die Zielsetzung stimmt mit den Vorstellungen der Behörden überein.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Zur Organisation

Mitglieder des Vereins haben einen Jahresbeitrag von Fr.10.-- (Kinder Fr.6.--) zu bezahlen. Sie können die Werkstätten unentgeltlich benützen. Für die übrigen Besucher beträgt die Gebühr pro Abend Fr. 1.50.

Zur Hausordnung

Das generelle Alkoholverbot für Jugendliche ergibt sich aus der Hausordnung der übrigen Schulanlage.

PLAENE

Pläne der Freizeitaktion

Die Gemeinde wurde um einen wiederkehrenden allgemeinen Betriebsbeitrag von Fr. 25'000.-- jährlich ersucht. Der Entscheid steht noch aus.

Eine neue Gruppe Jugendlicher würde man zu gleichen Bedingungen wie den Club "Les Jeunes" im Verein aufnehmen.

Mit Interesse werden die Bemühungen der Gemeinde um ein Jugendzentrum verfolgt; man wäre nicht abgeneigt, sich daran zu beteiligen.

Pläne der Gemeinde für ein Freizeit- und Jugendzentrum

Die zunehmende Zahl "nichtorganisierter" Jugendlicher und die Anfragen von Jugendgruppen um Lokale haben die Gemeindebehörden 1968 veranlasst, die Frage eines Jugendzentrums abzuklären. Eine erste Gesprächsrunde ergab, dass bei den Jugendgruppen ein grosses, bei den übrigen Ortsvereinen ein mittleres bis schwaches Interesse dafür besteht.

Uebereinstimmend war man der Meinung, dass ein allfälliges Jugendhaus wegen des Lärms peripher gelegen und gute Schallisolationen aufweisen müsste. Der Betrieb sollte - eventuell unter Beizug eines Leiters - von den Jugendlichen geführt werden, aber unter Oberaufsicht der Behörden stehen, da man mit Probelokalen von Beatbands schlechte Erfahrungen machte. Als Raumprogramm wurde ein Jugendcafé, ein grösserer Saal und verschiedene Gruppenlokale vorgeschlagen. Die Verwirklichung könnte in Etappen geschehen.

Obwohl einzelne Objekte verfügbar wären - z.B. die für das Ortsmuseum vorgesehene Liegenschaft "Haus 1640" - müssen die Pläne für ein Jugendhaus noch zurückgestellt werden, da die Gemeinde andere, dringlichere Bauvorhaben (Sport- und Schulhausanlagen) vorantreiben muss.

QUELLEN

- Dr. Th. Ulrich, Opfikon; Präsident der Freizeitaktion Opfikon-Glattbrugg 1966-1968 (Gespräch).
- F. Ruetz, Opfikon, Präsident der Freizeitaktion seit 1968 (Gespräch und Korrektur).
- Statuten der Freizeitaktion Opfikon-Glattbrugg vom 27.2.1966.
- E. Kessler, Opfikon, Gemeindepräsident: Brief vom 18.3.1970 zu Fragen der Zielsetzung der Freizeitaktion.
- Protokolle der Konsultativversammlungen vom 1.10.1968 und vom 1.4.1969 betreffend Freizeit- und Jugendzentrum Opfikon.
- Stellungnahmen von Jugendgruppen und Ortsvereinen zur Frage eines Jugendzentrums, November/Dezember 1968.

JUGEND- UND FREIZEITHAUS USTER

=====

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

1955 erwog die Pro Juventute-Bezirkskommission eine Erweiterung der seit den Krisenjahren bestehenden Freizeitwerkstatt zu einem Jugendhaus, in welchem man nicht einzig mit Basteln dem "jungen menschlichen Leben einen Sinn" geben wollte. 1960 waren auch von Seiten einer reformierten Jugendgruppe Pläne für eine Jugendbaracke mit Bar, Bibliothek, Bühne und Bastelraum vorhanden, wobei man - als Ersatz für den verlorengegangenen Dorfbrunnen - in erster Linie an einen Treffpunkt für die neu zugezogenen Jugendlichen dachte. Vorstösse bei den Gemeindebehörden hatten aber keinen Erfolg, weil keine geeigneten Gebäude gefunden werden konnten.

Verwirklichung

1963 kaufte die Gemeinde eine ehemalige Glasbläserei und beschloss, die Liegenschaft entsprechend dem Wunsch des Verkäufers für ein Jugend- und Freizeithaus zur Verfügung zu stellen. Bedingung: Ausser eines einmaligen Baukosten-Beitrages dürften der Gemeinde keine weiteren Kosten erwachsen. Der Betrieb müsse selbsttragend von einem Verein geführt werden.

Nachdem der frühere Leiter der genannten Jugendgruppe für das Vorhaben gewonnen werden konnte, gingen die Arbeiten rasch voran: 1965 Gründung des "Vereins Jugend- und Freizeithaus Uster"; 1965/66 Umbau des Gebäudes unter Mithilfe grosser Teile der Ustermer Bevölkerung. Oktober 1966: Eröffnung des Hauses. Eine ehrenamtliche Betriebskommission aus Jugendlichen und Erwachsenen wurde beauftragt, die Initiative der Benützer zu koordinieren.

Konzeption bei der Gründung.

Ziele:

- Die Jugendlichen vom Müssiggang abhalten und zu produktivem, vor allem handwerklichem Tun führen;
- Das Gespräch zwischen Jung und Alt fördern;
- Den Erwachsenen Anregungen zum Basteln vermitteln.

Für intellektuelle Erwachsenenbildung waren Räume im benachbarten Schulhaus Pünt vorgesehen.

ZUR ENTWICKLUNG

Ueberblick

Die Betriebsführung auf völlig freiwilliger Basis bewährte sich nicht. Seit 1967 wird das Haus von neben- resp. vollamtlichen Leitern geführt und entwickelt sich kontinuierlich. Die Zielsetzung inbezug auf die Jugendlichen hat sich erheblich gewandelt.

Organisation

Da die Initiative der Benützer sich nicht wie erwartet entwickelte und die Betriebskommission den Mangel nicht wettzumachen vermochte, wurde 1967 das Prinzip der Freiwilligkeit teilweise aufgegeben und ein nebenamtlicher Leiter angestellt. Trotz einer zunehmenden Zahl freiwilliger Mitarbeiter wurde 1969 ein Leiter-Vollamt nötig. Seit 1967 ist die Mitgliederzahl des Vereins praktisch unverändert geblieben.

Finanzierung

Mit der Anstellung von Leitern konnte der Betrieb nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden. 1969 bewilligte der Gemeinderat einen jährlichen Beitrag von Fr. 12'000.-- an die Leiterbesoldungskosten. Der auf drei Jahre

befristete Beschluss wurde damit begründet, dass der junge Mensch durch die gewandelten Wohn- und Lebensverhältnisse in seinem Spielraum eingeschränkt sei und daher die vier Wände oft früher verlasse. Das Jugendhaus könne vor allem jenen Jugendlichen, die sich keinem Verein anschliessen wollen, Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Für die Jahre 1971-1973 wurde der jährliche Beitrag auf Fr. 28'200.-- erhöht.

Programm und Betrieb

Im ersten Betriebsjahr Bastelkurse und Tanzveranstaltungen in zufälliger Folge. Nach Anstellung eines Leiters langfristig geplantes Programm mit folgenden Elementen:

- Bildende Veranstaltungen in überschaubarem Rahmen, genannt Chämmitings (Verballhornung von Chämmi und Meeting). Dazu gehören Gespräche am Feuer mit Persönlichkeiten der erwachsenen Generation, Filme, Exkursionen.
- Das Autonome Team. Auf Anstoss des Leiters wurde im Herbst 1968 eine Vollversammlung der Jugendhausbenützer einberufen, an welcher die Jugendlichen beschlossen, Betrieb und Verwaltung des Beat-Kellers zu übernehmen. Die Jugendhausleitung war bereit, mit den Jugendlichen einen Mietvertrag abzuschliessen, sofern ein verhandlungsbevollmächtigtes Gremium bestimmt und eine Zielsetzung vorgelegt werde. Ein dreiköpfiges Team begann daraufhin im Beat-Keller mit einem eigenen Veranstaltungsprogramm. Bis Herbst 1970 löste sich das Team dreimal ab, jeweils mit leicht veränderten Mietverträgen.
- Die Aktion 1500. Zur Finanzierung eines Arbeitslagers in einem Bergdorf (auf 1500 m Ü.M.) wurde 1968 von allen lokalen Jugendgruppen ein Auto-Abbruch-Happening veranstaltet, dem weitere soziale Aktionen folgten. 1969 wurde die Aktion in eine aus Präsident und Kassier bestehende Organisation umgewandelt. Jugendliche mit irgendwelchen grösseren Plänen können sich an diese zwei Personen wenden, worauf dann von Fall zu Fall ein Organisationskomitee gebildet wird.
- Fortsetzung der Werk-Kurse im bisherigen Rahmen und Elternschulkurse.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

Gemäss Statuten

Betrieb eines Hauses, das - politisch und konfessionell neutral - allen Jugendlichen und Erwachsenen zur Gestaltung der Freizeit in bildender oder unterhaltender Richtung zur Verfügung steht.

Gemäss internem Betriebsreglement

- Den Jugendlichen ermöglichen, einen eigenen Lebenskreis und Lebensstil zu finden und die Freizeit nach eigenen Ideen zu gestalten. Anregungen zur Freizeitgestaltung nur in beschränktem Masse geben.
- Die Erwachsenen in Kursen mit Möglichkeiten bekanntmachen, wie sie zuhause die Freizeit gestalten könnten und ihnen Weiterbildung vermitteln.
- Einzelne Kontakte zwischen der jüngeren und älteren Generation herstellen.

Nach Auffassung der Behörden

- In erster Linie Jugendliche, die zuhause nicht den nötigen Halt finden, in positivem Sinne beeinflussen. Im übrigen geht man mit der oben aufgeführten Zielsetzung einig.

Grundsätze und Methoden

- Das Jugend- und Freizeithaus soll Lücken im Gemeindeleben füllen, und zwar nur solange, als sich keine anderen Institutionen für die Aufgaben finden lassen.

- Man will Voraussetzungen schaffen, dass sich die Jugendlichen selber führen können. Dazu gehört erstens, dass auch Elite-Jugendliche im Haus ein- und ausgehen, daher das kulturelle Programm. Zweitens sollen die Jugendlichen durch Vertragsbedingungen veranlasst werden, sich zu organisieren (siehe S. 2), und drittens soll der Jugendhausleiter wenn nötig beraten.
- Die Räume werden für öffentliche Veranstaltungen irgendwelcher Gruppen vermietet. Für geschlossene Veranstaltungen haben ad hoc-Gruppen (zum Beispiel Schulklassen) den Vorrang. Verlangt werden Angaben über verantwortliche Leitung, Dauer und Programm des Anlasses.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Zum Besucherkreis

Der Kreis umfasst im ganzen ungefähr 300 regelmässige oder gelegentliche Besucher. Im Durchschnitt pro Chämmiting 50, pro Tanzveranstaltung 100 Eintritte.

Zur Organisation

Der "Verein Jugend- und Freizeithaus" hat den Charakter eines Gönnervereins. Seine Mitglieder sind nur zu einem kleinen Teil Benützer des Hauses. Funktionen: Festlegung des Jahresbudgets, Abnahme von Tätigkeitsbericht und Rechnung, Wahl des Vorstandes.

Der Vereinsvorstand setzt das detaillierte Budget fest, genehmigt die vom Leiter vorgelegte Betriebskonzeption, erledigt schwerwiegende Disziplinarfälle (länger dauernde Hausverbote) und verwaltet das Gebäude.

Das Patronatskomitee setzt sich aus Personen zusammen, die mit der Entstehungsgeschichte und den Problemen des Hauses vertraut sind. Es hat beratende Funktion.

Dem Leiter I (Hauptleiter) obliegt die Ausarbeitung und Verwirklichung der Betriebskonzeption, der Ausbau und die Führung des Mitarbeiterstabes, die Gesamtaufsicht über den Betrieb. Von ihm wird erwartet, dass er zur Erfüllung seiner Aufgaben enge Kontakte mit den Hausbenützern und der Öffentlichkeit pflegt und im Interesse eines guten Betriebsklimas nach demokratischen Prinzipien handelt. Er soll die Benützer sowohl zur Mitentscheidung als auch zur Mitarbeit beiziehen.

Im Mietvertrag zwischen der Jugendhausleitung und dem Autonomen Team wird folgendes vereinbart:

- Das Autonome Team ist ein Gremium, das von der Ustermer Jugend gewählt wird und sich aus Vertretern verschiedenster Kreise zusammensetzt. Es hat eine Zielsetzung und Benützungsordnung vorzulegen, die einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bilden.
- Das Autonome Team erhält sämtliche Kompetenzen über den Kellerraum. Es arbeitet auf eigene Verantwortung und regelt das Verhältnis zu den Nachbarn und den Behörden selber.
- Die Vertragsparteien haben gegenseitig für ein Vertrauensverhältnis zu sorgen. Dazu gehört die gegenseitige Teilnahme an Beratungen und Anlässen.
- Der Vertrag kann aufgelöst werden bei wiederholten groben Verstössen gegen eigene Ziele oder gegen Abmachungen des Vertrages.

Leiterteam wird der engere Kreis der Mitarbeiter genannt, dem mindestens die halbamtlichen Leiter sowie Vertreter des Vorstandes und des Autonomen Teams angehören. Es wird vom Hauptleiter nach eigenem Ermessen zur Beratung und Mitentscheidung herangezogen.

Zur Hausordnung

Die Alkoholfrage muss vom Autonomen Team vor Vertragsabschluss geregelt werden. Bis jetzt wurde stets am Alkoholverbot, wie es für das übrige Haus gilt, festgehalten, da - was auch die Ueberzeugung der Jugendhausleitung ist - die Freigabe von Alkohol vorläufig keinem Bedürfnis entspricht.

Die Oeffnungszeiten werden periodisch den Bedürfnissen angepasst.

Die Altersbegrenzung nach unten besteht auf Wunsch der Schulbehörden sowie aus Mangel an Betreuungspersonal.

PLAENE

Baulich

Da das Lärmproblem unbefriedigend gelöst ist, erwägt man bauliche Veränderungen oder gar eine Verlegung. Konkrete Pläne liegen aber noch keine vor.

Betrieblich

Mit einer Erhöhung der Gemeinde-Beiträge soll die qualifizierte Führung des Betriebes sichergestellt werden. Eine Vergrösserung des besoldeten Mitarbeiterstabes ist nicht geplant.

Programm

Zunächst soll das Kursprogramm für Erwachsene ausgebaut, später auch Programmpunkte für Kinder aufgenommen werden.

QUELLEN

- W. Graf, Uster, Gemeindepräsident 1963-1966, Gründer des Jugend- und Freizeithauses Uster.
- Peter Ott, Uster, Präsident des Vereins Jugend- und Freizeithaus Uster 1965-1969 (Gespräche).
- A. Hofmann, Uster, Stadtpräsident seit 1966 (Gespräche und Brief).
- B. Hanimann, Zürich, Leiter des Jugend- und Freizeithauses Uster 1969-1970 (Gespräche).
- Verein Jugend- und Freizeithaus: Eingabe vom 5. Dezember 1968 an den Gemeinderat Uster.
- Kleiner Gemeinderat Uster: Weisung vom 29. April 1969 betreffend Beitrag an den Verein Jugend- und Freizeithaus.
- Verein Jugend- und Freizeithaus: Eingabe vom Herbst 1970 an den Stadtrat.
- Stadtrat Uster: Weisung vom 9. November 1970 an den Gemeinderat betreffend Beiträge an den Verein Jugend- und Freizeithaus Uster.
- Dr. H. Nänni: "Das Jugend- und Freizeithaus Uster - oder 'Nöd lugg laa gwünnt'": In "Pro Juventute", Schweizer Monatsschrift für Jugendhilfe, Zürich, Juni 1966.
- Verein Jugend- und Freizeithaus Uster: "Zur Eröffnung", Uster, Oktober 1966.
- do.: Dokumentation Sommer 1969.
- Verein Jugend- und Freizeithaus: Statuten, Pflichtenhefte, Anstellungsverträge, interne Richtlinien, Mietverträge, Sitzungsprotokolle und Pressemitteilungen seit 1966.
- Leitertätigkeit des Verfassers 1967-1969.

JUGENDHAUS WINTERTHUR

=====

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

1961 wurde in Artikeln der Lokalpresse angeregt, in Winterthur ein Jugendhaus nach dem Vorbild des Zürcher "Drahtschmidli" zu errichten. Die Jugendlichen sollen ihre vermehrte Freizeit in gesunder Umgebung verbringen können und dadurch vom Herumlungen, vom Alkoholgenuss und vom Halbstarkentum abgehalten werden. Artikelverfasser war Manfred Stahel, ein Jugendlicher, der damals in einem Aussenquartier einen Tanz-Club für Teenager leitete. Wenig später gründete er zusammen mit seinen Freunden eine Interessengemeinschaft für ein Jugendhaus. Die Initiative fand ein lebhaftes Echo, war doch schon früher im Pro Juventute-Bezirkssekretariat und 1959 bei einer Umfrage unter Gewerbeschülern die Idee für ein Jugendhaus aufgetaucht. So entstand Ende 1961 ein Initiativkomitee für ein Jugendhaus, dem nebst Jugendlichen auch Behördenvertreter angehörten. Kurz darauf wurde im Gemeinderat eine Interpellation betreffend Schaffung eines Jugendhauses eingereicht.

Verwirklichung

Einem glücklichen Umstand verdankte man, dass im Frühjahr 1962 dem Stadtrat die Liegenschaft Steinbergstrasse 31 mietweise zur Errichtung eines Jugendhauses angeboten wurde. So konnten die Jugendlichen im darauffolgenden Winter mit dem Umbau des Hauses beginnen. Nach Wochen intensiver Fronarbeit fand im Juli 1963 die mit einem Volksfest verbundene Jugendhaus-Eröffnung statt.

Konzeption bei der Eröffnung

Als wichtigsten Teil des Hauses betrachtete man das Jugendcafé, in welchem Kameraden sich treffen und Einzelgänger Anschluss finden konnten. Die Café-Leiterin stellte man sich als eine Art "Hausmutter" vor, die sich der persönlichen Sorgen der Gäste annehmen und gefährdeten Jugendlichen Halt geben soll. Der Jazzkeller war für gepflegte Tanzanlässe, die Bastel-, Club- und Lesräume für Diskussionen und fürs Aufgabenmachen vorgesehen. Im ganzen Haus sollte ein aktives Tun entstehen und ein blosses Konsumieren verhindern.

Eine Freizeitanlage für Jung und Alt kam wegen der zu kleinen Gebäulichkeiten nie in Frage.

Als Träger der Institution wurde das Schulamt einem Verein vorgezogen, da sich die jugendlichen Initianten davon eine grössere Unabhängigkeit von den Erwachsenen versprachen. Zudem schien sich auch die Finanzierung leichter gestalten zu lassen.

Die Behörden wollten die Führung des Hauses so weit wie möglich einem aus Jugendlichen zusammengesetzten Betriebsausschuss (BA) überlassen und einzig einen städtischen Vertreter darin abordnen. Man sah gerade darin, dass jugendliche das Jugendhaus selber errichten und führen, den wesentlichen Zweck des Unternehmens.

ZUR ENTWICKLUNG

Ueberblick

Der Betrieb hat sich im grossen ganzen den anfänglichen Vorstellungen entsprechend entwickelt. Die begrenzte Selbstverwaltung des Hauses durch jugendliche konnte aufrecht erhalten werden.

Organisation:

Im Laufe der Jahre ergaben sich folgende Akzentverschiebungen:

- Der ursprüngliche Plan, den Betriebsausschuss mindestens zur Hälfte mit Jugendgruppenvertretern zu versehen, scheiterte schon nach kurzer Betriebsdauer, weil die Jugendgruppen keine Kandidaten stellten. Seither sind im BA praktisch nur Jugendliche vertreten, die keiner Jugendorganisation angehören.

- Die Bereitschaft, ohne Entgelt Arbeit zu leisten, ging nach Abschluss des Umbaus zurück, sodass ein Gratifikationssystem für BA-Mitglieder eingeführt werden musste.
- Da die Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter auf Schwierigkeiten stiess, musste 1966 die Buchhaltung dem städtischen Vertreter überbunden werden.
- Die Frage eines vollamtlichen Leiters stand 1963 zur Diskussion. Akut wurde sie jedoch erst, als es in neuerer Zeit immer schwieriger wurde, eine geeignete Persönlichkeit für den BA-Präsidentenposten zu finden.

Ueber die bewegte interne Geschichte des BA bestehen umfangreiche Korrespondenzen und Protokolle.

Räumlichkeiten:

Der ursprünglich zum Basteln vorgesehene Raum wird als Abstellplatz benützt.

Betrieb und Programm

Im Café fanden sich nebst vielen andern wiederholt auch einzelne hilfeschuchende Jugendliche ein, die mit der Hausbetreuerin ins Gespräch kamen. Wichtigster Bestandteil des Programms blieben über all die Jahre hinweg die Tanzanlässe im Jazzkeller. Von verschiedenen Grossveranstaltungen ausserhalb des Jugendhauses wurde der Frühjahrsball zur Tradition. Weniger gut kamen die bildenden Veranstaltungen an: Diskussionen und Vorträge mussten stark reduziert, die Filmabende und die Konzerte sogar ganz aufgegeben werden. Einzig Exkursionen, Verkehrstheorie- und Fotolabor-kurse konnten sich halten. Die Zahl der Wanderungen und Sportanlässe schwankte je nach Ressortchef.

Neu ins Programm kamen 1965 die Operation Fensterladen und die monatlich wechselnden Kunstaussstellungen im Café. Ferner entstanden im Jugendhaus zwei Laienspielgruppen: Die erste trat 1963 mit einem Lokal-Kabarett, die zweite 1967 mit einem Dialekt-Theater an die Öffentlichkeit.

Finanzierung

Die Beiträge der Stadt für Unterhalt, Verwaltung und Betrieb des Hauses stiegen von Fr. 17'000.-- im Jahr 1963 auf Fr. 48'000.-- im Jahr 1969.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

gemäss Richtlinien der Stadt Winterthur;

- den Jugendlichen zwischen dem 16. und 23. Altersjahr ein Haus zur sinnvollen Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen.

Von der Behörde wird heute darunter verstanden:

- den Jugendlichen im BA ermöglichen, Initiative zu entwickeln und durch das Tragen von Verantwortung in ihrer Persönlichkeit zu reifen;
- haltlosen Jugendlichen einen Heimersatz bieten, wo sie unter Gleichaltrigen Anschluss finden;
- dem Bedürfnis der Jugendlichen nach Geselligkeit mit einem von ihnen nach ihrem Geschmack gestalteten Programm entgegenkommen.

Grundsätze und Methoden

Die Räume können gratis von irgendwelchen Gruppierungen für geschlossene Anlässe benützt werden (jährlich gegen 200 Belegungen). Man möchte aber vermeiden, dass das Haus zur Aktionsbasis einer religiös oder politisch extremen Gruppe wird.

Für Büro- und Werbe-Kosten gewährt die Stadt einen jährlichen Beitrag von Fr. 7'000.--. Im übrigen sollen Programm-Unkosten durch Eintrittsgelder gedeckt werden.

Ergänzende Angaben zur graphischen Darstellung

Zur Hausordnung

Die Öffnungszeiten sind auf Grund öffentlicher Vorschriften festgelegt worden. Mit der Altersbeschränkung will man eine Störung des altersspezifischen Betriebs durch jüngere oder ältere Personen vermeiden.

Besucher, die gegen die Hausordnung oder gegen die guten Sitten verstossen, können weggewiesen werden.

Zur Organisation

Der städtische Vertreter, der das Vertrauen der Jungen besitzen soll, überwacht die Einhaltung des Budgets. Er besitzt im BA Stimmrecht und kann bei Beschlüssen, die den vom Stadtrat erlassenen Richtlinien oder dem Zweck des Jugendhauses offensichtlich widersprechen, das Veto einlegen. Bis jetzt wurde von diesem Recht noch nie Gebrauch gemacht.

Der Betriebsausschuss (BA) gestaltet das Programm, überwacht zusammen mit dem Hauswart-Ehepaar den Betrieb und stellt dem Schulamt Antrag auf Neuanschaffungen. Neue BA-Mitglieder werden auf Vorschlag des BA vom Vorsteher des Schulamtes ernannt.

Der BA-Präsident muss mindestens 20 Jahre alt, also handlungsfähig sein. Er leitet die Sitzungen des BA und vertritt zusammen mit dem städtischen Vertreter das Jugendhaus gegen aussen. Momentan ist ein 22-jähriger kaufmännischer Angestellter Präsident.

Das Hauswart-Ehepaar wird vom Schulamt angestellt und besorgt die Hauswartung sowie den Café-Office-Dienst. Es hat im BA Stimmrecht.

PLAENE

Jugendhaus

Zur Zeit wird die Anstellung eines vollamtlichen Leiters anstelle des BA-Präsidenten erwogen. Beschlüsse sind noch keine gefasst, da vorgängig die Frage von Gemeinschaftszentren geprüft wird.

Gemeinschaftszentren

Veranlasst durch die Motion der "Jungen Löwen Winterthur" beauftragte der Stadtrat 1967 die Stiftung Pro Juventute mit einer Studie, die nebst einer Analyse der Bevölkerung und ihrem Freizeitverhalten auch Vorschläge für neue Freizeiteinrichtungen enthalten soll. Der 1969 abgelieferte Bericht empfiehlt die Schaffung von Gemeindezentren für Jung und Alt in den Quartieren. Die Empfehlung stützt sich einerseits auf allgemeine Überlegungen zur Funktion der Freizeit in der heutigen Gesellschaft und anderseits auf die Befunde der Quartieranalysen.

Die allgemeinen Überlegungen gehen davon aus, dass sich die industrielle Wohlstandsgesellschaft heute auffällig stark wandle. Nicht nur die technischen Einrichtungen und Organisationsformen, sondern auch unsere Verhaltensweisen würden ständig geändert und angepasst. Der Mensch - in Beruf und Freizeit vor unzählige offene Möglichkeiten gestellt - sei daher nicht selten überfordert und finde sich, da ihm die Wertmassstäbe verloren gegangen sind, nur schwer zurecht.

So beschränke sich der Einzelne oft auf das Wählen und Konsumieren der sich aufdrängenden Angebote und entwickle keine Eigeninitiative. Diese Konsumhaltung behindere aber die Entwicklung der Persönlichkeit und Eigeninitiative, fördere die Anonymität und lasse das soziale Verantwortungsbewusstsein und das Gemeinschaftsleben verkümmern. Es liege im ureigensten Interesse eines demokratischen Gemeinwesens, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Studie legt dann dar, dass sowohl in der Schule, am Arbeitsplatz wie in der Freizeit vor allem bei der Persönlichkeitsbildung anzusetzen sei. Im Bereich der Freizeit müsse man durch den Einsatz von Finanzen, Räumen und Funktionären dafür sorgen, dass die zum Allgemeingut gewordene Freizeit ihrem eigentlichen Zweck, nämlich dem der Erholung, der Zerstreuung, der Persönlichkeitsentfaltung und der sozialen Bildung diene.

Dabei seien die effektiven Bedürfnisse zu erforschen und die Einwohner zu befähigen, sich selber für Lösungen einzusetzen.

Aus den Analysen der Stadtkreise ergibt sich, dass die Einwohnerschaft quartierweise in Richtung Freizeitgestaltung schon mancherlei Massnahmen verwirklicht oder in die Wege geleitet hat. Erwähnt werden besonders die Pflege des Quartiergeistes, die kulturellen Anlässe, die rege Vereinstätigkeit, die Parkanlagen und die Schrebergärten. Es gelte nun, diesen Bestrebungen weiteren Auftrieb zu geben, sie den modernen Erfordernissen anzupassen und zu koordinieren. Als Lösung wird vorgeschlagen, zunächst eine städtische Planungs- und Koordinationsstelle zu schaffen, dann fachlich ausgebildetes Personal einzusetzen. Die Zentren sollen auf die Bedürfnisse der einzelnen Stadtkreise ausgerichtet sein und Säle, Bibliotheken, Räume für die Erwachsenenbildung sowie Einrichtungen enthalten, die den verschiedensten Aktivitäten von Jung und Alt dienen. Durch diese vielfältigen Möglichkeiten soll die Persönlichkeit des Einzelnen, seine Gemütskräfte, seine schöpferische Fantasie und seine Urteilskraft gebildet werden. Auf dieser Grundlage könne sich dann in der Begegnung und Zusammenarbeit mit anderen das soziale Verantwortungsbewusstsein entwickeln und das Gemeinschaftsleben in den einzelnen Stadtkreisen gefördert werden.

Am 19. Oktober 1970 genehmigte der grosse Gemeinderat von Winterthur die Anstellung eines Geschäftsführers der Gemeinschaftszentren Winterthur und einen Kredit von Fr. 225'000.-- für erste Aktionen und Planungen.

In den vorangegangenen Beratungen wurde wiederholt die Absicht geäussert, das Jugendhaus in den Aufgabenkreis des vorerwähnten Geschäftsführers mit einzubeziehen. Damit sollte eine Koordination zwischen Jugendhaus und den Gemeinschaftszentren von Anfang an gewährleistet sein.

QUELLEN

- M. Stahel, Winterthur, Präsident des Jugendhaus-Betriebsausschusses 1963-1966, Gründer der politischen Partei "Junge Löwen": Gespräch und Korrektur.
- E. Werner, Winterthur, städtischer Vertreter für das Jugendhaus seit 1968: Gespräch und Korrektur.
- Stadtrat Schiegg, Vorsteher des Schulamtes der Stadt Winterthur: Brief vom 6.4.1970 zu Fragen der Zielsetzung des Jugendhauses Winterthur.
- Sitzungsprotokolle des Betriebsausschusses des Jugendhauses Winterthur 1963-69.
- Jahresberichte vom Jugendhaus Winterthur 1963-1969.
- Protokoll einer Besprechung vom 30.5.1962 zwischen dem Vorsteher des Schulamtes und einer Delegation des Initiativkomitees für ein Jugend- und Freizeithaus in Winterthur.
- Stadtrat Winterthur: Weisungen an den Grossen Gemeinderat betreffend Schaffung eines Jugendhauses, Dezember 1962.
- Schulamt Winterthur: Richtlinien für den Betrieb des Jugendhauses Winterthur, 1963, revidiert August 1969.
- W. Bommer: "Freizeit - eine Aufgabe des Gemeinwesens". - Eine Studie im Auftrag der Stadt Winterthur. Pro Juventute Zürich 1969.
- MS: "Ein Jugendhaus - auch in Winterthur wünschenswert", Der Landbote, Winterthur, 30.3.1961.
- M.St.: "Wie verbringt die Winterthurer Jugend den Samstagabend?" Neues Winterthurer Tagblatt 22.4.1961.
- Korrespondenz des Initiativ-Komitees für ein Jugendhaus, 1961-1963 und des Betriebsausschusses, 1963-1969.
- Hausordnung 1969

JUGENDHAUS DRAHTSCHMIDLI ZUERICH

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Die "Vereinigung Ferien und Freizeit" (VFF)

Entstehung der VFF

1925 wurde nach mehreren Anläufen in der Stadt Zürich die Dachorganisation der Jugendgruppen "Vereinigung Ferien und Freizeit" gegründet. Ihr traten vorwiegend Gruppen mit sozialpolitischen Anliegen bei, wobei mit Ausnahme der Pfadfinder alle grösseren Jugendbünde vertreten waren. Mitgliederbestand um 1930: ungefähr 65 Gruppen, davon 35 konfessionelle (Blaukreuzgruppen, reformierte Konfirmandenvereinigungen, katholischer Gesellenverein und katholische Mädchengruppen), 15 unabhängige (u.a. Wandervogel, Burschenclub "Aufstieg", Mädchengruppe Gartenhof) und 15 - meist sehr aktive - Jugendorganisationen sozialistischer und gewerkschaftlicher Richtung (u.a. sozialistische Arbeiterjugend und kommunistischer Jugendverband).

Der Zusammenschluss erfolgte aus der Einsicht einzelner Gruppenleiter, dass gewisse Aufgaben nur in gemeinsamer Selbsthilfe ("Jugend für Jugend" hiess die Parole) gelöst werden können, so etwa:

- Die Erfassung der nichtorganisierten Jugendlichen, die 1925 90 % der Jugend ausmachten;
- Die Verbesserung der Arbeits- und Ferienverhältnisse (1925 enthielten erst ein Viertel der Lehrverträge Ferienbestimmungen);
- Die Bekämpfung der ungesunden Zerstreuung in Kino, Alkohol und Massensport.

Die Ziele der VFF

wurden in der Gründungszeit wie folgt umschrieben:

- Dem Recht des jungen Menschen auf gesunde Entwicklung Nachachtung verschaffen. Postulate: Ferien für alle, Bildung für alle. (Bildung, um Freizeit auszufüllen.)
- Den Willen des Jugendlichen, ein Stück Welt selber zu erobern, stärken und ihn befähigen, die Kämpfe des Lebens mit Erfolg auszutragen.
- Im Jugendlichen Verantwortung wecken, sich, der Familie und dem Staat gegenüber.

Folgende Wege sollten eingeschlagen werden:

- Unterstützung der Jugendorganisationen durch Beratung, Kaderschulung, organisatorische und finanzielle Hilfe.
- Durchführung von gemeinsamen, attraktiven Unternehmungen für die nichtorganisierten Jugendlichen.
- Politische Vorstösse betreffend Arbeits- und Feriengesetz. Kontakte mit den Arbeitgebern.

Die Entwicklung der VFF

Mitgliederbestand

Die Zahl der an der VFF angeschlossenen Gruppen bewegte sich ständig zwischen 60 und 80. Die konfessionelle Fraktion vergrösserte sich allmählich auf 50 Gruppen, trotz des Austritts der katholischen Jugendbünde im Jahre 1934. Die sozialistische gewerkschaftliche Fraktion ging nach dem Ausschluss der kommunistischen Organisationen im Jahre 1956 auf 2 Gruppen zurück. Die Rivalität zwischen VFF und linksextremen Gruppen brach 1968 im Zusammenhang mit den Globus-Vorfällen nochmals auf, verebbte dann aber wieder (siehe Lindenhofbunker).

Organisation

Nach dem vergeblichen Versuch, die einzelnen Gruppen zu offenen Veranstaltungen zu bewegen, führte die VFF ab 1928 ein eigenes, auf die nichtorganisierten

Jugendlichen zugeschnittenes Programm durch. Ab 1930 ergab sich durch die leitende Tätigkeit des VFF-Präsidenten im Jugendamt II eine enge Zusammenarbeit mit der städtischen Berufsberatung, welche die Organisation von Bildungsveranstaltungen (z.B. "Donnerstagsvorträge") und Bastelkursen übernahm. Die VFF behielt jedoch ihren privaten Charakter. Das Sekretariat wurde zunächst von einem nebenamtlichen, seit dem zweiten Weltkrieg von einem vollamtlichen Sekretär geführt. 1957 übertrug die VFF ihre Aufgaben mit Ausnahme der Unterstützung der Jugendgruppen dem Verein Zürcher Jugendhaus, wobei auch die Administration zusammengelegt wurde. 1970 ist im Rahmen der VFF eine aus drei vollamtlichen Mitarbeitern bestehende Dienststelle für sämtliche Jugendgruppen geschaffen worden, die ein Informationsblatt herausgibt, die Schulung von Jugendleitern fördert und den Kontakt zwischen Stadtverwaltung und Jugendverbänden herstellen soll.

Zielsetzung

Im ersten Jahrzehnt Betonung der sozial-politischen Ziele (Eingaben an den Bund und an den Kanton betreffend Jugendschutz, Feriengesetz und Arbeiterbildung). Während der Bedrohung durch das Dritte Reich rückte dann die Erhaltung des kulturellen und demokratischen Erbes mehr in den Vordergrund. Ablehnung eines obligatorischen Arbeitsdienstes, die Jugend solle freiwillig und aus eigener Einsicht die öffentliche Verantwortung übernehmen. Die grundsätzliche Bejahung der schweizerischen Staatsordnung wurde 1956 nach der Ungarn-Krise in den Statuten verankert; Ausschluss von Gruppen, die undemokratischen oder unschweizerischen Ideologien verpflichtet sind.

Unverändert blieb über alle Jahre hinweg das Bestreben, die Arbeit der Jugendgruppen zu fördern sowie das Ziel, die nichtorganisierten Jugendlichen zu erfassen. Dabei hoffte man immer auch, Gefährdete miteinbeziehen und sie vor einem Abgleiten auf die schiefe Ebene bewahren zu können. Obwohl diese Absicht nie in die Tat umgesetzt wurde, trug sie wesentlich zur allgemeinen Anerkennung der VFF bei.

Tätigkeit, Finanzierung, Räumlichkeiten siehe Tabelle S. 9.

Zu ergänzen ist, dass in den Dreissigerjahren die sehr gefragten Bastelkurse in erster Linie deshalb durchgeführt wurden, um Jugendliche für die VFF zu gewinnen.

DIE ENTSTEHUNG DER JUGENDHAUS-IDEE

Schon kurz nach Entstehung der VFF muss der Wunsch nach einem zentralen Haus für die schulentlassene Jugend aufgetaucht sein. Hervorgehoben wurden die folgenden drei Argumente:

- Viele Jugendgruppen haben noch kein eigenes "Dach über dem Kopf".
- Die VFF brauchte für ihre Administration Räume.
- Die nichtorganisierten Jugendlichen zieht es aus ihren Wohnquartieren ins Stadtzentrum (Niederdorf). Sie müssen daher dort aufgefangen werden.

1936 wurde an einer Delegiertenversammlung der VFF erstmals der Wunsch nach einem Jugendhaus geäußert; 1938 wurde der Stadtverwaltung eine Raumskizze eingereicht, mit folgendem Programm:

- Saal für zentrale Jugendveranstaltungen
- Clubräume für Spiel, Aufenthalt, Bildungskurse und Gruppenzusammenkünfte
- Freizeitwerkstätten
- Sekretariat mit Wanderberatung
- Jugendherberge
- Räume für die städtische Berufsberatung

Der letzte Punkt wurde von der VFF wenig später fallen gelassen, weil man Jugendhaus und Amtsräume unter einem Dach für unvereinbar betrachtete.

An der Landesausstellung 1939 beteiligte sich die VFF am "Schweizer Jugendhaus",

das zwar in erster Linie als Ausstellungspavillon konzipiert war, aber mit seiner Kombination von Freizeitwerkstätten, Klubräumen und Saal zum Vorbild für spätere Jugendhäuser wurde.

Als nach dem 2. Weltkrieg der Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften Kampagnen gegen den Alkoholkonsum und gegen den Dancing-Besuch durchführte, drängte die VFF auf die Schaffung von positiven Möglichkeiten für die Jugendlichen. In der Folge wurden im alkoholfreien Restaurant "Zum Karl dem Grossen" Jugendtanzveranstaltungen organisiert und am 9.9.1949 das Initiativkomitee für ein Zürcher Jugendhaus gegründet. Ihm gehörten Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen und sozialen Leben der Stadt an; Vorsitzende war die Präsidentin des Zürcher Frauenvereins.

Das gewünschte Raumprogramm beruhte auf Vorschlägen der Jugendgruppen aus dem Jahr 1946 und war im wesentlichen das gleiche wie 1938; nur die Aufenthaltsräume (die früheren Jugendstuben) sollten durch ein alkoholfreies Restaurant ersetzt werden.

Begründet wurde die Notwendigkeit eines zentralen Jugendhauses ähnlich wie früher. Aus politisch-taktischen Gründen sind Argumente der Jugendvorsorge - z.B. die Bekämpfung der Jugendkriminalität und der Flucht in die Fremdenlegion - stärker herausgestrichen worden.

Am 9.3.1951 konstituierte sich das Initiativ-Komitee zum Verein Zürcher Jugendhaus. Statuarischer Zweck: "Schaffung und Betrieb eines Jugendhauses in der Stadt Zürich, das politisch und konfessionell neutral allen Jugendlichen und Jugendverbänden zur Gestaltung der Freizeit zur Verfügung steht." Der Verein soll darüber wachen, dass die Heimstätte der Jugend niemals ihrem Zweck entfremdet wird.

DIE WEITERE ENTWICKLUNG

Ueberblick

Von Anfang an wurde ein Neubau im Stadtzentrum angestrebt, weil man von der Lage und von der Raumgestaltung her möglichst günstige Voraussetzungen schaffen wollte. Die Finanzierung schien keine Schwierigkeiten zu bieten: In drei grossen Jugendfesten und in Strassensammlungen der Pro Juventute wurde bis 1957 ein Eigenkapital von 0,8 Mio. Franken geäufnet.

Hingegen war die Standortfrage schwer zu lösen. 1957 stellte die Stadt das Drahtschmidli-Areal definitiv für einen Neubau zur Verfügung. Der Verein beschloss, sofort einen Jugendhausbetrieb ohne Jugendhaus aufzuziehen, um Erfahrungen zu sammeln. Er übernahm die Aufgaben der VFF sowie einen Teil des Betriebes der städtischen Freizeitanlagen. Die Leitung des Unternehmens wurde dem bisherigen VFF-Sekretär übertragen.

Die Diskussion "Zentrales Jugendhaus oder Quartier-Freizeitanlagen?" verzögerte aber das Neubauvorhaben. 1960 - auf dem Höhepunkt der Halbstarken-Welle - entschloss man sich für die Schaffung eines provisorischen Jugendhauses. Jugendliche bauten die Drahtschmidli-Liegenschaft in Fronarbeit behelfsmässig in ein Jugendhaus um. 2 Jahre nach der Betriebsaufnahme im Herbst 1960 trat jedoch auf der ganzen Linie eine Stagnation ein, da für den (1962) zurückgetretenen ersten Leiter kein Ersatz gefunden werden konnte. Erst seit der Anstellung des jetzigen Leiters im Jahre 1965 sind neue Impulse zu verzeichnen: Der Betrieb und das Programm sind in Stil und Inhalt modernisiert (lose Clubs, Moped-Wanderungen, Auto-Orientierungsfahrten, Café mit Verpflegungsmöglichkeiten, Aufhebung der Werkstätte) und die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (kirchliche Jugendarbeit, TCS/ACS, Jugend und Sport) ist ausgebaut. Im Unterschied zur Anfangszeit ist die Betreuung Gefährdeter stark in den Hintergrund getreten. Man will vor allem gut durchschnittliche Jugendliche ansprechen.

Seit den Globus-Krawallen im Sommer 1968 sind die Planungsarbeiten für einen Neubau intensiviert worden.

Baufonds

- Juni 1951: Jugendfest auf dem Sechseläutenplatz im Rahmen der 600-Jahr-Feier zum Eintritt Zürichs in die Eidgenossenschaft. Organisation durch VFF, katholische Jugendorganisationen, Pfadfinder, Mittel- und Berufsschulen und einzelne nichtorganisierte Jugendliche. Budenstadt mit Irrgarten, Flohmarkt, Bazar, Karussellen, Schiessbuden und fiktivem Baugespann für das Jugendhaus. Reinertrag Fr. 200'000.--.
- Juni 1953: Zweites Zürifäscht auf dem Sechseläuten-Areal mit Budenstadt und Festhütte, Kafi-Tram, Tüechliverkauf, Zürifäschtlied, Rutschbahn Lindenhof-Schöpfe. Reinertrag Fr. 218'000.--.
- Juni 1956: Drittes Zürifäscht, ähnlich wie die Vorgänger; Reinertrag Fr. 160'000.--. Zusammen mit Strassensammlungen der Pro Juventute erreicht der Baufonds Fr. 800'000.--.

Standort für den Neubau

- 11.7.1952: Der Stadtrat reserviert das Drahtschmidli-Areal für einen Jugendhaus-Neubau. 1953 Erwerb des Areals durch die Stadt.
- 1955: Das Drahtschmidli wird für den Generalverkehrsplan beansprucht. West-enderasse am Schanzengraben als Ersatz in Aussicht genommen.
- 1957: Das Drahtschmidli-Areal wird doch nicht für den Generalverkehrsplan benötigt. Definitiver Beschluss des Stadtrates, das Areal für einen Jugendhaus-Neubau zur Verfügung zu stellen.
- März 1959: Das Baukollegium des Städtischen Bauamtes zweifelt an der Notwendigkeit eines zentralen Jugendhauses und lehnt eine Ueberbauung des Drahtschmidli-Areals grundsätzlich ab. Zudem wird das Areal erneut durch ein Express-Strasse-Projekt tangiert. Als Ersatz wird eine Parzelle an der Röslistrasse vorgeschlagen. Der Verein verzichtet gezwungenermassen auf das Drahtschmidli-Areal.
- 1961: Projekt Röslistrasse fertig ausgearbeitet. Opposition aus dem Quartier, das Lärm befürchtet und den Platz für einen eigenen Saalbau beansprucht. Das Drahtschmidli-Areal, wo unterdessen das provisorische Jugendhaus läuft, wird erneut als Bauplatz ins Auge gefasst. Das Grundstück, das durch das City-Ring-Projekt stark geschmälert ist, soll durch einen Landabtausch arondiert werden. Der Stadtrat verspricht, mit der SBB diesbezüglich Verhandlungen aufzunehmen.

Raumprogramm für einen Neubau

Da die Jugendherberge anderswo gebaut wird, reduziert sich 1966 das Raumprogramm um diesen Teil. Neu kommt eine Sporthalle dazu.

Organisation

1953 werden vom Verein folgende Grundzüge einer zukünftigen Jugendhaus-Organisation genehmigt:

- 1) Die Betriebsleitung soll in den Händen des Vereins liegen. Um aber den Verein nicht zum "lästigen Aufsichtsorgan" werden zu lassen, sollen im Verein alle interessierten Kreise, vorab die Jugendgruppen, vertreten sein.
- 2) Den Jugendgruppen sollen Räume für ihre Veranstaltungen, den Unorganisierten ein Bildungs-, Sport- und Unterhaltungsprogramm sowie Räume zur individuellen Benützung offen stehen.
- 3) Um die Benützer zur Mitarbeit und Mitverantwortung heranzuziehen, sollen Arbeitsgruppen für verschiedene Aktivitäten geschaffen werden.

Diese Grundsätze werden 1960 im provisorischen Jugendhaus angewandt und gelten seither praktisch unverändert.

Programm und Finanzen

siehe Skizze Nr. 8, Kolonne 4, S. 108.

Die Auseinandersetzung Freizeitanlagen - Jugendhaus:

Die von der Stiftung Pro Juventute ausgearbeiteten Pläne für Freizeitanlagen

(siehe Freizeitanlagen der Stadt Zürich) hoben sich schon anfangs der Fünfzigerjahre deutlich von der Jugendhaus-Idee ab, richteten sich aber zunächst nicht dagegen. Erst in den Jahren 1957-1961 wurden die beiden Konzeptionen gegeneinander ausgespielt, da man auf beiden Seiten um die öffentliche Anerkennung rang. Den Freizeitanlagen für jung und alt wurde vorgeworfen, nicht jugendgemäss zu sein. Der Jugendliche gehöre in seiner körperlichen, seelischen, geistigen und kulturellen Entwicklung einem Sonderbereich an und brauche besondere Freizeiteinrichtungen. Umgekehrt wurde dem Jugendhaus angekreidet, es vergrössere den Graben zwischen den Generationen und fördere mit seinen Grossveranstaltungen die Vermassung und die Konsumentenhaltung.

Seit 1961 ist der Streit abgeflaut. Allgemein hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass sowohl Freizeitanlagen wie ein zentrales Jugendhaus eine Existenzberechtigung haben.

Dass die Freizeitanlagen rascher realisiert wurden als das Jugendhaus, hat vor allem zwei Gründe:

1) Von der Sache her hat die Idee der FZA bei Politikern und Behörden besser überzeugt. Eine kombinierte Lösung für alle Altersstufen erschien ökonomischer und pädagogisch wirkungsvoller als ein separates Jugendhaus.

2) Das Anliegen der FZA wurde von ihren Vertretern beharrlicher und wirkungsvoller verfochten. Ausschlaggebend war, dass in der Stadtverwaltung selber in der Person von A. Trachsel ein Realisator der Freizeitanlagen gefunden werden konnte.

Parteilpolitische Rivalitäten spielten höchstens am Rande eine Rolle. In den Debatten des Gemeinderates ist es nie zu Parteifronten für oder gegen die eine oder andere Konzeption gekommen.

Die Auseinandersetzung traditionelles - autonomes Jugendhaus:

Während der Auseinandersetzung um das Globus-Provisorium im Sommer 1968 wurde das Drahtschmidli vom "Aktionskomitee Autonomes Jugendzentrum" (siehe Vorgeschichte Projekt Lindenhofbunker) unter Beschuss genommen. Die Jugend werde im Jugendhaus Drahtschmidli vom erwachsenen Leiter autoritär auf die bestehende Ordnung hin geführt, statt dass sie selbständig eigene Gesellschaftsformen erproben könne.

Folgen der Globus-Vorfälle auf das Jugendhaus Drahtschmidli:

- Forcierung des Neubau-Vorhabens durch die Stadt: Erledigung des seit 7 Jahren hängigen Landabtausches mit den SBB innert 3 Tagen.
- Genehmigung eines Projektierungskredites von Fr. 200'000.--.
- Zusätzlich zu den bereits selbständig funktionierenden Gruppen (wie Presseclub und Leiterteam) wurde dem zur APO sich zählenden "Club Flöte" Raum gewährt.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

Allgemein:

- Den älteren Jugendlichen (ab ca. 18 Jahren), der sich keiner Jugendorganisation angeschlossen hat, vielseitig (d.h. kulturell, handwerklich, sportlich und menschlich) weiterbilden, damit er die Verantwortung in der Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens bewusst übernehmen kann.
- Die Jugendgruppen mit Räumen und organisatorischen Hilfen in ihrer Arbeit unterstützen.
- Einzelne gefährdete Jugendliche vor dem Abgleiten auf die schiefe Ebene bewahren durch Kontakte mit reiferen Jugendlichen.

Im einzelnen:

- Den Jugendlichen Räume, Einrichtungen, finanzielle und organisatorische

Mittel und persönliche Beratung anbieten, damit sie ihre Freizeit sinnvoll gestalten können. Sinnvoll: was zur Selbsterziehung beiträgt, im Gegensatz zu Ausschweifungen in schlechter Gesellschaft und zum Zeitvertrödeln in Spielsalons und Bars.

- Dem Jugendlichen in seinem Bedürfnis nach Geselligkeit entgegenkommen und Möglichkeiten bereitstellen, wo er sich in gesunder Atmosphäre unterhalten und mit anderen Jugendlichen treffen kann. Gesund: ohne perversen oder kriminellen Anstrich.
- Dem Drang der Jugendlichen nach Eigenleben und Selbstbestimmung Rechnung tragen und bis zu einem gewissen Grad jugendliche Subkultur ermöglichen. Gewisser Grad: Der Anschluss an die bestehende Gesellschaft soll - bei aller Kritik und bei allem Willen zur Veränderung - gewährleistet bleiben.

Grundsätze und Methoden

- Die Bildung soll vermittelt werden
 1. durch das Zusammenleben und die Auseinandersetzung in Gruppen (zum Beispiel in Ferienlagern);
 2. durch ein gutes Niveau (gesunde Zusammensetzung des Publikums, gut präsentierendes Programm, moderne Räume, reibungslose Organisation);
 3. durch unterhaltende Bildungsveranstaltungen (zum Beispiel Auto-Orientierungsfahrt);
 4. durch eigentliche Bildungsveranstaltungen wie Vorträge, Kurse, Jugendgruppen-Zusammenkünfte, geführte Diskussionen.
- Die Jugendlichen werden hauptsächlich mittels schriftlicher Werbung (Inserate, Rundbriefe, Flugschriften) angesprochen. Die Werbung von Leuten für leitende Funktionen geschieht teilweise auf demselben Weg, sofern nicht aus dem Kreis der Jugendhausbenützer genügend Leiter hervorgehen. Treffpunkt und Unterhaltungsveranstaltungen sind nur zum kleineren Teil als Angelpunkt für das übrige Programm gedacht; sie erfüllen in sich eine Aufgabe (Befriedigung des Geselligkeitsbedürfnisses).
- Der Leiter soll den Jugendlichen beratend zur Seite stehen, aber nur so lange, bis sie ihre Unternehmungen selbständig durchführen können. Der Club junger Presseleute z.B. wuchs unter Beratung und finanzieller Unterstützung durch die Jugendhausleitung zum völlig selbständigen Verein heran.
- Um den Anreiz zur freiwilligen Mitarbeit zu erhöhen, werden den Helfern Vergünstigungen und kleinere Prämien gewährt.
- Für Einzelabende werden Räume (im allgemeinen bis 23.30 Uhr, ausnahmsweise bis 02.00 Uhr) an jede Gruppe vermietet, sofern ein Mitglied der Gruppe verantwortlich zeichnet. In einzelnen Fällen werden Räume auch über längere Perioden an geschlossene Gruppen abgegeben.
- Grundsätzlich können alle Gruppierungen im Jugendhaus ihre Aktivität entfalten, sofern sie sich an die demokratischen Spielregeln halten, jedermann Zutritt gewähren und den Ruf des Hauses nicht gefährden.

Zielsetzungen und Grundsätze der Betriebsführung entsprechen im wesentlichen den Vorstellungen der Behörden.

Ergänzende Angaben zur graphischen Darstellung

Zur Hausordnung

Alkohol wird deshalb nicht ausgeschenkt, weil dies von den Gönnern und Mitbürgern nicht verstanden würde.

Zur Organisation

Der Jugendhausleiter führt hauptsächlich den vollamtlichen Mitarbeiterstab und die administrativen Geschäfte. Er arbeitet nur vereinzelt in den Helferguppen und bei Veranstaltungen mit. Er ist zugleich Sekretär der Vereinigung Ferien und Freizeit.

Die Geschäftsleitung befasst sich mit Personal-, Raum- und Finanzfragen. Probleme der Betriebsführung werden laufend zwischen dem Jugendhausleiter und dem Vereinspräsidenten besprochen, wichtige Entscheide und Reglemente der Geschäftsleitung zur Genehmigung vorgelegt.

Die Vermietung der ehemaligen Bastelwerkstatt an den "Club Flöte" wird vertraglich wie folgt geregelt:

Der Club hat die Hausordnung und die öffentlichen Gesetze strikte einzuhalten. Bauliche Veränderungen dürfen nur im Einverständnis des Vermieters vorgenommen werden. Der Club hat das Recht, nach Rücksprache mit dem Jugendhausleiter eigene Veranstaltungen zu organisieren. Der Club muss dem Jugendhausleiter melden, wer einen Schlüssel zum Raum besitzt.

Zu Programm und Betrieb

Pro Jahr werden an über 100 Jugendorganisationen, Klassen und Gruppen Räume für Zusammenkünfte und Parties vermietet. Weitere Angaben zum Programm siehe Skizze Nr. 8, Kolonne 5, S. 108.

Zum Besucherkreis

Das Publikum setzt sich vorwiegend aus Lehrlingen und Berufstätigen zusammen. Bemühungen, vermehrt Mittelschüler und Studenten zu gewinnen, sind bis heute ohne sichtbaren Erfolg geblieben.

Im Durchschnitt nehmen pro Ferienlager, Weekend oder Auslandsreise 20-30 Personen teil, an einer kulturellen Veranstaltung 200, an einem Tanzabend 300, an einem Vortrag 40 und an einem Bastelkurs 5-10.

PLAENE

Wesentliche Neuerungen im Betrieb werden erst nach Entstehung des Drahtschmidli-Neubaus in Angriff genommen. Man hofft, dass dies nicht mehr allzulange dauern wird, da seit den Globus-Vorfällen die Projektierungsarbeiten stark vorangetrieben werden konnten.

Ergänzende Angaben zur graphischen Uebersicht "Neubau Drahtschmidli":

Zum Programm

Es sollen auch Freizeit-Aktivitäten ermöglicht werden, die über das Budget des Jugendlichen hinausgehen (z.B. Filme drehen, Drucksachen herstellen). Bastelkurse finden mehr Anklang, wenn sie in den Quartieren stattfinden und sollen daher den städtischen Freizeitanlagen überlassen werden.

Zur Organisation

Träger soll weiterhin ein privater Verein sein, damit das Jugendhaus nicht zu einem schwerfälligen Staatsbetrieb wird. Für die Benützer ist eine weitgehende Mitbestimmung vorgesehen, so z.B. in Fragen der Hausordnung.

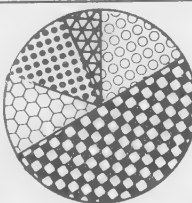
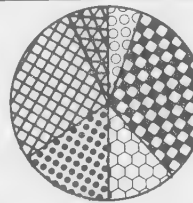
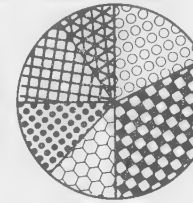
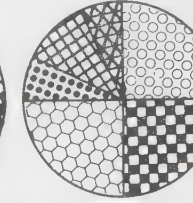
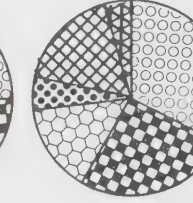
Zur Hausordnung

Das Alkoholverbot und die Altersbeschränkung nach oben sollen aufgehoben werden, um einen normalen Gaststätten-Betrieb führen zu können. Ebenso dürften die Öffnungszeiten der im Gastgewerbe üblichen Regelung angepasst werden.

QUELLEN

- H. Müller, Sekretär des VFF 1946-1956, Leiter des Zürcher Jugendhauses 1957-1962: Gespräch und Korrektur.
- K. Amberg, Leiter des Jugendhauses Zürich seit 1965: Gespräch und Korrektur.
- Dr. S. Widmer, Stadtpräsident Zürich: Gespräch.
- Dr. h.c. F. Böhnly, Präsident VFF 1930-1945, Zürich: Gespräch und Korrektur.
- Frau Surbeck-Macher, Delegierte des VFF 1936, Zürich: Gespräch.
- Jahresberichte der VFF 1925-1970.

- Jahresberichte des VZJ 1949-1970.
- Sitzungsprotokolle des Arbeitsausschusses VZJ 1949-1969.
- Protokolle der Gespräche: VZJ-Stadtrat 1950-1960.
- Stadtrat der Stadt Zürich: Weisungen an den Gemeinderat vom 14.2.1964 und 5.9.1968 betreffend Betriebsbeitrag an den Verein Zürcher Jugendhaus.
- Stadtrat Zürich: Antwort vom 3.7.1958 auf die Interpellation O. Schütz über den Standort des Jugendhauses.
- VFF Zürich: Eingabe an den Stadtrat vom 13.8.1969 betreffend Schaffung einer Dienststelle der Jugendorganisationen.
- ad: "Der provisorische Zürcher Jugendhausbetrieb", NZZ 15.11.1957.
- fm: "Grünes Licht für den Bau eines Jugendhauses", Volksrecht Zürich, 21.8.69.
- Dr. E. Bieri: "Das Zürcher Jugendhaus - Wahrheit und Legende", NZZ 23.6.1968.
- Korrespondenz Stadtrat - Jugendhaus Zürich 1967/68 betreffend Erhöhung der Betriebsbeiträge.
- Jugendhaus Zürich: Brief an die Gönner 1967/68.
- Verein Zürcher Jugendhaus: "Studienreise 29.1.-2.2.1969"; Besichtigung von Jugend- und Freizeitzentren und Raumprogramm für den Neubau Drahtschmidli.
- Vertrag zwischen Jugendhaus Zürich und Club Flöte vom 7.1.1970.
- Diverse Statuten, Verträge, Richtlinien und Kurzinformationen.
- Verein Zürcher Jugendhaus: Statuten vom 9.3.1951, rev. 9.3.1953 und 21.6.1966.
- Vereinigung Ferien und Freizeit Zürich: Statuten vom 19.5.1965.
- Jugendhaus Zürich: "Richtlinien für Touren und Lager", Zürich 10.4.1968.

	1925 - 1938 VFF mit städt. Berufsberatung	1939 - 1945 VFF mit städt. Berufsberatung	1945 - 1957 VFF mit Berufs- beratung + VZJ	1958 - 1967 Jugendhaus mit VFF	seit 1968 Jugendhaus VFF
RAEUME					
Eigene	Freizeitheim Grüngasse (Küche + 3 Zi)	Freizeitheim Limmatplatz	Freizeitheim Limmatplatz	seit 1961: Pro- visorium Draht- schmidli	Provisorium Drahtschmidli
Andere	Skihütte / 2 Freizeitwerkst.	Skihütte / 2 Freizeitwerkst.	Skihütte / 2 Freizeitwerkst.	Räume in allen Freizeitanlagen	
FINANZEN					
Beiträge					(240'000.-- VZJ 100'000.-- VFF 20'000.-- VZJ 70'000.-- VFF)
Stadt+Kanton	30'000.--	30'000.--	50'000.--	150'000.--	
Privat	2'000.--	2'000.--	30'000.--	10'000.--	
Aufw.:Löhne	10'000.--	12'000.--	20'000.--	100'000.--	
PROGRAMM					
Uebersicht über Schwer- punkte des Programms (Legende s. Faltgrafik)					
Unter- stützung der Jugend- gruppen	Subventionen Org.Hilfen Kaderschulung Information	Organisations- hilfen Kaderschulung	Organisations- hilfen	Räume für Höcks Organisations- hilfen	Org.Hilfen Kaderschulung Informations- blatt VFF
Gesellig- keit und Spiel	Ferienlager Singabende Fastnacht (Mondschein- fahrt) Sonntagsstuben für Mädchen	Ferienlager Singabende	Ferienlager Singabende Jugendfastnacht neu: Tanz neu: Zürifäscht	Ferienlager Allroundclub Jugendfastnacht Tanz neu: Café	Ferienlager Allroundclub Pop-Fastnacht Tanz / Café erneut: Junifäscht
Sport und Erholung	Touren/Wanderun- gen /Sportkurse Sportanlässe Ferienberatung+ -subvention verbilligte Aus- rüstung/Skiausl.	unverändert	unverändert Verkauf von ver- billigter Ausrü- stung aufgegeben	unverändert	unverändert Ferienberatung+ - subvention prakt.aufgegeben
Bildung Kultur Hobby	Vorträge/Exkur- sionen/Bildungs- u.Bastelkurse Kunstführungen Theater/Konzerte verbilligte Bil- lette Theatergruppe Werkstattbetrieb	unverändert	unverändert neu: Studien- reisen	unverändert neu: Filme Programm in den Quartieren	unverändert neu: Presseclub. Werkstatt aufge- hoben/Quartier- progr. an FZA
politische Aktionen	Stellungnahmen zu eidg.+kant. Ausbildungsge- setz /Aktionen gegen Sonntags- verkauf	Stellungnahme gegen d.obliga- torischen Ar- beitseinsatz (für freiwilli- gen)	Abstimmungskampf Feriengesetz 1953: Kundgebung für Schauspiel- haus	-----	-----
Arbeitsein- sätze Wohltätig- keits- aktionen	-----	freiwilliger Heimatsdienst	freiwilliger Landdienst Zürifäscht für Jugendhaus-Fonds	Arbeitslager Operation Fen- sterladen	Operation Fensterladen Aktion Roll- stuhl

Skizze Nr. 8: Vereinigung Ferien und Freizeit (VFF) und Verein Zürcher Jugendhaus (VZJ):
Entwicklung der Tätigkeit

BEGEGNUNGSZENTRUM LINDENHOF ZUERICH

=====

ZUR ENTSTEHUNG DER IDEE

Uebersicht

Als im Herbst 1967 die "Magazine zur Globus AG" den provisorischen Verkaufspavillon bei der Bahnhofbrücke verliess, machten zuerst die traditionellen Jugendorganisationen (Aktion Bahnhofbrugg) und später - davon völlig unabhängig - Gruppen der Neuen Linken (Aktion Autonomes Jugendzentrum) dem Zürcher Stadtrat den Vorschlag, im leergewordenen Gebäude ein neuartiges Jugendzentrum unterzubringen. Die Vorstellungen über die Form dieses Jugendzentrums gingen freilich erheblich auseinander.

Trotz eines parlamentarischen Vorstosses der Aktion Bahnhofbrugg und trotz eines von Krawallen begleiteten Ultimatums der Neuen Linken, wurde das Globus-Provisorium schliesslich anderweitig verwendet. Der Ruf nach einem neuen Jugendzentrum blieb aber bestehen, wobei die Aktion Bahnhofbrugg und die Aktion Autonomes Jugendzentrum untereinander Kontakt aufnahmen und sich im Juli 1968 auf die Forderung nach einem im Stadtkern gelegenen Begegnungszentrum mit grossem Saal einigen konnten.

a) Die Aktion Bahnhofbrugg

Vorgeschichte

Im April 1967 taucht in Kreisen des Jugendhauses Drahtschmidli der Gedanke auf, im Globus-Provisorium ein von allen Jugendorganisationen getragenes "Jugend- und Kulturzentrum" einzurichten. Die Ziele sind:

- 1) in einem einladenden Restaurant mit Foyer sowohl spontane wie auch organisierte Kontakte zu den Jungen und unter den Jungen verschiedenster Herkunft zu ermöglichen;
- 2) in Ateliers durch Bildungskurse, künstlerische Experimente und Talentwettbewerbe Begabungen zu fördern;
- 3) durch Werbung für soziale Einsätze und für das Jugendparlament zur staatsbürgerlichen Erziehung beizutragen;
- 4) durch einen Jugendreisedienst wertvolle, jugendgemäss geführte Reisen zu vermitteln, und
- 5) durch Wochenendkurse Jugendleiter zu schulen.

Dieses 5-Punkte-Programm ist als Ergänzung zum bestehenden Jugendhaus gedacht und stützt sich auf die Erfahrung, dass die Jugendlichen zunehmend höhere Ansprüche an die Freizeitmöglichkeiten stellen.

Wenig später erscheint in kirchlichen Kreisen ein ähnlicher Entwurf, der im Globus-Provisorium ein "Kongresshaus der jungen Generation" vorsieht. Der Plan geht von der Feststellung aus, dass die Verflechtungen heute weltweit seien und man daher auf die Utopie der einen Welt, in welcher die Extreme zusammengehalten würden, hinarbeiten müsse. Das vorgeschlagene Kongresshaus soll ein Ort des sozialen Lernens in kleinen, informellen Gruppen sein. Der Jugendliche werde dadurch zum verantwortungsvollen Glied unserer weltweiten Gesellschaft heranwachsen und befähigt, die zwischenmenschlichen Probleme zu erfassen und zu lösen.

Entstehung

Am 1. Juni 1967 schliessen sich zur Zusammenarbeit gewillte Persönlichkeiten der reformierten und katholischen Jugendverbände, der Pfadfinder, des Jugendhauses Drahtschmidli, der Schweizerischen Jugendakademie, des Jugendparlamentes und der Vereinigung Ferien und Freizeit zum "Initiativkomitee Aktion Bahnhofbrugg" zusammen.

Tätigkeit bis Juli 1968

Juli 1967: Das Initiativkomitee schreibt dem Stadtrat, er möchte prüfen, ob nicht im Globus-Provisorium oder in einem späteren Neubau ein "Kulturelles Gemeinschaftswerk der Region Zürich" untergebracht werden könnte. Das vorgelegte 5-Punkte-Programm vereinigt die Absichten der beiden vorangegangenen

Exposées. Neu wird erwähnt, dass das geplante Zentrum auch eine touristische Attraktion mit moderner Verpflegungsstätte, Zeitungs-Shop, Boutique-Läden und Gemäldegalerie darstellen soll. Das aus Tagungen, Filmen, Theatern und Konzerten zusammengesetzte Programm sei auf einen breiten Kreis von Erwachsenen und Jugendlichen auszurichten.

Herbst 1967: Die Gemeinderäte werden schriftlich über das Projekt Bahnhofbrugg orientiert und um Unterstützung der Idee gebeten. Man müsse der Jugend in ihrem erhöhten Informations- und Kontaktbedürfnis entgegenkommen und ihr Gelegenheit geben, die hektisch-sinnliche Lebensweise zu verarbeiten.

Als minimales Raumprogramm wird angegeben: Foyer mit Espressobar, Imbissecke, Auskunfts- und Reiseschalter, mehrere Clubräume und Ateliers, eventuell ein 300 Personen fassender Mehrzweckraum. Der Betrieb soll von Angestellten des Studentenreisedienstes, den Erwachsenenbildungs-Institutionen und des Jugendhauses Drahtschmidli sowie von freiwilligen Mitarbeitern geführt werden.

Juni 1968: Dem Stadtrat wird eine von 42 Gemeinderäten unterzeichnete Motion überwiesen, in welcher eine Vorlage über die Schaffung einer Stätte im Sinne des Vorschlages Aktion Bahnhofbrugg verlangt wird. Eine Begegnungsstätte komme dem Wunsch der Jugend nach immer mehr Mitspracherecht und Verantwortung im öffentlichen Leben entgegen und fördere bei den 20-30-Jährigen das Interesse am Gemeinwesen.

b) Das Aktionskomitee für ein Autonomes Jugendzentrum (die Autonomen)

Vorgeschichte

1967 beginnen in Zürich zwei Organisationen der Neuen Linken, nämlich die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich (fez) und die Junge Sektion der Partei der Arbeit (JS PdA), zusammenzuarbeiten, um bald darauf die Aktionsgemeinschaft "Fortschrittliche Arbeiter und Studenten" (FAS) zu bilden. Zweck des Schulterschlusses ist die Koordination einzelner Unternehmungen mit folgenden Nahzielen:

- 1) Den "repressiven autoritären Charakter der bestehenden, spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung entlarven". Das heisst, man will aufzeigen, dass eine kleine politische und wirtschaftliche Führungsschicht in verkappter Weise den Mann von der Strasse steuert ("manipuliert") und dessen eigenständiges Handeln nur solange duldet, als die Machtverhältnisse nicht gestört werden ("repressive Toleranz").
- 2) Den Gruppen ohne Macht ihre Benachteiligung bewusst machen und sie zu einer ablehnenden Haltung dem bestehenden System gegenüber bringen.
- 3) Einen immer weiteren Kreis von Leuten zum Kampf gegen die bestehende Ordnung bewegen.

Fernziel ist die Ersetzung des jetzigen Systems durch ein demokratischeres, in welchem es keine benachteiligten Gruppen mehr geben werde und jeder Mensch sich bestmöglich entfalten und seine Bedürfnisse befriedigen könne. Diese neue Ordnung wird im allgemeinen nicht genauer umschrieben. Betont wird einzig, dass die Wurzeln der heutigen Unzulänglichkeiten in der Trennung von Arbeit und Kapital zu suchen seien (im Umstand etwa, dass die Betriebe nicht jenen gehören, die darin arbeiten). Das Privateigentum stehe im Widerspruch zum gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Ferner ist man davon überzeugt, dass nur durch radikale Ablehnung und Kritik Neues geschaffen werden kann.

Ueber das Vorgehen im einzelnen sind die Meinungen geteilt, vor allem über die Anwendung von Gewalt. Diese Frage wird offengelassen. Allgemein anerkannt werden folgende Methoden:

- Agitation: gezielte Aufklärung, indem man auf Flugblättern, in Zeitschriften, in Vorträgen und an Demonstrationen ausgewählte Information vermittelt.
- Diskussion in selbst organisierten Teach-ins auf öffentlichen Plätzen oder in grossen Sälen.
- Umfunktionieren von Veranstaltungen, die von anderer Seite organisiert werden, zum Beispiel durch Erzwingen von Diskussionen über andere Themen als vorgesehen sind.

- Provokation: Stören der bestehenden Ordnung, um ihre Vertreter zur Anwendung von offensichtlichen Druckmitteln zu veranlassen.

Vom Sommer 1967 bis zum Sommer 1968 - einer Zeitspanne, in welcher verschiedene Länder eine Welle von Jugendunruhen erlebten - führen die FAS in Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen (wie Kriegsdienstverweigerer, Bewegung gegen die Atomrüstung, Maifeier-Komitee) rund zwanzig Demonstrationen durch, die sich vorwiegend gegen weltpolitische Vorgänge richten. Mehr und mehr wendet man sich aber lokalen Problemen zu, um die schweizerische Situation direkter und wirksamer durchleuchten zu können.

Wichtiges Ereignis in dieser Entwicklung ist das Pop-Monsterkonzert im Hallenstadion Oerlikon vom 31. Mai 1968, wo zu Beginn der Veranstaltung von Mitgliedern der Jungen Sektion der PdA und der "Progressiven Mittelschüler" mehrere tausend Stück des "1. Flugblattes der antiautoritären Menschen" verteilt werden. Darin wird erklärt, dass heute der Mensch von frühester Kindheit an autoritär durch Triebverdrängung zum einsamen, von Angst- und Schuldgefühlen erfüllten, manipulierbaren Arbeitsuntertan einer herrschenden Spiesserklasse erzogen werde. Wenn sich eines Tages die Aggression entlade, sei das nicht die Schuld der Jugend. Was man wolle, sei Satisfaction, d.h. Befriedigung, Freude, Lust und Liebe, wie es nur im Beat möglich sei. Diese "Befreiung vom täglichen Krampf" werde aber vom "sexualscheuen Establishment mit seinem Ruhe und Ordnungs-Kult" verwehrt. Daher müsse sich die Jugend formieren und durch Rebellion für ihre eigenen Rechte und gegen das Unrecht in der Welt kämpfen. Das im Pop-Stil gestaltete Flugblatt zeigt auf der Vorderseite Jimi Hendrix mit einem Protestknopf "Rebellion ist berechtigt". Auf der Rückseite finden sich zwischen dem Text Fotos von Saalschlachten und 1. Mai-Demonstrationen sowie eine Fotomontage, die einen mit dem Knüppel dreinschlagenden Zürcher Stadtpolizist zeigt.

Im Anschluss an das Monster-Konzert kommt es zu Ausschreitungen, in deren Verlauf die Stadtpolizei hart - für manche neutrale Beobachter zu hart - durchgreift. Für die Neue Linke, die sich jetzt nach dem Zuzug der Progressiven Mittelschüler FASS (Fortschrittliche Arbeiter, Schüler und Studenten) nennt, sind die Vorfälle Ausgangspunkt einer Kampagne gegen die Stadtpolizei, das "Machtinstrument der herrschenden Klasse".

Das Auftauchen der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum

Im Verlauf dieser Aktion erhebt sich anfangs Juni 1968 in den Reihen der FASS erstmals die Forderung nach einem selbständig von der Jugend verwalteten "autonomen" Zentrum.

Beweggründe:

- Man möchte auch andere Herrschaftsinstrumente als nur die Polizei sichtbar machen. An den jahrelangen, vergeblichen Bemühungen um ein Jugendhaus soll gezeigt werden, dass auch die traditionellen demokratischen Spielregeln nur dazu dienen, die Bedürfnisse der Jugend zu unterdrücken.
- Die seit 1956 aus der VFF ausgeschlossenen linksextremen Jugendgruppen wünschen eigene Räume, die keinen Zusammenhang mit dem aus der VFF hervorgegangenen Jugendhaus Drahtschmidli haben.
- Eine Anzahl Jugendlicher scheint dem bestehenden Jugendhaus gegenüber ein unausgesprochenes Unbehagen zu haben. Diese Jugend soll politisch aktiviert werden, das heisst, zunächst soll sie lernen, ihre Unzufriedenheit auszudrücken und für ihre Anliegen einzustehen. Im vergeblichen Bemühen um ein autonomes Zentrum soll sie dann erfahren, dass die bestehende Gesellschaft die Begehren der Jugend weder erfüllen will noch erfüllen kann, und so zu einem Fragen nach den Machtverhältnissen gelangen.

Warum das Zentrum autonom sein soll:

- Es scheint, dass gewisse Jugendliche einen geleiteten Freizeitbetrieb ablehnen und ein Zentrum ohne erwachsenen Leiter wünschen.
- Ein autonomes Zentrum verspricht neue Möglichkeiten. Der Jugendliche kann freiere Formen des Zusammenlebens erfahren und dadurch zumindest Zweifel an der Richtigkeit der bestehenden Ordnung bekommen. Das Uebertreten von geltenden Normen wird Sanktionen der übrigen Gesellschaft nach sich ziehen,

was die auflehrende Haltung den traditionellen Autoritäten gegenüber verstärken wird.

- In einem autonomen Jugendzentrum kann ohne behördliche Einschränkungen Agitation betrieben und die Jugend zu politischen Aktionen mobilisiert werden.

15. Juni morgens: Gespräch zwischen Vertretern des Stadtrates und der FASS: Um Gewalttätigkeiten vorzubeugen und der Jugend eine Chance zu geben, bewilligt der Stadtrat den FASS die gewünschte, vorübergehende "Besetzung" des Globus-Provisoriums zwecks Teach-in einer Anti-Stadtpolizei-Demonstration. Die FASS drängen auf eine baldige Schaffung eines autonomen Jugendzentrums, ansonst sie sich gezwungen sähen, Behörden und Bevölkerung unter Druck zu setzen. Der Stadtrat verspricht, die Wünsche ernsthaft zu prüfen.

15. Juni abends: "Besetzung" des Globus-Provisoriums, was als "Modellfall der Kulturrevolution" deklariert wird. Mehrere hundert vorwiegend junge Leute, nehmen an ausgedehnten politischen Diskussionen in kleineren und grösseren Gruppen teil. Themen: Stadtpolizei, Lehrlingsausbildung, Vietnam und vor allem das Jugendhaus. Gegen Mitternacht legen die FASS eine Resolution vor, die nach stundenlanger Debatte mit grossem Mehr angenommen wird. Darin wird dem "Jugendhaus alter Schule" vorgeworfen, es trage den gesellschaftlichen und kulturellen Interessen der Jugendlichen nicht Rechnung. Dann wird erklärt, man räume das Globus-Provisorium zwar abmachungsgemäss wieder, knüpfe aber daran folgende Forderungen:

- Bereitstellung des Globus oder eines entsprechenden Gebäudes ab 1. Juli 1968, ansonst man "dieses Areal besetzen und zum autonomen Kultur-, Gesellschafts- und Freizeitzentrum ausbauen" werde.
- Mitbestimmungsrecht im Verhältnis 1:1 bei der Planung eines neuen Jugendzentrums anstelle des Globus-Provisoriums.
- Die Verwaltung des Jugendzentrums soll ganz in den Händen der Jugend liegen und unabhängig von den Stadtbehörden sein.

Am Schluss wird ein rund 20-köpfiges provisorisches Komitee gewählt, dem mehrheitlich FASS-Vertreter angehören und das sich "Aktionskomitee für ein autonomes Jugendzentrum" nennt. Von der Veranstaltung bleibt an Gebäude und Inventar ein Schaden von Fr. 9'000.-- zurück. Der Stadtrat zeigt sich vom Gang der Dinge enttäuscht.

Die Auseinandersetzung um das Globus-Provisorium

Wenig später gibt die Presse bekannt, dass die Stadt das Globus-Provisorium anderweitig vermiete. Trotzdem versucht das "Aktionskomitee für ein autonomes Jugendzentrum" in den nächsten Tagen durch die Aufrechterhaltung des Ultimatums, durch Strassendiskussionen und durch eine Warndemonstration den Beschluss des Stadtrates rückgängig zu machen. Der Stadtrat geht auf die - nach seiner Auffassung undemokratischen - Vorstösse nicht ein und lehnt auch ein Gesuch um die Bewilligung eines zweiten Go-in im Globus-Provisorium ab. Eine Demonstration vor dem Globus, zu der die Besucher der Hallenstadionkonzerte mit persönlich adressierten Schreiben eingeladen werden, zieht am 29. Juni mehrere tausend meist junge Teilnehmer und Schaulustige an. Sie entgleitet den Organisatoren und artet in Strassenschlachten aus, was zahlreiche Verletzte fordert und Strafuntersuchungen gegen Demonstranten und Polizisten zur Folge hat. Mit diesen Globus-Krawallen enden die Bemühungen um die Verwendung des Globus-Provisoriums als Jugendzentrum.

Drei Dinge dürften mitgespielt haben, dass man auch nach der Vergebung des Globus-Provisoriums nicht davon abliess:

- 1) Die Hoffnung, der Stadtrat komme auf seinen Entscheid zurück. Sie wurde genährt durch den Erfolg des "Drucks von der Strasse" beim ersten Globus-Go-in und durch konziliante Aeusserungen der neuen Globus-Mieter.
- 2) Das vorläufige Fehlen einer anderen gleichwertigen Lösung. Die vom Stadtrat angebotenen Baracken "Hof 103" (siehe S.117) waren kein Ersatz für das günstig gelegene Globus-Provisorium, das viele Jugendliche beim Go-in bereits als "ihr" Zentrum erlebt hatten. Einem Angebot des Jugendhauses Drahtschmidli, einen Saal für 400 Personen bedingungslos zur Verfügung zu stellen, standen zu grosse Vorurteile im Weg.

- 3) Die Fortsetzung der Provokations-Taktik. Im Komitee waren zwar die Meinungen über diesen Punkt geteilt, aber eine klarere Entscheidung wurde nicht gefällt. Man setzte die Übung fort und liess die Frage offen, ob es dabei mehr um das Globus-Provisorium oder mehr um die Provokation der Behörden gehe.

Die Idee des autonomen Jugendzentrums

Während und nach den Auseinandersetzungen um das Globus-Provisorium wird die Idee eines Autonomen Jugendzentrums in Flugblättern und Presseartikeln näher erläutert. Daraus sind folgende Gesichtspunkte zu erwähnen:

- Mit Jugend meint man in erster Linie nicht eine Alterskategorie, sondern eine Klasse von Leuten, die das Bewusstsein und den Willen hat, gegen die überlieferten Autoritäten, das heisst gegen die alten Vorschriften, Normen, Werte und Tabus zu kämpfen und eine eigene Kultur aufzubauen.
- Unter Autonomie wird Alleinbestimmung "durch die Jugend für die Jugend", unabhängig von bestehenden Normen und von Einflüssen Erwachsener, nicht aber finanzielle Unabhängigkeit verstanden. Die Kosten des Zentrums sollen von der Öffentlichkeit getragen werden.
- Alleinentscheidendes Organ im Zentrum ist die Vollversammlung der Benutzer. Daher wird ein Saal für mindestens 1000 Personen verlangt. Ein jederzeit abwählbares Komitee darf einzig die ihm von der Vollversammlung erteilten Aufträge ausführen. Mit dieser Einschränkung soll vermieden werden, dass erneut herrschende Gruppen entstehen.
- Im Zentrum soll ein Modell radikaler Demokratie geschaffen und eingeübt werden. Darin soll es keine Klassenunterschiede, keine Aussenseiter und keine unnötigen Sittenkodexe mehr geben. Statt des demokratischen Gesetzes werde das demokratische Bewusstsein des Einzelnen herrschen.

c) Die Kontakte Aktion Bahnhofbrugg - Aktion Autonomes Jugendzentrum

Inoffizielle Kontakte

Bereits vor den Krawallen ergaben sich Kontakte zwischen Mitgliedern der beiden Komitees Bahnhofbrugg und Autonomes Jugendzentrum, was zumindest in der sprachlichen Formulierung der vertretenen Ideen eine Angleichung bewirkte. Am 22. Juni verwenden Vertreter der Aktion Bahnhofbrugg in einem Gespräch mit dem Stadtrat plötzlich den Begriff Selbstverwaltung. Umgekehrt wird in Publikationen der Autonomen vermehrt von einem Kulturzentrum gesprochen, in welchem der Einzelne nicht mehr Konsument, sondern schöpferisch-tätiger und kritisch denkender Mensch sein soll.

Offizielle Kontakte

Aus der Ueberlegung heraus, dass nur ein von der ganzen Jugend unterstütztes Projekt die Zustimmung des Stimmbürgers finden wird, lädt gegen Ende Juni 1968 das Aktionskomitee Bahnhofbrugg zu einer "Konsultativ-Versammlung aller an Räumen für die Jugend interessierten Kreise" ein. Das Aktionskomitee für ein Autonomes Jugendzentrum nimmt die Einladung an, einerseits aus Interesse an einem gemeinsamen, mehr Erfolg versprechenden Vorgehen, andererseits aus der Hoffnung heraus, in der Aktion Bahnhofbrugg kämen bald jüngere, progressiver eingestellte Kräfte zum Zuge. Man einigt sich auf das folgende gemeinsame Begehren an die Stadt: Als Ergänzung zum bestehenden Jugendhaus ein im Stadtkern gelegenes, von der Jugend selbständig verwaltetes Zentrum. Zweck: Treffpunkt und Diskussionsort für alle Jugendlichen. Raumprogramm: Ein grosses Café (für ca. 300 Personen), einige wenige Nebenräume, in der Nähe ein Saal für Grossveranstaltungen mit 1000 Personen.

Keine Einigung wird erzielt in der Frage des Vorgehens: Die Aktion Bahnhofbrugg will sich weiter streng an die traditionellen demokratischen Spielregeln halten, die Aktion Autonomes Jugendzentrum zieht den ausserparlamentarischen Weg vor.

Nachdem der Stadtrat es abgelehnt hat, mit den Autonomen Gespräche zu führen, trägt am 12. Juli eine reduzierte Verhandlungsdelegation dem Stadtrat die Begehren der Konsultativ-Versammlung vor. Ergänzt wird, dass das Zentrum vor allem die Bedürfnisse der über 20-Jährigen berücksichtigen solle. Ein zentraler Standort sei Voraussetzung für das Zustandekommen eines spontanen Besuchs.

VERSUCHE DER VERWIRKLICHUNG SEIT JULI 1968

Ueberblick

Nach der anderweitigen Verwendung des Globus-Provisoriums liess der Schwung der beiden Aktionskomitees merklich nach. Zwar wurde noch ein definitives Komitee für ein autonomes Jugendzentrum gewählt; dieses trat aber nur noch bei einer Tschechoslowakei-Demonstration im August 1968, bei der permanenten Diskussionsveranstaltung "6 Tage Zürcher Manifest" und bei der "Weihnachtsaktion 68" in Erscheinung. Die nach den Krawallen entstandene Arbeitsgemeinschaft "Zürcher Manifest", welche sich für ein Jugendzentrum einsetzte, stellte anfangs 1969 ihre Tätigkeit ein.

Die Aktion Bahnhofbrugg wandelte sich im Herbst 1968 zur Aktion Treffpunkt City (ATC) und pausierte vorerst ein Jahr. Erst am Junifäscht 1969 und 1970 trat sie mit der Organisation eines Künstlerfestivals wieder an die Öffentlichkeit. So verfolgte einzig die Stadtverwaltung den Jugendzentrum-Gedanken weiter, indem sie im August 1968 die neugeschaffene "Externe Studienkommission für Jugendfragen" mit der Abklärung der Jugendhaus-Frage beauftragte. Die Kommission befasste sich unter anderem zunächst mit der Liquidation der Baracken "Hof 103". Sie ermittelte dann durch Hearings und Rundfragen die Vorstellungen der Jugendorganisationen für ein Jugendzentrum und arbeitete schliesslich ein Projekt für eine provisorische Begegnungsstätte im Lindenhofbunker aus. Im Herbst 1969 wurde der Vorschlag vom Stadtrat genehmigt, so dass eine je aus 5 Vertretern der ATC und der Neuen Linken zusammengesetzte Kommission die erste Vollversammlung vorbereiten konnte. Diese beschloss dann im Juli 1970, das Angebot der Stadt anzunehmen und einen "Verein Autonomes Jugendzentrum Lindenhof" zu gründen.

Im Herbst 1970 konnte der im Auftrag der Stadt umgebaute Lindenhofbunker dem Verein zur Verwaltung übergeben werden. Der Betrieb entwickelte sich von Beginn weg anders, als zwischen dem verantwortlichen "15er-Komitee" und dem Stadtrat abgemacht worden war. Eine Aufforderung des Stadtrates, sich an die Vereinbarungen zu halten, wurde von den Benützern abgelehnt und mit der Gründung einer "Autonomen Republik Bunker" beantwortet.

a) Von der Aktion Bahnhofbrugg zur Aktion Treffpunkt City (ATC)

Die Umwandlung

Im Juni 1968 setzt in der Aktion Bahnhofbrugg ein Rückzug der älteren Garde ein, was im September 1968 beinahe zur Auflösung führt. Einige jüngere Mitglieder aus den Kreisen der Pfadfinder, des Jugendhauses Drahtschmidli und der Jungen Kirche erklären sich dann aber bereit, die Aktion weiterzuführen, allerdings unter dem neuen Namen "Aktion Treffpunkt City" (ATC) und mit folgenden Zielen:

- Verwirklichung eines Jugendzentrums im Stadtkern gemäss dem ursprünglichen 5-Punkte-Programm der Aktion Bahnhofbrugg;
- Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen den organisierten und den nichtorganisierten Jugendlichen;
- Durchführung von sozialen und kulturellen Aktionen, wie z.B. die Weihnachtsaktion 68 zum Thema "Hungersnot" und die Junifäscht-Künstlerfestivale 69 und 70.

Die Tätigkeit inbezug auf das Jugendzentrum

Im Frühjahr 1969: Antwort auf die Rundfrage der "Externen Studienkommission für Jugendfragen". Als Organisationsform des Jugendzentrums wird vorgeschlagen: eine von einem unabhängigen Organisationskomitee einberufene Vollversammlung, die ein 40 - 60-köpfiges Parlament wählt. Das Parlament setzt ein Team ein und kann auch über das Jugendzentrum hinaus Vorstösse zu politischen Fragen unternehmen. Das Team, bestehend aus mindestens 5 Mitgliedern, koordiniert die Initiativen der Benutzer und organisiert selber einen Teil des Programms. Schwerpunkte des Programms: Vermittlung von objektiver, umfassender Information aus allen Lebensbereichen, Diskussionen in offener Atmosphäre, die den Nichtorganisierten ein Mitmachen erleichtert. Hausordnung:

Schliessung um 24 Uhr mit Ausnahme eines Raumes, der Tag und Nacht offen sein soll. Zutrittsverbot für Kinder im Schutzalter, ebenso für über 30-Jährige, womit man Parteifunktionäre fernhalten möchte. Finanzierung durch die Stadt.

Im Frühjahr 1970 wird ein Informationsbulletin veröffentlicht, in welchem es heisst, dass die ATC dem Autonomen Jugendzentrum Lindenhof zu einem erfolgreichen Start verhelfen und damit dem Bedürfnis nach freier Diskussion, Information und Aktion Rechnung tragen wolle. Ziel sei die Förderung des Gesellschafts- und zeitkritischen Denkens einer breiten Öffentlichkeit.

b) Das Aktionskomitee für ein Autonomes Jugendzentrum (die Autonomen)

Vom provisorischen zum definitiven Komitee

Zwei Wochen nach dem Krawall kommt unter Mithilfe der Arbeitsgemeinschaft "Zürcher Manifest" im Volkshaus eine Vollversammlung der Autonomen zustande. Nach eingehender Manöverkritik und einer Stellungnahme zu den Globus-Vorfällen wird von den 700 Anwesenden das provisorische Komitee unter Verdankung der selbstlosen Arbeit entlassen und durch ein neues Komitee ähnlicher Grösse ersetzt. Seine Mitglieder sind zur Hälfte dieselben wie vorher und stammen praktisch alle aus Kreisen der Neuen Linken und ihrer zugewandten Orte.

Die Tätigkeit

Als wichtigste Unternehmung ist die Mitarbeit bei der Veranstaltung "6 Tage Zürcher Manifest" zu erwähnen. Ferner ging die Initiative für eine CSSR-Protestkundgebung am 21. August 1968 und die Weihnachtsaktion 68 vom Komitee aus. Geplantes Vorgehen in der Weihnachtsaktion zum Thema "Welthunger": In einer Anfangsphase sollen mit einem Aufruf zum Geschenkboykott grosse humanitäre Kreise für die Aktion gewonnen werden. In der Hauptphase soll die caritative Aktion durch Agitation und Diskussion in eine politische umfunktioniert werden. Die Bevölkerung soll beginnen, die Konsumgesellschaft bewusst in Frage zu stellen. In einer Schlussphase soll dann zur Provokation (Hungerstreik vor den Warenhäusern) übergegangen werden. Die Aktion gelingt anfänglich, bleibt aber im Stadium der Umfunktionierung stecken.

Inbezug auf das Jugendzentrum erwägt das Komitee eine Aktion "Haus ohne Haus", das heisst einen Jugendhausbetrieb auf Strassen und Plätzen, kommt aber nicht über Beratungen hinaus. Man beschränkt sich auf die Darlegung der Jugendzentrum-Idee im Hearing der Externen Studienkommission, in einem Brief an den Stadtrat und an der Veranstaltung "6 Tage Zürcher Manifest". Zum Punkt Verantwortung wird ergänzt, dass das von der Vollversammlung eingesetzte Komitee die Verantwortung für Haus und Mobiliar und für das Auskommen mit der Nachbarschaft trage. Normen, an die es sich zu halten habe, seien Anstand und Ehrlichkeit. Zum Punkt Zielsetzung wird ausgeführt, dass es im Zentrum vor allem um die Freilegung schöpferischer Kräfte, um die spontane Gemeinschaftsbildung, den Abbau sozialer Barrieren und um die Rückgabe des Rechts auf politische Betätigung an die Jugend gehe. Gewicht wird auf den unverbindlichen Charakter des Betriebs gelegt: Man soll im Zentrum schnell vorbeigehen und mitmachen können, je nach Lust und Laune. Daher komme als Standort nur der Stadtkern in Frage.

Die Zeit nach der Auflösung des Aktionskomitees

Frühjahr 1969: Das Aktionskomitee besteht praktisch nicht mehr. Auf die Umfrage der Externen Studienkommission antworten nach gegenseitiger Absprache die verschiedenen Gruppierungen der Neuen Linken einzeln, nämlich die fsz, die Jungsozialisten, die Frauenbefreiungsbewegung, der Republikanische Club und die Progressiven Mittelschüler. Keine Antwort schickte die Junge Sektion der PdA.

Die Antworten enthalten keine Elemente, die neu sind oder von früheren Ausführungen wesentlich abweichen. Nach wie vor wird ein 1000 Personen fassender Saal für Vollversammlungen verlangt. Ein kleines Zentrum lehnt man ab, da man eine weitere Zersplitterung der politisch engagierten Jugend befürchtet. Unverändert ist auch die Auffassung von Autonomie als Alleinbestimmung, weshalb man jede Vorschrift über Öffnungszeiten und Alkohol sowie jede Leitung im Sinne einer Aufsicht ablehnt. Ohne den Beschlüssen der Vollversammlung vorgreifen zu wollen, rechnet man vor allem mit Aktivitäten auf politischem Gebiet und verlangt die entsprechenden technischen Einrichtungen wie

Megaphone, Umdrucker, Wandzeitungen. Bemerkenswert ist, dass trotz der früheren Definition, Jugend sei keine Frage des Alters, man nun stark die Altersgruppe der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen im Auge hat.

Herbst 1969: In der vorbereitenden Lindenhofkommission sind die fsz und die inzwischen aus der PdA ausgetretene Junge Sektion nicht mehr vertreten, von den FASS macht einzig ein Mitglied der Frauenbefreiungs-Bewegung mit.

Sommer 1970: Die FASS stehen dem Lindenhofprojekt äusserst kritisch bis ablehnend gegenüber. In der ersten Vollversammlung ziehen sich ihre Kandidaten zurück. Eine Gruppierung, die sich "Autonome Linke" nennt, tritt in Erscheinung und erringt im ersten Lindenhof-Komitee die Mehrheit.

Damit zeigt sich eine Spaltung innerhalb der Neuen Linken Zürichs, die auf Meinungsverschiedenheiten über den Weg zur Revolution, über die politische Strategie zurückzuführen ist.

Auf der einen Seite steht die sozialistisch proletarische Fraktion, die "Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich". Sie will nach marxistisch-leninistischer Theorie die Revolution durch einen zentral geleiteten Kampf der Arbeiterklasse gegen das Bürgertum erreichen. Eine Uebergangsorganisation soll ausgewählte Kader umfassen, die auf eine später zu gründende neue Kommunistische Partei hinzuarbeiten habe. An einem autonomen Jugendzentrum hat man wenig Interesse, weil die Benützer des Zentrums - die Jugendlichen - langfristig betrachtet nicht die revolutionäre Klasse darstellen. Die Jugend sei eine Randgruppe, deren Mitglieder ständig wechselten. Basis des Klassenkampfes könnten weiterhin nur die Arbeiter und allenfalls die Lehrlinge sein.

Auf der anderen Seite steht die antiautoritäre Fraktion, die "Autonome Linke". Sie will die Revolution auf dem Wege der Bewusstwerdung und der Erziehung erreichen. Zunächst sollen Randgruppen, später aber immer weitere Kreise, den Unterdrückungscharakter der bestehenden Ordnung bewusst erleben und ein latentes revolutionäres Bewusstsein entwickeln, das dann in einer künftigen, von selbst eintretenden Krisensituation aufbricht. Erst in jenem Zeitpunkt ist eine straffe Organisation der Massen nötig. Ein Autonomes Jugendzentrum als Agitations- und Aktionsbasis hat in dieser Strategie grosse Bedeutung: Hier sollen Jugendliche, die in schweren Konflikten mit der Umwelt stehen, sich sammeln, ein freieres, ihren Bedürfnissen entgegenkommendes Zusammenleben erfahren, sich ihrer "Unterprivilegierung" bewusst werden und zur Selbsthilfe schreiten, indem "Gegen-Institutionen" geschaffen werden.

c) Das Zürcher Manifest

Entstehung

Wenige Tage nach den Globus-Krawallen schliessen sich Künstler, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten aus Kreisen "links des Freisinns" zur "Arbeitsgemeinschaft Zürcher Manifest" zusammen und veröffentlichen einen Aufruf zur Besinnung. Darin wird festgestellt, dass die Krawalle Ausdruck einer weltweiten Kultur- und Gesellschaftskrise seien. Die Ursache dieser Krise müsse in den erstarrten Institutionen gesucht werden, welche sich den veränderten Bedürfnissen des Menschen nicht angepasst hätten und die Entfaltung politisch schöpferischer Minderheiten verhinderten. Zur Lösung der Krise führten weder Härte noch gönnerhafte Angebote, sondern einzig das Gespräch zwischen allen Konfliktparteien. Deshalb werde u.a. ein zentral gelegenes, autonom verwaltetes Diskussionsforum für Jung und Alt gefordert.

Tätigkeit

Die Tätigkeit des Zürcher Manifests umfasst in den ersten Monaten: Sammlung von mehreren tausend Unterschriften, Zusammenstellung von Zeugenaussagen zu den Globus-Ereignissen im sogenannten "Dokument I" und Durchführung einer sechs Tage und Nächte dauernden Diskussion im Centre Le Corbusier Zürich über Probleme in Staat und Gesellschaft (4.-9. September 1968). Diese Veranstaltung, an der vorwiegend junge Leute ernsthafte Gespräche miteinander führen und unzählige Wandzeitungen produzieren, wird als Modellfall für das geforderte Diskussionsforum betrachtet.

Ab 1969 erlahmt die Aktivität der Arbeitsgemeinschaft, da sich die meisten konkreten Forderungen zu erfüllen beginnen und zudem interne Spannungen auftreten.

Stellungnahme zur Jugendhausfrage

Im August 1968 vertritt das Zürcher Manifest vor der Externen Studienkommission seine Idee des Diskussionsforums, die übrigens, wie bemerkt wird, in den Anliegen des Zürcher Manifests keine zentrale Stellung einnehme. Man denke an einen gedeckten und heizbaren öffentlichen Platz mit Spiel- und Tanzfläche, wo sich jung und alt in der Freizeit zum Gespräch einfindet. Es soll ein "forum turicensis" entstehen, das den Einzelnen wieder vermehrt am öffentlichen Leben teilnehmen lässt. Die Betriebskosten wären nicht höher als die eines öffentlichen Parks, da ja kein organisiertes Programm ablaufen soll.

d) Die Externe Studienkommission für Jugendfragen

Entstehung

Auf Vorschlag des Zürcher Manifests setzt der Stadtrat im August 1968 eine rund zwanzig Mitglieder zählende Externe Studienkommission für Jugendfragen ein. Ihr gehören Fachleute und Politiker sowie Vertreter der Aktion Bahnhofbrugg, der Neuen Linken, der Studentenschaft, der Gewerbeschüler und des Zürcher Manifests an. Das Gremium erhält den Auftrag, die im Zusammenhang mit den Krawallen aufgetauchten Probleme zu analysieren und dem Stadtrat Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Allgemeine Tätigkeit

Die Arbeit der Kommission richtet sich bis 1970 auf folgende Problemkreise:

- Analyse der Krawallursachen. Dem Stadtrat wird beantragt, die Universität Zürich mit einer Untersuchung über die politische Unrast der Jugend zu betrauen. Der nötige Kredit wird erteilt und Ende 1970 ist die Untersuchung in vollem Gange.
- Unterstützung der bestehenden Jugendorganisationen. Der Vorschlag der VFF zur Schaffung einer Dienststelle wird dem Stadtrat zur Annahme empfohlen. Im Sommer 1969 passiert im Gemeinderat eine entsprechende Kreditvorlage.
- Die Schaffung einer Begegnungsstätte.

Im weiteren werden Fragen der Kulturförderung und des sozialen Einsatzes (Schaffung eines Katastrophenkorps) erörtert, vorläufig jedoch ohne konkrete Projekte in Angriff zu nehmen.

Die Bemühungen um ein Jugendzentrum

Die Aufhebung des "Jugendzentrums Hof 103": Nach der "Besetzung" des Globus-Providatoriums hatte der Stadtrat den Autonomen als Uebergangslösung das 10 Tramminuten ausserhalb der City gelegene und aus zwei Baracken bestehende Areal Hofwiesenstrasse 103 angeboten. Trotz Ablehnung des Angebotes durch die Autonomen begannen einzelne Jugendliche mit dem Ausbau der Gebäude auf Kosten der Stadt. Allmählich fand das Projekt auch in den Kreisen der Autonomen einige Zustimmung, sah man darin doch einen möglichen Vorposten eines späteren Zentrums im Stadtkern. Das Vorhaben entwickelte sich aber zusehends ungünstiger, da immer mehr vorbestrafte Jugendliche das Zentrum frequentierten und keine Organisation mit verantwortlicher, verhandlungsfähiger Spitze zustande kam.

Im September 1968 sah die Studienkommission keinen anderen Weg mehr, als den der Schliessung, was zu heftigen Reaktionen der jugendlichen Zentrumsbenützer führte: Die Baracken wurden fast gänzlich zerstört.

Dr. J. Dahindens Vorschlag für ein schwimmendes Jugendzentrum:

Der Vorschlag geht von ähnlichen Erwägungen aus wie der des Zürcher Manifests. Eine verantwortungsbewusste etablierte Gesellschaft habe einen Platz für die permanente Opposition zu schaffen, wo die Jugend - gemeint ist damit weniger eine Altersgruppe als vielmehr die Minderheit Andersdenkender - in Diskussionen und wissenschaftlichen Studien die komplexen Zusammenhänge unserer Gesellschaft kritisch analysieren und Utopien einer besseren Ordnung entwerfen könne. Dies soll geschützt von äusseren Zugriffen auf jugendlich unvoreingenommene, unkonventionelle Art geschehen. Der Platz müsse die durch den starken

Strassenverkehr verlorengegangene echte Oeffentlichkeit ersetzen, also eine Stätte der Begegnung sein, wo - getragen von der gemeinsamen Hoffnung auf eine bessere Zukunft - zwischen jung und alt ein Gedankenaustausch stattfinden. Die jungen dynamischen Ideen könnten so in der Oeffentlichkeit Eingang finden und zu treibenden Kräften unserer Gesellschaft und unseres Staates werden. Konkret schlägt Dr. Dahinden ein einfach ausgestattetes, tropfenförmiges Schiff vor mit einem amphitheaterähnlichen Saal (für Happenings, politische Diskussionen, Protestversammlungen, Vorträge und Beatfeste), einem Foyer, einem Experimentiertheater, einem Filmlabor, einer Bibliothek und verschiedenen Clubräumen. Das Schiff - veränderbar in Standort und Raumaufteilung - soll eine Atmosphäre der Vorläufigkeit, aber auch der Gastlichkeit und der Romantik ausstrahlen. Die Hauptvorteile des Projektes wären der Wegfall der Landfrage und des Lärmproblems.

Der bestechende Vorschlag wird von der Kommission zugunsten einer rascher realisierbaren und billigeren Lösung zurückgestellt.

Das Projekt einer provisorischen Begegnungsstätte:

Die Kommission entscheidet sich für die Schaffung eines Provisoriums, um Erfahrungen sammeln zu können. Dabei ergeben sich folgende Hauptprobleme:

- Die Standortfrage: Von den wenigen verfügbaren Liegenschaften im Stadtkern erfüllt schliesslich nur der Bunker unterhalb des Lindenhofes die Anforderungen punkto Grösse und Schalldämpfung.
- Die Ermittlung der Wünsche der Jugendlichen: In den Hearings und in den Antworten auf eine Rundfrage tauchen neben den Konzeptionen der Aktion Bahnhofbrugg, der Autonomen und des Zürcher Manifests noch Vorstellungen anderer Gruppen auf. Als ungefähr gemeinsamer Nenner ergibt sich der Wunsch nach einer weitgehend selbstverwalteten Begegnungsstätte für jung und alt im Stadtkern.
- Die Beziehung Stadtverwaltung - Jugendliche: Von Seiten der Stadt wünscht man mit einem juristisch anerkannten Partner, z.B. einem Vereinsvorstand, verhandeln zu können; von Seiten der Jugendlichen scheut man sich zuerst vor der Bildung eines Vereins, erkennt dann aber den Spielraum, den diese Rechtsform zulässt. Bei der Frage, ob die Stadtverwaltung direkt oder indirekt (via Externe Studienkommission) mit den Jugendlichen verhandeln soll, entscheidet man sich für die erste Variante, die klarere Positionen schafft.
- Das Verhältnis Hausordnung - Oeffentliche Ordnung: Der Autonomiebegriff der Autonomen und die Auflage des Stadtrates, dass die öffentlichen Vorschriften und Bestimmungen auch im Zentrum zu gelten haben, sind schwer zu vereinbaren. Bei den Öffnungszeiten kommt ein Kompromiss zustande, bei der Alkoholfrage hält der Stadtrat an einem generellen Verbot fest.

Im Herbst 1969 genehmigt der Stadtrat das Projekt einer provisorischen Begegnungsstätte im Lindenhofbunker. Seine Zustimmung erfolgt mehr aus Pflicht, ein politisches Postulat erfüllen zu müssen, als aus Ueberzeugung. Man zweifelt am pädagogischen Wert des Projektes und versteht schwer, dass ausgerechnet ein von behördlichen Einflüssen unabhängig sein wollendes Zentrum von öffentlicher Hand unterstützt werden soll.

e) Der Verein Autonomes Jugendzentrum Lindenhof

Entstehung

Nach der Genehmigung des Projektes "Lindenhof" durch den Stadtrat wird die Zürcher Jugend eingeladen, zum Angebot gemeinsam Stellung zu nehmen. Eine paritätisch aus Vertretern der Neuen Linken und der ATC zusammengesetzte Kommission bereitet eine Vollversammlung vor, die im Sommer 1970 stattfindet. Die ungefähr 500 Anwesenden - unter ihnen praktisch keine Erwachsenen - beschliessen, auf das Angebot des Stadtrates einzutreten und einen "Verein Autonomes Jugendzentrum Lindenhof" zu gründen. In das erste Komitee werden 7 Vertreter der Autonomen Linken, 5 Vertreter der Aktion Treffpunkt City und 3 Vertreter anderer Gruppen gewählt. Statuten und internes Reglement, welche die Auflagen der Stadt berücksichtigen, werden genehmigt, ausgenommen das Alkoholverbot. Von den Vertretern der "Autonomen Linken" wird mehrmals betont, dass die Zustimmung zu den Vorschriften der Stadt nur deshalb erfolge, damit man den Bunker endlich bekomme. Später wolle man vor allem in der

Frage der Minderjährigen und der Öffnungszeiten für eine absolute Autonomie sorgen. Das "15er-Komitee" wird beauftragt, in diesem Sinne mit dem Stadtrat zu verhandeln.

Tätigkeit bis Ende 1970

Das 15er-Komitee nimmt mit Eifer und Einsatz seine Arbeit auf und erreicht beim Stadtrat eine Lockerung der Auflagen: Ein Raum des Bunkers darf für Diskussionen von mehr als 10 Personen länger als bis 24 Uhr (resp. 02 Uhr) offen gehalten werden. Alkohol darf mitgebracht und "in vernünftigen Rahmen" konsumiert werden. Im übrigen wird festgehalten, dass das Komitee die geltenden Gesetze betreffend Rauschgift und Minderjährige als verbindlich betrachtet.

Die Stadtverwaltung treibt den Umbau des Bunkers rasch und in gutem Einvernehmen mit dem Komitee voran, sodass am 30. Oktober 1970 das Autonome Jugendzentrum Lindenhof mit einem drei Tage und drei Nächte dauernden Beat- und Pop-Fest eröffnet werden kann. Gleichzeitig tritt das Komitee mit einer ersten politischen Aktion an die Öffentlichkeit: Ein führendes Mitglied der Autonomen Linken wird zum Stadtratskandidaten portiert. Die Kandidatur soll aufzeigen, dass die Jugend zwar den parlamentarischen Weg gehen möchte, aber mangels Geld in einem Wahlkampf völlig machtlos sei. Im weiteren hofft man, dass die sich für den "Stadtrat des Protestes" entscheidenden Stimmberechtigten (es waren rund 5000) sich auch bei späteren Vorstössen solidarisch erweisen.

Der Betrieb der ersten Wochen im Lindenhof-Zentrum:

- Durchgehender 24-Stunden-Betrieb. Von Beginn an ist das Zentrum Tag und Nacht geöffnet, weil - so wird argumentiert - stets mehr als 10 diskutierende Personen anwesend seien und ein Bedürfnis nach einer Uebernachtungsstätte bestehe. Pro Nacht schlafen im Bunker 50-100 Jugendliche, die nicht nach Hause zurückkehren wollen oder können. Die ursprüngliche Idee, Spätheimkehrern Fahrräder zu leihen, wird vorläufig nicht verwirklicht.
- Junges, passives Publikum. Die Hoffnung, aus dem Publikum entstünden Initiativen, erfüllt sich vorläufig kaum. Einzig die Wände des 80 m langen Zugangsstollens werden rege als Wandzeitung benutzt. Die Besucher sind mehr konsumier- als diskussionsfreudig und stammen mehrheitlich aus schwierigem Milieu. Sie gehören jener Randgruppe an, an welche sich die Autonome Linke wenden will. Die über-20-Jährigen, die sich 1968 für ein autonomes Zentrum eingesetzt hatten, fehlen weitgehend.
- Soziale Hilfe. Die ursprünglich vorgesehenen Konzerte, Theater- und Diskussionsveranstaltungen werden nur zum kleinsten Teil durchgeführt. Im Mittelpunkt der Bemühungen stehen Gruppen- und Einzelberatungen. In dieser Aufgabe steht dem Komitee der Club "Speak out" zur Seite, eine Vereinigung junger Leute, die zusammen mit Fachleuten in Bedrängnis geratenen Jugendlichen helfen will.
- Lockere Handhabung des Minderjährigen- und Rauschgift-Gesetzes. Zur Frage des Rauschgift-Konsums wird die Parole "Hasch ja - im Bunker nein" ausgegeben. Das Komitee erklärt sich bereit, Rauschgifthändler aus dem Bunker wegzuweisen, nicht aber Hasch-Konsumenten, letztere sollen Beratungsstellen zugeführt werden.

Zur Frage der Minderjährigen (unter 16 Jahren) wird erklärt, es sei nicht Sache des Komitees, Kontrollen durchzuführen. Man wolle aber ab 23 Uhr die Unter-16-Jährigen - es handle sich übrigens um sehr wenige - zur Heimkehr bewegen.

Am 24. November 1970 findet die 2. Vollversammlung des Vereins statt. Wie 1968 wird jetzt von der "Autonomen Zürcher Jugend" gesprochen. Die 300 Anwesenden beschliessen, Minderjährige wie in anderen Zürcher Lokalen auch im Bunker bis 24 Uhr zuzulassen und den Tag- und Nacht-Betrieb solange fortzuführen, bis ihnen die Stadt in der Nähe des Bunkers eine Notschlafstelle für Jugendliche zur Verfügung stelle. Ferner wird ein Antrag angenommen, den Rockers und der "Autonomen Linken" im Zentrum Räume abzutreten. Für neun vakante Stellen im 15er-Komitee werden neue Mitglieder gewählt, wobei die Autonome Linke die Mehrheit erringt.

Mitte Dezember berät der Stadtrat Massnahmen zur Rettung des Experimentes, das in der Öffentlichkeit auf zunehmende Kritik stösst. Am 18. Dezember wird das Komitee aufgefordert, innert drei Wochen für die Einhaltung der

vereinbarten Deffnungszeiten und der gesetzlichen Bestimmungen über Minderjährige zu sorgen. Ferner dürften Bunkerbenützer die umliegenden Geschäfte und Restaurants nicht mehr stören.

Das Komitee lehnt die Forderungen ab, da sie einen Eingriff in das Experiment bedeuten würden. Gerade der 24-Stunden-Betrieb sei nötig, um die sozialen Probleme sichtbar und erfassbar zu machen. Am 28. Dezember lässt sich das Komitee seine Auffassung von einer weiteren Vollversammlung bestätigen: Mit 303 gegen 209 Stimmen werden die stadträtlichen Forderungen zurückgewiesen. Man beschliesst, eine "Autonome Republik Bunker" zu gründen und beauftragt das Komitee (das sogenannte Befreiungskomitee), eine entsprechende Verfassung auszuarbeiten. Man werde für den Bunker kämpfen; mit welchen Mitteln sei noch dahin gestellt. Einzelne Votanten erwähnen Sabotage, Besetzungen von Liegenschaften und Streiks von Schülern und Lehrlingen.

Am 22. Dezember 09.00 Uhr führt die Polizei im Bunker überraschend eine Razzia durch. Dabei werden 145 Jugendliche (115 Burschen und 30 Mädchen) kontrolliert; davon sind 27 unter 16 Jahre alt, 10 als vermisst oder entwichen ausgeschrieben. Drei gesuchte Rauschgifthändler werden verhaftet, 13 des Rauschgiftkonsums Verdächtige der Bezirksanwaltschaft übergeben. Ferner werden 73 LSD-Tabletten, 19 g Haschisch, zwei Heroinspritzen, 7 Wurfmesser und eine Schreckschusspistole beschlagnahmt.

Am 1. Januar 1971 wird die "Autonome Republik Bunker" ausgerufen, womit der Verein Autonomes Jugendzentrum Lindenhof praktisch zu existieren aufhört.

STAND HERBST 1970

a) Zielsetzung

Gemäss Weisung des Stadtrates

- Dem Bedürfnis nach weitgehender Selbstverwaltung entgegenkommen;
- Brückenschlagen zwischen den verschiedenen Altersgruppen und Weltanschauungen.

Gemäss Vereinsstatuten

- Herstellen von Kontakten zwischen verschiedenen Alters- und Bevölkerungsgruppen. Die ATC meint damit, es sollen Gespräche entstehen, die zum Verständnis des andern und zur Klärung des eigenen Standpunktes führen. Die Autonome Linke: Durch Kontakt sollen weitere Kreise für die Anliegen der Neuen Linken gewonnen und aktiviert werden.
- Politisches und gesellschaftskritisches Denken einer breiten Oeffentlichkeit fördern. Das heisst für die ATC: das Mitverantwortungsgefühl für unseren Staat und den Willen zur kritischen aber loyalen Mitarbeit wecken. Für die Autonome Linke: In einer breiten Oeffentlichkeit das revolutionäre Bewusstsein wecken.
- Anregungen für Kunst, Kultur, Sport, Ausbildung, Freizeit usw. vermitteln. Darunter versteht die ATC, der Einzelne soll sich möglichst vielseitig entfalten können. Die Autonome Linke: Der Einzelne soll neue Möglichkeiten des Menschseins erleben und damit in seiner politischen Bewusstseinsbildung gefördert werden.

b) Grundsätze und Methoden

- Das Ziel soll durch Information, Aktion und Diskussion erreicht werden. Die ATC meint damit möglichst objektive, umfassende Information, alle Gesichtspunkte berücksichtigende Diskussionen, soziale Einsätze, kulturelle Unternehmungen, eventuell parlamentarische Vorstösse in politischen Fragen. Die Autonome Linke: Agitation durch Theater-, Film- und Diskussionsveranstaltungen, ausserparlamentarische Aktionen.

- Das Zentrum soll weitgehend selbst verwaltet werden. Für den Stadtrat und die ATC heisst das: Selbstverwaltung unter strikter Einhaltung der geltenden öffentlichen Vorschriften. Für die Autonome Linke: Selbstverwaltung unter möglichst weitgehender Ausschaltung aller von aussen herangebrachten Normen.
- Für die Veranstaltungen sollen keine Eintrittspreise verlangt werden, um wirklich ohne Ausnahme jedermann Zutritt zu ermöglichen.

c) Ergänzende Angaben zur graphischen Uebersicht

Zu den Programmschwerpunkten

Die Darstellung gibt die Praxis der ersten beiden Betriebsmonate wieder. Aus den Absichten und ersten Programmentwürfen wäre mehr auf kulturellem Gebiet ein Schwerpunkt zu erwarten.

Zum Besucherkreis

Aufgrund der Statuten und aufgrund der Absichten der Externen Studienkommission müssten zahlreiche Erwachsene zum Besucherkreis gehören. Aus allen übrigen Angaben sowie aus den ersten Erfahrungen ist der Anteil an Erwachsenen als sehr klein zu veranschlagen.

Zur Hausordnung

- Alkoholfrage: Die ATC befürchtet, dass durch ein Alkoholverbot die Besucherfrequenz stark zurückgehen und der Betrieb wesentlich erschwert würde. Die Autonome Linke ist aus prinzipiellen Gründen gegen ein Alkoholverbot; die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen dürfe nicht eingeschränkt werden.
- Zutrittsberechtigung: Die Autonome Linke möchte die Altersbegrenzung nach unten überhaupt aufheben, weil gerade die Unter-16jährigen entscheidend in ihrer politischen Einstellung beeinflusst werden könnten.

Zur Organisation

Mitglied des Vereins kann jedermann werden, indem er sich in eine Liste einträgt.

Die Vollversammlung findet mindestens alle 4 Monate statt. Sie entscheidet jeweils neu, was im Bunker "laufen" soll und was das Komitee zu tun hat. Das Komitee - für mindestens 4 Monate, für höchstens 1 Jahr gewählt - hat die Vollversammlung einzuberufen, die von den Benützern organisierten Veranstaltungen zu koordinieren, für den Ordnungsdienst zu sorgen, Rechnung zu führen und die Verhandlungspartner mit der Stadt zu bestimmen. Die Externe Studienkommission für Jugendfragen hat im Zentrum keine oder höchstens beratende Funktion.

QUELLEN

Gespräche mit

- Dr. Sigmund Widmer, Stadtpräsident von Zürich.
- K. Amberg, Leiter Jugendhaus Zürich, Hauptinitiant der Aktion Bahnhofbrugg.
- Werner Herren, Meilen, Präsident der Aktion Treffpunkt City seit 1968, Mitglied des vorbereitenden Lindenhof-Komitees 1970.
- Yves Bebié, Zürich, Kontaktperson zum Komitee für ein Autonomes Jugendzentrum 1968, Mitglied der Externen Studienkommission für Jugendfragen seit 1968.
- André Chanson, Niederglatt, Mitglied des Komitees für ein Autonomes Jugendzentrum 1968, Mitglied des vorbereitenden Lindenhof-Komitees 1970.
- Dr. H.U. Wintsch, Zürich, Mitglied der Externen Studienkommission für Jugendfragen.

Protokolle

- Sitzungsprotokoll Geschäftsleitung Zürcher Jugendhaus vom 2.5.1967.
- Sämtliche Sitzungsprotokolle der Aktion Bahnhofbrugg aus der Zeit ihres Bestehens vom Juli 1967 bis September 1968.
- Protokoll der Besprechung vom 15.6.1968 zwischen jugendlichen Demonstranten und Vertretern des Zürcher Stadtrates.
- Protokoll der Besprechung vom 22.6.1968 zwischen Vertretern des provisorischen Aktionskomitees für ein Autonomes Jugendzentrum und Vertretern des Zürcher Stadtrates.
- Protokoll der Konsultativ-Versammlung der Interessenten an Räumen der Jugend vom 28.6. und 3.7.1968.
- Protokoll der Besprechung vom 12.7.1968 zwischen der Präsidialsektion des Zürcher Stadtrates und einer Verhandlungsdelegation der Aktion Bahnhofbrugg.
- Protokolle der Zusammenkünfte des Aktionskomitees für ein Autonomes Jugendzentrum im Herbst 1968.
- Sämtliche Sitzungsprotokolle der Externen Studienkommission für Jugendfragen seit ihrer Konstituierung im August 1968 bis Juli 1970, eingeschlossen die Protokolle der Hearings mit den Jugendorganisationen und der Besprechung mit der Stadtverwaltung.
- Protokoll der Strategie-Besprechung vom 1. April 1969 zwischen Vertretern der FASS-Organisation betreffend Antwort auf die Rundfrage der Externen Studienkommission.

Offizielle Eingaben, Berichte, Stellungnahmen

- Aktion Bahnhofbrugg: Brief vom 7.7.1967 an den Zürcher Stadtrat betreffend "Kulturelles Gemeinschaftswerk der Region Zürich".
- Aktion Bahnhofbrugg: Dokumentation vom 12.10.1967 zuhanden der Gemeinderäte der Stadt Zürich über das Projekt Globus-Provisorium.
- Dr. iur. G. Fuchs: Zusammenfassender Bericht über die Pop-Konzerte im Hallenstadion vom 30. und 31. Mai 1968.
- Oberrichter Dr. H. Gut: Stellungnahme zum Bericht von Dr. G. Fuchs.
- Stadtrat von Zürich: Protokollauszüge Nr.1859, Nr.1938 und Nr.1943 vom Juni 1968 betreffend Jugendprobleme.

- "Erklärung des Stadtrates zu den Unruhen" vom 12. Juli 1968.
- Stadtrat von Zürich: Protokollauszüge Nr.2960, Nr.3033 und Nr.3621 vom Herbst 1968 betreffend Jugendzentrum Hof 103, Aktion Treffpunkt City und Verhandlungen mit den Jugendorganisationen.
- Aktionskomitee für ein Autonomes Jugendzentrum: Brief vom 24.9.1968 an den Stadtrat betreffend Konzeption eines Autonomen Jugendzentrums.
- Erklärung des Stadtrates vom 6.12.1968 zu den Jugendproblemen.
- Antworten von 23 Jugendorganisationen auf die Rundfrage der Externen Studienkommission betreffend provisorische Begegnungsstätte, Zürich, Frühjahr 1969.
- Stadtrat von Zürich: Protokollauszug Nr.814 vom 20.3.1969 betreffend die Tätigkeit der Externen Studienkommission für Jugendfragen.
- Stadtrat von Zürich: Weisung vom 21.8.1969 an den Gemeinderat über die Schaffung eines Begegnungszentrums im Lindenhofbunker.
- Stadtrat von Zürich: Pressecommuniqué über die Sitzung vom 18.12.1970.

Interne Korrespondenzen und Arbeitspapiere

- K. Amberg: Exposé vom 24.4.1967 über ein Jugend- und Kulturzentrum im Globus-Provisorium.
- Silvia Staub-Bernasconi: Exposé vom 11.5.1967 über ein Kongresshaus der jungen Generation im Globus-Provisorium.
- André Chanson: Exposé vom Oktober 1968 über die geplante Weihnachtsaktion 1968.
- Verschiedene Stellen der Stadtverwaltung: Stellungnahmen aus den Jahren 1968 und 1969 zu Standortvorschlägen für eine Begegnungsstätte.
- Externe Studienkommission: Verschiedene Schreiben an den Stadtrat aus den Jahren 1968 - 1970.
- Fortschrittliche Studentenschaft Zürich: Brief an die Genossen "Zur Situation", Zürich, April 1969.
- Thomas Held, Mathias Knauer: "Zur Situation", Zürich, Juli 1969.
- Grundlagen- und Strategie-Seminar (GUSS) Zürich: "Unsere Lage - Organisationsfragen" Referat der Revolutionären Allianz, Mai 1970.

Publikationen

- Autonome Arbeitsgruppe Kultur und Information: "Verteidigung der Demonstration", Nr.2 der Schriften zur Agitation, Zürich 1970.
- Diverse Autoren: "Wehret den Anfängen", NZZ-Schriften zur Zeit, Nr.7, Zürich 1968.
- Dr. J. Dahinden: "Vorschlag für ein Autonomes Jugendzentrum Zürich", Zürich 1968.
- Arbeitsgemeinschaft Zürcher Manifest: "Wandzeitungen und Plakate, die während der Veranstaltung 6 Tage Zürcher Manifest entstanden sind", Zürich 1969.
- Aktionskomitee für ein Autonomes Jugendzentrum: "Informations-Extrablatt", Zürich, Juli 1968.
- Rainer Gang, Peter Spring: "A propos Globus", in Agitation Nr.1, Zürich, Februar 1969.
- ohne Autorenangabe: "Das Jugendghetto unter dem Lindenhofhügel" in Agitation Nr.13, Zürich, November 1970.
- Rolf Thut: "Homosick Subterranean 70" in Zeitdienst/Apodaten Nr.50, 23.Jg. Zürich, Dezember 1970.

Presseartikel

- Gregor Henger: "Es ist auch bei uns möglich", Interview mit Thomas Held. Neue Presse Zürich, 27.5.1968.
- R.G. "Rebellion ist berechtigt", Zeitdienst Nr.24 Zürich, Juni 1968.

- Thomas Held: "Was wollen die Fortschrittlichen?" NZZ 16. Juni 1968.
- am: "Was wollen die jungen Rebellen?" Tages-Anzeiger Zürich, 14.6.1968.
- Die "Besetzung" des Globus-Provisoriums am 15./16. Juni 1968. Berichterstattung der NZZ, des Tages-Anzeigers, des Volksrechts und des Vorwärts Zürich.
- Die Krawalle vom 29./30. Juni 1968. Berichterstattung der NZZ, des Tages-Anzeigers, des Volksrechts, des Vorwärts und des Zeitdienstes Zürich.
- Willy Wottreng: "Zur Affäre Jugendhaus", Zürcher Student Nr.4, Juli 1968.
- Die Vollversammlung vom 13. Juli 1968 im Volkshaus. Berichterstattung der NZZ, des Tages-Anzeigers, des Volksrechts Zürich.
- Peter Schächli: "Was will die Aktion Bahnhofbrugg?" NZZ 23.7.1968.
- K. Amberg/ R. Henzi: "Was für ein Jugendzentrum wünscht man?" Tages-Anzeiger Zürich 25.7.1968.
- Franz Rueb: "Schlussfolgerungen nach der Demonstration", Vorwärts Zürich 25.7.1968.
- G. Honegger-Lavater: "Zürcher Aspekte einer weltweiten Kulturkrise", Volksrecht und Zeitdienst Zürich.
- 6 Tage Zürcher Manifest vom 4. - 9. September 1968. Berichterstattung der NZZ, des Vorwärts und des Zeitdienstes Zürich.
- F.H. "Fortschrittliche Arbeiter, Schüler und Studenten (FASS)", Zeitdienst Zürich, Oktober 1968.
- bÜ: "Revolution als Ziel. Die Entwicklung der Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich", NZZ 23.3.1969.
- Vollversammlungen des "Vereins Autonomes Jugendzentrum Lindenhof" vom 9.7.1970, 24.11.1970, 28.12.1970: Berichterstattung der sda, der NZZ und des Tages-Anzeigers.
- Eröffnung des Lindenhofbunkers 30.10. - 2.11.1970: Berichterstattung der sda, der NZZ und des Tages-Anzeigers.
- Pressekonferenzen des "15er-Komitees" Lindenhof vom 16.9.1970, 28.10.1970, 11.11.1970 und 21.12.1970: Berichterstattung der sda, der NZZ und des Tages-Anzeigers.
- Polizeirazzia im Lindenhofbunker vom 22.12.1970: Berichterstattung sda, der NZZ und des Tages-Anzeigers.
- Globus-Krawall-Prozess in Winterthur 2. November - 18. Dezember 1970, Berichterstattung der sda, der NZZ und des Tages-Anzeigers.

Flugblätter

- Junge Sektion PdA: "1. Flugblatt der antiautoritären Menschen", Zürich, Mai 1968.
- FASS: "Hunde wollt ihr ewig beißen?", Zürich, Juni 1968.
- FASS: "Warum wir den Globus besetzen wollen", Zürich, Juni 1968.
- Aktionskomitee Autonomes Jugendzentrum: "Zürcher Jugend schafft Demokratie", Zürich, 17. Juni 1968.
- do.: "Aufruf an die Zürcher Jugend", Zürich, 19. Juni 1968.
- do.: "Flugblatt an alle", Zürich, 21. Juni 1968.
- do.: "Globus, ja oder nein?", Zürich, 22. Juni 1968.
- do.: "Mitteilungsblatt Nr.1", Zürich, 25. Juni 1968.
- do.: "Aktion und Motion, zwei Wege, ein Ziel", Zürich, 26. Juni 1968.
- do.: "Beat-Banausen verbitten", Zürich, Juni 1968.
- do.: "Wir sind brave Kinder, wir bauen uns ein Altersheim", Zürich, Juni 1968.
- do.: "Von den Jungen - für die Jungen", Zürich, Juni 1968.
- Herkunft unbekannt: "Warum fürchten die Behörden das Autonome Jugendzentrum?" Zürich, Juni 1968.

- Arbeitsgemeinschaft Zürcher Manifest: "Aufruf zur Besinnung", Zürich, Juli 1968.
- Aktionskomitee Autonomes Jugendzentrum: "Information Nr.3", Zürich, Juli 1968.
- do.: "Die Autonomen informieren", Zürich, 26.8.1968.
- R.M. Lüscher und andere: "Zürcher Manifest", Zürich, August 1968.
- Ch. Wanner: "Basisgruppe für ein Autonomes Jugendzentrum", Zürich, September 1968.
- Aktion Treffpunkt City: "Informationsbulletin", Zürich 1970.

Diverses

- Statuten und Internes Reglement des Vereins Autonomes Jugendzentrum Lindenhof.

LEHRLINGSFOYER ZUERICH

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Auf Grund der guten Erfahrungen mit dem Mittelschulfoyer Augustinerhof entschloss sich 1965 der katholische Erasmusverein, auch für ein Lehrlings-Foyer Räume zur Verfügung zu stellen. Die Ausgangslage des Vorhabens war aber grundlegend anders, da an der Gewerbeschule, im Gegensatz zur Mittelschule, kein Religionsunterricht erteilt wird. Aus Kontakten mit Lehrmeistern und Vertretern der protestantischen Kirche ergab sich der Plan für ein überkonfessionelles Jugendzentrum, dessen christlicher Charakter einzig im Angebot von Hilfe zum Ausdruck kommen soll.

Verwirklichung

1966 gründeten Vertreter aus Gewerbe und Industrie, der katholischen und reformierten Kirche, der Gewerbeschule und der Jugendfürsorge den "Verein Zürcher Lehrlingsfoyer", der den Innen-Umbau des Hauses plante und in Auftrag gab. Im Mai 1967 konnte das Foyer eröffnet werden.

Konzeption zu Beginn

Im Foyer sollten Lehrlinge ohne Vereinsverpflichtung nach eigenen Ideen die Freizeit gestalten, sich mit Lebensfragen auseinandersetzen, das Gespräch mit den Lehrmeistern pflegen und ruhig Aufgaben machen können. Der Betrieb sollte - finanziell unterstützt von Erwachsenen - weitgehend selbständig von einem Jugendrat geführt werden. Als verantwortlicher Begleiter des Unternehmens war ein Praktikant einer sozialen Schule oder ein Student vorgesehen. Ihm sollte eine vom Verein bestellte Betriebskommission zur Seite stehen.

ZUR ENTWICKLUNG

Uebersicht

Der Betrieb entwickelte sich anders als erwartet, sodass die Konzeption erheblich geändert werden musste. Aus dem Jugendzentrum mehr bildend-geselliger Natur wurde eine Zufluchtstätte für schwierige Jugendliche.

Besucherkreis

Während in den ersten Monaten noch gut durchschnittliche Jugendliche das Haus frequentierten, wurden mehr und mehr Jugendliche angezogen, die aus schlechten Verhältnissen stammten. Vorübergehend gaben sogar ausgesprochene Gammler den Ton an. Mittelschüler und Studenten kamen praktisch keine. Eine Zeitlang hatten die "Progressiven Lehrlinge" im Haus ihren Stammsitz.

Betrieb und Programm

Das Foyer entwickelte sich rasch zum Aufenthaltssort, in einzelnen Fällen sogar zum Heimersatz der Jugendlichen; als Treffpunkt spielte es nur eine untergeordnete Rolle. Nebst Tanzanlässen wurden immer wieder bildende Veranstaltungen durchgeführt, allerdings mit wechselndem Erfolg. Praktikanten der Schule für Soziale Arbeit versuchten einzelne Besucher in Therapie-Gruppen zu erfassen. Während kurzer Zeit erschien eine von den Benützern verfasste Hauszeitung.

Räumlichkeiten

Die Raumaufteilung blieb unverändert. Hingegen wurde 1970 unter Mitarbeit der Foyer-Benützer die Innenausstattung erneuert.

Organisation

Die Selbstverwaltung des Hauses kam nicht über einzelne Ansätze hinaus. Die Leitung des Foyers musste 1969 an eine vollamtlich angestellte Sozialarbeiterin übertragen werden.

DER MOMENTANE STAND

Zielsetzung

Allgemein

Das Foyer soll Jugendlichen, die in Konflikt mit sich und der Umwelt stehen, Halt und Möglichkeit zur Problemverarbeitung anbieten.

Im einzelnen

- Die Jugendlichen sollen zunächst - ohne Kritik von aussen fürchten zu müssen - einfach unter ihresgleichen sein können und in einer Gruppe ihre Rollen kennenlernen.
- Sie sollen bei reiferen erwachsenen Personen Rat und Hilfe finden können.
- Durch Veranstaltungen und Diskussionen sollen sie beginnen, über sich und die Umwelt nachzudenken, um sich schliesslich für ein Ziel zu engagieren.

Grundsätze und Methoden

- Der Leiter stellt keine Gebote und Verbote auf, sondern zeigt lediglich die Folgen von Verhaltensweisen auf. Die Jugendlichen sollen - falsche oder richtige - Normen in der Auseinandersetzung unter sich selber finden, erproben und leben können, ausgenommen die Norm sei eindeutig gesetzeswidrig.
- Die Bildung jugendlicher Subkulturen wird weder verhindert noch gefördert, weil man den Konflikt zwischen alten und neuen Gesellschaftsformen als lebensnotwendig erachtet, aber Entwicklungen nicht vorgreifen will. Eingliederung in die Gesellschaft soll nicht erstes Ziel sein.
- Anspruchsvollere Veranstaltungen sollen auch andere als nur schwierige Jugendliche ins Haus bringen und eine Konfrontation verschiedener Gruppen ermöglichen. Dadurch soll das Verständnis für andere Lebenseinstellungen gefördert werden. Zudem hofft man, zur Selbstverwaltung fähige Leute gewinnen zu können.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Uebersicht

Zur Hausordnung

Eine schriftlich fixierte Hausordnung besteht nicht. Es wird mündlich weitergegeben, dass jedermann für Ordnung zu sorgen hat, Telefone zu bezahlen sind usw.

Eine Altersbegrenzung nach unten wurde nötig, weil die Schüler im Foyer schlecht beeinflusst wurden.

Zur Organisation

Die Betriebskommission genehmigt die von der Leiterin vorgelegte Betriebskonzeption und überwacht die Ausführung, ohne sich jedoch in Einzelheiten einzumischen. Die Betriebsführung steht ganz in der fachlichen Kompetenz der Leiterin. Der finanzielle Rahmen ist grosszügig abgesteckt. Trotz ständiger Bemühungen durch die Leitung ist eine geplante Selbstverwaltung durch die Benutzer noch nicht zum Tragen gekommen.

Zum Besucherkreis

Am stärksten vertreten sind sozial auffällige Jugendliche. Einzelne davon sind verwahrlost und verhalten sich kriminell. An Veranstaltungen kommen auch andere Jugendliche.

PLAENE

Wesentliche Änderungen in der Konzeption sind in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Zur Diskussion steht die Anstellung einer zweiten Sozialarbeiterin.

QUELLEN

- Pater A. Schaer, Zürich, Mitglied der Betriebskommission des Lehrlingsfoyers seit 1966: Gespräch und Korrektur.
- Elisabeth Bloch, Leiterin des Lehrlingsfoyers Zürich seit 1969: Gespräch und Korrektur.
- Pfr. Paul Frehner, Präsident des Vereins Zürcher Lehrlingsfoyer seit 1966: Brief vom 3.4.1970 zu Fragen der Zielsetzung.
- Sitzungs-Protokolle des Vorstandes, der Betriebskommission und der GV des Vereins Zürcher Lehrlingsfoyer 1966-1969.
- A. Schaer: "Zürcher Lehrlingsfoyer", Entwurf einer Konzeption, Zürich, 9.6.1966.
- V. Huonder: "Bericht September - Dezember 1967" des Zürcher Lehrlingsfoyers. Zürich, Januar 1968.
- "Zürcher Lehrlingsfoyer sucht ...", Ausschreibung der Leiterstelle im Herbst 1968.
- E. Bloch/A. Leuze: "Der Auftrag des Zürcher Lehrlingsfoyers", Zürich, Frühling 1970.
- Statuten des Vereins Zürcher Lehrlingsfoyer vom Dezember 1968.
- E. Bloch/H. Marti: "Ueberlegungen zur Zielsetzung des Zürcher Lehrlingsfoyers", Zürich, Oktober 1970.

MITTELSCHULFOYER ZUERICH

=====

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Seit anfangs der Sechzigerjahre suchten katholische Religionslehrer den kirchlichen Unterricht an den Zürcher Mittelschulen zu verbessern. Die zersplitterten Einzelstunden riefen vor allem nach einer lebensnahen Ergänzung ausserhalb der Schule.

Verwirklichung

Als 1962 im Haus Augustinerhof 1 Räume in Aussicht standen, wagten einige Patres - unabhängig von den katholischen Kirchgemeinden - ein Experiment. Sie beauftragten ein Schülerkomitee, ein Umbauprojekt für einen Treffpunkt der katholischen Mittelschüler auszuarbeiten. In gemeinsamer Fronarbeit wurden dann die Räume umgebaut und 1963 in Betrieb genommen. Trägerschaft und Finanzierung übernahm der von der Elternschaft gegründete "Verein Augustinerhof". Sein Zweck: Die an den Zürcher Mittelschulen unterrichtenden Religionslehrer in ihrer Aufgabe, insbesondere bei der Betreuung der Schüler ausserhalb der Religionsstunden, zu unterstützen.

Konzeption zu Beginn

Das Foyer soll ein Ort zwischen Schule und Familie sein. Der Jugendliche, der sich von der Familie zu lösen beginnt, soll dort für sich arbeiten, Kontakte mit Kameraden pflegen und Initiativen entfalten können. Den Betrieb sollten weitgehend die Schüler selber gestalten - beraten und angeregt durch die Patres, denen die oberste Verantwortung übertragen wurde.

ZUR ENTWICKLUNG

Ueberblick

Das Foyer erfüllte die Erwartungen im wesentlichen. Die Experimentierphase - im Sinne von ersten Gehversuchen - wurde bald überwunden. Etliche führende Leute in den Studentenschaften sind aus dem Foyer hervorgegangen.

Räumlichkeiten

1969 neue Innenausstattung in Fronarbeit. Die Kosten von Fr. 6000.-- wurden vom Elternverein übernommen.

Organisation

Die Form der Selbstverwaltung durch die Mittelschüler wandelte sich periodisch, da man nicht ohne massgebende Beratung und Anregung durch die Patres auskam. Weil das Interesse an den öffentlichen Vollversammlungen gering war und ihre Resultate dürftig ausfielen, ersetzte man sie durch überschaubare Arbeitsgruppen mit begrenzten Zielen.

Betrieb und Programm

Analog zur Organisation wurde der Betrieb mehr und mehr auf Gruppen ausgerichtet. Die Teilnehmerzahl für Auslandsreisen beschränkte man auf 30-40. Das Programm wurde straffer nach Thema, Schwierigkeitsgrad und Altersstufe gegliedert.

ZUM MOMENTANEN STAND

Zielsetzung

Allgemein und im einzelnen

- Die Jugendlichen in ihrer Reifung zur Persönlichkeit fördern
- Die Jugendlichen sollen das Verhältnis zu sich, zur Welt und zu Gott überdenken und die Einsichten in die Tat umzusetzen versuchen
- Das Zusammenleben mit andern einüben
- Verantwortung tragen lernen

Methoden, Grundsätze

- Der Zusammensetzung von Arbeits- und Reisegruppen schenken die Patres grosse Beachtung. Sie versuchen, aus ihren Religionsklassen geeignete Jugendliche für Führungsaufgaben im Foyer zu gewinnen.
- Für alle Unternehmungen werden die mit Verantwortung betrauten Jugendlichen von Beginn an zur demokratischen Mitberatung herangezogen und in Gruppen- und Diskussionsführung geschult.
- Öffentliche Veranstaltungen, wie Gespräche mit Persönlichkeiten und Tanzabende, haben vor allem den Zweck, den Kreis der Foyerbenützer zu vergrössern. Die eigentliche Tätigkeit geschieht in Gruppen.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Zu "Programm und Betrieb"

Zur Zeit der Bestandesaufnahme bestehen folgende Gruppen, die in der Regel wöchentlich zusammenkommen:

- "Thing" (germ. Volksversammlung): 13-16 Jährige. Theaterexperimente. Leitung durch Religionslehrer.
- "Club jeudi": 16-20 Jährige, Diskussion aktueller Probleme. Gespräche mit Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft. Von Teilnehmern selbst geleitet. Beratung durch Pater.
- "Focus": 16-20 Jährige. Diskussion religiöser Fragen. Auseinandersetzung mit Musik, Theater und Malerei. Leitung durch Religionslehrer.
- Foyer Filmclub: Vorführung und Diskussion von Filmen.

Jährlich werden zwei bis drei Weekends und Auslandsreisen organisiert, in deren Mittelpunkt bestimmte Lebensfragen (wie "Vorurteile", "Freundschaft") stehen. Man versucht die Diskussionsergebnisse im Lagerleben zu verwirklichen. Alle 14 Tage findet eine Sonntagsmesse statt. Zu den geselligen Anlässen gehören nebst den internen Foyer-Bällen auch Spielabende und Ausflüge. Seit 1965 erscheint in unregelmässiger Folge eine von den Besuchern selbständig verfasste Foyer-Zeitung.

Zum Besucherkreis

An Gruppenabenden nehmen 10-30, an öffentlichen 50-100 Jugendliche teil. Nebst Mittelschülern finden vereinzelt auch KV-Lehrlinge und Kunstgewerbeschüler Anschluss. Die meisten Foyer-Besucher sind katholisch.

Zur Organisation

Der Elternverein Augustinerhof lässt sich im allgemeinen jährlich über die Tätigkeit des Foyers orientieren. Der Vorstand befasst sich vorwiegend mit verwaltungstechnischen Fragen.

An der Foyer-Versammlung beteiligen sich die Mitarbeiter und andere "zugewandte Orte", die persönlich eingeladen werden.

PLAENE

Die Liegenschaft Augustinerhof ist 1970 von einem Generalunternehmen erworben worden. Ob das Foyer verlegt werden muss, ist noch nicht entschieden.

Der Betrieb wird bis auf weiteres den bisherigen beweglichen Charakter beibehalten.

QUELLEN

- Pater Lorenz Stampa, Zürich. Betreuer des Mittelschulfoyers seit 1968 (Gespräch und Korrektur).
- Pater A. Eichenberger, Zürich. Betreuer des Mittelschulfoyers 1963-1968 (Gespräch und Korrektur).
- Statuten des Vereins Augustinerhof Zürich von 1963.
- "Foyer", Zeitung des Mittelschulfoyers 1964-1969.
- Mittelschulfoyer Zürich: Jahresbericht 1969.

ALLGEMEINES ZU DEN FREIZEITANLAGEN DER STADT ZUERICH

ZUR ENTSTEHUNG

Vorgeschichte

Die Idee der Freizeitanlage hat sich um 1950 innerhalb der Stiftung Pro Juventute entwickelt, und zwar aus zwei Motiven heraus:

1. Freizeitproblem der Jugendlichen:

Bis zum 2. Weltkrieg hatte die Stiftung Pro Juventute Freizeiteinrichtungen ausschliesslich für Jugendliche unterstützt, nämlich die während der Wirtschaftskrise entstandenen Freizeitwerkstätten für jugendliche Erwerbslose und die Freizeitstuben für kulturelle und unterhaltende Jugendanlässe. An der Schweizerischen Landesausstellung 1939 in Zürich wurde mit dem "Schweizer Jugendhaus" erstmals versucht, beide Einrichtungen unter ein Dach zu bringen: eine Idee, die von Otto Binder, dem damaligen Pro Juventute Zentralsekretär und SAJV-Präsidenten, ausgearbeitet wurde.

Während des 2. Weltkrieges stellte die Sektion Heer und Haus den Wehrmännern Werkzeugsortimente zur Verfügung, um die langen Präsenzzeiten des Aktivdienstes mit Basteln auszufüllen. In vielen Gemeinden entwickelten sich eigentliche Soldaten-Werkstätten, die dann nach Kriegsende von der Stiftung Pro Juventute als Freizeitwerkstätten weitergeführt wurden. 1950 ergab eine Bestandesaufnahme, dass von den 500 Werkstätten der Vorkriegs- und Kriegszeit noch deren 80 benützt wurden - und zwar ausschliesslich von erwachsenen Personen. Dieses Ergebnis veranlasste die Mitarbeiter des Pro Juventute-Freizeitdienstes von Freizeiteinrichtungen nur für Jugendliche abzugehen und die Idee des Gemeinschaftszentrums für alle Altersstufen zu verfolgen. Neben den ausländischen Vorbildern, wie z.B. die deutschen Nachbarschaftsheime und die englischen Community Centers, waren folgende Überlegungen massgebend:

- Der Graben zwischen den Generationen, der durch die rasche Entwicklung der Gesellschaft ohnehin schon breit genug ist, darf nicht durch getrennte Freizeiteinrichtungen noch breiter werden.
- Das Freizeitproblem, das heisst die Frage, wie die vermehrte Freizeit ausgefüllt werden soll, besteht nicht nur beim Jugendlichen, sondern bei allen Altersstufen, vor allem bei den Pensionierten. Ueberhaupt ist die Jugend nur eine Uebergangsphase, die nicht losgelöst von den übrigen Lebensaltern betrachtet werden kann.
- Um der Vermassung und der Vergnügungssucht entgegenwirken zu können, braucht es nicht grosse, zentral gelegene Jugendhäuser mit Massenunterhaltungsbetrieb, sondern kleine Quartierzentren.

2. Spielräume für Kinder

Seit ihrer Gründung hat die Stiftung Pro Juventute die Bedeutung von Umwelt und Familie für die seelische und körperliche Gesunderhaltung des Kindes hervorgehoben. So wurde schon 1912 bei der Hilfsaktion für asthmapranke Kinder festgestellt, dass Kindernöte im Grunde Elternnöte seien.

Zu den Bemühungen um eine bessere, dem Kind zuträglichere Umwelt gehört die Unterstützung der Bewegung für Freiluft-erziehung, die in der Schweiz zahlreiche Waldschulen, Ferienkolonien und Landerziehungsheime ins Leben gerufen hatte und seit 1922 verschiedene internationale Kongresse durchführte.

Mit dem beschleunigten Wohnungsbau und dem zunehmenden Strassenverkehr, der den Spielraum der Kinder immer enger werden liess, rückte nach dem 2. Weltkrieg die Reform der Kinderspielplätze in den Vordergrund. Dr. A. Ledermann, der sich seit 1948 dieser Frage vermehrt annahm, schwebte als Ideallösung zunächst eine Art Trümmerfeld-Spielplatz vor, wie er sie in den zerbombten Städten Deutschlands beobachten konnte. Nach einer Besichtigung der Kopenhagener Skrammellegeplads, den 1931 vom Garten-Architekten C.T. Sörensen geschaffenen Gerümpelspielplätzen, entwickelte er die Idee des schweizerischen Robinsonspielplatzes, einer Spielanlage bestehend aus Tummel- und Spielwiesen, Trockenplatz für Ball- und Strassenspiele, Spiel-ecken mit Sand und Wasser, Bauspielplatz für Hütten und Tiergehege,

Freizeithaus für musische Spiele. Der Unterschied zum traditionellen Spielplatz besteht darin, dass dem Kind nicht ausschliesslich Geräte, sondern Materialien zum Spielen gegeben werden, damit die schöpferischen Kräfte sich entfalten können.

Im Robinsonplatz-Gedanken fand aber bald auch das alte Pro Juventute Postulat Eingang, dass das Familienleben gepflegt werden müsse. So sah man als Endform des "Robi-Platzes" das Gemeinschaftszentrum für jung und alt, für Eltern und Kinder. Zudem spielte die Ueberlegung eine Rolle, dass nicht nur das Kind, sondern auch der Erwachsene in den modernen Wohnblöcken keinen Raum zum Werken oder zum Musizieren mehr finde. Die moderne Arbeitswelt lasse die schöpferischen Kräfte verkümmern.

Verwirklichung

Als es um die Verwirklichung der Idee ging, wurden dann die folgenden politisch entscheidenden Argumente ins Feld geführt:

- Um für jede Altersstufe separat Freizeiteinrichtungen zu bauen, fehlen in der Stadt die Landreserven.
- Einrichtungen für nur eine Altersstufe werden beim Stimmbürger auf grösseren Widerstand stossen.
- Der Mangel an Sozialarbeitern lässt eine Zersplitterung der Kräfte nicht zu.

Die wichtigsten Stationen der Verwirklichung:

- 1950: An einer Wanderausstellung regt der Pro Juventute-Freizeitdienst Freizeitprogramme für die ganze Familie an. Damit könne dem Freizeitproblem bei Jugendlichen am besten vorgebeugt werden.
- 1951 erstellt Architekt A. Trachsel vom Hochbauamt auf eigene Initiative in seinem Wohnquartier Triemli mit den Nachbarn in Fronarbeit den Spielplatz Sonnengarten.
- Vom 28.8. bis 6.9.1953 findet in der Schweiz der V. Internationale Kongress für Freiluft-erziehung statt. Die mit der Organisation betraute Stiftung Pro Juventute stellt Schulbaufragen in den Mittelpunkt und fordert unter anderem das "Offene Schulhaus", d.h. Schulhäuser mit Freizeiträumen für jung und alt.
- An diesem Kongress kommt A. Trachsel, der über den Bau des Spielplatzes Sonnengarten referiert, in Kontakt mit Dr. Ledermann von Pro Juventute, und sie beginnen gemeinsam Pläne für Robinsonspielplätze und Gemeinschaftszentren auszuarbeiten.
- 1954: Erster Robinsonspielplatz im "Park im Grünen" in Rüschlikon auf Initiative der Genossenschaft Migros.
- Im gleichen Jahr halten A. Trachsel und A. Ledermann unzählige Vorträge und bewirken im Zürcher Gemeinderat Interpellationen zur Schaffung von Robinsonspielplätzen und Gemeinschaftszentren.

In der Folge beginnt das städtische Bauamt mit der systematischen Planung von Gemeinschaftszentren, nennt sie später (1961) aber Freizeitanlagen, um keine Vorstellung an religiöse Gemeinschaften, Volkshäuser oder an gesamtstädtische Zentren zu wecken.

- Am 18.7.1954 wird in Wipkingen der erste Robinsonspielplatz der Pro Juventute in der Stadt eröffnet. Kosten für die Stadt Fr. 15'000.--, Betriebsführung durch den Pro Juventute-Freizeitdienst.
- 1956-1958: Weitere Robinsonspielplätze im Heuried, in Leimbach und in Riesbach.
- 1956: Städtische Betriebsbeiträge an die Stiftung Pro Juventute in der Höhe von Fr. 10'000.-- pro Jahr und Anlage.
- 1957: Der Robinsonspielplatz Wipkingen wird durch zwei Baracken mit Theaterraum und Werkstatt zu einer Freizeitanlage erweitert. Am Bucheggplatz wird in einer Notwohnung eine provisorische Freizeitanlage in Betrieb genommen.
- 1958: Das Provisorium am Bucheggplatz wird von einer neuen Anlage abgelöst.

ZUR WEITEREN ENTWICKLUNG

Uebersicht

Die Erstellung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen machte regelmässige Fortschritte, ebenso der Ausbau der Administration. Die Verwirklichung der pädagogischen Ziele gestaltete sich hingegen schwieriger als vorgesehen; nur einzelne Anlagen entwickelten sich auf Anhieb den Erwartungen entsprechend. 1965 begann sich ein Wandel in der baulichen Gestaltung und in der Betriebsführung abzuzeichnen. Die Zielsetzung blieb noch unverändert.

Standorte

Die Anlagen müssen zunächst mangels Landreserven ausserhalb der alten Quartierzentren erstellt werden. Davon betroffen werden Buchegg, Wipkingen, Bachwiesen, Wollishofen, Heerenschürli. Seit 1964 ist es dank der langfristigen Quartierplanungen möglich, die Freizeitanlagen in grossen Sport- und Erholungszentren unterzubringen; dies gilt vor allem für Heuried und Seebach. Da man ihre Bedeutung allgemein erkannt hat, werden die Freizeitanlagen seit 1968 in die Pläne von umfassenden Quartierzentren mit Läden, Schulen, Kirchen, Hotels etc. miteinbezogen. Beispiele dafür sind die Projekte Unteralfoltern, Hardau, Grünau und Schwamendingen.

Raumprogramm

Das Raumprogramm enthält zunächst Werkräume für gröbere und feinere Arbeiten, einen Mehrzweckraum, eine Quartierbibliothek, einen grossen Clubraum und eventuell einige kleine Clubräume. Da man davon ausgeht, dass der Besucher mit einer mehr oder weniger klaren Absicht in die Anlage kommt, misst man der Anordnung der Räume wenig Bedeutung zu.

Seit 1965 wird das Raumprogramm erweitert, und zwar

- um einen Treffpunkt, d.h. um einen kleinen, allgemein zugänglichen Clubraum, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass viele Besucher ohne feste Absicht in die Anlage "hineinschauen" und irgendwo aufgefangen werden müssen;
- um einen Saal, weil sich bei Vereinen und Kirchgemeinden eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit, vor allem zur gemeinsamen Benützung eines Quartiersaales, entwickelt hat;
- um Reserveräume, weil sich die Anlage den sich wandelnden Bedürfnissen rascher anpassen können muss.

Der Beziehung der Räume zueinander wird mehr Beachtung geschenkt als früher.

Organisation

Verwaltung und Organisation der Freizeitanlagen bleiben in den Grundzügen unverändert. Für Bauliches ist weiterhin das Hochbauamt der Stadt Zürich zuständig, für die Betriebsführung die Stiftung Pro Juventute.

- Seit 1961 bilden die städtische Verwaltung, die Stiftung Pro Juventute und die übrigen an den Freizeitanlagen beteiligten Institutionen die Betriebskommission, ein Kontrollorgan des Stadtrates, das den Betrieb der Anlagen überwachen soll.
- 1963 heissen die Stimmbürger der Stadt mit grossem Mehr eine Vorlage gut, nach welcher die Stadt der Stiftung Pro Juventute für den Betrieb der Freizeitanlagen einen jährlichen, in der Höhe vom Gemeinderat festzulegenden Beitrag ausrichtet. Damit werden die Freizeitanlagen offiziell zur städtischen Aufgabe erklärt.

Die zunehmende Zahl der Anlagen zwingt den Freizeitdienst der Pro Juventute, die zentrale Verwaltung der Anlagen intern zu verselbstständigen. 1967 wird ein Zentralleiter samt Sekretariat angestellt, 1969 eine eigene Abteilung "Zürcher Freizeitanlagen" geschaffen. Seither wickelt sich die Administration aller Anlagen einheitlich nach zeitgemässen Methoden ab. Durch die engere Zusammenarbeit mit den Amtsstellen - das Finanzinspektorat überwacht die Verwendung der städtischen Beiträge, und das Personalamt kontrolliert den Stellenplan - steht die Zentralleitung verwaltungstechnisch sichtlicher stärker im Einflussbereich der städtischen Verwaltung, die Betriebsführung der einzelnen Anlagen wird - ausgenommen die Budgetfragen - davon nicht berührt.

Programm und Betrieb

Das Programm wird schrittweise ausgebaut, wobei mehr und mehr auch gemeinsame Veranstaltungen für alle Anlagen auftauchen.

- Seit 1961 jährlich ein Heissluftballon-Wettbewerb (in den Herbstferien);
- seit 1961 jährlich ein Jugendorientierungslauf in Zusammenarbeit mit den zürcherischen Kinderheimen (im Juni);
- seit 1962 Jugendtanzveranstaltungen, zunächst zusammen mit einer anderen Organisation, seit 1967 in eigener Regie;
- seit 1965 Ski- und Schlitteltage während der Sportwoche(n);
- 1966-1969: "Meier 12", jährlich ein Detektivwanderspiel für Kinder, in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei Zürich (in den Frühlingsferien);
- 1968 und 1969: je ein Seifenkistenrennen, in Zusammenarbeit mit dem TCS, Touring-Club der Schweiz (im Herbst);
- seit 1969 jährlich ein "Zürcher Kerzenziehen" auf dem Bürkliplatz, zu Gunsten sozialer Einrichtungen (in der Weihnachtszeit);
- 1968: Gründung des Zürcher Forums, welches Veranstaltungen zur "Vertiefung des Verständnisses für das kulturelle Leben" organisiert. Plauderkonzerte mit Solisten des Tonhalle-Orchesters, Orientierungswochen mit dem Thema "Die Zürcher Kunstinstitute stellen sich vor", Berufsorientierungskurse über die Ausbildung zu künstlerischen Berufen (1969) oder über die Ausbildung zu den sozialen Berufen (1970), "Zeit- und Leitbilder" (1971).

Einzelne Anlagen entwickeln Programmpunkte, die Leute aus der ganzen Stadt anziehen, so etwa das "Theater am Bucheggplatz", die Bachwiesen-Jazzkonzerte, der Riesbacher Mundartzyklus, die Wollishofener Jugendtanzanlässe.

Die Leiterausbildung und Leiterauswahl macht einige Fortschritte.

- 1958 gründet die Stiftung Pro Juventute zusammen mit der Schule für Beschäftigungstherapie und der Kunstgewerbeschule das Werkseminar, wo künftige Freizeitanlage-Leiter kunsthandwerklich weitergebildet werden können.
- Seit 1967 finden periodisch mehrtägige Fortbildungs-Tagungen für die Anlage-Leiter statt.
- Die Anforderungen an die Qualifikation der Leiter sind gestiegen und richten sich nach der vorgesehenen Funktion als Hauptleiter, Werkstattchef, Jugendleiter usw.

Ueber die Entwicklung der Betriebskosten gibt die nachstehende Tabelle Auskunft.

Gründe für die sprunghafte Zunahme der jährlichen Aufwendungen sind:

- Ansteigen des Mitarbeiterstabes durch die Eröffnung neuer Anlagen (z.B. 1967: 26, 1970: 35 Mitarbeiter);
- Anpassung der Saläre an die städtische Regelung;
- Einstellen von qualifizierterem Personal.

ZUM HEUTIGEN STAND

Zielsetzung

Allgemein:

- Den Menschen im ganzen erziehen und bilden, d.h. die geistige, seelische und körperliche Entfaltung des Einzelnen in allen Lebensphasen fördern. Das Verantwortungsbewusstsein und den Gemeinschaftssinn wecken.

Im einzelnen:

- Vielfältige Möglichkeiten zur selbsttätigen und sinnvollen (im Gegensatz zur ziellosen, konsumierenden) Freizeitgestaltung bereitstellen und die

brachliegenden schöpferischen Kräfte entfalten helfen. Unter schöpferischem Tun versteht man vorab das Werken und Bauen nach eigenen Ideen sowie das eigentliche künstlerische Schaffen.

- Das Mitverantwortungsgefühl für die Gemeinschaft im Rahmen des Quartiers und der Nachbarschaft fördern, indem die Begegnung von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und verschiedenen Berufs ermöglicht wird.
- Die seelische und körperliche Gesunderhaltung der "Stadt- und Asphaltmenschen" durch Bereitstellen von Grünanlagen fördern.
- Den Zusammenhalt der Familie fördern und sie damit zur selbständigen Bewältigung der Freizeitprobleme befähigen.
- Die Wohnquartiere in ihrem Eigenleben fördern, um die Stadt in überschaubare Teile zu gliedern und der Vermassung entgegenzuwirken. Dieses Ziel gewinnt an Bedeutung.

Grundsätze und Methoden

- Neue Anlagen werden in der Regel erst geplant, wenn in einem Quartier der Wunsch danach offiziell bei der Stadt angemeldet wird.
- Eine Freizeitanlage soll der Bewohnerschaft eines Quartiers dienen. Als Faustregel gilt ein Kreis von 15 Gehminuten.
- Eine Anlage soll höchstens so gross sein, dass ein Leiter noch den persönlichen Kontakt mit den Besuchern pflegen und sie zu Selbsttätigkeit anregen kann. Oberste Grenze: ein Saal für 250 Leute (ausser der Saal diene zugleich als Kirchgemeinde- oder Quartiersaal).
- Der Treffpunkt und die unterhaltenden Veranstaltungen sind als Anknüpfungspunkt gedacht, von dem aus die Besucher zur Aktivität und zu bildenden Veranstaltungen geführt werden sollen.
- Gemäss Richtlinien der städtischen Verwaltung sollten - wenn man Besoldungen und Einrichtungskosten aus dem Spiel lässt - alle Veranstaltungen und Kurse ohne Defizit abschliessen. Nach Pro Juventute-interner Regelung haben Treffpunkt und Unterhaltung Gewinn zu bringen, Kurse sollen selbsttragend sein, und kulturelle Veranstaltungen dürfen im Einzelfall defizitär ausfallen.
- Räume werden grundsätzlich keiner Gruppe zur alleinigen Benützung und Verwaltung zur Verfügung gestellt (ausgenommen Modelleisenbahner und Funker). Begründung: Raummangel und schlechter Ausnützungsgrad. Auch müssten die Gruppen gegenseitig keine Rücksicht mehr nehmen.
- Clubs, die sich aus dem spontanen Betrieb heraus bilden, können Räume unentgeltlich benützen. Sie erhalten für ihren Clubbetrieb keine finanzielle Unterstützung von der Anlage.
- Clubs und Gruppen, die sich ausserhalb der Anlage organisiert haben, sich aber im Sinne der Zielsetzung der Freizeitanlage betätigen, können ebenfalls unentgeltlich Räume benützen. Im Sinne der Zielsetzung heisst: für möglichst viele Besucher offen sein; zur Zusammenarbeit mit den übrigen Anlagebenützern und mit dem Quartier bereit sein; den übrigen Betrieb nicht beeinträchtigen; den einzelnen Besucher in seiner Persönlichkeitsentfaltung fördern.
- Gruppen, die Ausschliesslichkeitsansprüche bei der Benützung von Räumen stellen, haben eine Miete zu entrichten. Die Höhe der Miete richtet sich nach dem Grad der Ausschliesslichkeit.
- Zu den Gruppen, die in verschiedenen Anlagen Räume benützen, gehören: die Volkshochschule, die Elternschule, die Stiftung "Für das Alter", der Verein Experimentier-Kindergarten, die Beratungsstelle für Jugendliche "Speak out", Basisgruppen der "Autonomen Republik Bunker".
- Institutionen, deren Tätigkeit mit dem Freizeitanlage-Betrieb verwandt ist, werden eingeladen, mit den Anlagen zusammenzuarbeiten. Andernfalls wird ein Konkurrenzbetrieb eröffnet.

Zielsetzungen und Grundsätze der Betriebsführung stimmen mit den Vorstellungen der Behörden überein.

Ergänzende Angaben zur graphischen Uebersicht

Zur Organisation

Die Betriebskommission koordiniert Wünsche der an den Anlagen beteiligten Institutionen und unterbindet Versuche aussenstehender Kreise, die Betriebsleitung zu beeinflussen. Ausserdem arbeitet sie zuhanden des Stadtrats Anträge betreffend Verwaltungsfragen und Raumprogramm aus. Mit Einzelfragen der Zielsetzung und der Betriebsführung befasst sie sich nicht; ebensowenig mit Budgetfragen (ausser es handle sich um ausserordentliche Beitragsgesuche). Den Vorsitz hat der Pro Juventute-Zentralsekretär inne.

Der Zentralleiter ist vorläufig noch hauptsächlich Verwalter, der für die Buchhaltung, das Personalwesen, für Anschaffungen und für den Kontakt mit der Stadtverwaltung besorgt ist. Bis zur Anstellung eines Assistenten für administrative Arbeiten im Herbst 1970 mussten Fragen der Zielsetzung und Betriebsführung zurückgestellt werden.

Vorläufig liegt es noch weitgehend im Ermessen der Anlageleiter, welche Ziele auf welche Art und mit welchem Programm sie angehen wollen.

Dabei haben sie in erster Linie folgende Punkte zu beachten:

- Das Budget und die Vorschriften über Gewinn und Verlust von Veranstaltungen
- Den Ruf der Anlage, welcher nicht wegen eines einseitigen Programms, wegen gewisser politischer Tendenzen oder wegen irgendwelcher Vorkommnisse in Misskredit geraten darf.

Der Hauptleiter ist für den Betrieb seiner Anlage verantwortlich und hat die Kontakte mit dem Quartier zu pflegen.

Zur Hausordnung

Die Gründe für die Schliessung der Anlagen am Sonntag und Montag sind:

- Freitage der Leiter;
- schwacher Besuch;
- die Wochenendfreizeit soll in den Familien verbracht werden.

Alkohol wird in keiner Anlage ausgeschenkt:

- aus Gründen des Jugendschutzes;
- weil das Personal für einen Wirtschaftsbetrieb fehlt;
- weil die entsprechenden Wirtschaftspatente nicht erhältlich sind.

Zum Programm

Programmpunkte, die sich in allen Anlagen finden, sind Werken (in Kursen oder im freien Betrieb) und Rhythmik. Alle übrigen Programmteile variieren von Anlage zu Anlage, insbesondere der auf die Jugendlichen ausgerichtete Betrieb.

ZUR ZUKUNFTIGEN ENTWICKLUNG

Die bauliche Planung

Die bauliche Planung geht stärker als in den Anfangsjahren von Erfahrungen aus.

- Die Erfahrung, dass ein Treffpunkt nötig ist, wirkt sich darin aus, dass in allen Anlagen ein Clubraum mit Erfrischungsmöglichkeit eingebaut wird. Die zukünftige Lösung ist der überdeckte Dorf- oder Marktplatz innerhalb eines integrierten Laden-, Kirch-, Sport- und Freizeitzentrums.
- In Zukunft werden drei bauliche Bereiche unterschieden: ruhiger Bereich für Erwachsenenbildung, Klubs etc.; Begegnungszone mit Treffpunkt, Saal etc.; lärmiger Bereich mit Grobwerkstatt, Übungslokalen, Jugendräumen etc.

- Die gemischten Erfahrungen mit dem "Offenen Schulhaus" in Leimbach und Neubühl lassen wesentliche bauliche Verbesserungen bei kombinierten Schul- und Freizeitanlagen erwarten (getrennte Eingänge, Schallisolation).
- In jüngster Zeit sind erstmals Vertreter der betrieblührenden Organe zur Beurteilung von Freizeitanlage-Projekten beigezogen worden.

Im übrigen wird die Planung stark von den andern, dringlichen Bauvorhaben durchkreuzt. Die langfristige Planung, welche im Endausbau 22 auf das ganze Stadtgebiet verteilte Anlagen vorsieht, dürfte daher noch manche Aenderung erfahren.

Pläne betreffend Organisation

Grundlegende Reorganisationen sind in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten. Eine Eingliederung der Betriebsleitung in die Stadtverwaltung wird vom Stadtrat abgelehnt, weil die Betriebsführung schlechter und teurer würde.

Es wird eine enge Zusammenarbeit mit Fachgremien und Institutionen angestrebt, die ihre Möglichkeiten den Quartieren zur Verfügung stellen. Beispiel im kulturellen Bereich: Zürcher Forum.

Pläne betreffend Betrieb und Programm

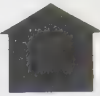
Als wesentlichste sind zu nennen:

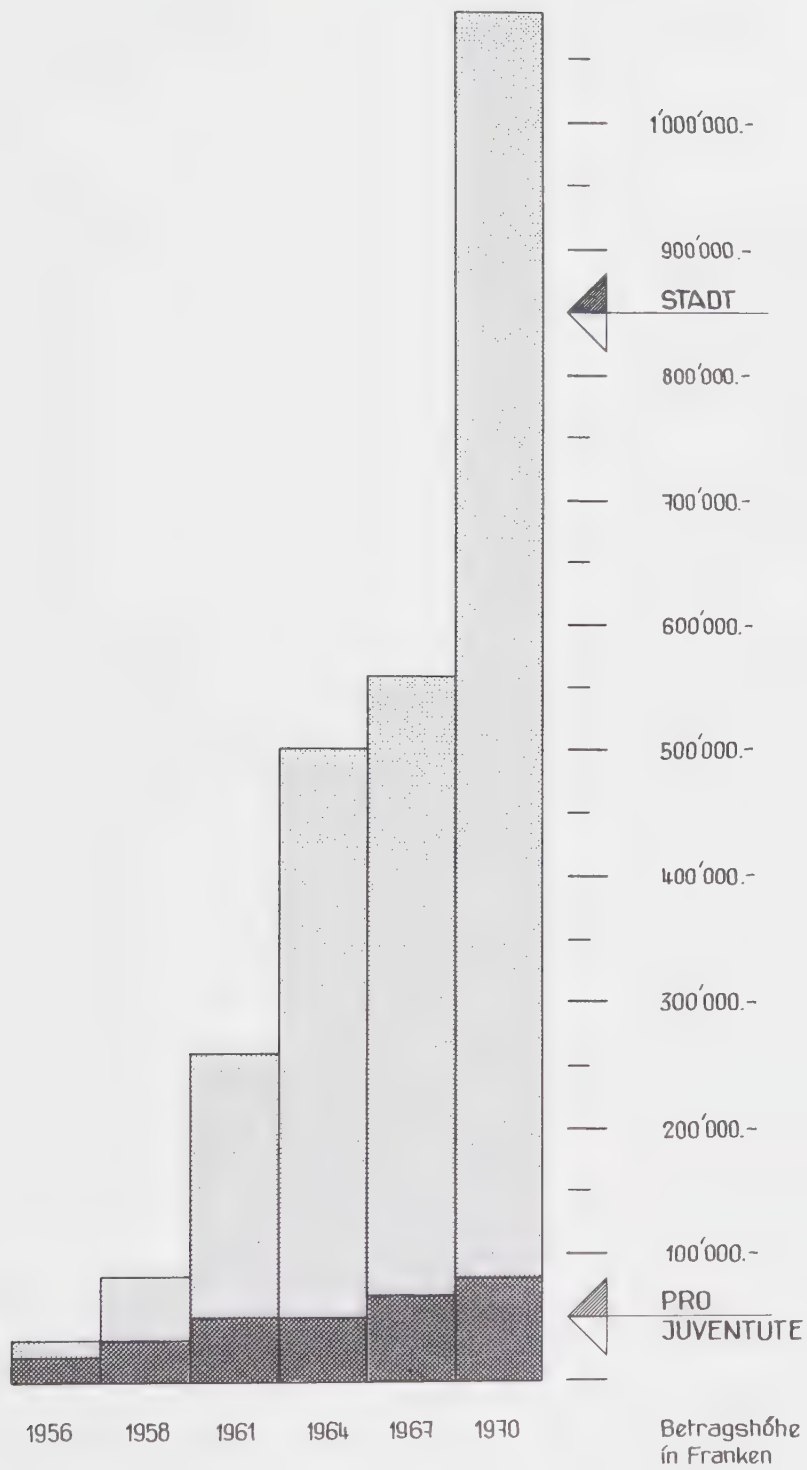
- Mehrjährige, berufsbegleitende Fortbildungskurse für vollamtliche Freizeit-Leiter sind in Vorbereitung (in Zusammenarbeit mit der Schule für Soziale Arbeit und dem Institut für angewandte Psychologie Zürich).
- Ausbau des Betriebs für Jugendliche, sobald geeignete Wege und Leute gefunden sind.
- Ueberarbeitung der Zielsetzung und Ausarbeitung von Richtlinien für die Programm- und Betriebsgestaltung.
- Ausbau des Betriebs für Betagte: Gründung von Alters-Clubs.

QUELLEN

- A. Künzler, Leiter der Abteilung Zürcher Freizeitanlagen der Stiftung Pro Juventute seit 1967, Zürich: Gespräch und Korrektur.
- G. Mugglin, Abteilungsleiter Freizeitdienst Pro Juventute, seit 1948, Zürich: Gespräch und Korrektur.
- Dr. A. Ledermann, Zentralsekretär der Stiftung Pro Juventute, Zürich: Gespräch.
- A. Trachsel, Adjunkt beim Hochbauamt der Stadt Zürich: Gespräch und Korrektur.
- Dr. S. Widmer, Stadtpräsident der Stadt Zürich: Gespräch.
- O. Siegfried, Chef des Jugendamtes III der Stadt Zürich: Gespräch.
- Zürcher Freizeitanlagen: Protokolle der Leitersitzungen 1961-1969.
- do.: Protokolle der Sitzungen der Betriebskommission 1963-1969.
- do.: Bericht über die Leitertagung Tenna 25.-27. September 1967.
- do.: Bericht über die Leitertagung Tenna 28. September - 1. Oktober 1969.
- Stadtrat der Stadt Zürich: Weisungen an den Gemeinderat über Beiträge an die Stiftung Pro Juventute für den Betrieb von Freizeitanlagen vom 8.4.1960, 14.9.1962, 3.12.1965, 21.8.1968, März 1970.
- Stadtrat der Stadt Zürich: Weisung an die Stimmberechtigten zur Gemeindeabstimmung betreffend Beiträge an die Stiftung Pro Juventute für den Betrieb der Freizeitanlagen vom 20. Januar 1963.
- Bauamt II und Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich: Rundschreiben über die Zürcher Freizeitanlagen vom 9. September 1968.
- Bauamt II der Stadt Zürich: Reglement der Betriebskommission der Zürcher Freizeitanlagen, Zürich, Juli 1961.
- A. Künzler, Zentralleiter Zürcher Freizeitanlagen: "Kleines ABC für Leiter und Mitarbeiter", Zürich, Februar 1970.

- Diverse Autoren: "Schulbaufragen und Freiluftterziehung", Pro Juventute, Schweiz. Monatsschrift für Jugendhilfe, Juli 1953.
- Diverse Autoren: "Gemeinschaftszentren in Zürich", Neue Zürcher Zeitung, 22. Juni 1957.
- Diverse Autoren: "Freizeiteinrichtungen", Pro Juventute, Schweiz. Monatsschrift für Jugendhilfe, August 1959 und April 1964.
- G. Mugglin: "Pro Juventute-Freizeitzentren in Zürich", Zürich 1959.
- A. Trachsel: "Die Zürcher Freizeitanlagen", Neue Zürcher Zeitung, Oktober 1965.
- Hochbauamt der Stadt Zürich: "Die Freizeitanlagen von Zürich", Zürich 1967.
- hwi: "Freizeitanlagen in der Stadt", Artikelserie der Neuen Zürcher Zeitung aus den Jahren 1968 und 1969.
- A. Ledermann: "Pro Juventute im Wandel unserer Zeit", Pro-Juventute Monatsschrift, Januar 1969.
- Korrespondenz zwischen Zentralleiter der Zürcher Freizeitanlagen und dem Finanzinspektorat der Stadt Zürich aus dem Jahre 1969.

	1955	1958	1961	1964	1967	1970
Wipkingen						
Buchegg						
Riesbach						
Leimbach						
Heuried						
Bachwiesen						
Wollishofen						
Neubühl						
Altstadt						
Neu-Affoltern						
Heerenschürli						
Lochergut	<u>Legende:</u>  Robinsonplatz  sehr kleine Anl.  kleine Anlage  mittlere Anlage  grosse Anlage					
Stadthof 11						
Seebach						



Skizze Nr. 10: DIE ENTWICKLUNG DER BETRIEBSBEITRÄGE

FREIZEITANLAGE ALTSTADT

Zur Entstehung

Seit 1952 bestand am Hirschengraben 50 eine privat geführte Kinderbibliothek, die anfangs der Sechzigerjahre in die Leitung von Pro Juventute-Mitarbeitern übergang. Die Bevölkerungsabnahme im Quartier hatte einen starken Rückgang der Frequenz zur Folge, weshalb man versuchsweise einen beschränkten Bastelbetrieb aufnahm. 1964 konnte das Abbruchgebäude an der Obmannamtsgasse 15 bezogen und dort eine provisorische Freizeitanlage eingerichtet werden.

Zur Entwicklung

Die ungünstigen baulichen Voraussetzungen (kleine Räume, Lärmproblem) behinderten alle Versuche, den Betrieb auszubauen. Zunächst unter vollamtlicher Leitung lagen die Schwerpunkte des Betriebs in: Theater, Rhythmik und Diskussionen. Der Besucherkreis rekrutierte sich vorwiegend aus Mittelschülern. Seit 1968 ist nur noch eine halbamtl. Leiterin angestellt. Die Bevölkerung im Quartier nimmt wieder leicht zu.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Die Quartierbewohner dazu bringen, die Anlage selbständig zu benutzen und zu verwalten. Vorläufig geht es darum, die Möglichkeiten abzuklären.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Uebersicht:

Zu "Schwerpunkte in Programm und Betrieb": Von der Anlage her werden pro Woche einzig drei Bastelnachmittage für Kinder organisiert. Der übrige Betrieb wird von Gruppen des Quartiers bestritten: Experimentierkindergarten jeweils vormittags, Klassenfeste von Mittelschülern an Samstagabenden, Zusammenkünfte einer religiösen Gemeinschaft am Freitag, einmal monatlich "Aktion Hilflo" (Jugendliche helfen älteren Leuten). Die Anlageleiterin pflegt mit den Benutzergruppen Kontakte und arbeitet zum Teil bei ihren Unternehmungen mit.

Quelle:

- Frau Sonja Sadkowsky, Hauptleiterin der Freizeitanlage Altstadt seit 1968.

FREIZEITANLAGE BACHWIESEN

Zur bisherigen Entwicklung

Der Anlage steht seit ihrem Bau im Jahre 1961 derselbe Leiter vor. Nach einigen üblichen Anfangsschwierigkeiten hatte der Betrieb seinen eigenen Stil gefunden.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Allgemein: Die Anlage soll ein Zentrum mit weitem Einzugsgebiet für spezifische Kultur- und Freizeitaktivitäten sein. Wegen der peripheren Lage zwischen zwei Quartieren tritt die Funktion als Quartierzentrum in den Hintergrund.

Die Schwerpunkte des Betriebes sind:

- Luftgewehrschiessanlage, Funkstation für Funkeramateure, Jazz-Konzerte (Probeklokal mit Aufnahmestudio) und Jazz-Diskotheek, Klassische Konzerte in kleinem Rahmen; später eventuell Theater und kleinere Kongresse. Daneben Quartierveranstaltungen wie Bastelkurse, Kinderhütendienst, Alters- oder Mütternachmittage, Heissluftballonwettbewerb.

In Bezug auf die Jugendlichen: Das Programm für Jugendliche ist eingestellt worden, da es sich auf die Besucherfrequenz der übrigen Anlage ungünstig auswirkte und wegen des Lärms zu ernsthaften Schwierigkeiten mit der Nachbarschaft führte. Die Jugendlichen können am allgemeinen Betrieb teilnehmen, was vor allem an den Tanzabenden benutzt wird. Der Saal steht Klassen bis spätestens 24 Uhr zur Verfügung unter der Bedingung, dass der Klassenlehrer am Anlass teilnimmt. Seit Herbst 1970 ist eigens für die Jugendlichen ein Spielraum eingerichtet worden.

Quelle:

- E. Rüdtt, Hauptleiter der Freizeitanlage Bachwiesen seit 1961: Gespräch und Korrektur.

FREIZEITANLAGE BUCHEGG

Zur bisherigen Entwicklung

Der Betrieb ist seit den provisorischen Anfängen im Jahre 1957 unter derselben Leitung und wurde Schritt für Schritt ausgebaut. Der ursprünglich vorgesehene Robinson-Spielplatz wurde auf Grund schlechter Erfahrungen an andern Orten nie in Betrieb genommen; statt dessen entstand ein Kinderzirkus und ein kleiner Zoo.

Zum momentanen Stand

Zur Zielsetzung

Allgemein:

- Die Anlage soll Zentrum des Quartierlebens sein, daher intensive Kontakte mit den Vereinen des Quartiers und häufige Vereinsanlässe.
- Die Anlage soll alle Kreise ansprechen, daher Angebote für die verschiedensten Ansprüche: für Tierfreunde ein kleiner Zoo, für Bastler Modelleisenbahnerclub, Fotoclub und Keramikwerkstatt, für kulturell Anspruchsvolle die Versuchsbühne "Kleine Bühne am Bucheggplatz".
- Die Besucher sollen auf sichtbare Ziele hingelenkt werden, daher Bazare, Kinderzirkus, Heissluftballon-Wettbewerb und ähnliches.

In Bezug auf die Jugendlichen:

- Der Jugendliche soll in die Gemeinschaft hineinwachsen, Verantwortung tragen lernen und merken, dass er fähig ist, seinen Mann zu stellen.
- Wie bei den übrigen Besuchern soll auch bei den Jugendlichen die Freizeittätigkeit auf ein praktisches Ziel ausgerichtet sein.
- Es wäre wünschenswert, wenn kriminell Gefährdete in der Anlage Anschluss an die Quartiergemeinschaft fänden.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Zum Programm

Besondere Programme für Jugendliche bestehen keine. Die Schulentlassenen können sich bei einer (altersmässig vermischten) Helfergruppe anschliessen. Hie und da pflegt der Leiter das ungezwungene Gespräch in losen Gruppen und hält die Jugendlichen zur Mitarbeit an. Jugendliche, die sich so benehmen, dass andere Besucher von der Anlage fernbleiben, werden zurechtgewiesen. Während Erwachsenen-Vereinen Räume unentgeltlich und ohne Auflagen zur Verfügung gestellt werden, haben Klassen und Jugendgruppen eine Gebühr von Fr. 25.-- zu entrichten. Zudem hat ein Erwachsener für den Abend verantwortlich zu zeichnen; das Lokal muss bis 24 Uhr geräumt sein.

Zur Organisation

Für alle Tätigkeitsgebiete, z.B. für Kinderzirkus, Modelleisenbahn, Tierhaltung, bestehen in der Anlage Helfergruppen. Eine besondere, vertraglich geregelte Stellung nimmt die "Kleine Bühne am Bucheggplatz" ein. Die Schauspielerguppe steht unter dem Patronat der Stiftung Pro Juventute und hat ein Vorrecht bei der Benützung des Theaterraums in der Anlage. In künstlerischen Belangen (Auswahl der Stücke und Inszenierung) ist sie unabhängig, in organisatorischen Fragen (Werbung, Zeitplan, Abrechnung) hingegen hat sie mit der Anlageleitung eng zusammenzuarbeiten. Die Gruppe erhält von der Stiftung Pro Juventute einen festen Jahresbeitrag von Fr. 4'000.--.

Quellen:

- R. Egger, Hauptleiter der Freizeitanlage Buchegg seit 1958.
- Vertrag zwischen Freizeitanlage Buchegg und "Kleine Bühne am Bucheggplatz" vom 21. September 1968.

FREIZEITANLAGE HEERENSCHUERLI

Zur bisherigen Entwicklung

1964 wurde die erste Baracke vom Leiter, zusammen mit Schülern und Erwachsenen der Umgebung in Fronarbeit erstellt. Der Betrieb richtete sich mehr auf Schüler und Jugendliche aus, daneben wurde auch mit Erwachsenenbildung, gemeinsamen Unternehmungen mit Vereinen und Kirche Anerkennung im Quartier angestrebt.

1967: Abschluss des provisorischen Baus und Leiterwechsel. Dann Versuch, den Betrieb vermehrt auf Erwachsene auszurichten. Ernsthafte Konflikte mit Jugendlichen und Vandalen-Akte. Im Herbst 1968 übernahm der jetzige Leiter die Anlage.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Allgemein: Der provisorische Charakter der Anlage lässt die Bildung eines Quartierzentrums nicht zu. Im Vordergrund steht daher das Bestreben, trotz der ungünstigen Voraussetzungen die Räume optimal auszulasten. Viele Tätigkeiten sollen parallel, möglichst ohne einander zu stören, ausgeübt werden können. Die eine Baracke ist für ruhige "Arbeiten" (Bibliothek, Sprachkurse und Elternschule), die zweite für Werkstattbetrieb und die dritte für Unterhaltung und Geselligkeit reserviert.

Die definitive Anlage soll im geplanten Schulhaus Heerenschürli untergebracht werden.

In Bezug auf die Jugendlichen: Die Kinder und Jugendlichen sollen in einer geordneten Atmosphäre ihre Probleme unter sich austragen und eine allfällige Initiative entfalten können. Der Leiter hat sein Büro in der Nähe des Aufenthaltsraumes eingerichtet und wirkt vor allem durch seine Anwesenheit. An einzelnen Abenden führt er spontane Programme ohne vorherige Ankündigung durch, wie Kegeln oder Schlitteln. Kommen die Jugendlichen mit Ideen, so gibt er Ratschläge, forciert aber die Verwirklichung der Pläne nicht. Der Gewinn aus den Tanzveranstaltungen kann auf Vorschlag der Jugendlichen und im Einverständnis des Leiters für Anschaffungen oder Unternehmungen gebraucht werden. Die Öffnungszeiten sind den Bedürfnissen der Jugendlichen angepasst worden (einzige Anlage mit Sonntagsöffnung).

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Zur Hausordnung

Die Anlage wird auf Wunsch der Jugendlichen auch am Sonntag offen gehalten. Räume können von beliebigen Gruppen für einen Abend (Gebühr Fr. 35.--) oder für eine Nacht (Fr. 65.--) gemietet werden, sofern ein Erwachsener für den Anlass verantwortlich zeichnet und keine Reklamationen von früher vorliegen.

Quelle:

- A. Hausheer, Hauptleiter Freizeitanlage Heerenschürli Zürich: Gespräch und Korrektur.

FREIZEITANLAGE HEURIED

Zur bisherigen Entwicklung

Auf dem natürlichen Spielplatz in der Lehmgrube der Zürcher Ziegeleien wurde 1956 ein Robinson-Spielplatz mit Werkstattgebäude und Lagerraum eingerichtet. Im Verlaufe der Zeit entstand eine 400 Einwohner zählende Kinderstadt aus selbstgebaute Hütten mit "Theater", "Gemeindehaus", "Landsgemeinde", "Behörde", "Polizei", "Zeitung" und eigenen Ferienlagern. Es ist der einzige, richtig funktionierende Bauspielplatz der Stadt. Bei allen übrigen Anlagen stehen wohl Plätze bereit, aber die entsprechenden Leiter, die sie in Schwung bringen könnten, fehlen.

1964 wurde der grosszügige, aber "ringhörige" Neubau eingeweiht und ein mehr auf Jugendliche ausgerichteter Betrieb aufgezozen. An Zustrom fehlte es nicht, aber nach einigen Versuchen mit Konzerten und Podiumsgesprächen kam man nicht mehr über Unterhaltungsveranstaltungen hinaus. Dutzende von Lärmreklamationen, Betriebsverluste, häufige Leiterwechsel und das Entstehen von Jugendlichen-Cliquen verunmöglichten einen kontinuierlichen Aufbau. Im Herbst 1968 musste die Anlage vorübergehend geschlossen werden, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen. Im Sommer 1969 nahm ein neuer Leiter seine Arbeit auf, 1970 kam ein Jugendleiter dazu.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Der Betrieb für Jugendliche steht weiterhin im Mittelpunkt, aber es wird kein ausschliessliches Jugendzentrum angestrebt. Damit die Anlage nicht einem "Rufmord" erliegt, wird versucht, Erwachsene zur Teilnahme an Veranstaltungen zu bewegen, so z.B. an Bastelkursen, Kosmetikkursen und klassischen Konzerten. Ferner werden Lokale für Erwachsenen-Orchester zur Verfügung gestellt. Die zukünftige Konzeption des Betriebs wird zur Zeit auf Grund von Bedürfnisanalysen und Besucherzählungen neu erarbeitet.

Quellen:

- H. Löwy, Hauptleiter der Freizeitanlage Zürich-Heuried seit 1969.
- R. Novotny: "Bedingungen und Kräfte innerhalb und ausserhalb der Freizeitanlage Heuried", Zürich, Juni 1970.

FREIZEITANLAGE LEIMBACH

Zur Entstehung

In Leimbach wurde 1963 erstmals in der Stadt gleichsam als städtisches Modell - ein "Offenes Schulhaus" verwirklicht, d.h. ein mit einer Freizeitanlage kombiniertes Schulhaus mit einzelnen gemeinsamen Räumen (Werkräume und Singsaal). Mit der Idee sollten zwei Ziele erreicht werden:

- 1) eine wirtschaftlichere Ausnützung der Räume,
- 2) eine gegenseitige Bereicherung von Schul- und Freizeitbetrieb.

Zur Entwicklung

Das Modell bewährte sich nur teilweise. Trotz Zusammenarbeit - das Freizeitprogramm wurde jeweils vom Schulpflegepräsidenten genehmigt - behinderte man sich mehr, als dass man sich ergänzte. Der Grund ist im unterschiedlichen Arbeitsstil der beiden Institutionen zu suchen: Die Schule ist verpflichtet, in einer begrenzten Zeit ein bestimmtes Lernziel zu erreichen und geht nach Plan vor, der Freizeitbetrieb dagegen zeigt sich bestrebt, irgendwelche spontane Initiativen zu fördern und spielt sich mehrheitlich in freiwilliger, gelockerter Form ab. Daraus ergaben sich schwer vereinbare Massstäbe in Bezug auf Lärm, Ordnung und Stundenpläne. Den Ausweg fand man darin, dass die Freizeitanlage sich auf ihre eigenen Räume beschränkte und die für paritätischen Gebrauch vorgesehenen Werkräume ganz der Schule überliess. Einzig der Singsaal wurde für Rhythmik und vereinzelte Anlässe mitbenützt.

Ein anderes Problem, das nicht im Zusammenhang mit dem "Offenen Schulhaus" stand, beeinflusste zusätzlich die Entwicklung des Betriebes. Seit 1958 bestand am Rebenweg ein Robinsonspielplatz mit Werkbaracken, wo sich eine zeitlang ein reger Betrieb entwickelte. Als 1963 mit dem Bau des Schulhauses die Baracke leer wurde, siedelte sich darin ein vom Anlageleiter betreuter Jugendclub an. Der Club-Betrieb stiess im Quartier auf zunehmende Kritik, was sich auch auf die übrige Anlage übertrug. 1968 brannte die Baracke nieder, worauf der Club seine Tätigkeit einstellte. Der Robinsonspielplatz wurde wegen der zu grossen Entfernung von der übrigen Anlage 1969 aufgehoben.

Zum momentanen Stand

Zur Zeit der Bestandesaufnahme ist ein Leiterwechsel eingetreten. Der Betrieb richtet sich offensichtlich wieder vermehrt auf die Jugendlichen ein, die unter möglichst demokratischer Führung des Anlageleiters einen Teil der Werkstatt in ein Clublokal umbauen. Als Programm sind Tanz, Vorträge, Wochenendausflüge und ähnliches vorgesehen.

Der übrige Betrieb für Kinder und Erwachsene - Rhythmik, einzelne Quartieranlässe - dürfte unverändert fortgesetzt werden.

Quellen:

- L. Keller, Hauptleiter Freizeitanlage Leimbach, Zürich: Gespräch und Korrektur.
- "Das offene Schulhaus Falätsche", Eröffnungsschrift Zürich 1963.

FREIZEITANLAGE LOCHERGUT

Zur Entwicklung

Die Anlage steht seit ihrer Inbetriebnahme 1967 unter derselben Leitung. Der Aufbau eines Betriebs stösst jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten, da offenbar die den verschiedensten Schichten angehörenden Bewohner der neuen Wohnkolonie keinen gegenseitigen Kontakt wünschen und ihre Freizeit anderswo in der Stadt verbringen. Zudem ist auch mit andern Institutionen des Quartiers noch keine Zusammenarbeit zustande gekommen. Die Anstellung einer zweiten Leiterin hat sich bis heute erübrigt.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Zunächst die Kinder mit der Anlage vertraut machen und sie in irgendeiner Weise zum Mitmachen bewegen, später auch den Betrieb für Erwachsene ausbauen.

Ergänzende Angaben zur graphischen Darstellung:

Das Programm enthält nebst Bastelkursen und Rhythmikunterricht auch Kochkurse für Mütter und Kinder, Altersnachmittage sowie Näh- und Webkurse.

Jugendliche gibt es vorläufig in der Wohnkolonie praktisch keine, sie fehlen daher auch in der Freizeitanlage.

Quelle:

- Susanne Meier, Hauptleiterin Freizeitanlage Lochergut seit 1967.

FREIZEITANLAGE NEU-AFFOLTERN

Zur bisherigen Entwicklung

Die Freizeiträume waren 1963 von einem Architekten auf eigene Faust in eine neue Wohnkolonie eingebaut worden und mussten von den Zürcher Freizeitanlagen unfreiwillig in Betrieb genommen werden.

1964 wurden Jugendliche, die das Basteln im Werkraum störten, in den Estrichraum geschickt, wo sie sich ein Clublokal zu bauen begannen.

Zum momentanen Stand

Die Betriebskommission hat die Aufhebung der Anlage beschlossen, weil die baulich ungünstig konzipierten Räume keinen Ausbau des Betriebs zulassen und die Bewohner ständig vom Lärm gestört werden.

Bis zur Schliessung ist der Estrichraum selbständig von einer 30-köpfigen Gruppe Jugendlicher eingerichtet, verwaltet und für Tanz und Diskussionen benützt worden. Auflagen: Der Leiterin muss der Schlüssel zur abgemachten Zeit zurückgebracht werden. Der Raum ist selber zu reinigen. Es darf kein Lärm entstehen, der die Nachbarn stört.

Miete muss keine bezahlt werden. Die Jugendlichen erhalten aber auch keine finanzielle Unterstützung von Seiten der Anlage. Die Anlageleiterin berät die Jugendlichen bei Problemen und erinnert sie hie und da an ihre Pflichten und ihre Verantwortung.

Quelle:

- R. Murer, Hauptleiterin Freizeitanlage Neu-Affoltern, 1968-1970: Gespräch.

FREIZEITANLAGE RIESBACH

Zur Entwicklung

Die Anlage befand sich von 1958 bis 1968 in einem ehemaligen Gärtnerhaus und umfasste einen kleinen Saal, eine Werkstatt, ein Jugendbibliothekzimmer und einen Park mit Liegewiesen, Kinderspielfeld, Tennisplatz und Bocciabahn. Seit Beginn unter der Führung desselben Leiters, entfaltete sich trotz der engen Raumverhältnisse ein lebhafter Betrieb, der vorab auf die erwachsenen Quartierbewohner ausgerichtet war und nebst kunsthandwerklichen und geselligen mehr und mehr kulturelle Programmpunkte enthielt. Hüttenbau für Kinder und Tanzabende für Jugendliche kamen wegen des Lärmproblems nicht in Frage. Schon früh bahnte sich eine gute Zusammenarbeit mit dem Quartierverein an, die 1965 durch die Personalunion Anlageleiter-Quartiervereinspräsident noch enger wurde.

1968 wurde die Anlage wegen eines Schulhaus-Neubaus in eine Baracke verlegt, wo der Betrieb im gleichen Stil weitergeführt werden konnte.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Das gesellige, politische und kulturelle Leben im Quartier fördern und den Einwohnern das Quartier wohnlicher machen.

Ergänzung zur graphischen Uebersicht:

Zum Programm: Im Sommer spielt sich das Anlageleben vorwiegend im Park ab, wo ein Garten-Café betrieben wird und hie und da Freilicht-Konzerte oder -Theater stattfinden. Weitere Bestandteile des Programms sind: Altersturnen, Altersstube, Frauenabende, Wanderungen für Kinder und Eltern, Ski- und Schlitteltage, Kasperli-Vorstellungen, Kleiderbörse, Kinderhütendienst; und zusammen mit dem Quartierverein: Mundartdichter-Abende, Vorträge, Exkursionen, Konzerte, Diskussionen. Für Jugendliche gibt es wegen Raummangels, wegen des Lärmproblems und wegen Störung des übrigen Betriebs keine Veranstaltungen.

Zum Besucherkreis: Der Einzugsbereich bei kulturellen Veranstaltungen geht weit über das Quartier hinaus; die durchschnittliche Besucherzahl liegt bei etwa 50.

Quelle:

- R. Kägi, Hauptleiter Freizeitanlage Riesbach, Zürich: Gespräch und Korrektur.

FREIZEITZENTRUM SEEBACH

Zur Entwicklung

Die zur Zeit der Bestandesaufnahme jüngste Freizeitanlage ist erst seit wenigen Monaten in Betrieb, der Hauptleiter aber bereits seit einem Jahr im Amt. In dieser Zeit hat er sich persönlich weitergebildet, die Betriebskonzeption ausgearbeitet, mit den Kirchgemeinden und den Vereinen des Quartiers Kontakt aufgenommen und bei der Innenausstattung der Anlage mitberaten. Die Inbetriebnahme einer Freizeitanlage wurde erstmals derart gründlich vorbereitet.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

- Einzelne Lücken im Quartierleben ausfüllen;
- einzelne spezielle Freizeitbetätigungen ermöglichen, die man anderswo in der Stadt nicht ausüben kann;
- soweit es sich mit dem übrigen Anlagebetrieb vereinbaren lässt, Initiativen - vor allem von Seiten der Jugendlichen - durch organisatorische Dienste und Räume unterstützen. Die Anlage soll ein Dienstleistungsbetrieb für initiativ Besucher sein.

Grundsätze und Methoden:

- Den Besuchern wird gegen Fr. 10.-- eine Benützerkarte abgegeben, mit welcher man in der Anlage in den Genuss von Preisermässigungen kommt. Mit dieser Massnahme will man Adressen für eine gezielte Werbung erhalten.
- Mit allen Gruppierungen, die die Räume der Anlage benützen wollen, wird eine schriftliche Benützungsvereinbarung abgeschlossen; Dauer und Zweck der Benützung, Mietpreis, Ordnungsdienst und Haftpflicht werden geregelt. Bei Jugendlichen wird ferner das Recht des Anlageleiters, die Geschäftsführung zu kontrollieren und die Veranstaltungen zu besuchen, festgehalten. Die Vereinbarung ist von einer erwachsenen Person zu unterzeichnen. Für allgemein interessierende Veranstaltungen werden die Räume unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung:

Zum Programm und Betrieb: Ein spontaner Betrieb ist bei grosser Besucherzahl kaum mehr fruchtbar, da die Leiter für den Einzelnen zu wenig Zeit haben. Daher wird der Kinderbetrieb am Nachmittag in Kursform organisiert. Am Abend werden Schwerpunkte für bestimmte Alters- und Interessengruppen gesetzt (Donnerstag für die Hausfrauen, Samstag für die Jungen etc.).

Zur Organisation: Der Jugendleiter nimmt sich vorab dem Kinderprogramm an. Mit den Jugendlichen beschäftigt sich jener Mitarbeiter, der um Hilfe und Rat angegangen wird.

Quelle:

P. Keck, Hauptleiter Freizeitzentrum Seebach, Zürich: Gespräch und Korrektur.

FREIZEITANLAGE WIPKINGEN

Zur bisherigen Entwicklung

In der ältesten der Zürcher Freizeitanlagen entwickelte sich während der ersten Jahre ein lebhafter Bauspielplatz- und Werkstätten-Betrieb; während einiger Zeit wurde sogar ein erfolgreiches Experiment sozialer Gruppenarbeit durchgeführt.¹⁾ 1959 musste der Robi-Platz mangels eines Leiters aufgehoben werden. Mitte der Sechzigerjahre trat dann wegen interner Spannungen im Leiterteam in der Entwicklung ein Stillstand ein, der erst 1967 mit der Anstellung des jetzigen Leiters überwunden werden konnte. Dieser begann den auf die Jugendlichen ausgerichteten Betrieb sukzessive auszubauen. 1970 verlegte das Werkseminar sein Domizil, und seine früheren Räumlichkeiten wurden in die Anlage integriert.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Allgemeine: Im Quartier die Kontakte zwischen den Bewohnern fördern und vereinzelte Anregungen für das kulturelle Leben geben. Den Einzelnen in seiner Freizeit schöpferisch tätig werden lassen und weiterbilden. In Bezug auf die Jugendlichen: Sie dazu bringen, etwas für die Allgemeinheit zu tun und Verantwortung zu übernehmen. Durch die Mitarbeit in einer Gruppe sollen sie Einsicht in die Probleme des Zusammenlebens erhalten. Betreuung durch den Anlageleiter in persönlichen Konfliktsituationen.

Methoden und Grundsätze:

- Nicht Management, sondern Arbeit im Kleinen, z.B. Gespräche und Handreichung.
- Die Jugendlichen in kleinere, lose Gruppen zusammenfassen und sie zu einer bestimmten Aufgabe animieren. (Siehe A-70-Group und River-Side.)

Zusätzliche Angaben zur graphischen Darstellung

Das Bildungsprogramm enthält neben den üblichen Werkkursen auch Elektronik-, Nothelfer-, Volkstanz- und Schachkurse.

Zur Organisation: Die A-70-Group ist eine Gruppe 14-16-Jähriger, die zurzeit unter der Leitung eines Anlage-Mitarbeiters ein Filmlabor aufbaut, Diskussionen durchführt und Wanderungen unternimmt.

Der River-Side-Club - 1968 entstanden - ist eine Helfergruppe von 16-20jährigen, die ziemlich selbständig die Tanzveranstaltungen der Anlage organisiert. Die Finanzierung geht über die Anlagekasse, die Verantwortung liegt beim Anlageleiter. Neue Helfer werden aus dem Kreis jener rekrutiert, die eine Tanz-Vergünstigungskarte gelöst haben (zur Zeit etwa 120 Jugendliche).

Quelle:

- P. Coulin, Hauptleiter Freizeitanlage Wipkingen Zürich: Gespräch und Korrektur.

1) Siehe Silvia Bernasconi: "Vom Eckensteher zum aktiven Gruppenmitglied", Bern 1962.

FREIZEITANLAGE WOLLISHOFEN

Zur bisherigen Entwicklung

Erstellt wurde die Anlage 1961, zunächst als Freizeitbetrieb für Mütter und Kinder. 1964 erfolgte die Umstellung auf Jugendliche. Bis 1966 blieb der Betrieb eigentlicher Treffpunkt der "Halbstarken". Nach einem Leiterwechsel zeigten sich erste Ansätze einer Zusammenarbeit mit dem Quartier.

Zum momentanen Stand

Zielsetzung

Der Betrieb ist weiterhin vor allem auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet. Erwachsene lassen sich sehr schwer ansprechen, da der Ruf als Halbstarken-Zentrum noch nicht überwunden ist. Die Jugendlichen sollen Möglichkeiten finden, wo sie sich engagieren und zu einer bewussteren, freieren und toleranteren Lebensgestaltung gelangen können. Zur Zeit sind es:

- Mitarbeit in der Organisation, Disc-Jockey-Amt;
- Tanz im Freien;
- Werkstatt für Autoreparaturen und Karosseriebau;
- Wildwasserfahrten mit selbstgebastelten Booten;
- Jugendclub Arche 69: Entstanden auf Anregung des Anlageleiters, der auch heute noch die wichtigsten Impulse gibt. Statuarischer Zweck: Jugendliche zusammenführen zur Diskussion untereinander und mit Referenten im Sinne einer Weiterbildung. Besuch kultureller Veranstaltungen. Pflege der Geselligkeit und Kameradschaft. Stellung des Leiters nach Statuten: Vertritt den Club nach aussen, führt zusammen mit dem Präsidenten die rechtsgültige Unterschrift. Besitzt in Sitzungen das Vetorecht.

Der Leiter soll die Vertrauensperson der Jugendlichen sein.

Quelle:

- M. Brons, Hauptleiter der Freizeitanlage Wollishofen, Zürich, seit 1966: Gespräch und Korrektur.

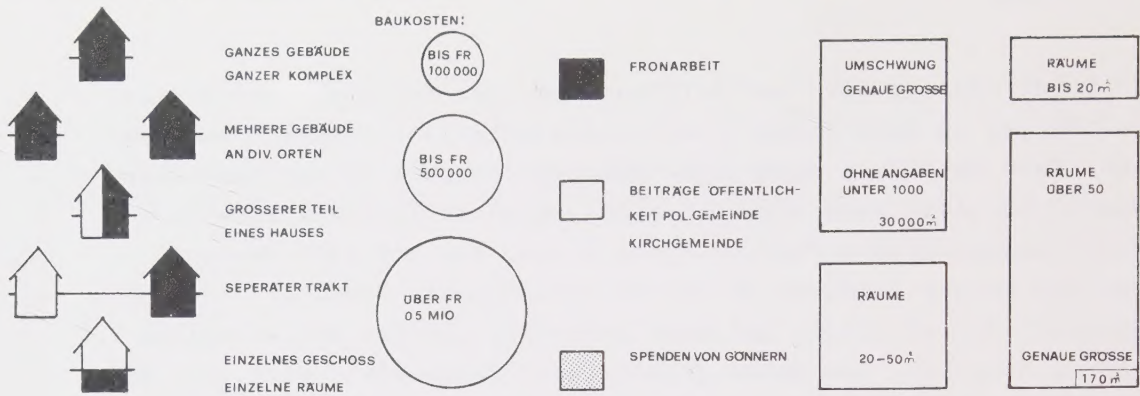
Lebenslauf
=====

In Uster 1941 geboren und aufgewachsen, war ich ursprünglich als Nachfolger im elterlichen Elektro-Installations-Geschäft vorgesehen. Nach Abschluss einer Elektromonteurlehre in der Maschinenfabrik Oerlikon bereitete ich mich jedoch am Institut Minerva auf die Fremdmaturitäts-Prüfung Typus B vor, die ich 1964 bestand. Während meines Studiums an der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich setzte ich mich besonders mit dem Denken meiner Lehrer Prof. Dr. Leo Weber (historische Pädagogik), Prof. Dr. Detlev von Uslar (theoretische Psychologie), Prof. Dr. Arthur Rich (Sozialethik) und Prof. Dr. Wilhelm Keller (philosophische Anthropologie) sowie mit den Schriften von Descartes, Kant, Pestalozzi, Heidegger, Litt und Portmann auseinander. Daneben legte ich auch grosses Gewicht auf praktische Ausbildung und Bewährung, wozu der Erwerb des kantonalzürcherischen Primarlehrerpatents, die Ausbildung zum Motorfahreroffizier und die zweijährige Leitung des Jugend- und Freizeithauses Uster gehörte. Aus dieser letzten Tätigkeit erhielt ich auch die entscheidenden Impulse für meine Dissertation, die ich von 1969 bis 1972 verfasste. Im Februar 1973 legte ich die Promotionsprüfung ab.

Seither bin ich an der Universität Zürich als Assistent von Prof. Dr. H. Tuggener (Lehrstuhl für Sozialpädagogik) angestellt. Daneben erteile ich an der stadtzürcherischen Diplommittelschule Riesbach Erziehungslehre, leite die Elternschule Uster und berate die Leitung des "Projekts Animator", eines ersten Ausbildungskurses für Jugend- und Freizeitleiter der Deutschen Schweiz.

Ich möchte all jenen danken, die zum Gelingen der vorliegenden Studie beigetragen haben. Ich denke an die Zentrumsleiter und Behördenmitglieder, die bereitwillig interne Akten zur Verfügung stellten und erschöpfende Auskünfte gaben. Ich denke aber auch an meinen Referenten Prof. Dr. Leo Weber, der für das ungewohnte Thema meiner Arbeit grosses Verständnis zeigte. Mein herzlichster Dank gilt jedoch meiner Frau Käthi. Ohne ihre liebevolle Geduld und ihren unermüdlichen Einsatz wären in einer alten 4-Zimmer-Dachstockwohnung nicht fünf Kinder und eine Dissertation gediehen.

ZU DEN RUBRIKEN GEBÄUDE UND RÄUME



ZU DEN RUBRIKEN SCHWERPUNKTE UND BESUCHERKREIS

SEKTOREN GROSSE	BEDEUTUNG IN DER RUBRIK SCHWERPUNKTE	BEDEUTUNG IN DER RUBRIK BESUCHERKREIS
	KAUM DER REDE WERT	AUFFALLEND WENIGE
	ERWÄHNENSWERT ABER VON UNTERGEORDNETER BEDEUTUNG	EHER WENIGE
	SCHWERPUNKT NEBEN ANDEREN	RECHT VIELE
	AUFFALLENDER SCHWERPUNKT	AUFFALLEND VIELE
	FÄLLT WEITAUS AM STÄRSTEN INS GEWICHT	HAUPTSÄCHLICH FAST AUS SCHLIESSLICH

- GESELLIGKEIT UND SPIEL. TANZ, KLASSENFEZE, FREIER BETRIEB IN CAFÉ, AUF ROBIPLATZEN, INSPIEL- UND LESERAUME, DORFFESTE, ALTERSNACHMITTAGE.
- SPORT, FREIER BETRIEB AUF SPORTANLAGEN, SPORTKURSE, WETTKÄMPFE, TURNIERE, TOURENLAGER.
- BILDUNG (BASTEL-, LEBENSKUNDE-FORTBILDUNGS-, ELTERN-SCHUL UND VOLKS HOCHSCHUL-KURSE, EXKURSIONEN, VORTRÄGE, TEACH-INS, STUDIENREISEN; SOZIALE GRUPPENARBEIT, JUGENDORGANISATION.)
- KULTUR: KONZERTE, THEATER, KUNSTAUSSTELLUNGEN, REZITATIONSABENDE, SPIELFILME.
- EINSATZ FÜR DIE ALLGEMEINHEIT (ARBEITSLAGER, WOHLTÄTIGKEITS- ODER POLITISCHE AKTIONEN, MITARBEIT IN ORGANISATION, FRONARBEIT.)
- HOBBYS, FREIER BETRIEB IN DEN WERKSTÄTTEN, CHOR-UND BANDPROBEN, MODELLBAHN-CLUB, FOTO-AMATEUR-CLUB.
- GOTTESDIENST
- HANDEL

ALTER DER BESUCHER:

- SCHÜLER (BIS CA. 15. ALTERSJAHR)
- JUNGE ERWACHSENE (19-25. ALTERSJAHR)
- JUGENDLICHE (15-18. ALTERSJAHR)
- ERWACHSENE (CA. 25. ALTERSJAHR)
- PENSIONIERTE (CA. AB 60. ALTERSJAHR)

ZU DER RUBRIK BETRIEBSKOSTEN

BEITRÄGE:

- ALLFÄLLIGER GEWINN AUS PROGRAMM UND BETRIEB SIEHE DEFIZIT AUS BETRIEB SPENDEN VON GÖNNERN

AUFWENDUNGEN:

- BESOLDUNGEN VON HALB ODER VOLLAMTLICH ANGELIEM PERSONAL

- KOSTEN FÜR HAUS UND EINRICHTUNG (MIETE HEIZUNG ELEKTRISCH NEUANSCHAFFUNGEN REPARATUREN RENOVATIONEN)
- DEFIZIT AUS BETRIEB UND PROGRAMM (KOSTEN FÜR WERBUNG, MATERIAL, BÜRO, REFERENTEN ect. ABZUGLICH EINKÄUFEN AUS KURSEN, ANLÄSSEN, UNTERMieten RESTAURATIONS-BETRIEB)

ZUR RUBRIK ORGANISATION

VERBINDUNG ZWISCHEN DEN GREMIEN:

- EHER SCHWACH VERTRETEN

- GUT VERTRETEN

- > GERINGER EINFLUSS

- SPÜRBARER EINFLUSS

- TONANGEBEND

- 70 ANZAHL MITGLIEDER

ALTER UND STATUS DER MITARBEITER:

- ERWACHSENE
- △ JUGENDLICHER ODER KIND
- VOLLAMTLICH FÜR VOLLE ARBEITSZEIT ANGESTELLT UND ENTLOHNT
- HALBAMTLICH FÜR EINE BESTIMMTE ANZAHL STD/WOCHE ANGESTELLT
- HONORIERT BEZAHLTE EINZELAUFTRÄGE z.B. KURSLEITER
- EHRENAMTLICH, HOCHSTENS ANERKENNUNGSPRÄMIE

◀ Legende zu Faltgrafik

